Das Deutschtum in Kongreßpolen

Adolf Eichler

Schriften des Deutschen Auslands-Instituts Stuttgart. **A. Kulturhistorische Reihe**,
herausgegeben von Professor Dr. *Walter Goetz* in Leipzig
und Professor Dr. *Julius Ziehen* in Frankfurt a. M., **Band 4**,
zugleich Fortsetzung der Veröffentlichungen der ehemaligen Landeskundlichen Kommission
beim Generalgouvernement Warschau.
Reihe B, Band 9 herausgegeben von Privatdozent Dr. *E. Wunderlich*.

Druckversion 2016 gesetzt vom Hilfsbibliothekar,
alle externen Verweise im Text führen zu den Quellen im Netz.

Geleitwort

Nur den wenigsten Reichsdeutschen war es vor dem Kriege bekannt, daß in Kongreßpolen, nahe an Deutschlands östlicher Grenze, dichte deutsche Siedlungsgebiete entstanden waren, die, in Fortsetzung der früheren Aufgaben der deutschen Kolonisation in Polen, bis in die jüngste Zeit das polnische kulturelle und wirtschaftliche Leben durchdrangen, so daß die Grundlagen der geistigen Strömungen in Polen und aller Zweige des polnischen Wirtschaftswesens beträchtliche deutsche Bestandteile enthalten.

Wille und Entschlossenheit, zu handeln und Spuren eines schöpferischen Daseins zu hinterlassen, zeichneten zu allen Zeiten die deutschen Pioniere des Ostens aus.

Immer weiter östlich ging die deutsche bäuerliche Einwanderung, die ihre Ursprünge schon lange nicht mehr aus der alten Heimat holte, sondern aus sich selbst entnahm und sich durch Gründung von Tochterkolonien fortzeugte. Noch in den 80er und 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts wurden weite Teile der später zu weltgeschichtlicher Bedeutung gelangten Cholmschen Urwaldgebiete durch deutsche Waldbauer der Kultur erschlossen. Mit ihren in Polen verwurzelten Vorfahren konnten sie den Männern auf dem Rütli nachsprechen: "Wir haben diesen Boden uns erschaffen durch unserer Hände Fleiß, den alten Wald, der sonst der Bären wilde Wohnung war, zu einem Sitz für Menschen umgewandelt."

Aber nicht nur das polnische Agrarwesen hat zahlreiche deutsche Züge, auch die Entwicklung der Städte im 19. Jahrhundert stand ebenso wie im Mittelalter unter starkem deutschen Einfluß. Polen hat sich in den letzten Jahrzehnten nur durch seine deutschen Bewohner zum Industriestaat entwickeln können. Überall in den weniger vernachlässigten Städten und Städtchen finden sich Spuren deutschen werktätigen Lebens.

Aus der alten Heimat flossen dem Deutschtum in Polen immer wieder neue Kulturgüter zu. Mit den Stammesgenossen im Reich unterhielt es aber nur Kulturgemeinschaft - niemals eine irgendwie geartete politische Verbindung. Es war übrigens immer der Nehmende gewesen. Die Wechselwirkung im Austausch geistiger Güter oder ihrer Erzeuger, wie sie vor dem Kriege zwischen dem Reiche und den Deutschbalten bestand, hat sich in den noch geistig spröden deutschen Siedlungsgebieten in Kongreßpolen nicht ermöglichen lassen, da die in ihrem Boden gewurzelten Menschen der Auswirkung im unruhigen Tatleben zustrebten.

Schon lange ist unter den Deutschen in Polen der Wunsch nach ihrer eigenen Geschichte rege gewesen. Sie verübelten es den Verwaltern der Wissenschaft im Reiche, daß sie, die mit Erfolg alle untergegangenen Welten durch Erforschung wiederbelebten und sie dem Wissen ihrer Zeitgenossen zuführten, dem Deutschtum in Polen mit seiner ehrenvollen Vergangenheit auswichen. Aus ihren eigenen Reihen erstanden nur Verfasser von Gelegenheitsschriften. Eine zusammenhängende Schilderung und Würdigung der deutschen Arbeit in Polen fehlte.

Anfang 1918 beschloß die "Landeskundliche Kommission beim Generalgouvernement Warschau", der bereits eine Reihe von Veröffentlichungen über die Erfolge der wissenschaftlichen Erkundung Kongreßpolens zu verdanken war, ihrer Bücherreihe ein Sammelwerk über das Deutschtum in Polen anzugliedern, zu dessen Redaktion sie mich berief. Das Werk sollte Ende 1918 erscheinen. Das Manuskript war bereits fertig, es erforderte nur noch die ergänzende und feilende Hand, als der Umsturz und die mit ihm kommenden neuen Verhältnisse und Arbeiten das Interesse von ihm ablenkten. Willkürliche Eingriffe der polnischen Polizei bei einer Haussuchung, bei der auch zwei handschriftliche Beiträge von Mitarbeitern verloren gingen, brachten mich um den Ertrag einer mühsamen Arbeit. Als ich mich in Deutschland zur neuen Niederschrift des Werkes niedersetzte, fehlten mir die reichen Quellenschätze meiner eigenen Sammlung von einschlägigen, selten gewordenen Werken und die unersetzbaren Mappen mit Ausschnitten und alten Urkunden, die langjähriger Sammlerfleiß zusammengebracht hatte. Der Ersatz an Quellenschriften war dürftig; dementsprechend ist auch die Ausbeute. Die Fertigstellung des Werkes war nur denkbar unter Mitverwendung meiner schon früher geschriebenen geschichtlichen Rückblicke in der *Deutschen Post* und anderen Zeitschriften und Broschüren, die ich mir von reichsdeutschen Freunden ausleihen konnte.

Mit dem Abschluß der ersten zusammenhängenden geschichtlichen Schilderung des Deutschtums in Polen glaubte ich im Hinblick auf die Entwicklungen und die traurige Lage meiner Landsleute in Polen nicht länger warten zu dürfen. Wieder wird unter unerhörtem Druck von den Polen versucht, ihre deutschen Lehrmeister rückgratlos zu machen und sie zu breiigem Kulturdünger zu zerquetschen. Das vorliegende Buch soll den Deutschen in Polen helfen, die bittere Gegenwart im Vergleich mit der Vergangenheit zu würdigen, damit sie sich von dem Schweren, das ihnen jetzt beschieden ist, nicht beugen lassen. Seinen Wert wird das Buch aber auch gewinnen, wenn es ihm gelingt, weite reichsdeutsche Kreise für das Schicksal ihrer in hartem Ringen befindlichen Volksgenossen in Polen zu erwärmen.

Carlshof bei Rastenburg (Ostpreußen), am 15. November 1919.

Der Verfasser.

Die Auflösung der Landeskundlichen Kommission beim Generalgouvernement Warschau und die Übernahme der Verlagsrechte durch das Deutsche Ausland-Institut in Stuttgart hat eine Verzögerung in der Veröffentlichung des Buches verursacht, das nun erst im Sommer 1921 erscheinen kann.

Von Umarbeiten oder Ergänzungen der letzten Abschnitte konnte ich absehen, da die letzten beiden Jahre eine Änderung in der Behandlung der Deutschen in Polen nicht gebracht haben und eine Besserung der Zukunftsaussichten nicht eingetreten ist.

Allenstein (Ostpreußen), am 1. Juni 1921.

Adolf Eichler,
z. Zt. Hauptgeschäftsführer des ostdeutschen Heimatdienstes Allenstein.

Inhalt:

Die erste deutsche Einwanderung

Germanische Urbevölkerung Polens

Schon in vorgeschichtlicher Zeit lassen sich Spuren **germanischer** Ansiedlung in dem Gebiet verfolgen, das wir heute unter der Bezeichnung Kongreßpolen kennen. Die Annahme der Geschichtsforscher, daß Polen germanische Urbewohner hatte, ist durch Gräberfunde in der Nähe von Lodz und an der Weichsel bestätigt worden. Professor **Schuchardt**, der 1916 die Funde prüfte, kommt zu dem (damals von allen Zeitungen veröffentlichten) Schluß: "In Russisch-Polen ist die ganze vorgeschichtliche Kultur von der Steinzeit an bis in die römische Kaiserzeit von Ostgermanien abhängig gewesen. Offenbar haben die ostgermanischen Stämme selbst bis mindestens zur Weichsel gesessen. Von hier haben sie dann leicht den Durchgang zum Dnjepr und Dnjestr und an das Schwarze Meer gefunden, wo wir in der Kaiserzeit ein gotisches Reich blühen sehen."

Tacitus erwähnt in seiner Völkertafel, daß um das Jahr 100 in der Weichselebene der Stamm der **Vandilier**, in den Warthegegenden die **Burgunder**, und weiter nach Osten die **Goten**, alle drei germanische Stämme, saßen. Wenige Jahrzehnte später, bei Beginn der Völkerwanderung, setzten sich alle östlichen Germanenstämme in Bewegung: die Goten drangen bis zum Schwarzen Meer vor, die Vandilier (Vandalen) bevölkerten die ungarischen Ebenen und die Burgunder setzten sich am mittleren Rhein fest und gründeten dort in der Nähe von Worms ihr sagenberühmtes Reich. Als 375 die Hunnen Osteuropa überschwemmen, kommen die ostgermanischen Stämme noch einmal in Bewegung; sie brechen wie eine Sturmflut über das mürbe gewordene Römische Reich und gründen in Italien, Gallien, Spanien und Nordafrika eigene Reiche, die aber keinen langen Bestand haben, da ihre Leiter der römischen Feldherrnkunst nicht gewachsen und durch inneren Zwist geschwächt sind. Die weite Entfernung von ihren früheren Sitzen ermöglicht keinen Nachschub zur Anfüllung der durch dauernde Kämpfe gelichteten Schlachtreihen.

Eindringen slawischer Stämme in das heutige Polen

In den nächsten Jahrhunderten wurden die von ihren Bewohnern entblößten Gegenden östlich der Elbe von nachrückenden Slawen in Besitz genommen, wobei sie die noch vorhandenen dünnen germanischen Bevölkerungsteile ausrotteten oder sich unterwarfen und in sich aufnahmen. Um das Jahr 600 n. Chr. waren die slawischen Stämme der Wenden und Sorben bis in die Gegend von Bamberg und zum Thüringer Wald gedrungen. Auch die ursprüngliche Heimat der Goten, Vandalen und Burgunder wurde von westslawischen Stämmen besiedelt. Am Ausgang des ersten Jahrtausends wohnten zwischen Warthe und Netze die **Polanen** (Feldbewohner), die Gründer des polnischen Staates, die allmählich die benachbarten und verwandten Stämme der **Lentschanen** (Wiesenbewohner) an der Pilica, die **Kujawier** (Dünenbewohner) an der unteren, der **Masowier** (Sumpfbewohner) an der mittleren und der **Wislanen** (Kleinpolen) an der oberen Weichsel in ihren Herrschaftsbereich einzogen. Während der höchsten Blüte des polnischen Staates konnten zahlreiche kleinere slawische Gruppen, deren Heimatgebiete ohne natürliche Grenzen waren, dem polnischen Drang nach Angliederung nicht widerstehen, so daß sich das Gebiet der polnischen Geschichte von den Abhängen der Sudeten und Karpathen bis an die Küste der Ostsee und von der Oder im Westen bis an die Gestade des Schwarzen Meeres erstreckte.

Polens Eintritt in die Geschichte und in den deutschen Kulturkreis

Erst mit dem Jahre 960 treten die Polen in die europäische Geschichte und gleichzeitig auch in den deutschen Kulturkreis ein. Dem Stamm der Polanen mit seinem Heerführer **Mieszko** war es gelungen, die anderen polnischen Stämme zu unterwerfen. Mit Mieszko gelangte das Geschlecht der Piasten zur Herrschaft, das sich in Polen bis 1370 und in Masowien sogar bis ins 16. Jahrhundert behauptete. Mieszkos Reich erstreckte sich im Westen bis an die Oder. Veranlaßt durch seine Frau Dubrawka, Tochter des böhmischen Herzogs Boleslaw, und aus Furcht, daß er ohne Anschluß an das Christentum seine

Deutsche Glaubensboten, deutsche Fürstinnen und deutsche Ritter kommen ins Land

Eroberungen nicht sichern könne, gab Mieszko sein Heidentum auf. Deutsche Sendboten der Kirche waren bereits nach Großpolen vorgedrungen und hatten das vom Erzbistum Magdeburg abhängige Bistum Posen begründet, das nun den Polen als selbständiges Bistum überlassen wurde. Sein erster Bischof war ein Deutscher, Jordan. Seitdem waren ungezählte Scharen deutscher Geistlicher und Mönche ins Land gekommen.

Für den Anschluß an den deutschen Zweig der römischen Kirche waren starke politische Gründe mitbestimmend gewesen. Schon damals hatte sich ein starker Gegensatz zwischen Polen und Russen entwickelt. Da die Russen das griechische Christentum annahmen, so war die Bevorzugung der römisch-deutschen Kirche durch den polnischen Herzog ganz natürlich. Mit den kirchlichen wurden auch politische Fäden mit Deutschland angeknüpft. Im Jahre 973 erscheint Mieszko auf dem Hoftage in Quedlinburg, wo Kaiser Otto II. seinen Grenzstreit mit dem deutschen Markgrafen Gero an der Oder schlichtet. Später finden wir Mieszko als Verbündeten Heinrichs des Zänkers von Bayern in dessen Kampf gegen den deutschen König. Zusammen mit dem deutschen Kriegsheer kämpft er einige Jahre später gegen die aufständischen Elbeslawen. Mieszkos zweite Frau, Oda, Tochter des Markgrafen Dietrich, war eine Deutsche. Mit ihr und anderen deutschen Fürstentöchtern, die die späteren polnischen Herrscher sich als Frauen holten, kamen deutsche Hofleute ins Land. Sie verpflanzten deutsches Rittertum nach Polen.

Der wachsende deutsche Einfluß am Hofe

Der polnische Adel besteht, wie es jedes polnische Adelslexikon unbewußt nachweist, zu einem nicht unbedeutenden Teil aus Nachkommen der mit den deutschen Fürstinnen und bei späteren Gelegenheiten eingewanderten Ritter, die sich rasch assimilierten und auch ihre Namen polonisierten. In der Hartknochschen Chronik Alt- und Neues Preußen, die 1648 erschien, wird uns von der Unterdrückung deutschen Wesens während der Regierungszeit Kasimirs des Großen erzählt und über die Entnationalisierung der deutschen Adelsgeschlechter berichtet:

Rasche Entnationalisierung des Adels

"So weit ist es gekommen, daß, obgleich noch viel von den alten Teutschen Geschlechtern im Lande übrig seyn, man dieselbe nunmehro weder auß den äusserlichen Sitten, Kleidung und Sprachen, noch auß dem Namen von den anderen polnischen Geschlechtern unterscheiden kan. Denn wenn sich ein jedes Land nach seines Herrn Sitten richtet, so hat auch in diesem Pohlnischen Preußen die Ritterschaft meistentheils pohlnische Kleidung, Sprachen und Nahmen angenommen. Exempelweise etwas anzuführen, so hat Stolinski vohrmals geheißen von Kalkstein, Zakrzewski und auch Wipscinski - von Felden, Trczinski - von Canden, Goluchowski - von Gluchaw (Gluchau), Bonkowski - von Nostiz, Elzanowski - von Elsenau, Kanarski - von Schleiwiz, Krokowski - von Krokau, Dombrowski - von Damerau, Powalski - von Lechwald, Pleminski - von Schaffenburg, Dorpowski - von Dorpusch, Prebendowski - von Prevendau. Von Heidenstein setzten den Soleszius ihrem Namen nach. Die von Konopat werden Conopacki genannt. Aus Polen kam unter Sigismund III. (1587 bis 1632) Johannes Zawadzki nach Preußen, ein Geschlecht, das vor Zeiten in Deutschland den Namen Bieberstein führte. Das *Jus indigenatus* in Preußen bekam Andreas Mornin, ein ebenfalls aus Deutschland kommendes Geschlecht, früher Mondstern, nach ihrem uralten Wappen."

Den deutschen Kaufleuten und Rittern folgten deutsche **Handwerker** und **Kaufleute**. Zwischen Regensburg und Polen entwickelte sich schon im 10. Jahrhundert ein reger Handelsverkehr.

Kampf des einheimischen Adels gegen die deutschen Hofleute

Gegen den um sich greifenden deutschen Einfluß machte sich gar bald ein feindlicher Gegensatz des einheimischen Gefolges der Herrscher geltend. Schon Mieszkos Sohn, **Boleslaw Chrobry** (der Glorreiche, 992-1025), vertrieb seine Stiefmutter und ihre Söhne. Zwar leistete er noch

Otto III. den Lehnseid, aber er suchte gleichzeitig Anschluß an Rußland. Sein Erobererdrang führte ihn im Norden bis an die Ostsee und im Süden bis an die Donau. Otto III. stiftete ihm das Erzbistum Gnesen und machte so Polen kirchlich unabhängig von Deutschland. Nach Ottos Tode suchte Boleslaw sich auch politisch unabhängig vom Deutschen Reich zu machen. Er erhob sich gegen den neuen Kaiser Heinrich II., riß die Lausitz und Meißen an sich und setzte sich nach dem Tode Heinrich II. (1025) die Königskrone auf. Auch Boleslaw hatte eine Deutsche, Oda, Tochter des Markgrafen Ekkehard von Meißen, zur Frau.

Boleslaws Eroberungen gingen während der Regierungszeit seines Sohnes **Mieszko II.** (1025-1034) verloren. Den äußeren Kämpfen folgten innere, die auch nach Mieszkos Tode fortdauerten. Die Böhmen unternahmen Beutezüge durchs Land. Erst als die deutsche Partei erstarkte und geschlossen für die Königinwitwe Rixa, Tochter des Pfalzgrafen am Rhein, eintrat, die für Mieszkos minderjährigen Sohn Kasimir regierte, und die deutschen Herrscher Konrad II. und Heinrich III. eingriffen, kehrten wieder leidliche Verhältnisse ein. Der vertriebene Kasimir (1040-1058) kam, von 500 deutschen Rittern begleitet, nach Polen zurück und brachte mit deutscher Hilfe wieder Ordnung in die zerfahrenen Verhältnisse.

Kasimirs Sohn, **Boleslaw II. der Kühne** (1058-1079), verschaffte sich durch neue Eroberungen auf Kosten Rußlands Geltung und Ansehen. Er setzte sich als zweiter polnischer Herrscher die Königskrone auf. Während seiner Auseinandersetzungen mit dem einheimischen Adel und dem Klerus, denen er zu stark geworden war, tötete er den Bischof Stanislaus am Altar. Boleslaw sah sich genötigt, das Land zu verlassen.

Unter Boleslaws Bruder, **Wladyslaw Hermann** (1079 bis 1102), der eine deutsche Erziehung genossen hatte, verstärkte sich wieder der deutsche Einfluß. Sein Beichtvater, der Schwabe Otto, der spätere Bischof von Bamberg und Apostel der Pommern, vermittelte seine Ehe mit Jutta, Schwester Heinrich IV. Der deutschfeindliche Teil des einheimischen Adels gewann Wladyslaws Söhne Zbigniew und Boleslaw III. Schiefmund, die in offener Fehde gegen den Vater Teile des Reiches an sich brachten.

Thronstreitigkeiten kennzeichnen die Regierung der Nachfolger des Herrschers. Das Reich reifte seinem Verfall entgegen. Wiederholt waren die deutschen Kaiser Heinrich V., Konrad III. und Friedrich Barbarossa genötigt, als Lehnsherren in die inneren Verhältnisse des Landes einzugreifen.

Die deutsche Kolonisation

Deutsche Besiedlung Schlesiens

Boleslaw III. Schiefmund (1102-1139) hatte kurz vor seinem Tode das große Reich an seine vier Söhne verteilt, die sich nach dem Hinscheiden des Vaters um das Erbe stritten. **Wladyslaw**, der älteste der Brüder, mußte flüchten und in Deutschland Schutz suchen. Kaiser Friedrich nahm sich seiner an und erfocht nach langjährigen Kämpfen für die drei Söhne des inzwischen verstorbenen Wladyslaw das **schlesische Gebiet**, das in drei Herzogtümer zerlegt wurde. Die drei Fürsten aus dem Hause der Piasten hatten sich während ihres langen Aufenthaltes in Deutschland mit deutschem Wesen befreundet. **Sie verheirateten sich mit deutschen Fürstentöchtern und brachten mit ihren Frauen auch deutsche Ritter und Geistliche ins Land.** Deutsche Handwerker, Kaufleute, Mönche und Bauern folgten ihnen nach. Wladyslaws Söhne und deren Nachfolger, unter deren Herrschaft Schlesien in weitere Teilfürstentümer zerfiel, förderten bewußt die deutsche Ansiedlung, da sie an den Deutschen die beste Stütze bei der Verteidigung ihrer Interessen gegen die Ansprüche ihrer polnischen Vettern auf das schlesische Gebiet fanden. Außerdem sahen sie, wie das wirtschaftlich vernachlässigte Land durch die Einwanderer zu hoher Blüte kam. Weite Strecken des Landes waren seit Jahrhunderten unbebaut liegen geblieben. Durch die Ausstattung

der deutschen Ritter mit Lehen aus Kronland wurde das Gebiet der Bebauung erschlossen.

Deutsche als Kulturbringer in den von den Tataren verwüsteten Gebieten

Nach dem Einfalle der Tataren (1241) waren es wiederum deutsche Geistliche, städtische und bäuerliche Ansiedler, die auch **andere Teile des polnischen Reiches** in kulturelle und wirtschaftliche Pflege nahmen. Nun wurden immer mehr deutsche Städte und Dörfer gegründet. Nicht als unwillkommene Eindringlinge kamen die Deutschen, sondern als gerufene und mit verschiedenen Gerechtsamen ausgestattete Kulturbringer. Über ihre Rolle sagt der polnische Rechtshistoriker **Bobrzynski**: "Nachdem die Mongolen Polen geräumt hatten und in ihre Sitze zurückgekehrt waren, sahen sich Fürsten und Volk Polens von einer Wüste umgeben. Es mangelte an Menschen, um dieselbe zu bevölkern, es fehlte an Geist und Kapital, um ein neues Leben zu beginnen und die Arbeit des Volkes von neuem in Bewegung zu setzen. Die partikularistischen Interessen der verschiedenen Provinzen wucherten üppiger als sonst und machten die Sammlung der im Volke noch vorhandenen, aber auseinandergesprengten Kräfte unmöglich. Es blieb nur ein einziger Ausweg, nämlich der, vom Auslande Bevölkerung, Kapital und Arbeit nach Polen herbeizuführen. Was man einst ausnahmsweise versucht hatte, das ergriff man jetzt als allgemeines Rettungsmittel und führte es in der größten Ausdehnung durch. **Eine massenhafte Kolonisation des Landes durch fremde Einwanderer gelang vortrefflich.** In kurzer Zeit wurden die eingeäscherten Städte aufgebaut und bevölkert, Industrie und Handel erhoben sich mächtig, und unter ihrem Schutz kehrte auch das Landvolk zu seiner gewöhnlichen, aber viel intensiveren Arbeit zurück."[1]

Ein polnisches Urteil über die Erfolge der deutschen Kolonisten

Die Form deutscher bäuerlicher Ansiedlung

Sowohl in Schlesien wie auch später in Groß- und Kleinpolen überließen die Grundbesitzer das zur Anlage eines deutschen Dorfes bestimmte Land einem **Unternehmer** (Lokator), der die Besiedlung gegen besondere Vergünstigungen durchführte. Sie zerlegten die Dorfmark in "Hufen", so daß jeder Ansiedler ein genügend großes Grundstück für Hofraum, Garten und Acker zugemessen bekam, um nicht nur eine Familie zu ernähren, sondern ihm auch zu ermöglichen, die verlangten Steuern und Dienstleistungen zu tragen. Der jeder Familie zugewiesene Acker war gerade so groß, daß die Arbeitskraft einer Familie zu seiner Bewirtschaftung ausreichte. Er zog sich entweder, so bei den "Straßendörfern", als langer zusammenhängender Streifen von der Rückseite des Gehöftes durch die Flur, oder lag im Gemenge, was bei den "Haufendörfern" der Fall war. Jeder Ansiedler bekam dann in allen Schlägen der Feldmark seinen bestimmten Anteil. An die Ackerstücke der Einzelhöfe schlossen sich Weide und Wald an, die Gemeinbesitz des Dorfes waren.

Aufgabe des Lokators war es, Ansiedler zu gewinnen, ihnen nach ihrer Ankunft ihre Landstücke zuzuweisen und, falls sie unbemittelt waren, Saatkorn, Vieh und Geräte vorzuschießen. Ferner mußte er den auf das gesamte Dorf fallenden Steuerbetrag für den Grund- oder Landesherrn und die Zehnten für die Kirche auf die einzelnen Wirtschaften verteilen. Um den Bau der Gebäude mußten sich die Ansiedler selbst kümmern.

Nach erfolgter Gründung des Dorfes übernahm der Lokator das Schulzenamt oder übertrug es einem der Ansiedler, der zur Einziehung der Abgaben und Leistungen verpflichtet war. Er mußte auch die niedere Gerichtsbarkeit ausüben und als leichter Reiter zu Felde ziehen. Als Entschädigung für seine Mühewaltung erhielt der Schulz zu seinem Hofe einige Hufen, die zins- und zehntfrei waren, und manchmal auch noch die Mühlen-, Krug- und Bäckereigerechtigkeit. Auch die zwei Hufen, die in jeder größeren Ansiedlung der Pfarre zugewiesen wurden, waren abgabenfrei. - Der Preis für die Grundstücke wurde von den Bauern durch ihre Zins- und Naturalleistungen, also in Form ewiger und unablösbarer Renten, an die Besitzer entrichtet.

Die Fürsten als Städtegründer

Gleich den Askaniern in der Mark und den Wettinern in Sachsen haben

sich auch die Piasten gern mit **Städtegründungen** abgegeben. "Eine lohnendere Verwendung für ihren Grundbesitz konnten sie ja aber auch gar nicht finden, als wenn sie ein Stück davon für eine neue Stadt abstecken ließen und nun hier auf eng umgrenztem Raum eine unverhältnismäßig dichtere Bevölkerung ansetzten als bei offener Dorfsiedlung. Denn einmal war der städtische Bodenzins, d. h. die jährliche Abgabe oder Rente für das Recht, innerhalb der städtischen Mauern ein Stück Boden dauernd zu benutzen, naturgemäß sehr viel höher als der von Bauerngrund fließende, da eben die städtische Wohnweise mit ihrer Menschenanhäufung, ihren Märkten, ihrem sicheren Schutz eine viel nachhaltigere, nämlich gewerbliche Ausnutzung des Grund und Bodens ermöglichte. Dazu kamen ferner die hohen Summen, die sich die Fürsten von ihren neuen Bürgern für die Gewährung der üblichen Stadtfreiheiten und Privilegien, vor allem für das Markt- und Stapelrecht, zahlen ließen, und endlich die reichen ständigen Einnahmen der Stadtkasse aus den Zöllen, die der durch die Stadtgründung erst ins Leben gerufene oder doch mindestens außerordentlich gesteigerte Handelsverkehr tragen konnte und mußte. So war die städtische Kolonisation ein überaus gewinnbringendes Unternehmen für die Fürsten, sowohl als Grund- wie als Landesherren."[2]

Die wirtschaftlichen Vorteile des Städtewesens

Anmerkungen:

1 Zitiert nach **R. F. Kaindl**: *Polen*. Leipzig 1916, Seite 81. ...zurück...

2 Dr. **Ferdinand Nagel**: *Die Ostlandwanderung der Deutschen*. Berlin 1918, Seite 48. ...zurück...

Deutsche Städtegründungen

Das 13. Jahrhundert kann als das Zeitalter deutscher Städtegründungen im Osten angesprochen werden. Überall - in Sachsen, Brandenburg, Mecklenburg, Pommern auf wendischem Boden, in Böhmen, Mähren, Ungarn, Schlesien und Polen - entstanden zahlreiche Städte. Die Anlage ist überall die gleiche: rechtwinklig sich kreuzende Straßen um den großen, viereckigen Marktplatz, den "Ring". Alle diese Städte hatten deutsches - Magdeburger oder Kulmer - Recht. In den Stiftungsurkunden heißt es: "Wir gründen diese Stadt zu deutschem Recht, weil wir, wie es sich geziemt, auf Besserung und Neuordnung unseres Landes bedacht sind."

Das Zeitalter der deutschen Städtegründungen im Osten

"Nichts vermag die ganze Großartigkeit der deutschen Ostlandwanderung im Mittelalter klarer zu veranschaulichen als die reißende Schnelligkeit, mit der sich damals der slawisch-litauisch-ungarische Osten mit deutschen Städtegründungen bedeckte: von der Lübecker Bucht bis zum Finnischen Meerbusen, von Bergen auf Rügen bis Kronstadt am Rand der Südkarpathen! Aber eines dürfen wir hierbei doch nie vergessen: deutsche Städte allein, so wichtig sie auch für den schnellen Fortgang der Kolonisation sein mögen, können doch niemals ein fremdes Land wirklich germanisieren: wenn sie nicht von deutscher Bauernsiedlung, die das platte Land ergreift, begleitet werden, dann bilden sie nur kleine Sprach- und Kulturinseln inmitten der undeutschen Landbevölkerung, der sie ihre Eigenart nicht aufprägen können."[1] - Die zwei bedeutendsten deutschen Städtegründungen in Polen, Krakau und Warschau, konnten nur so lange wie der starke Nachschub aus der Heimat anhielt, ihren deutschen Charakter wahren. Als die Einwanderung aufhörte, kam es zu rascher Polonisierung dieser Städte. Man hatte es versäumt, sie mit Bauernansiedlungen zu umgeben, aus denen sie sich ihren Zuwachs hätten holen können.

Die Ursachen der späteren Polonisierung der deutschen Städte

Das deutsche Krakau

Machtvoll und auch in politischen Händeln ausschlaggebend war die deutsche Bürgerschaft in **Krakau**, das als **deutsche** Stadt 1228 neben dem alten polnischen Dorfe entstanden war. Kaufleute und Handwerker hatten hier einen Mittelpunkt deutschen Lebens geschaffen. Von Herzog Boleslaw dem Schamhaften erhielten sie Freibriefe und Gerechtsame, nachdem sie sich ihm in Zeiten der Gefahr als kräftige Stütze erwiesen hatten. Der polnische Adel sah mit Mißgunst auf das sich kräftig entwickelnde deutsche Bürgertum, auf das die Herrscher sich bei innerpolitischen Streitigkeiten zu verlassen begannen. Aber auch die polnischen Bischöfe bemerkten mit Unlust, daß das Kirchenwesen der Städter sich einen freieren Rahmen schuf; deshalb suchten sie das Selbständigkeitsgefühl der deutschen Geistlichen zu unterdrücken. Den Krakauer Deutschen schien das Glück besonders hold zu sein, als - nachdem vorher zwei Herrscher aus den deutschgesinnten schlesischen Herzogshäusern, Heinrich I. und Heinrich IV. von Breslau, regiert hatten - die Regierung an König Wenzel von Böhmen fiel. Er hatte die deutschen Bürger als Parteigänger zu gewinnen verstanden und sich ihre Hilfe gefallen lassen. Aber er begünstigte nachher die Gründung der Stadt Neusandez, die ebenfalls von Deutschen angelegt wurde, und verlieh der neuen Stadt dieselben Rechte, die Krakau sich langsam errungen hatte. Auch sein Nachfolger, Herzog Wladislaw, fuhr fort, eine Stadt gegen die andere auszuspielen. Da wollten die Krakauer Deutschen im Verein mit anderen sich stark fühlenden deutschen Städten und Ansiedlungen sich selbst helfen. Sie beriefen 1312 den schlesischen Herzog Boleslaw von Oppeln nach Krakau und begannen mit Herzog Wladislaw zu kämpfen. Was Wladislaw und seine Großen nicht vermochten - eine Niederringung und Schwächung der deutschen Bürger, das verursachte Uneinigkeit in ihren eigenen Reihen. Die kämpfenden Deutschen, gespalten durch den Streit der Meinungen, unterwarfen sich dem Herzog, der ein strenges Gericht über sie ergehen ließ.

Noch einmal blühte das deutsche Krakau auf. Im Jahre 1450 konnte es in den **Bund der deutschen "Hansa"** eintreten. Rege Beziehungen wurden mit den großen Handelsstädten der alten Heimat, insbesondere aber mit **Nürnberg**, unterhalten. Das Nürnberger Kunstleben des 15. Jahrhunderts hatte einen Ableger in Krakau, "dem nordischen Rom". Deutsche, adliger und bürgerlicher Abkunft, erhalten Regierungsämter; zahlreich sind deutsche Mönche in den Klöstern vertreten. In der Krakauer Marienkirche wurde noch im 16. Jahrhundert in deutscher Sprache gepredigt. Nicht nur einschränkende, die Gerechtsame der Deutschen beschneidende Bestimmungen, auch das Einheiraten in polnische Familien, der deutsche Parteigeist, soziale und religiöse Streitigkeiten beschleunigen den Niedergang des Krakauer Deutschtums. Heute erinnern nur noch alte Handschriften an das alte Deutschtum in Galizien, das berufen schien, die Rolle des schlesischen Deutschtums zu spielen - wenn es nicht uneins gewesen wäre.

Das deutsche Warschau

Aber auch **Warschau** hat den Ruhm, eine deutsche Stadtgründung zu sein. Als Herzog Konrad 1207 die Regierung Masowiens übernahm, wies das Land insgesamt 30 000 Einwohner auf. Es bestand zumeist aus Sümpfen und Urwäldern. Einige kleine, vernachlässigte Städte und eine Anzahl Dörfer waren die einzigen Ansiedlungen. Der junge Herzog war ein einsichtsvoller Mann; er wollte sein verwahrlostes Land der Kultur erschließen und griff zu dem einzigen in Betracht kommenden Mittel: Heranziehung deutscher Einwanderer. Das Dörfchen Warszawa an der Weichsel schien ihm für die Anlage einer Stadt geeignet. Deutsche Handwerker und Kaufleute leisteten seiner Einladung Folge. So entstand neben dem Dörfchen Warszawa ein deutsches Städtchen, die spätere Altstadt Warschau. Deutscher Sitte gemäß gruppierten sich die Häuser und Straßen der Stadt um den viereckigen Marktplatz, der später mit Rathaus und Brunnen ausgebaut wurde. Die städtische Ansiedlung wurde von einer Stadtmauer umschlossen. Herzog Konrad ließ sich, um seiner Gründung nahe zu sein, in der Stadt ein Schloß bauen; außerdem errichtete er in dem nahen Jazdow (dem späteren Ujazdow) ein Sommerhaus. Er verließ öfter seinen ständigen Wohnort Plock, um Aufenthalt in Warschau zu nehmen. Die neue Stadt gedieh auch unter Konrads Nachfolgern. Zu welcher Bedeutung sie im Laufe der Zeit gelangt, beweist der Umstand, daß sie 1338 als Verhandlungsort für einen großen Prozeß gewählt wurde, der zwischen den deutschen Ordensrittern und dem polnischen König Kasimir dem Großen um die

Kulmer und Dobrzyner Lande unter Leitung eines päpstlichen Delegaten geführt wurde. Die Verhandlung währte über ein Jahr und zog Würdenträger aller Länder, auch den polnischen König, herbei. Die Namen des Stadtvogtes und Hofnotars Bartholomäus, des Untervogts Mierke, der Rektoren Hanco und Franko und der Schöffen Manfred, Günther u. a., die in den Akten genannt werden, beweisen den deutschen Charakter der Warschauer Stadtverwaltung.

Der deutschen Ansiedlung schloß sich im 14. Jahrhundert eine polnische an, die Neustadt genannt wurde. Für die Neustadt wurde 1413 ein eigener Vogt ernannt. Sie erhielt zwar auch deutsches Stadtrecht, doch galt in ihr die polnische Sprache. In der Altstadt wurden damals und noch lange Zeit nachher die **Ratsakten und Protokolle in deutscher Sprache geführt**. Vogt der Stadt Altstadt war um jene Zeit Pilgrim, der Bürgermeister hieß Leonhard. Der damals regierende Herzog Janusz verlieh der Stadt, die ein wichtiger Handelsplatz geworden war, verschiedene Gerechtsame. Johann Wilk, ein adlig gewordener Patrizier (der Stammvater der späteren polonisierten Familien Kalecki), erwarb die Stadtvogtei. Die reichgewordenen deutschen Bürger wurden von dem geldarmen Herzog Boleslaw V., der seit 1455 regierte, zu nie zurückgezahlten Anleihen gezwungen. Die Stadt erlangte von ihm weitere Gerechtsame, so die des allgemeinen Ausschanks des berühmt gewordenen Warschauer Bieres im Ratskeller auf dem Altmarkt. Der Handel blühte. **Die Hansa** hatte ständige Vertreter in Warschau.

Im Jahre 1526 verlor das Herzogtum Masowien seine Selbständigkeit und damit auch Warschau vorübergehend den Charakter als Residenzstadt. Die Stadt zählte damals 10 000 Einwohner. Das Gelände um Warschau gehörte zum Teil deutschen Patriziern, den Wilk, Burghard, Schilling u. a. Handel und Gewerbe lagen **vollständig in deutschen Händen**.

Die deutschen Handwerksmeister hatte mit der Zeit eine größere Anzahl polnischer Gesellen ausgebildet, die sich später als Meister in Warschau niederließen und in die Innungen aufgenommen wurden. Sie waren oppositionell gestimmt und erhoben gegen manche Innungsbestimmungen Widerspruch. Die Deutschen mußten auf der Hut sein. Auf Verlangen des Wojewoden Brzeski, der als königlicher Stadthalter in Warschau wohnte, hob König Sigismund I. 1538 die Innungen auf. Der Wojewode hatte es ihnen verübelt, daß sie sich der Preissetzung seiner Beamten nicht fügten.

Zwischen Warschau und den deutschen Reichsstädten Augsburg und Nürnberg bestand ein lebhafter Handelsverkehr. Aber nicht nur Kaufleute, auch fränkische Handwerker wanderten ein und ließen sich in Warschau nieder. Sogar das alte Augsburger Handelshaus der **Fugger** verzweigte sich bis nach Warschau. In den Warschauer Ratsakten findet sich am 14. Januar 1530 der Vermerk, daß der Warschauer Bürger und Kaufmann Georg Foker, der viel auf Reisen sei, während der nächsten drei Jahre von seinen Pflichten als Beisitzer in der Stadtverwaltung befreit ist. Von diesem Foker wird behauptet, daß er ein Enkel des 1469 zu Augsburg verstorbenen Kaufmanns Jakob Fugger gewesen sei. In früheren Jahrhunderten legte man auf einheitliche Schreibart der Familiennamen kein großes Gewicht. So konnte es kommen, daß ein anderer, nach Krakau verpflanzter Sproß der Familie, sich Fukar schrieb. Ein Bartholomäus Fukar wird in Krakau 1564 als königlicher Hofbeamter genannt. Daß die polnischen Könige mit den reichen Fuggers geschäftliche Beziehungen unterhielten, geht aus einem Schuldschein hervor, den Sigismund I. am 28. Oktober 1522 in Wilna auf den Betrag von 40 049 Dukaten an Jakob Fuker ausstellte. Eine Schuldverschreibung des Königs Sigismund August über 66 666 ungarische Goldgulden lautet auf den Namen Anton Fugger. - Die polonisierten Nachkommen des nach Warschau übergesiedelten Georg Foker-Fugger schrieben sich Fukier; sie galten stets als vermögende Leute. Auf dem Altmarkt besaßen sie ein Haus und vor der Stadt einige Grundstücke. Der heutige Krasinskiplatz mit seiner Umgebung hieß noch im 17. Jahrhundert "Fukierowskie".

Eine andere hochangesehene deutsche Familie des alten Warschau war die Nachkommenschaft des Weinhändlers Georg **Korb**, der 1515 das heutige Fukierhaus am Altmarkt erbaute. Es war nach

altdeutscher Bauart mit Figuren und farbigen und vergoldeten Ornamenten verziert. Weil es auch im Innern reich ausgestattet war, wurde es von der Verpflichtung zur Aufnahme des Adels bei Reichstagstagungen befreit. Söhne und Enkel des Gregor Korb waren in der Stadtverwaltung beamtet. Der letzte Sproß der Familie, Johann Korb, starb 1625 als Bürgermeister der Altstadt an der Pest. Spätere Eigentümer des Korbschen Hauses waren der Weinhändler Peter Kloß, der Bürgermeister Balthasar Strubicz, Johann Richard, Benedikt Wenner, Johann Ernst Schindler und Jakob Rabe. Von dem letzteren kaufte es 1810 Florian Fukier, der Urgroßvater des heutigen Besitzers.

Balthasar **Giß** übersiedelte 1511 aus Franken nach Warschau. Wir finden ihn bald im Rate der Altstadt. Seine Nachkommen waren in der Alt- und Neustadt und auch in den Vororten begütert. Sie polonisierten sich und änderten ihren Namen in Giz. Hervorragende Stellungen im öffentlichen Leben nahmen zu jener Zeit noch die Deutschen Melchior Walbach, Peter Wilk, Martin Rola, Franz Rola, Mathias Balzer, Mathias Selig und seine beiden Söhne Doktor Albert Selig und Bürgermeister Franz Selig ein. - Großen Reichtum erwarb die Familie Schlichting, die um das Jahr 1550 geadelt wurde.

Kolonisierende deutsche Ritter und Mönchsorden

Durch deutsche Geistliche und Ritter waren Zweige des schlesischen Deutschtums nach **Kleinpolen** verpflanzt worden. Im Süden Kongreßpolens sind heute noch Ruinen mächtiger deutscher, nach heimischer Art gebauter Burgen - Rabsztyn (Rabenstein), Olsztyn (Holstein) u. a. - zu sehen. Deutsche Zisterziensermönche und Abteilungen der Ritterorden der Templer, Johanniter und Deutschen Brüder zogen deutsche Kolonisten nach Schlesien und Kleinpolen. Man sah die guten Erfolge der geistlichen Kolonisation in Schlesien und war gern bereit, ihr auch in die anderen polnischen Gebiete Eingang zu verschaffen. Große Zisterzienserabteien wurden in Szczerzyc und Mogila gegründet. Auch an anderen Orten wurden größere Klöster erbaut. Um ihren deutschen Charakter zu schützen, wurden keine Polen als Mönche aufgenommen, worüber polnische Bischöfe noch bis ins 15. Jahrhundert Klage führten.

Deutsches Recht in Polen

In rascher Folge entstanden in Groß und Kleinpolen und in Masowien Städte, die mit deutschem Recht bestiftet wurden. So innerhalb der Grenzen des späteren Kongreßpolen: Kalisch (1282), Peisern (Pyzdry) (1283), Slupca (1290), Brześć (vor 1298), Radziejewo (1298), Sieradz (1298), Lublin (1317), Sandomir (um 1330), Lukow (1403). Plock hatte schon 1237 deutsche Bewohner und deutsches Recht. Herzog Semowit von Masowien stattete 1254 die Ansiedlungen auf den Gütern des Plocker Bistums mit deutschem Recht aus. Fernere Stadtgründungen in Masowien waren: Pultusk (1339), Bodzanow (1351), Tarczyn (1353), Blonie (1380), Szrewsk (1383), Sochocin (1385), Ciechanow (1400), Neustadt (Nowemiasto) (1430), Goszczyn (1425) und Prasnysz (1427).

Unter deutschem Recht verstand man entweder das Magdeburger Recht oder eines der auf dieses zurückgreifende Stadtrechte von Breslau, Szroda in Großpolen, Löwenberg oder Kulm. Das Kulmer Recht war besonders in Masowien verbreitet. "Die Verwaltung führte in den Städten der Vogt und der ihm zur Seite gestellte Rat, später auch der Bürgermeister. Die Ansiedler erhielten außer den der Gemeinde in gemeinsamen Besitz übergebenen Gründen (Marktplatz, Hutweide, Wälder u. dgl.) in der Regel je eine Hufe (Mause) Eigenbesitz, ferner Holzungs- und Weiderecht, dann Markt-, Zoll- und Stapelfreiheit. Dafür waren sie zu Zinsen, Zehnten, gewissen Kleingaben an hohen Festen für den Grundherren, Steuern und Kriegsleistung für den Staat verpflichtet. Von den Leistungen wurden bis zur Erstarkung der Ansiedlung einige Freijahre gewährt. Die Anlage der Städte und Dörfer war eine überaus gleichmäßige. Bei den Kolonistenstädten im Osten liegt der Marktplatz (Ring) im Mittelpunkt und von ihm gehen nach allen Weltengegenden die Straßen... In allen diesen deutschen Orten herrschten nicht nur die deutsche Rechtsgewohnheit und deutsche Sprache, sondern auch deutsche Überlieferungen, Sitten

Art der deutschen Städteanlagen

und Bräuche haben sich durch Jahrhunderte erhalten."[2]

Deutscher Leumund im alten Polen

Es ehrt die polnischen Geschichtsschreiber früherer Zeiten, daß sie die ehrenvolle Vergangenheit des mittelalterlichen Deutschtums hervorhoben. So schrieb der polnische Chronist **Kromer** 1575: "Durch die Mühewaltung und Arbeit der Deutschen begann sich die Zahl der Dörfer und Städte zu mehren und die Kultur zu heben. Sie sind sparsamer und fleißiger als die Polen, ihre Wohnungen sind reinlicher." Diese Schilderung wiederholt der Lemberger Chronist **Zimorowicz** in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts und fügt an die Bemerkung über die reinlicheren Wohnungen der Deutschen hinzu: "Und so kann man heute noch, wenn man durch die Städte und Dörfer reist, leicht erkennen, wo Deutsche und wo Polen wohnen; wir sehen im Verfall die Mauern der Städte, die jene nach dem Zeugnis ihrer Namen erbaut haben und jetzt von den Polen bewohnt und verwaltet werden." Und am Schlusse der Wiedergabe der Stelle aus Kromer bemerkt Zimorowicz: "Dies und Ähnliches sagt unser bedeutender Schriftsteller, dessen Gelehrsamkeit gleichwie sein Leben rühmenswert sind, zum Lobe der Germanen, der Pole über das mit seinen Stammesgenossen im ererbten Streit um Ruhm und Macht wetteifernde Volk; doch die Tugend soll auch am Feinde gerühmt werden."[3]

Anmerkungen:

1 Dr. **Ferdinand Nagel**: *Die Ostlandwanderung der Deutschen*. Berlin 1918, Seite 49. ...zurück...

2 R. F. Kaindl: *Polen*. Leipzig 1917, Seite 49. ...zurück...

3 Zitiert nach **R. F. Kaindl**: *Polen*, Seite 81. ...zurück...

Beginnender Verfall der deutschen Kolonisation des Mittelalters

Das, was Wladyslaw Lokietek begonnen, die Unterdrückung der bevorrechteten Deutschen, führte sein Sohn, **Kasimir** der Große (1333 bis 1370) fort. Er versetzte dem Deutschtum einen sehr empfindlichen Schlag durch die Einrichtung eines Oberhofs für alle Gerichtssachen in Krakau. Die mit deutschem Recht ausgestatteten Städte durften sich hinfort nicht mehr mit ihren Appellationen nach Magdeburg, Halle oder Lübeck wenden. Mit dieser Neuordnung und anderen Maßnahmen wurden die Beziehungen der Deutschen in Polen zur alten Heimat unterbunden. Kasimir, der "Bauernkönig", war aber kein Feind des Städtewesens, sondern wußte dessen hohe Bedeutung für die Entwicklung des Landes zu schätzen und begünstigte die Ansiedlung deutscher Handwerker. Für die Städte war die Zeitspanne seiner Regierung die Zeit ihrer höchsten Blüte. "Der Entwicklung ihres Wohlstandes kam besonders die lange Friedenszeit unter Kasimir dem Großen und der den Städten angediehene Schutz zugute. Die Blockholzbauten wichen den massiven Steinbauten. In Holz hatte Kasimir - nach den Worten des alten Historikers Dlugosz - Polen vorgefunden, in Stein hat er es zurückgelassen. Dem Luxus, der in den Städten sich breitzumachen anfing und den man einem stark entwickelten Handel verdankte, mußte durch besondere Verordnungen gesteuert werden. Krakaus Handelsbeziehungen hatten besonders durch die Angliederung Reußens (Rotrußlands) gewonnen, dessen Hauptstadt Lemberg einen ansehnlichen Handel mit den Gebieten des Schwarzen Meeres und der Levante unterhielt. Durch den Frieden von Kalisch waren für die Städte Großpolens die Beziehungen zu Thorn und Danzig und zum ganzen Ostseegebiet hergestellt. Nach Osten und Nordosten gingen Handelswege, nach Litauen und Groß-Nowgorod, wo Breslauer Kaufleute, die

Gründung eines Oberhofes in Krakau durch Kasimir den Großen und Störung der Beziehungen der Deutschen in Polen zur alten Heimat

Höchste wirtschaftliche Blüte der deutschen Städte

der Weg dorthin über Polen führte, schon im 13. Jahrhundert Niederlagen unterhielten. Gegenstände der Ausfuhr waren, neben meist aus russischen Gebieten eingeführtem Pelzwerk und dem von Ungarn durchgeleiteten Kupfer, Holz, Teer, Asche, Getreide vornehmlich Roggen, Felle, Wachs und Honig, Salz aus den berühmten Salinen von Wieliczka und Bochnia, und die Früchte des Bergbaues bei Slawkow und Olkusch, die in der Hauptsache aus Blei bestanden. Außer diesen Rohprodukten führte Polen im 14. Jahrhundert die berühmten »polenschen Laken« aus, die selbst friesischen und flandrischen Tuchen Konkurrenz machten."[1] Die letzten Angaben über die Exportartikel sind noch dahin zu ergänzen, daß sowohl die polnischen Tuche wie auch die Erzeugnisse der Salinenbetriebe und der Bleibergwerke deutschen Ursprungs waren.

Besiegung des deutschen Ordens

Während der Regierungszeit des ersten Jagiellonen, **Wladyslaws II.**, wurde in der Schlacht bei Tannenberg und Grunwald (1410) die Macht des Deutschen Ordens niedergerungen. Der Teilfürst Konrad von Masowien hatte einst den Orden zu Hilfe gegen die unbotmäßigen heidnischen Preußen und Litauer gerufen und ihm das Kulmer Land und andere noch zu erobernde Gebiete als Besitz überlassen. Damit war der Grund zu späteren kriegerischen Auseinandersetzungen gelegt, die den nationalen Gegensatz zwischen Polen und Deutschen verschärften. Der Zusammenbruch des verhaßten Ordens der "Kreuzritter" blieb nicht ohne Einfluß auf die Behandlung der deutschen Bevölkerung Polens, die der Verhöhnung und Unterdrückung ausgesetzt war. Die deutschen Städte verloren nicht nur die frühere ausschlaggebende Rolle bei den Thronfolgefragen, sondern wurden auch von der Reichsverwaltung ferngehalten. Ihr wirtschaftlicher Aufschwung wurde zwar nicht gehemmt, aber der Adel und der seinem Willen unterworfene König, der allmählich zum Schattenkönig wurde, kürzten systematisch ihre politischen Rechte. Die Städte durften nur noch selten Abgeordnete zu den Landtagen entsenden; das deutsche Bürgertum wurde immer mehr entrechtet.

Als **Johann I. Albrecht** (1492-1501) einen Feldzug gegen die Türken plante, ließ sich der Adel auf dem Reichstag zu Petrikau (1496) eine Reihe neuer Vorrechte einräumen. Den Bürgern wurde untersagt, geistliche Stellen zu bekleiden und Landgüter zu erwerben. Der Adel wurde von allen Zöllen, Marktgeldern und sonstigen städtischen Abgaben befreit und ihm die Brauereigerechtsame zugestanden. Aber nicht nur die deutschen Städte - auch die mit deutschem Recht ausgestatteten Dörfer wurden angetastet, die Schulzen beseitigt und deren Erbgüter beschlagnahmt. Mit der Entrechtung der deutschen städtischen und bäuerlichen Ansiedler trat auch der wirtschaftliche Rückgang der Träger des polnischen Wirtschaftslebens, die damals die Deutschen waren, ein. Das Land verarmte. Schon eine Gesetzesurkunde von 1496 berichtete, daß es im polnischen Reiche so viel Bettler gebe, wie in keinem anderen Lande.

Die Entdeckung der überseeischen Länder lenkt den deutschen Auswanderungsstrom nach anderen Richtungen

Nach der Entdeckung der überseeischen Länder fand die deutsche Auswanderungs- und Unternehmungslust neue Betätigungsfelder, die den Reiz des Neuen und Abenteuerlichen hatten. So konnte es dahin kommen, daß der Massenzuzug in die deutschen Städte und Bauernansiedlungen aufhörte. In kleineren Partien sind Deutsche auch später noch in Polen eingewandert. Aber die neuen Einwanderer rechneten gleich von vornherein mit der Ungunst der Verhältnisse und waren bereit, dem Beispiel der alten Geschlechter in den Städten zu folgen und sich, im Zuge der Zeit bleibend, zu polonisieren. Das waren nicht mehr die weit ausblickenden Pioniere der früheren Jahrhunderte. Das polnische Reich hat von den Leistungen der aus ihrem nationalen Boden Entwurzelten weder kulturellen noch wirtschaftlichen Nutzen gehabt. Ein herbes Urteil über die geistige Impotenz der entnationalisierten deutschen Bürger fällt der polnische Literaturforscher **Brückner**: "Sie hatten sich der neuen Umgebung assimiliert und waren schließlich völlig zerschmolzen. - Nur in den städtischen Ordnungen und Rechten, an den alten gotischen Bauten, in den Eigennamen erinnert

Beginn der Assimilierung

Die geistige Unfruchtbarkeit der polonisierten Städter

alles an den fremden Ursprung. Aber die einst Deutschen, die sich im 16. Jahrhundert nur noch als Polen fühlten, hatten bei ihrer Häutung die Vorzüge ihrer Rasse verloren und von den Polen nur deren Schwächen übernommen. **Der Fleiß, die Ausdauer, die Ordnungsliebe, durch welche diese Städte einst groß, schön, reich geworden waren, gingen ganz verloren, und von den Polen erwarb man nicht ihr Unabhängigkeitsgefühl, ihre Beweglichkeit und Gewandtheit, sondern nur ihre Sorglosigkeit, Gemächlichkeit und Genußsucht.** Die Folgen waren, daß die Städte sich nicht in die neuen ungünstigen Verhältnisse zu fügen wußten, daß sie sanken und verarmten und, statt ihre letzten Kräfte zu Widerstand und Rettung zu vereinen, alle getrennt ihren erschrecklichen Niedergang nur zu bejammern, nicht aufzuhalten wußten."[2]

Deutsche Kunst auf polnischem Boden

Allgemein genommen hat Brückner - der übrigens seinem nationalen Empfinden nach als Vollpole, nicht als Deutscher angesprochen sein will - nicht unrecht. Wenn er den Deutschen den Vorwurf macht, daß sie zur polnischen Literatur nichts beigetragen haben, so vergißt er, daß es zu den Gewohnheiten der Renegaten jener Zeit gehörte, sich vollständig, auch mit ihrem Namen, zu polonisieren und ihre deutsche Abstammung durch Namhaftmachung erfundener polnischer Ahnen zu verschleiern. Sicher befinden sich unter den polnischen Schriftstellern auch Sprößlinge deutscher Familien. Sichtbar und unsichtbar durchflutet deutsches Wesen das ganze polnische Leben. Dafür sei nur ein Beispiel erwähnt: Einer der Nürnberger Maler, die sich in Krakau niederließen, **Peter Wunderlich**, der Schöpfer des großen Altargemäldes in der Stephanskirche, wird in den polnischen Urkunden, in Übertragung seines Namens, Dziwak genannt.

In Krakau lebte damals eine Anzahl deutscher Künstlerfamilien. **Hans Dürer**, der Bruder des Nürnberger Meisters Albrecht Dürer, malte die Wände der Schloßgemächer in der Königsburg Wawel. Eine Anzahl anderer deutscher Meister war mit dem Ausmalen von Kirchen und Schlössern beschäftigt. So **Armknecht**, **Libnau**, **Lantz**, **Kurze**, **Worst**, **Rambogen**, **Hesse**, **Szneberg**, **Nikolaus** Maler von **Krems**, Vinzenz **Berger de Freistat**, Nikolaus **Speekfleisch**, Matthis **Keyller**, Johann **Schilling**, Jörg **Huber** u. a. - "Die dominierende Stelle unter den Künstlern des Mittelalters nimmt jedoch der große Bildschnitzer **Veit Stoß** ein, der für die Entwicklung der deutschen und polnischen Schnitzkunst für immer seine unumstrittene Bedeutung behalten wird, dessen Stil in der Plastik, wie Dürers in der Malerei, all seine Zeitgenossen zur Nachahmung reizte. Viel umstritten war die Frage nach der Nationalität des Meisters. Da er viele Jahre in Krakau zugebracht hat, wo er sich im Jahre 1477 niederließ, eine Polin heiratete, hier auch seine besten Werke entstanden sind, nahmen ihn die Polen für sich in Anspruch, während es urkundlich festgelegt ist, daß er ein Deutscher ist. Sein Vater, der Gürtler Michael Stoß, wurde in Nürnberg als Neubürger aufgenommen und stammte wahrscheinlich aus dem Orte Harro, der auf dem Wege nach den sächsisch-siebenbürgischen Städten **Schäßburg** und **Hermannstadt** liegt, woher auch ein Bruder Veits, Matthias Stoß, der "Schwab" genannt, ein Goldschmied, nach Krakau zugewandert kam."[3]

Befruchtung des polnischen Lebens mit deutschem Kulturgut

Je weiter man in die weitverzweigte deutsche Kolonisationsgeschichte in Polen eindringt, um so klarer tritt die vielseitige Befruchtung des polnischen Lebens mit deutschem Kulturgut hervor. Wenn Polens Kulturentwicklung der seiner östlichen Nachbarn weit voran war, so verdankt es dies nur den Deutschen. "Alle Zweige der materiellen und geistigen Kultur der Polen beruhen auf deutscher Grundlage, oder sie sind doch von ihr in überaus reichlichem Maße beeinflußt worden. Wir treffen auf überaus viele deutsche Ausdrücke in Polnischen in der Landwirtschaft, der Müllerei, Brauerei, der Waldwirtschaft, im Schiffbau und Bergwesen, den Gewerben und ihren Erzeugnissen, dem Handel, Zunftwesen, städtischen und staatlichen Leben, in Künsten und Wissenschaften."[4]

Anmerkungen:

1 E. **Zivier**: *Polen*. Gotha 1917, Seite 62. ...zurück...

2 **Alexander Brückner**: *Geschichte der Polnischen Literatur*. Leipzig 1909, Seite 124. ...zurück...

3 Karl **Grams**: "Deutsche Kunst und deutsche Künstler auf polnischem Boden." In der Zeitschrift *Geistiges Leben. Monatsschrift für die Deutschen in Rußland*. Lodz 1913, Seite 109. ...zurück...

4 R. F. **Kaindl**: *Polen*. Seite 84. ...zurück...

Polnischer Protestantismus und deutsches Luthertum im Reformationszeitalter in Polen

Kirchenerneuerungsbewegungen in Polen vor der Reformation

Reformatorische Bewegungen hat es in Polen schon vor der deutschen Reformation gegeben. Hussens Lehre fand durch seinen Freund Hieronymus Eingang beim polnischen Hof. Auf dem Konzil von Konstanz wurde Hus von den polnischen Vertretern warm verteidigt. Aber es war nicht die Erinnerung an frühere Gemeindebildungen auf hussitischer Grundlage, die nach dem Einsetzen der kirchlichen Reform in Deutschland und der Schweiz den polnischen Adel aufmerksam werden ließ auf die neue religiöse Bewegung, sondern die seit langem vorhandene Spannung zwischen dem Adel und der höchsten Geistlichkeit. Über die Fragen der Kirchensteuern, der Anteilnahme der Geistlichen an den öffentlichen Lasten und der geistlichen Gerichtsbarkeit war eben ein heftiger Streit entbrannt, als die Kirchenerneuerungsbestrebungen einsetzten. Sie griffen bald nach Polen hinüber. Ein großer Teil des Adels schloß sich der Bewegung an, hauptsächlich aus Widerspruch gegen das offizielle Kirchentum, das die Freiheiten des Adels einengte. Aber auch der bei der alten Kirche verbliebene Teil des Adels schloß sich seinen protestantisch gesinnten Standesgenossen bei ihren Forderungen auf den Reichstagen nach Beschränkung der Rechte der Kirche an. Es fehlte dem polnischen Protestantismus nicht an heldenhaftem Geist und Opfermut. Um so tragischer wirkt sein Ausgang. Es war sein Schicksal, nach raschem Aufstieg, der ihn bereits den vollen Sieg über die alte Kirche sehen ließ, zurückgedrängt zu werden bis in die äußerste Verteidigungsstelle, weil er in der Hauptsache eine politische Bewegung war.

Der Gegensatz des Adels zur höheren Geistlichkeit

Freudige und opferwillige Teilnahme der deutschen Bürger am Kirchenreformwerk

Ganz anders war es in den Städten. Die immer noch unterhaltenen regen Beziehungen zu den Ausgangsorten der deutschen Kolonisation machten den Boden aufnahmefähig für Gedanken, die ihren Ursprung in der alten Heimat hatten. Deshalb überrascht es uns nicht zu hören, daß die **Danziger** deutschen Bürger 1518 das reformatorische Wirken des Dominikanermönches Johannes Knade beifällig aufnahmen; er sammelte einen großen Anhängerkreis um sich - eine ungestüme Bewegung ergriff die Einwohnerschaft. Auch andere Danziger Prediger verkündigten das geläuterte Evangelium. Da kam ein erzbischöflicher Befehl aus Gnesen, den unbotmäßigen Mönch, der sich inzwischen verheiratet hatte, gefangen zu nehmen. Durch Bitten und Drohungen hoffte der nach Danzig gekommene Erzbischof von Gnesen, Johannes von Laski, die Bürgerschaft zum alten Glauben zurückzugewinnen. Seine Bemühungen blieben aber erfolglos. Die alten Überlieferungen von 1430, als der Ordenspriester Andreas Pfaffendorf in Danzig eine sich nach den Grundsätzen der böhmischen Brüder richtende romfreie Gemeinde sammelte, wurden wieder lebendig. Als Laski sich zu heftigen Drohungen verstieg, wollte ihn die erbitterte Menge einsperren, so daß er fliehen mußte. Der befreite Knade fand in der Nähe von Thorn bei einem adligen Grundbesitzer Aufnahme und bewirkte in späteren Jahren die Einführung der Reformation in einigen anderen deutschen Städten Polens, u. a. in **Thorn** und **Marienburg**.

Laski wünschte ein Einschreiten der königlichen Macht. König Sigismund drohte 1523 mit Gewaltmaßregeln und verlangte die Abkehr der Bürger vom neuen Glauben. Politische Klugheit ließ ihn aber darauf verzichten, den Strafandrohungen die Ausführung folgen zu lassen; eben führte er mit dem Hochmeister des Deutschen Ordens, Albrecht von Hohenzollern, Krieg, und er durfte es nicht zum Abfall der für die Krone Polens so wichtigen Handels- und Hafenstadt kommen lassen. In Danzig gedachte man die günstige politische Zeitlage auszunützen; dem "Sturmprediger" Johannes Hegge, der 1525 zur Bilderstürmerei aufforderte, wurde Gehör geschenkt. Man beseitigte den zur Ruhe mahnenden Rat und berief den früheren Bürgermeister Bischoff an die Spitze der Stadtverwaltung. Unter seiner Leitung wurde in allen Kirchen evangelischer Gottesdienst eingeführt, die Kirchenschätze der Gemeindekasse übergeben und in den leergewordenen Klöstern Schulen und Spitäler eingerichtet. König Sigismund I. erhielt einen sehr einseitig gefärbten Bericht über die Danziger Vorkommnisse. Auf dem Reichstag zu Petrikau 1526 wurden die Geschehnisse erörtert und Danzig mit der Acht belegt, obwohl der neue Rat nicht versäumt hatte, seine Staats- und Königstreue zu erklären. Sigismund I. gedachte ein abschreckendes Beispiel zu schaffen; noch im Jahre 1526 kam er nach Danzig und verlangte die sofortige Entwaffnung der Bürger. Wie so oft in den deutschen Städten Polens waren im wichtigsten Augenblick ihrer Geschichte die deutschen Bürger unter sich nicht einig. Statt durch ihre Geschlossenheit Eindruck auf die ihnen feindliche Macht zu machen und günstige Bedingungen zu erwirken, zersplitterten sie sich, so daß der Hof leichtes Spiel hatte, besonders noch durch die zweideutige Haltung des Bürgermeisters Bischoff. Sämtliche evangelische Prediger, darunter auch der erst unlängst aus Wittenberg berufene Jakob Möller, wurden in Ketten gelegt. Fünfzehn führende Bürger verurteilte man zum Tode; sie wurden enthauptet. Wer nicht innerhalb der nächsten zwei Wochen zur alten Kirche zurückkehrte, mußte die Stadt verlassen. Jedes Predigen gegen den alten Glauben sollte mit dem Tode bestraft werden; die neue Lehre schien ausgerottet.

Aber eine große evangelische Partei bestand in aller Heimlichkeit weiter. Schon nach einigen Jahren fand sich wieder ein mutiger Dominikanermönch, Klein, der in der Marienkirche biblisches Christentum predigte. Er fand eifrige Anhänger, so daß er es 1537 wagen konnte, die Entfernung der Heiligenbilder und die Erneuerung der Kirche zu fordern. Eine bischöfliche Kommission kam zur Untersuchung der Vorgänge nach Danzig. Sie ließ Klein festnehmen und die früheren Verhältnisse wieder herstellen. Aber die Bürgerschaft trat mutig für Klein ein und forderte seine Freilassung. So mußten die Bischöfe unverrichteter Dinge abziehen. Sigismund I., im Kriege mit der Walachei und eine neue Verschwörung des polnischen Adels befürchtend, ließ in Danzig die Dinge ihren Lauf nehmen.

Auch das von dem Ordenshochmeister Hermann Balk 1231 gegründete und von westfälischen Einwanderern besiedelte **Thorn** gehörte zu den ersten deutschen Städten Polens, in denen die Reformation Fuß fassen konnte. Es hatte sich noch keine besondere evangelische Gemeinde gebildet, aber die Bürgerschaft war Luthers Lehre zugetan, so daß sie 1520 den päpstlichen Legaten Fereira mit Steinwürfen aus der Stadt trieb, als er Luthers Bildnis und Schriften zu verbrennen versuchte.

Einen ebenso starken Glaubensmut besaßen die deutschen Bürger der Stadt **Posen**. Der polnische Dominikanermönch Samuel und der deutschpredigende Johann Seklucyan, ein hervorragender Kanzelredner und Schöpfer der polnisch-evangelischen Erbauungsliteratur, traten schon 1522 für Luthers Lehre ein. Als auf königlichen Befehl Seklucyan von der Kanzel entfernt wurde, nahm sich die angesehene Adelsfamilie Górka seiner an. Sie bot ihm Zuflucht und durchkreuzte die Pläne des Domkapitels, das den Posener Protestantismus auszurotten beabsichtigte. Dank dem Eintreten der Górka blieb Seklucyan der deutsch-lutherischen Gemeinde erhalten, die eigene Schulen gründete und es erreichen konnte, daß einige Mitglieder Sitze in der Stadtverwaltung erhielten.

In **Braunsberg**, dem Wohnsitz des Bischofs von Ermland, fand die Reformation schon 1520

Eingang und in **Elbing** war bereits 1523 eine starke reformationsfreundliche Partei vertreten. Gestärkt und genährt wurde die neue Bewegung durch Albrecht von Preußen, dem früheren Hochmeister, der auf Luthers Rat sein Ordensgebiet zum Herzogtum erklärt hatte und evangelisch geworden war. Er ließ große Mengen Reformationsschriften drucken und nach Polen schicken. In West- und Ostpreußen wie auch in Groß-Polen zeigte sich bald der Erfolg der in Wort und Schrift geleisteten eifrigen Werbearbeit. In den Städten entstanden kirchenreformfreundliche Mehrheiten. Der humanistisch gebildete und durch die Übergriffe der Geistlichkeit kirchenscheu gemachte Adel schloß sich ebenfalls der neuen Richtung an. In Großpolen wurden die Klöster immer leerer.

Von den deutschen Städten Kleinpolens hatten **Krakau** und **Sandomir** eine große Anzahl öffentlicher und heimlicher Bekenner des Luthertums. Das alte Deutschtum in Krakau war einflußlos geworden. Aber der königliche Sekretär Jost Ludwig Dietz und andere hervorragende Deutsche wurden zu Trägern des Reformationsgedankens. Zu ihnen gesellten sich zahlreiche polnische Adlige. Auch die akademische Jugend näherte sich der neuen Strömung. Der besorgte Bischof Tomicki veranlaßte 1524 den Professor Dobrogost in Predigten Stellung gegen Luther zu nehmen. Fünf dieser Reden wurden in Krakau bei Scharffenberg gedruckt. Gelehrte und Dichter, Hofleute und einige Geistliche schlossen sich in Krakau zu einem Kreis reformfreundlicher Männer zusammen, in dem Melanchthons Schüler, der königliche Geheimschreiber Andreas Fritsch-Modrzewski, bekanntgeworden durch seine religiösen und staatsrechtlichen Schriften, eine führende Stellung einnahm. Ein folgenschwerer Vorfall sollte der Reformation dienen. Studenten beschimpften 1549 ein Krakauer Freudenmädchen. Die Diener eines geistlichen Herrn mischten sich in den Handel und erschlugen während des Handgemenges einige Studenten. Weil den Studenten die gewünschte Genugtuung nicht gewährt wurde, verließen große Scharen von ihnen Krakau und bezogen ausländische Hochschulen, darunter die berühmte Schule zu Goldberg in Schlesien und die neue Universität Königsberg. Die meisten kehrten als überzeugte Evangelische zurück. Anfangs hatte auch der Krakauer Protestantismus lutherische Tönung, erst später nahm er schweizerische und italienische Richtungen in sich auf.

In Warschau wird der neuen Lehre der Eingang gesperrt

Auch bei den **Warschauer** deutschen Kaufleuten und Handwerkern griffen Familien- und geschäftliche Beziehungen noch in späteren Zeiten oft in die alte Heimat hinüber. Deshalb waren die Bürger Warschaus über die kirchlichen Bewegungen in der alten Heimat unterrichtet. Aber die Landesherren, die beiden Herzoge Janusz und Stanislaw von Masowien, waren entschiedene Gegner der neuen Richtung. Als nach dem Tode der beiden Brüder 1526 Masowien mit der Krone Polens vereinigt wurde, achtete die Geistlichkeit streng darauf, daß Luthers Lehre in Warschau nicht Eingang fand und die in anderen Landesteilen Polens Platz greifende mildere Behandlung der kirchlichen Neuerer in Masowien unbekannt blieb. Späterhin machten sich die Jesuiten zu Führern des Warschauer Deutschtums. Da sind alle evangelischen Regungen erstickt worden.

Durch den Litauer Abraham Culva, der in Deutschland studiert hatte, wurde Luthers Lehre um 1539 auch der deutschen Bürgerschaft in **Wilna** bekannt. Der Zulauf zu seinen Predigten war so stark, daß Bischof Paul von Wilna Culvas Untergang mit allen Mitteln herbeizuführen beschloß. Culva wartete das Ende der Untersuchung durch das geistliche Gericht nicht ab, sondern flüchtete nach Preußen.

Mit Ausnahme des Warschauer Deutschtums hat das wirtschaftlich einflußreiche deutsche Bürgertum in Polen regsten Anteil an der Reformation genommen. Die vielen lutherischen Prediger an den deutschen Gemeinden verkörpern deutsches Heldentum. Durch ihre unermüdliche und aufopfernde Arbeit wurde Luthers Lehre zum Eigentum weitester Kreise. Auf der Synode zu Sandomir 1570 wurde gesagt, daß die Augsburgische Konfession "die erste Säugamme oder Pflegemutter der Kinder Gottes in Polen gewesen". Man hat in neuerer Zeit den treuen Zeugen des lutherischen Bekenntnisses Vorwürfe gemacht, weil sie in erster Linie nur die deutschen

Einwanderer seelsorgerisch bedienten und angeblich die polnische Sprache nicht erlernten. Man meinte, daß wenn sie im Polentum aufgegangen wären, das Genfer und mährische Bekenntnis sich nicht so weit verbreitet hätte, wie es geschehen ist. Aber man tut ihnen unrecht. Wenn in späteren Zeiten Luthertum und Deutschtum in den großpolnischen und westpreußischen Städten alle Drangsale überstanden und sich durch ihr Blutzeugentum bewährten, so ist dies nicht zum wenigsten der tiefgreifenden Arbeit jener Prediger zu danken. Und wenn der untergegangene polnische Protestantismus sich die anfänglichen lutherischen Züge verwischen ließ und sich zum andern Bekenntnis der Reformation mehr hingezogen fühlte, so ist der Umbruch in seiner Entwicklung zum Teil auf andere Einflüsse, zum Teil aber darauf zurückzuführen, daß er sich dem deutschen Luthertum gegenüber wesensfremd fühlte. Zudem war für den polnischen Adel die aristokratische Genfer Kirchenverfassung weit angenehmer als Luthers Gleichheit aller Gläubigen.

Stellungnahme des Königs Sigismund I. zu der Reformation

Wenn König Sigismund I. auf Beschluß des Petrikauer Reichstags den sogenannten Danziger "Aufruhr" blutig unterdrückte, so berechtigt uns seine Tat noch nicht, in ihm nur den Despoten zu sehen, der die Umstürzler ausrotten wollte, weil sie die Absicht bekundeten, den morschgewordenen Bau der alten Kirche zu zerschlagen. In Danzig sollte weniger der kirchliche Reformeifer getroffen werden - es war mehr auf Unterdrückung freiheitlicher Regungen der deutschen Stadt abgesehen, die einst, in Verkennung des Zugehörigkeitsgefühls, **ihr Verhältnis zu den deutschen Ordensrittern gelöst und sich freiwillig unter den Schutz der Krone Polens gestellt hatte**, nicht ohne vorher sich die bevorrechtete Stellung in der "Danziger Willkür" bestätigen zu lassen. Danzigs verbriefte Ausnahmestellung war den polnischen Reichstagen nicht angenehm; gern hätte man die Macht des deutschen Bürgertums gebrochen. Einen Anlaß dazu bot die Bilderstürmerei, die die vielen Gegner Danzigs zum politischen Aufstand aufbauschten und zum "Danziger Aufruhr" umformten. - Sigismund I. war durchaus nicht unbedingter Verteidiger der Ziele der alten Kirche. Als Dr. Eck, Luthers Widersacher, ihn zur schärfsten Unterdrückung aller kirchlichen Neuerungen aufforderte, antwortete er: "Mag Heinrich VIII. (von England) die Feder gegen Luther führen. Wir überlassen solches Euch und dem Krzycki (Bischof von Przemysl) und wünschen, daß ihr es würdig und kraftvoll ausführet. Lasset uns König sein über Schafe und Böcke."

Bischof Krzycki, der spätere Erzbischof von Gnesen, war der gehässigste Gegner Luthers. In einer 1523 veröffentlichten Streitschrift beschimpfte er Luther maßlos. Gemeinsam mit dem päpstlichen Legaten Gotus erwirkte er noch im selben Jahr einen königlichen Befehl, der die Bischöfe ermächtigte, in allen Wohnungen nach lutherischen Büchern suchen zu lassen.

Um der weiteren Ausdehnung der neuen Lehre in Polen Einhalt zu tun, griff man auf Maßnahmen zurück, die sich in früheren Zeiten bei den Verfolgungen der Anhänger der Waldenserkirche und der Gemeinde der böhmischen Brüder, die einst über ganz Polen verbreitet war, gut bewährt hatten. Die Synode zu Lenczyce sprach sich 1527 für Wiedereinführung der Inquisition aus. Spätere Synoden zu Petrikau (1530 und 1542) und Lenczyce (1532) verdammten alle Neuerungen und wiederholten die früheren Beschlüsse. Der polnischen Jugend wurde 1534 der Besuch der Universität Wittenberg verboten. Im nächsten Jahr untersagte ein auf Betreiben der Bischöfe erlassener königlicher Befehl das Lesen von Luthers Schriften. Auf Verlangen des Bischofs Hosius beschloß 1551 die Synode zu Petrikau, von jedem Priester ein Glaubensbekenntnis zu fordern, weil die Bischöfe sich auf die Zuverlässigkeit ihrer Geistlichen nicht mehr verlassen konnten.

Neigung des Adels für kirchliche Reformen

Ganz anders war die Stellungnahme des Adels. Er war entweder mit seiner Überzeugung auf Luthers Seite oder mißgönnte den Bischöfen ihren Machteinfluß auf die Krone. So kam es, daß manche Reichstagsbeschlüsse die gegen die Reformation gerichteten Beschlüsse der Synode unwirksam machten. Der Adel setzte es 1539 durch, daß das Drucken und Lesen sämtlicher Art von Büchern freigegeben wurde. Und 1543 beschloß der Reichstag zu Krakau, den Besuch aller ausländischen

Universitäten zuzulassen. Den schwersten Schlag gegen die Bischöfe führte der polnische Adel 1525, als er sich mit Erfolg darum bemühte, nicht mehr der geistlichen Gerichtsbarkeit der Bischöfe unterstellt zu bleiben.

Ein furchtloser Zeuge der neuen Richtung unter dem Adel war der Wojewode von Posen, Lukas Gorka. Der Glaubensinquisitor der Posener Diözese Sorbin, ein Dominikaner, verklagte den Bürger Georg Grycer vor dem bischöflichen Gericht, weil er den Glauben und die Lehre der römischen Kirche verachte. Grycer, und mit ihm der Apotheker Jakob und der Schneider Seraphim, wurden zum Tode des Verbrennens verurteilt. Da stürmte Gorka mit einer Anzahl bewaffneter Edelleute aufs Rathaus und befreite die Verurteilten. Ebenso mutig traten Jakob Ostrorog, Johann Tomicki, Kastellan von Rogasen, Raphael Leszczynski, Starost von Radziejow und andere Adlige für den Schuhmacher Paul Organist ein, den der Bischof von Posen wegen Ketzerei hinrichten lassen wollte. Przeclawski, ein adliger Gutsbesitzer, wurde vor das bischöfliche Gericht gefordert, weil er seinen lutherisch gesinnten Dorfpfarrer Valenty in Schutz genommen hatte. Mit einigen adligen Gesinnungsgenossen erklärte er vor Gericht, nur an das Evangelium und an Christus als Haupt der Kirche zu glauben. Bischof Zebrzydowski von Krakau verurteilte Przeclawski zum Tode. Doch der Reichskanzler wagte es nicht, den Befehl zur Vollstreckung des Urteils zu geben, so daß Przeclawski sich auch weiter seiner Freiheit erfreute. Nikolaus Olesnicki, der Besitzer von Pinczow, Anhänger der Genfer Reformatoren, hatte Pinczow zum Sitz protestantischer Gelehrsamkeit gemacht und die Bibel in die polnische Sprache übersetzen lassen. Er sollte sich vor dem geistlichen Gericht zu Krakau wegen Gotteslästerung verantworten, weil er die Mönche aus dem Pinzcower Kloster vertrieben und die Heiligenbilder entfernt hatte. Olesnicki kam mit so zahlreicher Begleitung, daß die Gerichtsherren sich nicht trauten, die Verhandlung zu eröffnen und die Klage an das königliche Gericht überwiesen. Letzteres trug Olesnicki auf, die Mönche wieder zurückzuführen; es kümmerte sich indessen nicht um die Ausführung dieses Befehls. - Ein Förderer der Reformation war auch der Kron-Feldmarschall Graf Johann Tarnowski, obgleich er es, ebenso wie Fritsch-Modrzewski, vermied, mit der herrschenden Kirche zu brechen. Aber Tarnowski zögerte nicht, die Forderung zu stellen, die Bischöfe aus dem Senat zu weisen, "weil sie durch den dem Papste abgelegten Eid nicht mehr Bürger Polens, sondern Vasallen eines fremden Fürsten seien". Nikolaus Radziwill, Palatin von Wilna, Schwager des Königs Sigismund August und ein Freund Herzog Albrechts von Preußen, begünstigte die Verbreitung der Reformation in Wilna und auf seinen großen Besitzungen in Litauen. Auch er neigte dem Calvinismus zu, den er bei einem längeren Aufenthalt am Sitz seines Ursprungs, in Genf, kennengelernt hatte. Nikolaus Rej, Chelmicki, Firlej, Przyluski, Kochlewski, Gloskowski, Bielski und andere Adlige machten sich durch mutige Worte und Taten zu Bannerträgern der neuen Kirchenrichtung.

Schwankende Haltung des Königs Sigismund II. August

Sigismund August (1548-1572), der letzte der Jagiellonen, war in seinen jüngeren Jahren Freund und Gönner der polnischen Reformatoren. Als Kronprinz lebte er seit 1544 in Wilna und verkehrte freundschaftlich mit den Führern des dortigen Protestantismus. Er besaß vollständige Ausgaben der Werke der deutschen Reformatoren. Seine Hofprediger Kozmirczyk und Discorda predigten dem Volke im lutherischen Sinne, nachdem der litauische Reformator Abraham Culva vor den bischöflichen Häschern nach Preußen geflüchtet war. Als Sigismund August 1548 den Thron bestieg, suchte er einen vermittelnden, beiden Parteien gerecht werdenden Standpunkt zu gewinnen. Er dämmte seine kirchenreformfreundlichen Neigungen ein und machte seine kirchenpolitische Haltung von den weltpolitischen Notwendigkeiten abhängig. So konnte es kommen, daß seine linke Hand das zurücknahm, was die rechte gegeben hatte. In ein und demselben Jahr, 1557, gab er dem kräftigen Druck der deutschen Städte nach und gewährte Danzig und Thorn volle Religionsfreiheit - und verbot gleichzeitig jede Art von Angriffen auf die katholische Lehre und ihre Priester. Ihm gelang der engere Zusammenschluß Litauens, Wolhyniens, Podoliens und der Ukraine mit Polen in der "Lubliner Union" von 1569. Polens Machtentfaltung erreichte damit ihren Gipfelpunkt. Dabei war Sigismund August keine entschiedene Natur; er

vermied gern kraftvolles Hervortreten und ging lieber seinen Vergnügungen nach. Nicht mit Unrecht nannten seine Zeitgenossen ihn den "König von Morgen".

Reformationsfreundliche Bischöfe

Eine Anzahl Bischöfe begünstigte die neue Lehrmeinung und zeigte sich dem Protestantismus geneigt, so Drojowski, Bischof von Kujawien, Peter Pac, Bischof von Kijew, Leonhard, Bischof von Samogitien. - Jakob Uchanski, Erzbischof von Gnesen und Primas von Polen, trotzte seinem Domkapitel und unterhielt freundschaftliche Beziehungen zu den Evangelischen. Er erwog bereits, eine romfreie Kirche in Polen zu gründen und ein Nationalkonzil einzuberufen. Auch der königliche Geheimschreiber Andreas Fritsch-Modrzewski ging mit dem Gedanken um, eine **polnische Nationalkirche** zu schaffen, in der sich Katholische und Evangelische vereinigen sollten. Er gewann auch 1556 den König für seinen Plan, eine Gesandtschaft an den Papst Paul IV. zu schicken, die den Auftrag hatte, zu verlangen, daß die Messe in der Landessprache gehalten, das heilige Abendmahl unter beiden Gestalten gereicht, die Priesterehe erlaubt, die Jahresabgaben an die Kirche aufhören und ein Nationalkonzil einberufen werden sollte. Ähnliche Forderungen hatte im Vorjahre der Reichstag zu Petrikau gestellt.

Bewegung für eine polnische Nationalkirche

Man nimmt an, **daß sich damals fünf Sechstel der polnischen Bevölkerung der Reformation geneigt gezeigt haben.** Im September 1556 kam der päpstliche Legat Lipomani nach Polen. Aus dem Gesehenen und Gehörten zog er die Folgerung: die Stellung der katholischen Kirche in Polen ist unhaltbar. "Polen ist verloren und kaum noch Hoffnung, es wieder zu gewinnen", berichtete er nach Rom. Und seine Schilderung entsprach der Wirklichkeit. Es fehlte nur noch die entscheidende Handlung, um ganz Polen protestantisch werden zu lassen. Aber weder der schwankende König, noch der uneinige Adel, noch die Führer des in verschiedene Richtungen zerfallenden Protestantismus besaßen die für den letzten Schritt erforderliche Entschlußkraft.

Mit unerreichter Schmähsucht hatten Luthers Gegner seine Person und sein Werk angegriffen und beide verunglimpft. Durch die Stetigkeit ihrer gehässigen Angriffe gelang es ihnen, in manchen reformfreundlichen Kreisen Abneigung gegen alles Lutherische hervorzurufen. Da hatten die polnischen Humanisten, die eine von Wittenberg unabhängige Kirchenerneuerung einleiten wollten, leichtes Spiel. So verschob sich mit der Zeit die Färbung des polnischen Protestantismus; die Bekenner der Genfer Reformation rissen die Führung an sich. Sie standen nicht nur mit den Lutheranern, sondern auch mit den böhmischen Brüdern und den die Gottheit Christi leugnenden Sozinianern in heftigsten Lehrkämpfen.

Nur in Kleinpolen war es den Bemühungen **Johannes von Laskis** gelungen, eine Einigung zwischen den Reformierten und den böhmischen Brüdern herbeizuführen. Laski war 1499 in Warschau geboren. Er entstammte einem bei Lask ansässigen Adelsgeschlecht. Sein Onkel, Johann von Laski, Erzbischof von Gnesen, war ein unversöhnlicher Gegner der neuen Richtung gewesen. Als der junge Laski von einer längeren Reise nach Westeuropa zurückkam, mußte er seinem Onkel einen Eid leisten, daß er sich nur solchen Lehrmeinungen anschließen werde, die von der römischen Kirche gebilligt seien. Zwingli war er persönlich näher getreten; mit Melanchton stand er im Briefwechsel. Als er hohe Kirchenämter übernehmen und 1556 Bischof von Kujawien werden sollte, wuchs sein innerer Zwiespalt. Er zog in die Niederlande, ließ es hier zum offenen Bruch mit dem Katholizismus kommen und schloß sich offen dem reformierten Bekenntnis an. Nach seiner Verheiratung folgte er einem Rufe als Superintendent nach Emden, wo er der Reformator Ostfrieslands wurde. Nach Einführung des Interims in Deutschland siedelte er nach London über und ließ sich hier als Seelsorger der großen, aus Franzosen, Italienern und Niederländern bestehenden evangelischen Fremdlingsgemeinde nieder. Als die Königin Maria 1553 ihre blutige Verfolgung der Evangelischen begann, verließ Laski England und hielt sich noch drei Jahre lang in verschiedenen deutschen Städten auf. Im Winter 1556 entsprach er einer Einladung der Heimat und

kehrte nach Polen zurück. Schon in früheren Zeiten hatte er durch wiederholte Sendschreiben König Sigismund August ermahnt, "die gegenwärtige Zeit der Gnadenheimsuchung für sich und sein Volk nicht zu versäumen". Der König brachte ihm viel Wohlwollen entgegen. Laskis Rückkehr ließ den alten Haß der Verteidiger der römischen Kirche aufflammen. Er wurde zum Superintendenten der reformierten Gemeinden Kleinpolens, mit dem Sitz in Rabenstein, berufen. Unermüdlich arbeitete er an einer polnischen Bibelübersetzung und setzte er sich für das Einigungswerk der evangelischen Richtungen in Polen ein. Leider starb er schon 1560. Er war eine lautere Natur, dem es ernst um die von ihm vertretene Sache war.

Vernichtung des polnischen Protestantismus durch die Jesuiten

König Sigismund August war noch immer im ungewissen, ob er das polnische Nationalkonzil einberufen solle. Da kam 1564 Kardinal Hosius, der Bischof von Ermland, vom Tridentiner Konzil zurück. Seinem Einfluß ist der König unterlegen. Stanislaw **Hosius** war der Sprößling einer in Krakau eingewanderten Pforzheimer Handwerkerfamilie. Er war ein feingebildeter katholischer Theologe, der sich die Bekämpfung des Protestantismus zur Lebensaufgabe gemacht hatte. Auf dem Tridentiner Konzil lernte er die **Jesuiten** kennen; ihrer wollte er sich bei der Wiedergewinnung Polens für den Katholizismus bedienen. Rücksichtslos ging er mit der Gegenreformation vor. Seinen und der Jesuiten Anstrengungen gelang es, dem polnischen Protestantismus in wenigen Jahren den Todesstoß zu versetzen.

Deutsches Leben während der Verfolgungszeiten

Die systematische Vernichtung des Deutschtums bewirkt den Rückgang des polnischen bürgerlichen Lebens

Mit der **systematischen Vernichtung des deutschen Bürgertums und der deutschen ländlichen Kolonisation** war ein entscheidender Wendepunkt in der inneren Entwicklung des polnischen Reiches eingetreten. Im 16. und 17. Jahrhundert ist fast auf allen Gebieten des bürgerlichen Lebens Stillstand und Rückgang zu verzeichnen. "Polnische Schriftsteller (Górnicki) stellen die Behauptung auf, Städte seien überhaupt überflüssig, wobei auf die Tataren verwiesen wird, die keine städtischen Ansiedlungen haben. Den Getreide- und Viehhandel nahm der Adel selbst in die Hand. Die Selbstverwaltung der Städte wird beschnitten; immer mehr werden sie der Aufsicht der Hauptleute unterstellt, die ihr Amt nur zu eigener Bereicherung ausnutzen. Die Reichstage erlassen Taxen, nach denen die Kaufleute in den Städten sich zu richten haben. Der Wohlstand der Städte beginnt zurückzugehen. Während einige Patrizier in den Adel aufgenommen werden, wird 1633 bestimmt, daß ein Adliger, der städtische Hantierungen verrichtet, den Adel verliere."[1]

Deutsches Wesen am königlichen Hofe

Nur in **Warschau**, das seit der Vereinigung Masowiens mit Polen an Stelle von Krakau zur Hauptstadt des Landes geworden war, konnte sich das deutsche Bürgertum noch frei bewegen. Trotz seiner Feindschaft gegen die Reformation war König **Sigismund III.** Wasa ein Freund deutschen Wesens. Am Warschauer Hof wurden Sitten und deutsche Sprache eingeführt. Zur Erziehung der Kinder aus seiner Ehe mit einer Habsburgerin wurde das Kammerfräulein Ursula Meyer berufen. In zeitgenössischen Berichten wird sie als ehrlich, klug, bescheiden, fromm und liebenswürdig geschildert. Sie soll unbeschränkten Einfluß am Hofe gehabt haben und das königliche Hauswesen selbständig verwaltet haben. Die **Jesuiten**, und nicht zuletzt der berühmte Jesuitenpater Peter Skarga, bemühten sich erfolgreich um ihre Gunst und erreichten durch ihre Vermittlung die Unterdrückung der Reformation. Papst Urban VIII. sandte ihr seinen Segen nebst der goldenen Rose. - Auch die Inhaber anderer Hofämter waren Deutsche. Propst Paul Giß, ein Sohn des Ratsherrn Balthasar Giß, war Beichtvater der Königin. Leibarzt des Königs war ein Doktor Katerle. Die erste Münze wurde von Johann Schmidt eröffnet.

Die Jesuiten in Warschau als Vorkämpfer des Deutschtums

Der deutsche Jesuitenpater Georg Leyer, Beichtvater des Prinzen Johann Kasimir, rief 1623 eine Anzahl Warschauer Deutscher zusammen und legte ihnen nahe, nach dem Muster der von Pater Peter Skarga 1592 gegründeten polnischen wohltätigen Gesellschaft eine "Brüderschaft des heiligen Bennoni" zu gründen. - Benno, Bischof von Meißen, galt als Schutzpatron gegen die Pest, die in Warschau wiederholt große Opfer forderte. Die Bennoni-Brüderschaft sollte sich mit der Unterstützung hilfsbedürftiger Ausländer befassen und Armen-, Kranken-, Waisen-, Findlings- und Leihhäuser sowie deutsche Schulen gründen. Nach den Satzungen, die 1640 in Paris lateinisch und 1663 in Warschau deutsch gedruckt wurden, sollten die Vorsteher und Beisitzer Deutsche und der Direktor einer der Jesuitenpatres sein, weil diese als tüchtige Organisatoren und Spendensammler bekannt waren.[2]

Es mutet uns heute sonderbar an, daß wir die Jesuiten, die eben dabei waren, die Reformation in den deutschen Städten Polens auszurotten, in Warschau als Vorkämpfer für das Deutschtum sehen. Sie predigten im Schloß und seit 1626 auch in den zwei neuen Jesuitenkirchen allsonntäglich in deutscher Sprache. Deutsche Chorknaben, die die Jesuiten ausgebildet hatten, sangen sonn- und feiertags vor den Häusern der Honoratioren der Stadt deutsche Lieder. - Bemerkenswert sind die Anmerkungen zu den Satzungen der Brüderschaft, in denen der Gebrauch des Lateinischen gegeißelt wird: "Warumb soll dann ein Teutscher nicht teutsch schreiben, so daß es ein jedweder Teutscher verstehen kann? Ja es ist höchst notwendig, daß alle Sachen in teutscher Sprache beschrieben werden." - An einer anderen Stelle heißt es: "Daß die Vorsteher teutscher Nation sein sollen, ist nicht darumb, als solte in einer Brüderschaft eine Nation für der andern einen Vorzug haben, sondern darumb, weil die deutsche Nation in Warschau die stärkeste und derselben Sprach die gemeineste und fast von allen Fremden geredet und verstanden wird. Darumb ist billich, daß Alle Sachen auf den Sessionen in einer, nemlich in teutscher Sprach tractiret und die Bücher in selbiger Sprach geschrieben und gehalten werden, damit durch Vermischung vieler Sprachen nicht eine babylonische Verwirrung erfolge." - Nachdenklich stimmt noch folgende Bemerkung: "Man pflanze nicht Weinstöcke, Feigen und Citronenbäume in unserer pohlischen rauhen Erde, in diesem wilden und ungeschlachten Lande."

Wie biegsam die Warschauer Jesuiten waren, wenn es galt, mit den Forderungen des politischen Lebens Kompromisse zu schließen, beweist die Tatsache, daß die Bennoni-Brüderschaft den ins Land gerufenen evangelischen deutschen Waffenschmieden ein Grundstück zur Ansiedlung und Anlage eines Kirchhofs überließ.

In den Jahren 1624 und 1625 hatte die Pest unter den Warschauer Einwohnern furchtbar aufgeräumt. Auch der Bürgermeister Johann Korb und der Bürgermeister der Neustadt Johann Bucephalus und andere angesehene deutsche Bürger sind ihr erlegen. Man suchte deshalb neue Einwanderer in die Stadt zu ziehen. Die benachbarte wilde Weichselinsel, die den nicht gerade anheimelnden Namen "Dohleninsel" trug, wurde 1629 mit deutschen Kolonisten besiedelt. Sie erhielt den Namen "Holländerinsel" und wurde später auf "Saska Kempa" ("Sächsische Insel") umgetauft.

Groß waren die Verheerungen, die Polen und seine Hauptstadt während der schwedischen Kriege (1655-1660) erlitten. In Warschau blieb nur der zehnte Teil der ursprünglichen Einwohnerschaft übrig. Auch die einst so mächtige Bennoni-Brüderschaft war stark zusammengeschmolzen und zählte nur noch 36 Mitglieder. Sie hatte fast ihr ganzes Vermögen verloren. Ihre Vorsteher, die deutschen Pröpste Rohn und Ewart und die Neustädter Hausbesitzer Heinisch, Vogt, Opitz, Krumloff, Bade und Ochs, taten ihr möglichstes, um der Brüderschaft zu ihrer früheren Bedeutung zu verhelfen. Für den Erlös der verkauften Grundstücke bauten sie ein neues Hospital, riefen die deutsche Schule wieder ins Leben und sorgten für Ausschmückung des erhalten gebliebenen Kirchleins. Die Brüderschaft erhielt Geschenke und machte auch bald Erbschaften. Ihre frühere

Blüte erreichte sie indes nicht mehr.

Die Häuser am Markt der Warschauer Altstadt hatten nach einer aus dem Jahre 1668 stammenden Urkunde noch im siebzehnten Jahrhundert deutsche Besitzer. Genannt werden die Stadträte Burbach, Walter, Kleinpold, Henriet, der königliche Sekretär Günther, der Hofbarbier Jucht, der Weinhändler Richard, die Bürger Witthof, Balzer und Busser. - Daß auch die deutsche Sprache in Warschau ihre Bedeutung noch nicht verloren hatte, bezeugt die Tatsache, daß die Abdankungsurkunde des Königs Johann Kasimir 1668 in deutscher Sprache gedruckt wurde.

Die Anfänge des deutschen Protestantismus in Warschau

Durch den willkommenen Zuzug deutscher Handwerker und Kaufleute vermehrte sich in Warschau die Zahl der Lutheraner. Sie fanden einen mächtigen Gönner in der Person des reformierten, in der Schweiz erzogenen Fürsten Boguslaus Radziwill, der 1650 und 1651 in zwei Erlassen erklärte, "daß er den der evangelisch-lutherischen Kirche ausburgischer unveränderter Konfession zugetanen Einwohnern von Polen und Litauen, insonderheit den Geistlichen, Vorstehern und Moderatoren, den Offizieren und Hofdienern Ihrer königlichen Majestäten, nicht minder der merklichen Anzahl Handels- und Handwerksleuten der königlichen Residenz Warschau seine Stadt **Wengrow** und, bis zur Erbauung einer besonderen Kirche, die daselbst bereits stehende reformierte Kirche zur freien und ungehinderten Ausübung ihrer Religion zur Verfügung stelle, auch sich verpflichte, einem von ihnen zu erwählenden evangelisch-lutherischen Geistlichen jährlich 300 Gulden zu bewilligen sowie für den Fall der Eröffnung einer Schule und der Errichtung eines Hospitals noch weitere Hilfe zu leisten." Den lutherischen Geistlichen wurde ebenso wie seinem reformierten Hofprediger Schutz und Geleit für alle Reisen versprochen.

Der erste von den Warschauer Deutschen gewählte Pastor der evangelisch-lutherischen Gemeinde Warschau-Wengrow war der sächsische Theologe Jonas Columbus. Man hielt sich an die sächsische Kirchenordnung und nahm auch die sächsische Liturgie an. Die ersten Vorsteher der Gemeinde waren die Kaufherren Wilhelm von Krecken, Gottfried Krel und Michael Trotz. Als Kirchenpatron galt Fürst Boguslaus Radziwill. Pastor Columbus und der Pfarrer der polnisch-reformierten Gemeinde in Wengrow Starzynski trafen eine Vereinbarung, nach der der deutsche Gottesdienst allsonntäglich von halb sieben bis halb neun Uhr früh und von zwölf bis zwei Uhr mittags, außerdem Dienstag und Donnerstag früh um sieben Uhr abgehalten werden sollte. Die Warschauer Evangelischen mußten den 70 Kilometer langen Weg nach Wengrow, der einen Tag Fahrt beanspruchte, zurücklegen, um am Gottesdienst teilnehmen zu können. Zu Taufen und Begräbnissen kam der Pastor nach Warschau. Trauungen fanden in Wengrow statt. Da oft evangelische Offiziere und Hofleute daran teilnahmen, so kam das kleine Kirchlein in Wengrow manchmal dazu, viel Glanz und Pracht in seinen schmucklosen Mauern zu sehen.

Wie rechtlos die evangelischen Deutschen in Warschau sich damals noch fühlen mußten, erhellt der Umstand, daß es ihnen als "Dissidenten" verboten war, Grundbesitz zu erwerben. So kam es, daß sie das durch ihren Fleiß erworbene Vermögen, das sie nicht in Grundstücken anlegen konnten, an den Adel ausliehen. Erst dem König Johann Kasimir hatten sie es zu verdanken, daß sie die Erlaubnis zur Anlage eines eigenen Friedhofs erhielten. In der Nähe des Friedhofs durften sie ein Schützenhaus errichten. - Nicht nur Radziwill, auch ein anderer der Großen des Reiches, der Großkanzler Johann Leszczynski, hatte den evangelischen Deutschen seinen Schutz angedeihen lassen, indem er ihnen in dem nahen, 1648 angelegten Städtchen Leschno Aufenthalts- und Baurecht gewährte.

Dankbar empfanden es die Warschauer Evangelischen, als der Gesandte des Großen Kurfürsten, der Freiherr Johann von Hoverbeck, in seinem, "Brandenburger Hof" genannten, Hause seit 1664 abwechselnd lutherische und reformierte Sonntagsgottesdienste abhalten ließ. Zu diesen Andachten

kamen auch Offiziere und Hofbeamte; es fügte sich von selbst, daß der Gesandte und seine Frau nach Schluß des Gottesdienstes die Gäste empfingen und bewirteten. Als Hoverbeck 1682 starb, setzte sein Nachfolger Loelhoeffel diese Gepflogenheit fort.

Aus den Berichten der deutschen Bennoni-Brüderschaft ist ersichtlich, daß neben dem, trotz bestehender einengender und demütigender Bestimmungen, kräftig sich entwickelnden deutschen Protestantismus auch noch der Warschauer deutsche Katholizismus sich behauptete. Im Jahre 1675 wurde der Propst Federle angestellt. Als Vorsteher werden genannt der Kommandant von Warschau Hennig, der königliche Sekretär Makni und die Provisoren Bade und Tießen. 1686 ist Bürgermeister Czauver ihr Vorsteher. 1687 wird ein neues Hospital gebaut, das ausschließlich der Krankenpflege dient, da keine obdachlosen deutschen Armen mehr in der Stadt waren. Spätere Vorsteher sind Johann Knabe, der auch als Pächter des Brauhauses der Brüderschaft genannt wird, Konrad Schmidt und Gottfried Gilbert. Propst und Direktor war am Ausgang des 17. Jahrhunderts Johann Georg Haß, der an der Marienkirche in der Neustadt amtierte. Daß daneben noch zwei Jesuitenpater, Riedig und Friedrich, in deutscher Sprache predigten, beweist, wie stark das katholische Deutschtum in Warschau noch um das Jahr 1700 vertreten war.

Verfolgung der Evangelischen in Großpolen und Kleinpolen

In **Großpolen** hat sich während der Gegenreformation der deutsche Protestantismus, und mit ihm das deutsche Bürgertum, nur schwer behaupten können. Es gab Zeiten, wo die deutschen Bürger glaubten, daß es mit dem lutherischen Deutschtum aus sei. Kirchen- und Schulwegnahmen, Pastorenverfolgungen, Einkerkerungen und Pöbelverfolgungen machten den Deutschen das Leben zur Last.

Johann von Laskis überragende Bedeutung war dem reformierten Zweig des Protestantismus zugute gekommen. In **Kleinpolen** umfaßte die reformierte Kirche in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts 122 Kirchengemeinden. Aber die verheerende Wirkung der Gegenreformation vernichtete alles evangelische Leben: Als 1772 bei der ersten Teilung Polens der größte Teil Kleinpolens an Österreich fiel, ließen sich nur noch kärgliche Spuren des Protestantismus und des deutschen Bürgertums entdecken. Krakaus große deutsche Vergangenheit war fast vergessen.[3]

Neuer deutscher Zuzug

Im 17. Jahrhundert zog der in Großpolen begüterte Adel deutsche Kolonisten aus Pommern, Brandenburg und Schlesien heran und legte zahlreiche deutsche Dörfer und einige neue Städte (wie Rawitsch, Schwersenz, Bojanowo u. a.) an. Die Einwanderer hatten ihre Heimat infolge der Verheerungen des Dreißigjährigen Krieges und nachdem ihnen von den Grundbesitzern freie Religionsübung zugesichert worden war, verlassen.

Einzelne Auswandererpartien wurden auch in östlichere Gebiete geleitet. Schon 1563 hatte der Großgrundbesitzer Leszno-Leszczynski pommersche Bauern nach dem Bugufer verpflanzt. Da die beiden Bugansiedlungen **Neudorf** (Nejdorf) und **Neubrau** (Nejbrow) die einzigen aus alter Zeit erhalten gebliebenen deutschen Dörfer Kongreßpolens sind, so dürfen ihre Schicksale nicht unerwähnt bleiben. Während des Kosakenaufstandes hatten sie viel zu leiden, so daß ihr erster lutherischer Pastor Jonas Columbus, der einem wegen Irrlehre abgesetzten Böhmen Joram im Amte gefolgt war, das zerstörte Neuendorf verließ und Seelsorger der neuen Gemeinde in Wengrow wurde. Als tatkräftiger Seelenhirt erwies sich Martin Ohloff, der sein Amt 1690 antrat. Ihm hatte die Gemeinde den Ausbau des baufällig gewordenen Schuppens, der ihm zum Gotteshaus dienen mußte, zu danken. Die Jesuiten hatten es durchgesetzt, daß den noch im Lande, dank dem Schutze mächtiger Adliger, geduldeten Evangelischen der Bau neuer Kirchen verboten wurde. Da half man sich in Neudorf so wie an anderen Orten: stückweise wurden die morschen Teile durch neue ersetzt. Auch während des Nordischen Krieges hatten die Bugdeutschen unter den Truppendurchmärschen viel zu leiden. Pastor Abrahamowicz, der 1720 nach Neudorf kam, berichtet über neue Bauarbeiten, die er zu leiten hatte. Einem Teil der Gemeindeglieder war die deutsche Sprache nicht mehr

geläufig, so daß er wohl noch in deutscher Sprache predigte, die Katechisationen aber schon in polnischer Sprache abhielt. Abrahamowicz muß ein furchtloser Bekenner seiner kirchlichen Überzeugung gewesen sein. Wiederholt mußte er sich vor dem geistlichen und weltlichen Tribunal verantworten. Man verbot ihm das Predigen in den Filialgemeinden Piaski und Kobryn, die Ausbesserung der Kirche in Neudorf, das Anlegen der Amtstracht der lutherischen Pastoren und die Taufe von Kindern aus gemischten Ehen. Eine treue Fürsprecherin fand er in der Fürstin Radziwill. Von ihrem Schlosse in Biala aus besuchte sie die Gemeinde. In den Zeiten der Verfolgungen, während des 18. Jahrhunderts, hatte die Gemeinde eine Reihe treuer Seelenhirten, die sich um das geistliche und leibliche Wohl ihrer Herde bemühten. Zu ihnen gehörte der Straßburger Simon Pusch, der seit 1743 im Amte war und 1776, nach einer beschwerlichen Reise zur Bedienung der Filialgemeinden, starb. Ein inniges Band der Liebe und des Vertrauens umschloß Pastoren und Gemeinde.

In den ruhigeren Zeiten des 19. Jahrhunderts hören wir von Kämpfen und Zwistigkeiten, die zwischen den geistlichen Herren und ihren Schutzbefohlenen ausgebrochen waren. Einer von ihnen, Nikolai, wird von dem kurländischen Konsistorium, dem die Gemeinde unterstellt war, seiner geistlichen Würde verlustig erklärt. Zu wiederholten Malen bleiben die Dörfer eine Reihe von Jahren ganz ohne geistliche Pflege, so daß ihre Insassen zu verwahrlosen beginnen.

Die ältesten deutschen Bauernsiedlungen der Neuzeit

Die Dörfer Neudorf und Neubrau sind Mutterkolonien einer Anzahl Tochteransiedlungen geworden, die sich bis nach Wolhynien hinziehen. Da die kleinen Hofstellen in den Stammkolonien ihre Besitzer nicht mehr ernährten, so zog in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege ein großer Teil der Dorfbewohner, Männer, Frauen und Kinder, auf Wanderarbeit. Es ging die Rede, daß überall, wo Chausseen oder Eisenbahnen gebaut wurden, ganz gleich ob es in Polen, im hohen Norden Rußlands, im Ural oder in Sibirien, auch Neudorfer zu finden seien. In den ersten Frühlingstagen zogen sie in langen Wagenreihen aus und kamen erst zu Beginn des Winters in die Heimat zurück. Sie waren als zuverlässig Arbeiter bekannt und begehrt. Andere Dorfinsassen fanden als Zimmerleute und Flößer während des Sommers Beschäftigung. Manche von ihnen kamen bis nach Danzig und den anderen preußischen Städten und frischten die Beziehungen zur alten Heimat auf. Sie brachten evangelische Erbauungsbücher in polnischer Sprache mit, nach denen in Neudorf und den anderen Dörfern große Nachfrage war.

Ein deutscher Lehrer, der 1868 nach Neudorf kam, bemühte sich um Wiedereinführung der vergessenen deutschen Muttersprache im Unterricht. Nach vierjähriger Arbeit zog er weg. Auch Pastor Freyer, der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts längere Zeit in Neudorf im Amte war, versuchte wieder deutsch zu predigen. Vielleicht wäre der Versuch, die Neudorfer dem Volkstum ihrer Vorfahren zurückzugewinnen, mehr erfolgreich gewesen, wenn Freyers Nachfolger die von ihm begonnene Arbeit fortgesetzt hätten.

Durch das Wanderleben ist die Sittlichkeit zurückgegangen; manche alte deutsche Tugend, die bis in die letzten Jahrzehnte herübergerettet war, ist verschwunden. Gerühmt wird die Heimatsliebe der Neudorfer. Auch die Anhänglichkeit an Kirche und kirchliche Einrichtungen hat sich erhalten. Die Gottesdienste waren immer gut besucht. Auch bei schlimmem Wetter ist der Fluß von Hunderten von Booten belebt; alt und jung strömt in die Kirche. Jedes konfirmierte Gemeindemitglied, Knabe und Mädchen, Knecht und Magd, Besitzer und Taglöhner, ist verpflichtet durch einen Beitrag das Kirchenwesen zu unterhalten. Die Zahlungen erfolgen willig und pünktlich.

Das aus "Hauland" entstellte Wort "Holland" hat aus den ursprünglich pommerschen Deutschen "Holländer" gemacht. In den russischen Akten wurden die Ansiedler "Ausländer holländischer Abstammung" genannt. Diesem Umstande hatten es die Neudorfer und Neubrauer zu verdanken, daß sie von der Aussiedlung verschont blieben, von der alle anderen, auch polonisierten

Abkömmlinge deutscher Kolonisten betroffen wurden, als die russische Front verschoben wurde. Auch die Neudorfer sollten ihre Heimstätten räumen, da rettete sie der Hinweis auf ihre "holländische" Abstammung.

Während der Zeit der deutschen Okkupation haben die Neudorfer und Neubrauer den Wunsch geäußert, durch Einrichtung von deutschen Schulen der Sprache ihrer Vorfahren wieder Heimatsrechte zu geben. Durch die Ereignisse im November 1918 ist die Fortsetzung des Schulwerks ebenso ungewiß geworden, wie ihr weiteres Verbleiben auf heimatlicher Scholle.

Anmerkungen:

1 E. Zivier: *Polen*. Seite 196. ...zurück...

2 Pater Georg Leyer blieb von 1623 bis 1633 Direktor der Brüderschaft. Vorsteher und Beisitzer waren in dieser Zeit abwechselnd: Kaufmann Johann Jaski aus Danzig, Hausbesitzer und Maurermeister Ulrich, Johann Lobmeyer, Gabriel Possen, Johann Clauda, Königlicher Perlhäfter Nikolaus Kersten, Posamentier Alexander Abraham Nasson, Carolus li Grandi, Ihrer Königlichen Majestäten Oberster Bartenirer (Oberster der Leibwache, in Deutschland Hellebardiere genannt), die Goldschmiede Alexander Moedi und Kaspar Mieber, Bildschnitzer Hans Häulein, Maurermeister Leonhard Pigler, Hans Tadewaldt, Elias Hempel. Unter den Protektoren und Spendern befanden sich: der Bürgermeister der Altstadt Paul Dlugosz, dessen Frau Barbara, geborene Giß, der Königliche Kammerherr Johann von Rottenburg, die Capitaine Jakob Buttler und Wilhelm Winterroy, der königliche Sekretär Ursino, der Maurermeister Johann Tirian, welcher der Brüderschaft sein Haus vermachte. Schon im Jahre 1623 wurde auf der Zakroczyner Straße ein Haus gekauft und zum Hospital (Armenhaus) eingerichtet, auch ein Pferdestall ausgebaut, 1628 wurde am Neustädter Markt ein Grundstück gekauft und eine Kapelle darauf errichtet, 1629 entstand durch Schenkung des Bürgermeisters Dlugosz an der Weichsel ein Waisenhaus. Neben Pater Leyer wurde der Inländer Petrus Hacerus als Probst angenommen, welcher für die Mitglieder der Bennoni-Brüderschaft in deutscher Sprache predigte.

Sämtliche Bauten wurden von Mitgliedern nach Feierabend unentgeltlich ausgeführt. Spenden und Erbschaften erlaubten den Brüdern den Ankauf von Häusern und Plätzen; einen Platz verkauften sie 1638 dem König zum Bau eines neuen Zeughauses. 1636 erhielt die Brüderschaft das Privilegium, daß die bei ihr erzogenen Findlinge und unehelich Geborenen volle Rechte genießen und zu allen Studien, Künsten, Handel und Gewerbe zugelassen werden sollten. 1637 hatte die Bennonibrüderschaft bereits zwei Hospitäler, davon eins mit Badestube und Brauhaus, ferner eine Kirche und ein Waisenhaus mit Elementarschule. Auch verlieh sie Gelder auf Häuser und gegen Pfand, kaufte und verkaufte Plätze und Häuser. ...zurück...

3 Erst 1816 ist in Krakau wieder eine aus frisch eingewanderten Deutschen zusammengesetzte evangelische Gemeinde lutherischer Prägung entstanden. Anläßlich des Reformationsjubiläums veröffentlichte 1817 der Bibliothekar Professor Dr. **Bandke** "in aller Stille" die von **Wojciech Wengierski**, dem Senior der reformierten Gemeinden des Krakauer Bezirks, 1657 in polnischer Sprache verfaßte "Geschichte der evangelischen Gemeinde zu Krakau von ihren Anfängen bis 1657".

Nach Wengierski **ist keine andere evangelische Kirchengemeinde Polens so reich an denkwürdigen Ereignissen wie die Krakauer.** Er schloß seine Geschichte 1651 ab und übergab das Manuskript elf seiner vornehmsten und zuverlässigsten Gemeindeglieder. Nach seinem Wunsche sollte die Geschichte erst später gedruckt werden, "sobald der evangelischen Kirche in Polen gefahrlosere und freiere Zeiten geschenkt sein werden". Diese Hoffnung erfüllte sich erst 1817. Und obwohl die Drucklegung ohne viel Aufhebens erfolgte, ist "dennoch viel Anstoß" erregt worden. Dr. C. F. Wilhelm **Altmann** hat 1880 eine deutsche Bearbeitung des polnischen Originals erscheinen lassen, der die nachstehenden Angaben zugrunde gelegt sind.

Hussitische Lehren waren im Jahrhundert vor der Reformation nach Polen gedrungen und hatten auch in Krakau Anhänger gefunden. Die deutsche Reformation, deren Zeugnisse auch nach Krakau kamen, fand vorbereiteten Boden. Der Träger der Reformationsgedanken war der Adel gewesen. Aber auch das deutsche Bürgertum nahm sie freudig auf, sehr zum Unwillen der Geistlichkeit, die die neuen Ideen grausam zu unterdrücken suchte. Katharina Malcher wurde 1539 auf Betreiben des Bischofs Gamrat verbrannt; sie soll freudig den Feuertod erlitten haben. Die der neuen Lehre zugetanen Hofleute und Gelehrten fanden sich zu evangelischen Andachten und Besprechungen zusammen. Evangelische Adlige brachten ihre Prediger mit und

veranstalteten in ihren Häusern Gottesdienste, die auch von Bürgern besucht wurden. Der Unterkämmerer von Lenczyca Stanislaus Lasocki wagte es, im Jahre 1552 im Dorfe Wola Justowa bei Krakau öffentlich predigen zu lassen. Der damalige Bischof Maciejowski konnte dem Umsichgreifen der neuen Lehre nicht mehr wehren. Jan Bonar, der Gouverneur des Krakauer Schlosses, überließ 1557 der sich bildenden evangelischen Gemeinde ein Grundstück vor dem Nikolaitor. Zum ersten Prediger wurde Gregor Pauli aus Brzeziny berufen. Im nächsten Jahr ließ man zur Bedienung der deutschsprechenden Gemeindeglieder den Prediger Daniel aus Schlesien kommen.

Lange Zeit hindurch wurden die Gottesdienste in Mietshäusern abgehalten. Im Jahre 1568 wurde die Errichtung eines eigenen Schul- und Bethauses erwogen. Adel und Bürgerschaft brachten erhebliche Beträge zusammen; auch entfernt Wohnende opferten. Aus der Sammelliste geht u. a. hervor, daß auch die Witwe des 1545 verstorbenen gelehrten Schriftstellers Justus Dicz (Decius) sich zur Gemeinde hielt. Dicz war aus dem Elsaß eingewandert und diente dem König Sigismund I. als Sekretär. Der König hatte ihn seinerzeit beauftragt, Luther zu besuchen und ihn um Lehrer für Polen zu bitten.

Der Reichstag zu Lublin erteilte den Krakauer Evangelischen 1569 ein Privilegium für einen Begräbnisplatz - und drei Jahre später gab Sigismund August auf dem Reichstag zu Warschau der Krakauer Gemeinde ein Privilegium für Schule und Bethaus, mit dem die Freiheit des Gottesdienstes verbrieft und verbürgt und allen geistlichen und weltlichen Ständen der Schutz desselben zur Pflicht gemacht wurde.

Ein sehr tatkräftiges Mitglied der evangelischen Gemeinde war der Krakauer Wojewode und Großkronmarschall Jan Firlej. Nach dem Tode des Königs Sigismund August (1574) wurde der französische Prinz Heinrich zum König gewählt. Während der Wahlhandlung trat Firlej, der in guten Beziehungen zu Heinrich stand, für die Freiheit der Evangelischen ein. Als, auf Anstiften des päpstlichen Gesandten, Heinrich bei der Krönung die Abgabe des Toleranzversprechens zugunsten der Evangelischen unterließ, nahm Firlej die Krone aus der Hand des Königs und wollte sie aus der Kirche tragen. "Wenn du nicht schwörst, kannst du nicht König werden!" rief er dem König zu. Erst als der König und die Anwesenden riefen: "Es wird alles zugestanden!" händigte er die Krone aus. Firlej starb aber bald darauf, wie behauptet wird, an Vergiftung. Sein Amtsnachfolger wurde der Wojewode von Sandomir Peter Zborowski, der ebenfalls Anhänger der evangelischen Lehre war.

König Heinrich war nach dreimonatiger Regierung nach Frankreich zurückgekehrt. Man hielt Ausschau nach einem neuen König. Da hielten die Feinde der evangelischen Gemeinde in Krakau die Zeit für gekommen, um zu einem Vernichtungsschlage auszuholen. Studenten und Pöbel rotteten sich am 10. Oktober 1574 zusammen. - "Sonntags von zwölf Uhr ab Tag und Nacht bis Dienstags wurde gegen das Bethaus gewütet, indem man mit Maurerwerkzeug die eisernen Türen aufbrach und die Gitter mit aller Gewalt aus den Mauern herausriß. Als man in das Gebäude eingedrungen war, wurde von boshaften Händen alles zerstört, das Stockwerk demoliert und zerhackt, Gewölbe und eingemietete Läden ausgeräumt, den Edelleuten und verschiedenen Bürgern, welche dort Gold, Silber, Kleider und Gelder aufgehoben hatten, alles genommen und weggebracht.... In Sachen der Bethauszerstörung wurde von dem Adel der Krakauer Wojewodschaft eine Klage nach allen übrigen Wojewodschaften gesandt; weil es aber damals keinen König gab, ließ sich bei dem Stande der Dinge weiter nichts ausrichten."

Wegen des Raubes wurden fünf Zimmer- und Maurergesellen hingerichtet. Das abschreckende Beispiel hat indessen die Studenten nicht abgehalten, einige Monate später, am 16. Juni 1575, den evangelischen Begräbnisplatz zu zerstören und die Leiche des dort beerdigten Krakauer Wojewoden Stanislaus Myszkowski aus dem Grabe zu reißen und andere Leichen zu schänden. Der Friedhof wurde 1577, während der neue König Stefan den Feldzug gegen Preußen unternahm, ein zweites Mal zerstört, wobei die Grabsteine zertrümmert, die Umfriedung vernichtet und wiederum eine aus dem Grabe gerissene Leiche geschändet wurde." Vorher noch hatte man einen der evangelischen Prediger beschimpft und verwundet.

Einen Monat später plünderte der Pöbel, angeführt von Studenten, einige Häuser evangelischer Bürger und verletzte einen Adligen. König Stefan griff nun ein und gab dem Krakauer Grodgericht und der Universitätsobrigkeit Weisung, nach dem Rechten zu sehen. Aber die königlichen Befehle blieben ohne Wirkung. Im nächsten Jahr überfielen Studenten das Leichenbegängnis einer evangelischen Frau, jagten die Leidtragenden auseinander, rissen die Leiche aus dem Sarg, zerhieben sie und warfen sie zuletzt in die Weichsel. Kurze Zeit darauf rotteten sich Studenten und Pöbel in der Nähe der evangelischen Kirche zusammen und drohten, sie zu vernichten. Adel und Bürgerschaft wandten sich um Schutz und Sühne an den König. - Daraufhin bestätigte König Stefan das von Sigismund August gegebene Privilegium und erließ eine von ihm und den angesehensten Senatoren unterschriebene Bekanntmachung, in der der Schutz der evangelischen Gottesdienste verbürgt wurde. Trotz der schützenden Hand des Königs unternahmen Studenten mit ihrem Anhang noch im selben Jahr einen Angriff auf das evangelische Gotteshaus und zertrümmerten Türen und Fenster. Immerhin hatten die

Strafandrohungen das Gute, daß zu Lebzeiten des Königs keine Ausschreitungen mehr vorkamen.

Erst nach des Königs Tode, als (1587) der Adel sich außerhalb der Stadt zu einer Heerschau versammelte, überfielen Studenten, Schüler und Pöbel die Kirche, zerschlugen alle Gegenstände, die ihnen in die Hände fielen und zündeten sie an, so daß die Stadt in Feuersgefahr kam. Zwei Jahre zog sich die Untersuchung hin, ohne daß sie ein Ergebnis zeitigte.

Die evangelische Gemeinde ließ das Gotteshaus wieder in Stand setzen. Aber schon 1591 ging ein neuer Sturm über sie hin. Wieder vereinten sich Studenten und Pöbel, um alles kurz und klein zu schlagen und zum Schluß Feuer an das Gebäude zu legen, so daß nur die Umfassungsmauern übrig blieben. König Sigismund III., der sich damals in Krakau aufhielt, soll dem Feuer untätig zugesehen haben.

Nun sahen Älteste und Gemeinde ein, daß sie den königlichen Schutzbriefen zum Trotz der rohesten Willkür ausgesetzt waren. Sie beschlossen deshalb, von einem Wiederaufbau der Kirche abzusehen. Mit Dank nahmen sie das Anerbieten eines der Kirchenpatrone, des Ritters Karminski, an, die Kirche nach seinem, eine Meile entfernten Besitztum Alexandrowice zu verlegen.

Einzelne Gemeindeglieder mußten es nun büßen, daß das Gemeindeeigentum den Händen des Pöbels entzogen war. So drang man 1593 in das Haus des Bürgers Kalaj, mißhandelte ihn und plünderte sein Haus gänzlich aus. Im Jahre 1597 wurde die Leiche einer Jungfrau ausgegraben und geschändet. Kurz darauf überfielen Studenten den Pastor Jakob Wolf, der einer Taufe wegen aus Alexandrowice nach Krakau gekommen war, und richteten ihn arg zu.

Bis dahin hatten die Gemeinden polnischer und **deutscher** Zunge **ein** Gemeinwesen gebildet. Man achtete im Gemeindevorstand darauf, daß neben dem polnischen Prediger ein deutschpredigender Geistlicher im Amte war. Die reiche polnische Gemeinde genoß einige Vorrechte. So mußte die deutsche Gemeinde ihre Gottesdienste in der Schule abhalten und zwar ohne Gesang, um nicht die polnische Andacht zu stören. Nachdem unter den Mitwirkungen der Gegenreformation die Zahl der polnischen Evangelischen immer geringer geworden war und der deutsche Teil der Gemeinde größere Lasten zu tragen hatte, beanspruchten die Deutschen die gleichen Rechte. Darüber kam es zu Zwistigkeiten. Pastor Eisenmenger, der damals beide Gemeinden bediente, trat für die Rechte der Deutschen ein, sehr zum Unwillen der polnischen Gemeindeglieder, die ihn einen Ausländer schalten, der die Verhältnisse nicht kenne. Die Synoden zu Wloszczowa und Secymin befaßten sich 1609 mit den Streitigkeiten. Sie entschieden, daß den Nichtpolen (außer deutschen gab es auch noch französische Gemeindeglieder) gleiche Rechte einzuräumen seien.

Während polnisch- und deutschsprechende Evangelische ihre Streitigkeiten austrugen, setzten die Gegner der Gemeinde ihre feindlichen Unternehmungen fort. Der Adelsaufstand von 1607 erschütterte das Gefüge des polnischen Reiches und gab den Krakauer Studenten willkommene Gelegenheit, ihr altes Treiben ungestraft fortsetzen zu können. Abermals wurde der Begräbnisplatz zerstört, eine Anzahl Leichen ausgegraben und mit den Füßen nach oben an die Mauer gestellt oder aufs Feld hinaus geschleppt. Im Mai 1610 wurde das Haus des Bürgers Kilian Schmidt zerstört. Im nächsten Jahr überfielen Schüler einen evangelischen Leichenzug und verletzten die Leidtragenden. Am Himmelfahrtstage 1611 verübte der Pöbel unter Leitung der Studenten einen Überfall auf das Haus der Witwe Zagrzebska, das während einiger Tage belagert wurde. Der Bürgermeister entsandte zu ihrem Schutze 40 Mann von der Stadtwache, die aber nichts ausrichten konnten, weil sie den Befehl bekamen, nicht zu schießen. Sie wurden, als der Pöbel sah, daß sie in die Luft schossen, hart bedrängt, so daß sie sich durch die Flucht retten mußten. Durch eine Hinterpforte brachte sich die Witwe mit ihren Angehörigen in Sicherheit. Die Belagerer erstürmten das Haus, plünderten es aus und zerstörten es bis auf die Grundmauern. Da die Unruhe weiter um sich griff, so wurden Fußtruppen aus dem Schlosse in die Stadt geschickt, denen es gelang, die Ruhe wiederherzustellen, nachdem sie während der Handgemenge zwanzig Aufrührer getötet hatten.

Auf der Synode zu Oksza berichteten die Krakauer Laienabgeordneten Lyszkiewicz und Hans Heyde über die Krakauer Vorkommnisse. Die Synode stellte an die anwesenden Vertreter des Adels das Ersuchen, auf den nächsten Land- und Reichstagen die fortdauernde Verfolgungen der Krakauer Evangelischen zur Sprache zu bringen. Auf Anordnung der Synode sollten am 30. August, dem Tage des Zusammentritts der Landtage, und am 26. September, dem Tage der Reichstagseröffnung, überall mit Fasten verbundene Betgottesdienste stattfinden. Als die Widersacher der Evangelischen von Hans Heydes Schritten vernahmen, trachteten sie ihm nach dem Leben. Er mußte sich mehrmals in Sicherheit bringen und übersiedelte zuletzt ganz nach Lublin.

Am Abend des 14. April 1613 machten sich Studenten, Schüler und "allerlei Volk" auf den Weg nach Alexandrowice und überfielen das Pfarrhaus. Der einheimische Pastor Andreas Hermann konnte sich noch

rechtzeitig flüchten. Um so schlimmer verfuhren die Wüteriche mit einem Gast der Pastorenfamilie, dem um die evangelische Kirche verdienten Senior des Zatorer Bezirks, Pastor Barthol. Bittner, der in einem abgelegenen Zimmer schlief und zu spät erwachte. "Er wurde bei dem plötzlichen Überfall von dem Haufen ergriffen, aller Kleider beraubt, hinter das Tor geschleppt und so mörderisch geschlagen, daß er fünfzehn Wunden hatte und zwei Finger der linken Hand verlor; als er so im bloßen Hemde über und über blutend dalag, ließen sie ihn für tot liegen und gingen davon. Dabei plünderten sie das Pfarrhaus, zündeten es schließlich an und brannten es gänzlich herunter."

Wenige Wochen später schlug der Kleriker Gryma den Küster der evangelischen Gemeinde Habicht während eines Zusammentreffens auf der Straße so unbarmherzig mit einer Latte, daß der Geschlagene nach einigen Stunden seinen Verletzungen erlag.

Nach diesen Ereignissen riet der wiederhergestellte Senior Bittner von einem Wiederaufbau des Pfarrhauses in Alexandrowice ab. Er veranlaßte, daß Pastor Hermann nach dem vier Meilen entfernten Gute Wielkanoc übersiedelte, wo der Ritter Wielowiejski im Begriff stand, eine evangelische Kirche zu bauen. Weil man mit dem Schlimmsten rechnen mußte, ging Hermann auf das Angebot ein. Durch ganz Polen brauste ein Verfolgungssturm gegen die Bekenner des evangelischen Glaubens. In Lublin und Posen wurden die evangelischen Kirchen zerstört.

Um diese Zeit entstand in Krakau eine Gemeinde augsburgischen Bekenntnisses. Ihre Ältesten wandten sich an die Verwaltung der reformierten Gemeinde mit dem Ersuchen, ihnen die Mitbenutzung des Gotteshauses in Alexandrowice zu gestatten. Am Palmsonntag 1615 fand der erste lutherische Gottesdienst statt. Ihm folgten Besprechungen, die in den nächsten Jahren sich zu einer Union der beiden Gemeinschaften formten. Ihre Losung war: "Brüderliche Liebe und christliche Eintracht sollen in den rechtgläubigen Gemeinden des Herrn nicht erkalten!"

Während die Unionsverhandlungen schwebten, unternahm am Himmelfahrtstage 1615 der Krakauer Pöbel einen Überfall auf das Haus des evangelischen Bürgers Piaskowski. Nachdem die Stürmenden die Gitter durchbrochen und die Türen zertrümmert hatten, retteten die Hausinsassen sich durch Flucht über die Dächer der Nachbarhäuser. Der wackere Bischof Tylicki kam mit einer Anzahl Ritter und Stadträten und seinem Fußvolk auf den Platz der Zerstörung und trieb den Haufen auseinander, nachdem er zwei Anführer erschossen und andere gefesselt hatte. - Der um sich greifende Glaubenshaß veranlaßte viele angesehene evangelische Familien, sich nach anderen, mehr sicheren Wohnorten umzusehen. Die Ältesten der Gemeinde kamen bei dem Rat um Gewährung freien Abzuges ein. Aber das Ratskollegium machte geltend, daß der Wegzug der wohlhabenden evangelischen Bürger "große Einbuße an Einnahmen für die Stadtkasse, zumal da, wenn die Stadt Abgaben ausschrieb, die meisten Lasten auf die Evangelischen und Ausländer gewälzt wurden", mit sich bringen würde und verweigerte die Erlaubnis. Es versprach, die beiden Reichstagsabgeordneten der Stadt zu beauftragen, den Reichstag um wirksameren Schutz der Krakauer Evangelischen anzugehen. Mit den beiden Abgeordneten machten sich auch zwei Älteste der evangelischen Gemeinde auf den Weg; sie besaßen Empfehlungsschreiben an Angehörige des Königshauses und an einige Senatoren. König Sigismund III. willfahrte den ihm von verschiedenen Seiten vorgetragenen Wünschen und gab Erlasse an den Stadtrat, den Krakauer Wojewoden, den Bischof und die Universitätsobrigkeit, denen der Schutz der evangelischen Einwohner zur Pflicht gemacht wurde.

In den Verzeichnissen der Ältesten der Gemeinde jener Zeit stoßen wir fast ausschließlich auf deutsche Namen. Ein Beweis dafür, wie sehr die Zahl der polnischen Evangelischen während der Zeit der Verfolgung zurückgegangen war. Nach dem Tode des Patrons der Gemeinde, des Besitzers von Alexandrowice, Peter Goluchowski, wurde sein ältester Sohn dem Glauben des Vaters untreu. Er verhinderte nach seinem Übertritt nicht nur die Abhaltung weiterer Gottesdienste in der Kirche zu Alexandrowice, sondern verunehrte auch die bisherige Andachtsstätte. Nun konnten die Gottesdienste nur noch in Wielkanoc und Lucianowice, dem Gute des Kirchenpatrons Zelenski, abgehalten werden.

Am Tage nach dem Himmelfahrtsfeste 1617 ergriffen Studenten den vor der Tür seinen Hauses stehenden evangelischen Arzt Dr. Lyszkowicz, schleppten ihn auf die Straße, tauchten ihn in den Schmutz und schleiften ihn an den Beinen bis zur Stadtpforte, um ihn in den Fluß zu werfen. Universitätslehrer retteten ihn aus den Händen der Unholde. - Am 16. Mai 1620 sollte die Bürgersfrau Hunter begraben werden. Zum Schutze des Trauergeleites gingen zwölf städtische Heiducken und 12 schottische Soldaten mit, die sich damals gerade in Krakau aufhielten. Bewaffnete Studenten griffen den Zug an und überschütteten die Soldaten mit einem Steinhagel. Schon wollten die Schotten auf die Angreifer feuern. Hunter gelang es indessen, die Studenten zu beruhigen, indem er ihnen 50 Gulden schenkte.

Recht unduldsam zeigte sich 1624 der Rat, der keinem Evangelischen mehr das Bürgerrecht verleihen wollte.

Einige junge Männer fielen indessen von ihrem Glauben ab; andere übersiedelten nach anderen Städten. König Wladyslaus IV. veranlaßte später den sich zunächst noch sträubenden Rat, die ungerechtfertigte Maßnahme rückgängig zu machen.

Am Sonntag nach Himmelfahrt 1625 zogen Studenten mit ihrem Anhang nach dem Gute Lucianowice und zerstörten die Grabstätte der Familie Zelenski. - Am 6. Juli 1629 entschlief der Franzose Franz Arbi, einer der Ältesten der Gemeinde. Die Studenten hatten sein Ende erwartet und sich auf einen Angriff auf den Leichenzug gerüstet. Um die Leiche vor Schändung zu bewahren, legten die Angehörigen sie in ein Faß und brachten sie in aller Stille auf den Friedhof. Die Studenten behelligten nachher die Witwe mit Nachforschungen über den Verbleib der Leiche. Es gelang ihr, die Frager mit 100 Gulden zu beschwichtigen. - Am Ostersonntag 1630 drangen die Studenten in das Haus des Zuckerbäckers Isaak Mayerhöfer, dessen Frau gestorben war. Eben war man dabei, die Leiche unauffällig auf den Friedhof zu bringen. Die Eindringlinge raubten zunächst den Laden aus und zerhieben dann die Leiche; in der Wohnung warfen sie alles durcheinander und mißhandelten sogar ein kleines Kind in der Wiege. - Im selben Jahre versuchten katholische Geistliche eine evangelische kranke Frau gewaltsam zu bekehren. Sie kamen in das Haus des Lukas Rzeczynski und sagten, als er ihnen den Eintritt verwehren wollte, die Kranke habe nach ihnen verlangt. Der Kranken wurde eine Hostie in den Mund gesteckt. Nach ihrer Genesung blieb die Frau ihrem evangelischen Glauben treu. - Am Himmelfahrtstage 1631 überfielen Studenten die Läden der Goldarbeiter Brikiet und Strachon und die Wohnungen der Bürger Barson und Forbeß. Der Starost Zamojski verfügte eine strenge Untersuchung. Infolge des Dazwischentretens der Geistlichkeit verlief sie ebenso ergebnislos wie die früheren.

Während der Krönung Wladyslaus IV. (1633) wurde in Krakau nach langer Zeit wieder evangelisch gepredigt. Verschiedene evangelische Adlige hatten ihre Prediger mitgebracht und ließen in ihren Häusern evangelische Gottesdienste abhalten, die auch von der Bürgerschaft besucht wurden. Bald nach der Krönung verbreitete sich in Krakau das Gerücht, daß neue Gewalttätigkeiten gegen die Evangelischen geplant seien. Das Himmelfahrtsfest, der von den Studenten für ihre Unternehmungen bevorzugte Tag, rückte heran. Die evangelische Bürgerschaft hatte nicht unterlassen, den Rat an die vom König erneuerten Schutzbriefe zu erinnern. Alle von Evangelischen bewohnten Häuser blieben tagsüber geschlossen; kein Evangelischer ließ sich auf der Straße sehen. Schon glaubte man, daß der gefürchtete Tag ruhig verlaufen werde, als Schüler der Marienschule den evangelischen Bürger Mayerhöfer auf der Straße auskundschafteten. Sie setzten dem Flüchtenden nach, entdeckten ihn in einem Hause und schleppten ihn an den Füßen auf die Straße, wo sie ihn in den Schmutz warfen und entsetzlich schlugen. Er kam zwar noch lebend aus den Händen seiner Peiniger, blieb aber bis an sein Ende ein siecher Mann.

Im September 1633 starb die Frau des französischen Bürgers Ledluble. Der Witwer beabsichtigte die Leiche in aller Heimlichkeit auf den Friedhof zu bringen. Eine böse Nachbarin vereitelte aber sein Vorhaben. Die von ihr benachrichtigten Studenten holten ihn am Tore ein; sie warfen den Wagen um, trugen die Leiche zurück, entkleideten sie, schleiften sie durch Pfützen und warfen sie schließlich in die Weichsel. Einer der Übeltäter, Iskra, wurde bald nachher aus einem anderen Anlaß gefänglich eingezogen. Da er als Rädelsführer erkannt worden war, mußte sich das Grodgericht mit dem Fall befassen und den Verbrecher, wie es das Gesetz verlangte, zum Tode verurteilen. Der Wojewode von Bjelsk, Leszczynski, drang in den noch schwankenden König, das Urteil zu bestätigen. Aber geistlicher und anderer weitreichender Einfluß machte sich geltend. Man drohte mit dem Schlimmsten, falls das Urteil vollstreckt werden würde. So kam es, daß Iskra, für den durch Kirchensammlungen eine hohe Kaution zusammengebracht worden war, nach einjähriger Haft freigelassen wurde.

In der Fastnachtszeit 1639 wurden während eines Streites in einer Weinstube zwei unbeteiligte deutsche Jünglinge getötet. Bei ihrer Beerdigung wiederholten Studenten die uns schon bekannte Aufführung. - Im August 1640 suchten Studenten in das Haus des evangelischen Bürgers Forbeß einzudringen. Ihr Plan mißlang, weil die Hauseingänge starke Sicherungen aufwiesen. - Am Himmelfahrtstage 1641 zerstörten und plünderten Studenten die Häuser der Bürger Cypser und Sznuk. Die Insassen flüchteten durch die Fenster und über die Dächer der Nachbarhäuser, wobei die schwangere Frau Sznuk so unglücklich fiel, daß sie an den Folgen des Falles starb. Diesmal ging der Wojewode Lubomirski unnachsichtlich vor und ließ die Anführer gefangennehmen. Die ungewohnte Strenge erbitterte die Studenten und sie beschlossen, die Evangelischen dafür büßen zu lassen. Sie glaubten die Gelegenheit gekommen, als ein auf einem Ausflug begriffener Haufe auf den einsamen Pachthof des Kalaj in Chorowice aufmerksam wurde. Sie überfielen den Hof, gebärdeten sich wie Straßenräuber, plünderten das Haus aus und mißhandelten den Besitzer. Ein verlorenes Täschchen führte auf die richtige Spur. Fünf von den Tätern wurden hingerichtet. - Aus Furcht vor dem Kommenden waren die evangelischen Bürger um die Zeit des Himmelfahrtsfestes 1647 aus Krakau weggereist. Nicht ohne Ursache, - denn drei Häuser wurden von den Studenten und ihren Helfern erstürmt und geplündert. Eine Abteilung Dragoner jagte den Haufen auseinander. Da die Dragoner mit einem Steinhagel empfangen wurden, so machten sie von ihren Waffen Gebrauch und

erschossen einen Studenten. Die Beerdigung des Getöteten bot der Studentenschaft willkommenen Anlaß zu einer Demonstration. Sie wurde gegen die evangelische Gemeinde klagbar und brachte verleumderische Beschuldigungen vor.

Am Himmelfahrtstage 1650 zerstörten Studenten und ihre Freunde das Haus des Bürgers Delentz und den Laden des Krolik. Während viele wohlhabende evangelische Familien sich zum Wegzuge aus Krakau rüsteten und andere mit den Vorbereitungen zu einer ausführlich begründeten Klage bei dem Reichstag befaßten, brach die Pest aus, die in den Jahren 1651 und 1652 in Krakau an 30 000 Menschen hingerafft haben soll. Im Jahre 1653 folgte ihr eine "kleine Epidemie". Auch die über Krakau und ganz Polen hereingebrochene schwere Zeit vermochte nicht den Glaubenshaß der Krakauer Studenten zu zügeln; schon zu Himmelfahrt 1655 bereiteten sie sich zu neuen Untaten vor und entwarfen einen Plan zum Überfall auf das Haus des begüterten Bürgers Czamer. Den vereinten Bemühungen der Universitätsobrigkeit und der katholischen Geistlichkeit gelang es, die Menge von der Ausführung ihrer Absicht abzulenken. Polen durchlebte damals schwere Heimsuchungen, sein Untergang schien besiegelt. Von der einen Seite waren Kosaken und Russen ins Land gerückt, und vom Norden her kam das schwedische Heer, das bis nach Krakau gelangte und die Stadt einnahm.

Schwedische Reiter durchzogen plündernd das Land und kamen auch bis nach Wielkanoc, wo sie Gut, Kirche und Pfarrhaus ausraubten. Die Familien des Gutsbesitzers und des Pastors Wengierski hielten sich in den benachbarten Wäldern versteckt und flüchteten nachher nach Schlesien. Erst nach einigen Wochen konnten die Flüchtlinge zurückkehren. Sie fanden ausgeplünderte Wohnungen vor und lebten in der Furcht vor neuen Überfällen schwedischer und polnischer Soldaten und des Pöbels. Denn auch die Bauern der Umgegend rotteten sich zusammen und begannen unter Leitung des Propstes Kondziolka einen Religionskrieg zu führen. Im Städtchen Siewierz nahmen sie eine Anzahl Edelleute gefangen und töteten unterwegs, in Kozieglowy, einen von ihnen, Dembicki. Die übrigen evangelischen Adligen flüchteten nach dem Städtchen Zarki und dem (in der Nähe des heutigen Zawiercie gelegenen) befestigten Schlosse Ogrodzieniec. Auch nach den evangelischen Geistlichen fahndeten die aufrührerischen Bauern.

Auf Anraten seiner Freunde beabsichtigte Wengierski nach dem Dorfe Kozy (deutsch Seyffersdorf) zu flüchten. Da hörte er, daß die Bauern auch dort schon ihr Unwesen trieben, das Pfarrhaus überfallen und die in der Erde vergrabene Bibliothek des Pastors entdeckt und weggeführt hatten. Wengierski faßte den Entschluß, bei seiner Gemeinde in Krakau zu bleiben, wo er im Stillen Gottesdienst halten konnte. Während dieser Wirren verübte der Pöbel zahlreiche Morde und Raubüberfälle. Auch die Kirche in Wielkanoc wurde verbrannt. Die Mordbrenner schleppten die nebenan wohnende evangelische Witwe Niedzielska auf den Brandplatz und töteten sie. Ein den Haufen führender betrunkener Mönch schlug grausam auf den greisen Spitalinsassen Manusz ein und verletzte ihn schwer.

Im September 1656 konnte der verstorbene Krakauer Bürger Adalbert Blackhal unter dem Schutz der schwedischen Garnison mit großem Geleit zu Grabe getragen werden, nachdem über 60 Jahre hindurch kein öffentliches evangelisches Leichenbegängnis mehr war.

Wengierski schloß seine Aufzeichnungen im Jahre 1657 ab. Während seines Aufenthaltes in Krakau erlebte er vier Belagerungen der Stadt durch das polnische Heer. Die Evangelischen in Krakau erfreuten sich nun des Schutzes der schwedischen Verwaltung und atmeten nach den Zeiten der Verfolgung wieder freier auf.

Wie die weiteren Schicksale der Gemeinde sich gestalteten, haben die Geschichtsschreiber nicht ermitteln können. Altmann erwähnt, daß in der Geschichte der Gemeinde eine ein Jahrhundert umfassende Lücke entstanden ist. In der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts hielt sich das kleine Häuflein der Krakauer Evangelischen zur Kirche des benachbarten Podgórze. Am Anfang des neunzehnten Jahrhunderts wurde die abermalige Selbständigmachung der Krakauer Gemeinde erwogen. Der Plan ließ sich 1816 verwirklichen.

Wengierskis nüchterne, jede Übertreibung und Ausschmückung vermeidende Darstellung redet eine erschütternde Sprache. Er steht mit seiner Gegenwartsschilderung in schärfstem Gegensatz zu den heutigen Geschichtsklitterern, die, wie die Verfasser der Denkschriften der Warschauer evangelisch-lutherischen Gemeinde, das frühere Polen als ideales Asyl für alle in Westeuropa verfolgten Märtyrer hinstellen. ...zurück...

Deutsche Not im niedergehenden Polen

Die Korruption bei den Königswahlen

Bei der Wahlhandlung nach dem Tode des Königs Sobieski zeigte sich der vorgeschrittene Zerfall des einst so mächtigen polnischen Reiches. Der Adel war in Parteien zersplittert und ließ sich von den Bewerbern um die polnische Königskrone bestechen. Nicht nur auf dem Wahlfelde, sondern auch in Warschau und in der Krönungskirche spielte sich der Kampf der Meinungen ab. Als endlich die für den sächsischen Kurfürsten eintretende Partei siegte, atmeten alle Einsichtsvollen auf; schien es doch, als ob dem polnischen Lande der so nötige bürgerliche Frieden beschert werden sollte.

Nöte der deutschen Bürger in Warschau während des Nordischen Krieges

August II. Bündnis mit den Gegnern des jungen Karl XII. von Schweden, dem russischen Kaiser Peter I. und dem dänischen König Friedrich IV., sollte Polen zum Verhängnis werden. Im Mai 1702 mußte August II. Warschau verlassen, weil die schwedischen Truppen herannahten. Um und in Warschau selbst wurden wiederholt Schlachten geschlagen. Die deutsche Bürgerschaft mußte hohe Kontributionen zahlen; die Stadt war verpflichtet, wöchentlich 20 000 Tympfen (so benannt nach dem deutschen Münzmeister Tympf) und große Posten Naturalien an die schwedischen Truppen abzuführen. Einige Jahre dauerte der Kampf um die Herrschaft in Polen. Auf Betreiben des schwedischen Königs wurde Stanislaus Leszczynski als Gegenkönig gewählt. Warschau ging wiederholt aus einer Hand in die andere. Auch die Russen waren eine Zeitlang seine Herren. Zar Peter fand schon eine verarmte Bürgerschaft vor, aus der kaum noch etwas herauszupressen war. Er mußte sich darauf beschränken, Kunstgegenstände aus dem königlichen Schloß nach Petersburg mitzunehmen. Im Oktober 1707 zogen die Russen weg; August II. nahm wieder Besitz von der unglücklichen Stadt. Im nächsten Jahre wurde sie schwer von der Pest heimgesucht; sie raffte 30 000 Einwohner dahin. Von den 40 Bediensteten des königlichen Schlosses blieben nur noch drei übrig und von den 36 deutschen Schuhmachern starben 33. Bei der Bekämpfung der Seuche leistete die alte deutsche Bennonibrüderschaft Hervorragendes. Ihre Vorsteher waren unermüdlich in der Pflege der Erkrankten. Nicht weniger als 49 ihrer besten Mitglieder, darunter auch der opferbereite Pater Heinrich, fielen der Pest zum Opfer. In den nächsten Jahren trat die Epidemie noch zweimal auf. Zwei größere Feuersbrünste und eine bedeutende Überschwemmung vermehrten die Nöte der deutschen Bürgerschaft.

Weitere Unterdrückung der evangelischen Deutschen

Während der kriegerischen Ereignisse waren die die **Protestanten** bedrückenden Bestimmungen außer Kraft gesetzt worden. Stanislaus Leszczynski begünstigte sogar den protestantischen Adel. Nach der Schlacht von Poltawa mußten die Protestanten ihre Hoffnungen auf Gleichberechtigung der Konfessionen fahren lassen. Unter Mitwirkung des russischen Gesandten wurde 1716 in Warschau von den Bevollmächtigten des Königs August II. unter Berufung auf frühere Bestimmungen ein Vertrag geschlossen, nach welchem es den Protestanten nicht erlaubt war, neue Kirchen zu bauen. Sie durften nur zu Hausandachten zusammenkommen. Die Kirchen, die in neuerer Zeit in Städten, Dörfern und Adelsschlössern errichtet worden waren, sollten abgetragen oder an die Katholiken übergeben werden. Alle ihnen von dem schwedischen König verschafften Religionserleichterungen wurden rückgängig gemacht.

Das Thorner Bluturteil und seine Folgen

Die Jesuiten achteten auf strenge Ausführung der neuen Verordnungen. August II. hatte 1717 den Evangelischen Milderungen versprochen. Aber die mißverständliche Fassung einiger Sätze bot den Jesuiten und ihren Freunden willkommene Handhaben zur weiteren Unterdrückung. - Bekannt ist das **Thorner Blutgericht** von 1724. Zöglinge der Jesuitenschule hatten die Schüler einer evangelischen Lehranstalt der deutschen Stadt Thorn in Großpolen angegriffen. Ein über frühere Vorkommnisse erbitterter Volkshaufe drang darauf in die Jesuitenschule und zerstörte die Einrichtung, ohne zu morden oder zu rauben. Die Jesuiten behaupteten, daß bei dem Tumult der Altar der Kapelle

entweiht worden sei. Bürgermeister Rößner und andere Bürgerschaftsvertreter wurden zur Verantwortung gezogen. Eine nur aus Katholiken bestehende Kommission führte die Untersuchung durch. Das Ergebnis war, daß der Bürgermeister und zehn andere angesehene Bürger zur Enthauptung verurteilt wurden. Das Bluturteil rief in ganz Europa flammende Entrüstung hervor. Die protestantischen Höfe machten Vorstellungen beim polnischen König. Der preußische König und der englische Gesandte drohten mit einem Kriege, falls die Evangelischen in Polen noch weiter drangsaliert werden sollten. Während der Tagung des polnischen Reichstages von 1726 verlas man die Proteste der fremden Mächte. Es entstand eine allgemeine Aufregung. Die deutschen und polnischen Protestanten sollten dafür büßen, daß die ausländischen Regierungen Partei für sie genommen hatten. Man verbot ihnen bei Todesstrafe, den Schutz der anderen Mächte anzurufen. Nun wurde das Schicksal der Evangelischen in Polen noch härter. In Großpolen allein verloren sie in den Jahren 1718 bis 1754 über dreißig Kirchen, die man wegnahm oder zerstörte. Überall beschnitt man ihre bürgerlichen Rechte.

Zum Stammeshaß gesellt sich die Glaubenswut

Gustav Freytag bietet erschütternde Schilderungen aus jener Zeit: "Zu dem Gegensatz der Sprache kam jetzt auch der Gegensatz der Konfession, zu dem Stammhaß die Glaubenswut. Gerade in dem Jahrhundert der Aufklärung wurde in diesen Landschaften die Verfolgung der Deutschen fanatisch, eine protestantische Kirche nach der anderen wurde entzogen, niedergerissen, die hölzernen angezündet; war eine Kirche verbrannt, so hatten die Dörfer das Glaubensrecht verloren, deutsche Prediger und Schullehrer wurden verjagt und schändlich mißhandelt. Einer der größten Grundherren des Landes, ein Unruh aus dem Hause Birnbaum, Starost von Gnesen, wurde zum Tode mit Zungenausreißen und Handabhauen verurteilt, weil er aus deutschen Büchern beißende Bemerkungen gegen die Jesuiten in ein Notizbuch geschrieben hatte. Es gab kein Recht, keinen Schutz mehr. Die nationale Partei des polnischen Adels verfolgte im Bunde mit den Pfaffen am leidenschaftlichsten die, welche sie als **Deutsche** und Protestanten haßte. Zu den Patrioten oder Konföderierten lief alles raublustige Gesindel; sie warben Haufen, zogen plündernd im Lande umher, überfielen kleinere Städte und deutsche Dörfer, nicht nur aus Glaubenseifer, noch mehr aus Habsucht. Der polnische Edelmann Roskowski zog einen roten und einen schwarzen Stiefel an, der eine sollte Feuer, der andere Tod bedeuten; so ritt er brandschatzend von einem Ort zum anderen, ließ endlich in Jastrow dem evangelischen Prediger Willich Hände, Füße und zuletzt den Kopf abhauen und die Glieder in einen Morast werfen. Das geschah 1768."[1]

Nachdem friedlichere Verhältnisse Platz gegriffen hatten, begann der sächsische Hof in Warschau mit dem Wiederaufbau der zerstörten Teile der Hauptstadt. Sächsische und italienische Meister wurden nach Warschau berufen, um die noch heute vorhandenen Prachtbauten aufzuführen. Bereits 1724 konnte August II. mit seinem Hofstaat das Sächsische Palais beziehen. Im nächsten Jahr fand die Eröffnung des großen Hoftheaters statt, für welches Sänger und Tänzer aus Dresden berufen worden waren. In der Nähe der neuen Bauten entstand der Sächsische Garten. Für die vielen sächsischen Kriegsvölker, die öfter gegen die die Ostgrenze überschreitenden räuberischen Tataren und Kosaken ausgeschickt werden mußten, wurden große Kasernenbauten errichtet. An der Ujasdower Allee, dort wo sich heute der botanische Garten befindet, ließ der König einen Kalvarienberg errichten. Die erste der dreiunddreißig gemauerten Kapellen war aus Marmor. Zwei neue Stadtteile, die Krakauer Vorstadt und die Neue Welt und auch die Ujasdower Allee verdankt Warschau der Bautätigkeit der beiden sächsischen Könige.

Neue deutsche Einwanderungen in Warschau während der Regierung der sächsischen Könige

In den ruhigeren Zeitläuften erholte sich auch die deutsche Bürgerschaft der Hauptstadt. Von der Bennonibrüderschaft erfahren wir, daß sie wieder an Vermögen und Ansehen zunahm. Einer der berühmtesten Vorsteher war Franz Witthoff aus dem alten deutschen Bürgergeschlecht der Witthoffs. Er starb 1719, nachdem er achtmal Vogt und einmal Präsident der Altstadt gewesen war und ein großes in Häusern und Liegenschaften bestehendes Vermögen erworben hatte.

Sein einziger Sohn, ein Jesuitenpater, starb 1727 und vermachte das große Vermögen dem Jesuitenorden. Die Töchter des Hauses waren an polnische Adlige verheiratet. Nur eine von ihnen wurde die Frau eines Deutschen mit französischem Namen, des Barons Peter de Riaucourt, der sich in Warschau als Buchhändler niedergelassen hatte und später ein Bankgeschäft gründete. - Jan Naumanski, dessen deutsche Abkunft der Name verrät, gründete 1729 die beiden ersten polnischen Zeitungen.

Ein Teil der mit dem sächsischen König nach Polen gekommenen evangelischen Hofleute war kirchlich gesinnt. Diese Würdenträger und die aus Sachsen herangezogenen deutschen Handwerker wie auch die einheimischen evangelischen Deutschen besuchten im Jahre 1711 die Gottesdienste, die die beiden Wengrower Pastoren, der lutherische und der reformierte, einige Sonntage hindurch in der Kapelle des "Brandenburger Hofes", dem Wohnsitz des preußischen Gesandten, abhielten. Der Bischof von Posen, Tarlo, ließ durch die Warschauer katholische Geistlichkeit die evangelischen Gottesdienste verbieten und ein Verzeichnis der Teilnehmer an den Gottesdiensten anfertigen, um sie durch das Tribunal zur Verantwortung zu ziehen. Der preußische Gesandte von Loelhoeffel (der Großvater des polnischen Patrioten Lelewel) berichtete nach Berlin über das Vorkommnis, worauf ihm Friedrich I. die Weisung zugehen ließ, die Gottesdienste nicht einzustellen. Dem Bischof in Posen aber ließ der preußische König mitteilen, daß er die Jesuiten aus Danzig, Tilsit und Königsberg vertreiben würde, falls der Bischof bei seiner Absicht verharre. Kurze Zeit darauf kam der Wengrower lutherische Pastor wieder nach Warschau und hielt an drei Tagen Gottesdienste, die von den Warschauer Evangelischen gut besucht waren. Auch in der Folge wurden seitens der katholischen Geistlichkeit kein Einspruch mehr gegen die Abhaltung der evangelischen Gottesdienste erhoben. Gern wäre die Warschauer Gemeinde zu einem eigenen Prediger gekommen, aber weder sie noch der preußische Hof gaben die Mittel zum Unterhalt eines solchen her. Aushilfe boten die in den nächsten Jahren für die sächsischen Truppen berufenen beiden lutherischen Militärpfarrer, die für ihre Predigten die preußische Botschaftskapelle mitbenutzten. Im Jahre 1732 wurde in einer der sächsischen Kasernen eine evangelische Kapelle eingerichtet, in der der Feldprediger Gering seine berühmt gewordenen Predigten hielt.

Die Gründung und der Ausbau der evangelischen Gemeinde in Warschau

Weniger gehindert in der Ausübung ihres Glaubens wurden die Evangelischen während der Regierungszeit des Königs **August III.** Die leitenden Staatsmänner Sulkowski und Brühl standen unter dem Einfluß der russischen Regierung. Weil der Petersburger Hof für die griechisch-katholischen Einwohner Polens freie Religionsübung erwirken wollte, nahm er sich auch der Interessen der einheimischen Evangelischen an. So kam es, daß während der Regierungszeit des zweiten sächsischen Königs die Warschauer deutsch-lutherische Gemeinde ein erfreuliches Wachstum zu verzeichnen hatte. Lutheraner und Reformierte durften 1736 ihren Friedhof erweitern. Beide Religionsverwandte schlossen einen Vertrag über die gemeinsame Benutzung des Friedhofs, dessen Verwaltung abwechselnd besorgt wurde. In den Jahren 1700-1750 werden uns folgende lutherische Gemeindeältesten genannt: Klempenau, Schmidt, Rautenberg, Greßner, Gutterley, Ernst, Wessel, Brettschneider, Witt, Hartknoch, Golzsch, Neumann, Pohl, Biber, Hübschmann, Lehner, Köster, Harrwald, Höse und Jentsch. Die Zusammensetzung des Gemeindevorstandes beweist den deutsche Ursprung der lutherischen Gemeinde in Warschau.

Mit der Berufung des Bankiers Peter Tepper zum Gemeindeältesten besserten sich die Verhältnisse der Gemeinde wesentlich. Auf einer am 6. Juli 1761 in seinem Hause stattgefundenen Gemeindeversammlung beschloß man, dem Wengrower Pastor Reis, der noch immer die Warschauer Gemeinde seelsorgerisch bediente, die Mittel zum Wiederaufbau der abgebrannten Pfarr- und Schulhäuser in Wengrow zu geben. Die Warschauer lutherische Gemeinde zählte damals 5000 Mitglieder. Im Einverständnis mit seiner Regierung hatte der dänische Gesandte eine Kapelle eingerichtet und einen Gesandtschaftsprediger angestellt. Der kleine Raum konnte den Bedürfnissen

nicht mehr genügen. Deshalb erbaute der Gesandte Saphorin in der Nachbarschaft, unfern der Stelle, an der sich der Bau der gegenwärtigen lutherischen Kirche erhebt, ein Holzgebäude, in welchem der aus der Walachei berufene Pastor Scheidemantel 1767 den ersten Gottesdienst hielt. Die Stadtgemeinde, die noch immer als Filiale von Wengrow galt, setzte zur Besoldung des Predigers 200 Taler aus. Erst 1775 konnte sie sich als eigenes Kirchspiel selbständig machen. Der mit Beginn der Regierung des Königs **Stanislaus August Poniatowski** noch stärker gewordene russische Einfluß hatte diesen Fortschritt ermöglicht. Der erste Pastor der neuen Gemeinde war der erwähnte Scheidemantel. "Ein treuer Bekenner Christi, ein eifriger Verkünder des göttlichen Wortes, ein unerschütterlicher Kämpfer für die Reinheit der Kirchenlehre, erbaute er durch seine glänzende Rednergabe die das ärmliche Bethaus überfüllenden Zuhörer. Das Innere dieses Gotteshauses, die kahlen Wände, die statt der Kanzel errichtete kleine Erhöhung, der mit einer Decke und einem Kreuz geschmückte, den Altar vertretende Tisch, die ärmlichen Abendmahlsgeräte, alles dies erinnerte an die ersten Zeiten des Christentum: dafür lebte aber in dem Hirten und der Gemeinde der Geist des Glaubens und der Liebe."[2] Scheidemantel gelang es, die Gemeinde für die Errichtung einer eigenen Schule zu gewinnen. Man mietete einen Schulraum und berief Pastor Cerulli zum Rektor und Nachmittagsprediger. Scheidemantel starb schon 1777; die Gemeinde ging ihres besten Freundes und Beraters verlustig. Kurz vor seinem Tode hatte er vom sächsisch-gothaischen Hofe eine Beihilfe von 3000 polnischen Gulden für Schulzwecke erwirkt.

Scheidemantels Aussaat blieb nicht ohne Frucht. Noch im Jahre 1777 raffte sich die Gemeinde zu tatkräftigeren Entschlüssen auf. Sie kaufte den Platz, auf dem das Bethaus stand, um eine der Bedeutung der Gemeinde entsprechende Kirche zu bauen. Tepper bemühte sich um die Bauerlaubnis des Königs. Von drei ihm vorgelegten Entwürfen bestätigte der König den dritten, der einen Rundbau mit Kuppel vorsah. Er scheute sich, den Bau einer Kirche mit Glockenturm zuzulassen, um nicht die katholische Geistlichkeit zu erzürnen. Tepper opferte 75 000 Gulden zum Bau. Andere Gemeindeglieder folgten seinem Beispiel nach Maßgabe ihrer Mittel. Die Warschauer Gemeinde brachte 390 000 polnische Gulden zum Bau auf; ausländische Glaubensgenossen spendeten 124 000 polnische Gulden. Der Bau wurde von dem sächsischen Architekten Zug errichtet; er gilt als eines der schönsten Werke protestantischer Baukunst in Europa. Scheidemantels Nachfolger, Pastor Ringeltaube, vollzog 1781 die Einweihung.

Während der Kirchbau seiner Vollendung entgegenging, wurde die Gemeinde von inneren Fehden zerrissen. Der größere Teil der Gemeindeglieder, vornehmlich aber die Sachsen, wünschten die Beibehaltung bzw. die Wiedereinführung der sächsischen Liturgie. Pastor Ringeltaube hatte die reformierte Agende übernommen. Der heftige Streit, um dessen Schlichtung sich der russische Gesandte Baron Stackelberg bemühte, zog immer weitere Kreise. Beschlüsse und Gegenbeschlüsse folgten einander, Synoden wurden einberufen und die fremden Mächte, die 1768 die Freiheiten der Dissidenten durch einen Vertrag garantiert hatten, in die Streitigkeiten gezogen. Der ärgerliche Handel endete erst 1783 durch ein königliches Reskript, das die Unabhängigkeit der Warschauer Gemeinde erklärte. A. F. Büsching, der Direktor des Gymnasiums im Grauen Kloster zu Berlin, behandelt auf 250 Seiten seines dickleibigen Werkes *Neue Geschichte der Evangelischen beyder Confessionen im Königreich Polen* (Halle 1784) mit größter Ausführlichkeit den Warschauer Agendenstreit, der mit der Annahme der sächsischen Liturgie schloß.

Cerullis Nachfolger, der zweite Prediger und Rektor der Schule, K. L. Hemmerich aus Dresden, der sich seit 1784 in Warschau befand, befreundete sich mit dem polnischen General Dombrowski. Als letztere sich dem von Kosciusko vorbereiteten Aufstand anschloß, verschwand auch Hemmerich aus Warschau. Er blieb einige Jahre verschollen. Erst 1794 kam die Kunde, daß er Führer einer Kompagnie der polnischen Legion geworden sei. Er fiel 1796 bei der Belagerung von Mantua.

Von den 89 448 Einwohnern, die Warschau 1787 hatte, waren etwa 8000 deutsche Lutheraner und

von 181 christlichen Geschäften, die 1789 in Warschau gezählt wurden, lagen die meisten in deutschen Händen. Auch die Inhaber der Bankgeschäfte waren fast ausschließlich Deutsche. Sechs von ihnen: Tepper, Schultz, Arndt, Kabryt, Meysner und Blank wurden 1790 geadelt.

Um sich ein Gegengewicht gegen den allmächtig werdenden Jesuitenorden zu schaffen, berief König Wladyslaus IV. 1642 den **Piaristenorden** nach Polen. Auch die Piaristen befaßten sich mit der Erziehung; auch sie hatten zahlreiche deutsche Mitglieder. Da die Piaristen für Aufklärungsfragen eintraten, so nimmt es uns nicht wunder, daß sie 1757 als Herausgeber der ersten deutschen Zeitung in Warschau, der *Warschauer Zeitungen*, erscheinen. Die Zeitung kam zweimal wöchentlich heraus und bot politische Nachrichten. Sie hatte eine Nachfolgerin in der gleichfalls von 1757 bis 1763 herausgegebenen *Königl. poln. priv. Warschauer Zeitung*. Einen Vorläufer hatte die Gründung der Piaristen in der kurzlebigen, 1753 ins Leben gerufenen *Warschauer Bibliothek der gründlichen Nachrichten*. Noch sechs andere Wochenblatt- und Monatsschrift-Gründungen verzeichnet das 18. Jahrhundert, während im 19. Jahrhundert nur dreimal der Versuch gemacht worden ist, in Warschau deutsche Zeitungen erscheinen zu lassen.

Mit der Bedeutung der Bennonibrüderschaft ging es abwärts. Der in Polen sich so oft wiederholende Vorgang, daß der katholische Deutsche noch eher als der evangelische Landsmann geneigt ist, im fremden Volkstum aufzugehen, läßt sich auch an der Entwicklung der Brüderschaft feststellen. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts kamen eine Anzahl Gärtnerfamilien aus Bamberg nach Warschau. Sie verpflanzten die Kunstgärtnerei auf polnischen Boden. Auch sie sind, gleich den Bambergerdörfern bei Posen, restlos polonisiert worden. - Kapuzinermönche übernahmen 1738 an Stelle der Jesuiten die geistliche Leitung der Bennoni-Brüderschaft. Sie führten strenge Aufsicht über Spital und Waisenhaus und schreckten nicht davor zurück, zanksüchtige Insassen des Frauenspitals in Halseisen vor die Kirchtür zu stellen.

Auch während des 18. Jahrhunderts wurden neue deutsche Vorortgründungen unternommen. Die neuen Siedlungen erhielten Kulmer Stadtrecht. So hören wir von der Jurisdiktion des Grafen Zamoyski auf der Ordynacka. Das Rathaus stand auf der "Neuen Welt"; Johann Brandt war der erste Bürgermeister. - Zwischen König- und Kranzstraße entstand 1757 der von Marschall Bielinski angelegte Vorort Bielany und 1762 wurde vom Ehepaar Eustachius und Maria Potocka der Vorort Marienstadt mit Kulmer Stadtrecht gegründet.

Unter den vielen deutschen Gästen, die im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts zu der deutsch-lutherischen Gemeinde in Warschau in Beziehungen getreten waren, befand sich auch der Philosoph Fichte. Er kam im Juni 1791 nach Warschau, um eine Hauslehrerstelle in der Familie des Grafen Plater zu übernehmen. Verhältnisse und Behandlung sagten ihm nicht zu, so daß er die eingegangenen Verpflichtungen löste. Vor seiner Abreise entsprach er der Bitte des Pastors Ringeltaube und hielt am 23. Juni eine Predigt.

Wirtschaftliche Rückschläge, verursacht durch den Zusammenbruch der reichen deutschen Handelshäuser nach den Aufständen der 90er Jahre, brachten die Rechnungsverhältnisse der deutsch-lutherischen Gemeinde in Unordnung. Da nahm sich Friedrich Wilhelm III. der bedrängten deutschen Glaubensgenossenschaft an und schenkte ihnen 1801 19 600 Taler, womit alle Schulden, auch die vom Kirchenbau verbliebenen, ausgeglichen werden konnten. Im April 1806 konnte die neue evangelische Schule eingeweiht werden. Entgegenkommenderweise hatte die preußische Verwaltung sich bereit erklärt, das Rektorgehalt zu zahlen.

Nach bekanntem Muster benutzte die französische Intendantur nach dem Einmarsch der Franzosen längere Zeit hindurch die lutherische Kirche als Heumagazin, bis es der Gemeindeverwaltung durch ihre Vorstellungen bei dem Kommandanten Dentzel, einem evangelischen Offizier, gelang, die Kirche wieder zur Abhaltung von Gottesdiensten freizubekommen.

Anmerkungen:

1 Gustav Freytag: *Bilder aus der deutschen Vergangenheit*, IV. Band, Seite 274. Leipzig. ...zurück...

2 E. H. Busch: *Beiträge zur Geschichte und Statistik des Kirchen- und Schulwesens der evang.-augsburg. Gemeinden im Königreich Polen*. Leipzig 1867, Seite 78. ...zurück...

Das "preußische System"

Das verwahrloste Westpreußen

Friedrich der Große schrieb 1773 in einem Briefe an Voltaire über den **Zustand des ihm nach der ersten Teilung Polens zugefallenen Anteils**: "Man kann die polnischen Provinzen mit keinem europäischen Staate, sondern nur mit Kanada in Vergleich ziehen." Und zwei Jahre später äußerte sich der König zu d'Alembert: "Ich betrachte mich als den Lykurg und Solon dieser Barbaren. Denken Sie, was das heißt: in diesem unglücklichen Lande kennt man das Eigentum nicht; statt aller Gesetze unterdrückt der Stärkere ungestraft den Schwächeren. Allein das hat ein Ende, und für die Zukunft wird man gute Maßregeln dagegen nehmen. Nur durch ziemlich lange Zeit und durch eine besondere Erziehung der Jugend wird man es dahin bringen, diese Irokesen zu zivilisieren." Dieses herbe Urteil betraf nicht etwa die entlegenen Provinzen Ostpolens, sondern Westpreußen und den Netzedistrikt, wo sich seit Jahrhundertern zahlreiche deutsche Siedlungen befanden, die dazu beigetragen hatten, daß sich Ströme deutscher Kultur immer wieder in das Land ergossen. Freilich hatten die Jesuiten mit ihren Bemühungen, den stark vertretenen Protestantismus auszurotten, Massenauswanderungen der deutschen Ansiedler bewirkt. Dazu kamen Streitigkeiten der polnischen Adligen und andere Hemmungen der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Der Wohlstand der alten deutschen Ansiedlung Thorn war nach dem Blutgericht zurückgegangen. Eine andere deutsche städtische Siedlung, Bromberg, lag bei dem Übergang in preußischen Besitz in Trümmern.

Wirtschaftlicher Aufschwung nach der Übernahme in preußische Verwaltung

Der große König hat sein Wort wahr gemacht. Die Verwaltung der neuen Provinz teilte das Land in kleine Verwaltungsbezirke, an deren Spitze ein Landrat stand, der für die Entwicklung seines Kreises verantwortlich war. "Wie durch einen Zauber wurden neue Kirchengemeinden geschaffen, 187 Schullehrer ins Land gebracht, Haufen von deutschen Handwerkern geworben, vom Maschinenbauer bis zum Ziegelstreicher hinab. Überall begann ein Graben, Hämmern, Bauen. Die Städte wurden neu mit Menschen besetzt, Straße auf Straße erhob sich aus den Trümmerhaufen, die Starosteien wurden in Krongüter umgewandelt, neue Kolonistendörfer ausgesteckt, neue Ackerkulturen befohlen. Schon im ersten Jahr nach der Besitznahme wurde der große Kanal gegraben, der in einem Laufe von drei Meilen die Warschau durch die Brahe und Netze mit der Oder und Elbe verbindet: ein Jahr nachdem der König den Befehl erteilt hatte, sah er selbst beladene Oderkähne von 120 Fuß Länge nach dem Osten zur Weichsel einfahren. Durch die neue Wasserader wurden Strecken Land entsumpft und sofort durch deutsche Kolonisten besetzt. Unablässig trieb der König, er lobte und schalt; wie groß der Eifer seiner Beamten auch war, sie vermochten selten, ihm genug zu tun. Dadurch geschah es, daß auch die polnischen Landstriche sich an die Ordnung des neuen Landes gewöhnten."[1]

Mit wachsendem Staunen hatte man im nahen polnischen Königreich auf die raschen Erfolge der Kulturpolitik des preußischen Königs gesehen. Einsichtige und vaterländisch gesinnte Männer fanden sich zusammen. Es ging ja um Sein oder Nichtsein Polens, dessen Weiterbestehen gefährdet war. Um sich größeren Einfluß in dem politisch zerrütteten Lande zu sichern, hatte Katharina II. nach dem Tode des sächsischen Königs August III. die Wahl ihres Günstlings, des Grafen **Stanislaus August Poniatowski**, zum König von Polen durchgesetzt. Russische Bestechungsgelder

machten die Mitglieder des polnischen Senats fort und fort den Petersburger Wünschen gefügig. Preußen und Österreich sahen die Einverleibung des polnischen Reiches in Rußland in naher Zukunft voraus. Da beanspruchten auch sie Teile des dem Untergang geweihten Staates. So kam es zu den Teilungen Polens.

Stanislaus Augusts Bemühungen, das "preußische System" nach Polen zu übertragen

Auch Stanislaus August war gewillt, sein möglichstes zu tun, um den Bestand des polnischen Königreiches zu sichern. Mancherlei hat er unternommen, um es dem großen Friedrich gleich zu tun. Industrien wurden angelegt und hier und da Ansätze zur Neuregelung der Verwaltung gemacht. Doch der schwache polnische König besaß nicht den festen Willen des preußischen Monarchen. All sein Tun blieb Stückwerk; mußte es bleiben, weil die ausführenden Kräfte in ihrem sittlichen Wert weit hinter der preußischen Beamtenschaft zurückblieben. Das "preußische System" erforderte einen gesunden Unterbau und ließ sich nicht ohne weiteres auf die morschgewordene polnische Adelsrepublik verpflanzen. Eine großangelegte königliche Wollwarenmanufaktur mit einigen Tuch-, Hut- und Strumpffabriken ging schon nach einigen Jahren ein. Andere Industriezweige behaupteten sich mit wechselndem Erfolg.

Der König als Gönner der deutschen Handwerker und Gewerbetreibenden

Mehr Glück hatte der polnische König bei der Heranziehung deutscher Handwerker. Er wußte deutsche Redlichkeit und Tüchtigkeit zu schätzen und begünstigte die Ansiedlung deutscher Gewerbetreibender. Einst traf er einen wandernden Sattlergesellen, der ihm auf seine Fragen über Woher und Wohin so klare Antworten gab, daß er seine Freude daran hatte. Er bestellte ihn ins königliche Schloß, betraute ihn mit der Gründung einer Wagenfabrik und lieh ihm das zur Einrichtung nötige Geld. Daß der König sein Vertrauen keinem Unwürdigen geschenkt hatte, bewies das rasche Aufblühen des Unternehmens, das noch zu Lebzeiten seines Besitzers über 200 Arbeiter beschäftigte. Weil sich die in der Fabrik hergestellten Wagen durch Dauerhaftigkeit und Eleganz auszeichneten, erhielt Warschau einen guten Ruf als Ursprungsort seiner Fahrwerke, die in Güte den aus London bezogenen nicht nachstanden. Stanislaus August bewahrte dem Inhaber der Wagenfabrik sein Wohlwollen und adelte ihn. Er starb 1808 als hochangesehener Baron von Dangel.

Von deutscher Treue berichtet die Inschrift eines Leichensteins auf dem alten evangelischen Friedhof in Warschau: "Hier ruht Georg Heinrich Butzau, welcher den König Stanislaus August mit eigener Brust am 3. November 1771 gegen die Waffen nichtswürdiger Königsmörder schützend, von zwei Kugeln getroffen, den Tod eines Helden starb."

Zeugnis von der großen Wertschätzung, deren sich deutsches Wesen bei dem König erfreute, bieten die vielen Namen von deutschen Adligen und Gelehrten, die im Staats- oder persönlichen Dienste des Königs standen. Ein Graf v. Unruh war Direktor der königlichen Münze, Alexander v. Brucken Adjutant, Freiherr v. Doebel Stallmeister, Chr. Gottl. v. Friese Kabinettsekretär, Johann Stoll Leibarzt, Christoph Leop. Pohl Zahnarzt. Auch zahlreiche niedere Bedienstete deutscher Herkunft befanden sich am Hofe. Deutsche Professoren unterrichteten an der neuen Ritter- und Kadettenschule. Geheimrat Kortum bemühte sich um die Einführung des Freimaurertums. Deutsche Ärzte waren sehr geschätzt. Verdienstvoll war auch die sonstige Tätigkeit der Deutschen, die als Bankiers, Buchhändler, Hotelbesitzer und Inhaber aller Arten von Geschäften die Hauptrolle im wirtschaftlichen Leben der polnischen Hauptstadt spielten.

Noch zu Lebzeiten des Königs Stanislaus August kam es zwischen den beiden Richtungen in der Republik, der reformfreudigen jungpolnischen und der russischgesinnten, zum offenen Kampf, der den Russen abermals Anlaß gab, ihre Truppen in Polen einmarschieren zu lassen. Auch Preußen besetzte polnisches Gebiet. Das Ergebnis der Wirren war 1793 die zweite Teilung Polens. Nach Niederwerfung des Aufstandes der polnischen Patrioten erfolgte 1796 die dritte Teilung, bei welcher

Preußen das Herzogtum Masowien mit der Hauptstadt Warschau zufiel. Nun erst konnten sich die Segnungen des "preußischen Systems" in der Provinz Südpreußen - unter welchem Namen die neuen polnischen Gebietsteile der Monarchie zusammengefaßt waren - geltend machen.

Warschau und Masowien als "Südpreußen" in preußischem Besitz

Warschau selbst hatte unter den Aufständen sehr gelitten. Verschiedene der großen deutschen Bank- und Handelshäuser mußten infolge der erlittenen Verluste ihre Zahlungen einstellen. Alle Gewerbetreibenden, die sich in ihren Erzeugnissen auf den Bedarf der königlichen Hofhaltung und der reichen Magnaten eingerichtet hatten, blieben ohne Abnehmer. Sehr gesunken war die Einwohnerzahl: von 100 000 auf 84 000. Trotzdem war Warschau nach Berlin die zweitgrößte Stadt Preußens. Der neuen Verwaltung, an deren Spitze seit 1798 Generalleutnant v. Köhler stand, wartete eine Fülle von Aufgaben, denn Warschau war ebenso vernachlässigt wie das ganze Land. Bald zeigte es sich, was die einem bewußten Willen entspringende ordnende Hand auch mit sparsamen Mitteln zu erreichen vermag. Die die Straßen und Plätze der Stadt verunzierenden vielen Buden und Stände der fliegenden Händler verschwanden. Jeder Stadtbezirk bekam seinen eigenen Markt, auf dem die vorgeschriebenen Preise eingehalten werden mußten. Alle baufälligen und verkehrsstörenden Tore und Mauervorsprünge mußten entfernt werden. Das Aufstapeln und Kleinmachen des Brennholzes vor den Häusern wurde untersagt. Straßen und Plätze mußten gereinigt und die hochgelegenen Teile geebnet werden. Polizeilich registrierte jugendliche Schuhputzer leisteten am Abend Dienste als wandelnde Laternen, weil die Straßenbeleuchtung mangelhaft war. Sittenpolizei und Pockenimpfung wurden eingeführt. Dem Handel und allen Gewerbetreibenden diente eine Darlehns- und Lombardkasse. Auch die rückständigen Postverhältnisse wurden neu geregelt und Personen- und Paketbeförderung sowie Briefbestellung eingerichtet. Segensreich wirkte die neue Feuerversicherungsdirektion. Es gab keinen Zweig staatlichen oder städtischen Lebens, in den nicht die wohltätige Hand der preußischen Verwaltung ordnend eingriff. Geholfen wurde auch den Gutsbesitzern, die wegen Geldmangel ihren großen Besitz nicht richtig bewirtschaften konnten. Sie fanden Erleichterungen bei den Bemühungen um Hypothekenkredit, so daß sie die verfallenen Bauten erneuern und Vieh und landwirtschaftliche Geräte anschaffen konnten.

Hebung des Wirtschaftslebens, des Schulwesens, der Wissenschaften und des geistigen Lebens durch deutsche Vermittlung

Ernst nahm es die preußische Verwaltung mit der Gestaltung des Schulwesens. Friedrich Wilhelm III. schrieb an den Minister v. Massow und forderte den Unterricht der Stadt- und Dorfkinder in Polen. Rousseau und Pestalozzi wurden um Rat ersucht und die bekanntesten deutschen Schulmänner, wie Meierotto, Gedicke, Rochow u. a. zur Begutachtung der Neuordnung herangezogen. Ein polnischer Schulmann, Jeziorowski, erhielt den Auftrag, sich zu Pestalozzi zu begeben und im Einvernehmen mit ihm mit der Ausbildung polnischer Volksschullehrer im Lehrerseminar zu Lowitsch und später in anderen Seminaren zu beginnen. Meierotto und Gedicke befaßten sich mit der Visitation der vorhandenen älteren und neueingerichteten Schulen. Die Kosten des Volksschulwesens wurden durch die Mittel des Jesuitenfonds gedeckt. - In Warschau entstand 1804 das von der Regierung gegründete Lyzeum, in dem in deutscher und polnischer Sprache unterrichtet wurde. Der Lehrkörper bestand zur Hälfte aus Deutschen und Polen. Direktor der Anstalt war Samuel Gottlieb Linde. Dem grundlegenden Wirken dieses Mannes verdankt die polnische Sprachwissenschaft viel. Er war ein 1771 in Thorn geborener Deutscher. Nach Abschluß seiner Studien auf der Universität Leipzig berief ihn der Gründer des galizischen Nationalinstituts, Graf Ossolinski, zum Bibliothekar. Mit deutscher Gründlichkeit arbeitete Linde, der in seiner Aussprache des Polnischen stets seine deutsche Herkunft verriet, jahrelang an dem unübertroffenen sechsbändigen Wörterbuch der polnischen Sprache, das 1807-1814 in Warschau erschien.

Aber nicht nur deutsche Gelehrte haben die polnische Literatur- und Sprachwissenschaft befruchtet:

auch deutsche Buchhändler leisteten ihnen als Verleger polnischer Werke und Anreger neuer Veröffentlichungen wertvolle Dienste. Besonders verdienstvoll war die Tätigkeit des Hofbuchhändlers und Druckereibesitzers Michael Gröll, eines 1762 in Warschau eingewanderten Dresdners. Er gründete die "Polnische Bibliothek" und verlegte ein Anzahl Schriften. Nach ihm ließen sich die deutschen Buchhändler Wilke, Thoms, Melchin und Netto in Warschau nieder.

Goethe hatte sich in einem Aufsatz mit der Eindeutschung Polens befaßt und den Vorschlag gemacht, deutsche Theatergesellschaften durchs Land ziehen zu lassen. Er berief sich darauf, daß auch die Jesuiten, "die gewiß wußten, wie man Menschen behandeln muß, das Schauspiel mit in den Plan ihrer Erziehung genommen haben." Ohne von Goethes Gedanken geleitet zu werden, ermöglichten die deutschen Behörden einigen deutschen Theatergesellschaften das Auftreten in Warschau, Kalisch und anderen größeren Städten Südpreußens. Der Theaterdirektor Döbbelin kam mit seiner Gesellschaft nach Warschau und vereinigte sich mit Adalbert Boguslawski, der sich um das polnische Theater größere Verdienste erwarb, zu gemeinsamer Tätigkeit. Sie fanden aber nicht die Unterstützung der deutschen Gesellschaft. "Man verlangte", so schrieb Boguslawski, "daß das Warschauer Theater in seinen Darbietungen dem Berliner gleichkomme." Auf seine Bemühungen hin bewilligte die preußische Verwaltung eine jährliche Unterstützung. Es kam nicht mehr zu ihrer Auszahlung, weil die politischen Ereignisse die Beziehungen der preußischen Regierung zu Warschau lösten.

Eine Bereicherung des geistigen Lebens der deutsch-polnischen Gesellschaft des damaligen Warschaus geschah auch durch die deutschen Dichter, die im Dienste der preußischen Verwaltung standen. Von ihnen sind der Regierungsrat E. T. A. Hoffmann, der Kammersekretär Zacharias Werner und der Regierungsassessor J. E. Hitzig zu nennen. Andere der geistig angeregten Beamten vermittelten den Warschauern die Kenntnis der Werke der deutschen Musikgrößen durch öffentliche Konzerte.

Bei dem starken deutschen Einschlag der Warschauer Bürgerschaft überrascht es uns nicht, aus Berichten zu hören, daß sich deutsche Bräuche, so der des Christbaumschmückens, immer mehr einbürgerten.

Deutsche Gelehrte weckten den Sinn der Warschauer für Naturwissenschaften. Nach der Gründung der "Physikalischen Gesellschaft" wurden physikalische Experimente zur Modesache. - Auch die zur Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse und der polnischen Sprache 1800 gegründete "Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften", deren späterer Vorsitzender Staszyc war, hatte unter ihren 30 wirklichen Mitgliedern eine große Anzahl deutscher Gelehrter. - Deutsche Ärzte waren seit jeher in Warschau stark vertreten. Von den acht Gründern der 1809 ins Leben gerufenen medizinischen Akademie waren fünf Deutsche.



Preußens Unglück in seinem Kriege gegen Napoleon verursachte 1806 die Aufgabe der südpreußischen Provinzen, deren kulturelle Aufschließung mit ehrlichem Eifer während der elfjährigen Herrschaft unternommen worden war. Am 26. November 1806 übergab General v. Köhler die Verwaltungsgeschäfte an den Fürsten Josef Poniatowski und verließ mit seinen Beamten die Stadt. Zwei Tage später schrieb die *Gazeta Warszawska*: "Das von Güte und Milde geleitete Regiment dieses Beamten gewann ihm die allgemeine Liebe und Verehrung; er schied, begleitet von dem Segen und den guten Wünschen der Einwohner, denen er Herrscher und Freund zugleich war, um dafür ihre dauernde Dankbarkeit und Hochachtung zu finden."

Das nachmals in Polen so geschmähte "preußische System" hatte dem Lande reiche Segnungen gebracht. Auf der von ihm geschaffenen festen Grundlage hätten die späteren Verwaltungen glatt weiterarbeiten können - wenn sie gewollt hätten!

Anmerkung:

1 Gustav Freytag: *Bilder aus der deutschen Vergangenheit*, IV. Band, Seite 279. Leipzig. ...zurück...

Die letzte deutsche Bauernkolonisation

Nicht neidlos hatten die in **Masowien** ansässigen Großgrundbesitzer die Erfolge der von ihren Standesgenossen in Großpolen betriebenen landwirtschaftlichen Kolonisation verfolgt. Sie bemerkten, daß überall, wo deutsche Bauern hinkamen, die Landwirtschaft verbessert, mit dem Gemüsebau begonnen, Obstbäume gepflanzt und für bessere Viehzucht gesorgt wurde. Es war bisher ihr Kummer gewesen, daß noch jedesmal die deutschen Auswanderungsströme in Großpolen Halt machten und nur vereinzelte Kolonisten weiter nach Osten zogen.

Ansiedlung der von den Jesuiten aus Großpolen und Westpreußen vertriebenen deutschen Bauern in Masowien

Durch die von den Jesuiten geleiteten Protestantenverfolgungen in Großpolen und Westpreußen waren viele deutsche Landwirte heimlos geworden. Verschiedene Großgrundbesitzer rechts und links der Weichsel in Masowien, die sich auf ihren weitausgedehnten Besitzungen - nach einer Urkunde - wie "kleine Könige" fühlten und sich auch so bezeichneten, boten den Vertriebenen Zuflucht an und sicherten ihnen freie Religionsübung und Hilfe bei der Einrichtung von Schulen und Andachtsstätten zu. Die Kunde von dem Entgegenkommen der polnischen Großgrundbesitzer verbreitete sich in ganz Großpolen und Westpreußen und lockte noch mehr Einwanderer in die nördliche Weichselgegend. Alle fanden freundliche Aufnahme bei den Grundherren, in deren Absicht es lag, die unwirtliche Gegend mit fleißigen deutschen Bauern zu besiedeln.

Die ältesten deutschen Dörfer an der oberen Weichsel

Die älteste deutsche Ansiedlung scheint **Bogpomoz** an der Weichsel zu sein. Einwanderer aus Thorn, Graudenz und Bromberg legten sie 1703 an. Das erste, bis 1886 erhaltengebliebene, Schul- und Bethaus wurde 1714 gebaut. Eine Dorfüberlieferung berichtet, daß die Frau des Grundherrn Serakowski aus Bobrowniki beim Überschreiten der Schwelle des einzuweihenden Schulhauses der versammelten Gemeinde ein deutsches "Helf Gott!" entbot. Die Ansiedler nannten ihr Dorf nach diesem Wunsch, der in der Übersetzung die polnische Form "Bogpomoz" bekam. Die Deutschen in Bogpomoz besitzen eine alte Urkunde aus dem Jahre 1788. Sie enthält einen Pachtvertrag des damaligen Besitzers von Bobrowniki, Kajetan Serakowski, mit den Bevollmächtigten der deutschen Ansiedler Karl Möller, Gottfried Dulinski, Jakob Ruda und Kleister über die Nutznießung des Ansiedlungsgebietes während der nächsten vierzig Jahre. Der in polnischer Sprache auf Pergament geschriebene Vertrag ist von dem König Stanislaus August eigenhändig bestätigt worden. Im Schriftstück wird auf einen um vierzig Jahre älteren Vertrag Bezug genommen. Nach den getroffenen Vereinbarungen waren die Ansiedler verpflichtet, am Martinitage den Gutspfennig von 518 polnischen Gulden zu erlegen. Im Vertrage wird erwähnt, daß der katholische Geistliche in Bobrowniki verpflichtet sei, die kirchlichen Handlungen, wie Taufen, Trauungen und Begräbnisse in der evangelischen Ansiedlung zu übernehmen. Dafür habe er jährlich zu beanspruchen: 7 Korzec Hafer, 7 Zentner Heu, 8 Pfund trockenen Käse, 28 Pfund Butter, 7 Hühner und eine Gans. Der den Unkundigen seltsam erscheinende Brauch, kirchliche Handlungen durch katholische Geistliche vollziehen zu lassen, war in Polen bis vor wenigen Jahrzehnten weit verbreitet.

Im Jahre 1842 löste der damalige Besitzer von Bobrowniki das alte Pachtverhältnis und forderte die Ansiedler auf, das seit 140 Jahren von ihren Vorfahren bewohnte Dorf zu räumen. Sie und die

Insassen der anderen in der Nähe befindlichen deutschen Kolonien Rybitwy u. a. kauften das ganze Gut und sicherten sich den alten Besitz. Bogpomoz hat heute 26 Höfe, die in der Regel einen größeren Landbesitz - bis 60 Morgen - umfassen. Die Obstgärten erstrecken sich bis zum Ufer der Weichsel. Es wird umsäumt von Kiefernwald. Während des Krieges hat es, wie die ganze obere Weichselgegend, nicht gelitten.

Weitere Gründungen von Ansiedlungen in Westpolen und an der mittleren Weichsel im 18. Jahrhundert

Das benachbarte **Rybitwy** wurde fast gleichzeitig mit Bogpomoz auf dem Boden des Gutes Bobrowniki angelegt. Seine ursprünglichen Bewohner stammten aus der Nähe von Bromberg, Graudenz und Marienwerder. Mühsam rangen sie dem Boden der neuen Ansiedlungsstätte die Früchte ab. Auch die von ihnen betriebene Fischerei warf nur kärglichen Gewinn ab. So kam es, daß sie erst 1780 die Mittel zum Bau einer Schule aufbrachten.

Auch **Gnoino** ist nicht viel später als die zuerst genannten beiden Kolonien angelegt worden. Unter den Gründern der Ansiedlung befanden sich eine Anzahl Handwerker. Der schlechte Boden brachte nur geringen Ertrag, so daß die Ansiedler nicht vorwärts kamen. Nicht einmal zum Bau einer Schule brachten sie es. Erst als der Gutsbesitzer 1848 die deutschen Insassen dieses Dorfes aussiedelte, rafften sich die Kolonisten in Gnoino zur Gründung einer eigenen Schule auf. Wie den Einwohnern von Bogpomoz und Rybitwy, drohte auch den Landwirten in Gnoino 1842 die Vertreibung aus dem von den Vorfahren übernommenen Besitz.

Das nahe **Brzezno** verdankt seine Gründung dem Gutsbesitzer Rosciszewski, der in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts hier eine Stadt anlegen wollte und deutsche Handwerker aus Preußen kommen ließ. Auch Tuchmacher, Tuchscherer und Färber aus der schlesischen Stadt Grünberg waren unter den Einwanderern vertreten. Woran es lag, daß die Ansiedlung in den Anfängen ihrer Entwicklung stecken blieb und sich nicht zur Stadt aufschwang, läßt sich nicht ermitteln.

Im **Rypiner** Kreise entstanden die ersten deutschen Schulen 1719 in Tomaschewo, 1720 in Kierz, 1725 in Jeziorki, 1730 in Zbojenko, Glowinsk und Obory. Es folgt 1750 Somsiory und bis zum Ende des 18. Jahrhunderts noch eine weitere Anzahl. Die Gründer dieser Dörfer waren aus Großpolen vertriebene evangelische Deutsche.

Der Kastellan des **Dobrzyner** Landes und Starost von Rypin, Graf Michael Podoski, Erbherr von Kupnowo, verhalf 1784 den Evangelischen zur Gründung des Kirchspiels Michalki, dem er 45 Morgen Land schenkte. Im nächsten Jahre kam der erste evangelische Pastor Albert Bocianoski nach Michalki. Bis dahin hatten Thorner Pastoren die seelsorgerische Pflege an den im Drobrzyner Lande zerstreuten Evangelischen geübt. Andachten hielten die Lehrer der Religionsschulen, deren Zahl bis zum Ende des 18. Jahrhunderts auf vierzig gestiegen war. Man darf sich unter den Lehrern der damaligen Zeit nicht seminarisch gebildete oder sonst irgendwie für das Lehrfach vorbereitete und geprüfte Jugendbildner vorstellen. Zumeist waren es des Lesens und Schreibens kundige Landwirte und Handwerker, die sich zum Schuldienst verpflichteten.

Das Kolonisationswerk der deutschen Verwaltung zu Beginn des 19. Jahrhunderts

Älter als Michalki ist das Kirchspiel **Lipno**. Es bestand schon 1782. Der Mittelpunkt des Kirchspiels war damals die 3 Kilometer von Lipno entfernte Kolonie Bialowiczyn. Im September 1799 verfügte die königl. preußische Kammer zu Plock die Verlegung des Pfarrsitzes nach Lipno. Hölzerne Mietshäuser dienten damals als Andachts- und Schulstätten. Erst 1806 wird mit dem Bau einer kleinen Kirche begonnen. Während der Franzosenzeit durchlebte die Gemeinde schwere Tage. Der Pastor mußte sich aus eigenen Mitteln erhalten. Gottesdienste konnten nicht abgehalten werden. Die Kirche diente den Franzosen als Intendanturmagazin, französische Soldaten vernichteten das Pfarrarchiv, in dem sich wertvolle

Aufschlüsse über die Einwanderung der Deutschen in die Gegend um Lipno befanden. Das Kirchspiel hatte damals eine weite Ausdehnung. Am Anfang des 19. Jahrhunderts umschloß es vierunddreißig Schulgemeinden.

Zu den größten deutschen Dörfern gehört **Rumunki Fabjanki**, das zu Beginn des vorigen Jahrhunderts von einem deutschen Gutsbesitzer angelegt wurde. Rumunki ist von "Räumungen" abgeleitet. Mit diesem Worte wurde die Urbarmachung (Räumung) des Waldbodens bezeichnet. In der Wojtschaft Spähtal, zwischen Wloclawek und Lipno, sind 1830-40 eine Anzahl "Räumungen" von dem Gutsbesitzer Suminski von Boducin - und an anderen Stellen 1850-60 von dem deutschen Gutsbesitzer Kolbe angelegt worden.

Während der napoleonischen Kriege kamen viele Flüchtlinge aus Preußen, die sich in den Wäldern rechts der Weichsel niederließen. Wie die früheren Ansiedler, so schlossen auch die neuen Ankömmlinge mit den Grundbesitzern "ewige" oder auch "langjährige" Pachtverträge. Der Pachtzins wurde in Bargeld, Naturalien oder Fronarbeit entrichtet. In den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts kündigten die Grundbesitzer die "ewigen" Verträge. Ein deutsches Dorf nach dem anderen verlor seine deutschen Insassen und bekam polnische Bewohner. So geschah es 1842 mit Glodowo, 1848 mit Grabiny, 1849 mit Czarke, Jastrzembie usw. Ein Teil der Vertriebenen siedelte nach Wolhynien und anderen Gebieten Rußlands über. Andere blieben in der Nähe und legten auf urbar gemachtem Waldboden neue Kolonien an. Die Seelenzahl der evangelischen Gemeinde Lipno sank damals von 5000 auf 4000.

In den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde Osiek, das spätere **Ossowka**, mit den ihm benachbarten Kolonien von der Gemeinde Lipno abgezweigt und zum Kirchspiel erhoben. Nach einer vor fünfzig Jahren zusammengestellten Statistik umfaßte die Gemeinde Ossowka 145 Dörfer, in denen evangelische Deutsche wohnten. Es befanden sich darunter auch die alten, rein deutschen Ansiedlungen Bogpomoz, Rybitwy, Gnoino, Brzezno. Im Kirchspiel Lipno waren damals 161 Dörfer eingepfarrt. Innerhalb der Grenzen des Kirchspiels Michalki-Rypin befanden sich 715 Dörfer, in denen Evangelische wohnten. Zu beachten ist, daß nicht alle diese Dörfer deutsche Ansiedlungen waren.

Nach der Statistik des evang.-augsb. Konsistoriums war vor dem Kriege die Seelenzahl in den Gemeinden Lipno 7000, Ossowka 8000 und Michalki-Rypin 7000. Die Angaben, die auf Schätzungen beruhen, waren nach der Erläuterung des Generalsuperintendenten Bursche um mehr als ein Drittel zu niedrig gegriffen. Da die drei Gemeinden zu den wenigen evangelischen Kirchspielen in Polen gehören, die von den Kriegsschrecken fast unberührt geblieben sind, so kann angenommen werden, daß die Zahl der evangelischen Deutschen in den Kreisen Lipno und Rypin, die vor dem Kriege mindestens 30 000 betragen haben, sich wenig verringert hat. Sie verteilen sich auf über 200 rein deutsche Dörfer.

Die Ankömmlinge der alten Auswanderer aus Großpolen sind wirtschaftlich gut vorwärtsgekommen. Sie haben wesentlich zur kulturellen Hebung des von ihnen bewohnten Landstriches beigetragen. Freilich muß auch von ihnen das gesagt werden, was von den deutschen Kolonisten in Polen im allgemeinen gilt, daß sie - sich selbst überlassen und ohne Zusammenhang mit den kulturellen und wirtschaftlichen Kraftquellen des Mutterlandes - auf der vor Jahrzehnten erreichten Entwicklungsstufe stehen geblieben sind.

Wirtschaftliche Fehlschläge und die immer noch anhaltende Glaubensverfolgung führten noch in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wiederholt deutsche Auswanderer nach den westlichen Teilen des späteren Kongreßpolen. Eine Anzahl Familien, die aus der Umgegend von Bromberg und Wollstein stammten, gründete die Kolonie **Prazuchy** in der Nähe von Stawischin bei Kalisch. Nach einer Überlieferung soll der Wald, in dem sie sich niederließen, so dicht gewesen sein, daß sie bei

ihrer Ankunft nicht Raum für ein Nachtlager fanden. Es bedurfte zäher Arbeit, bis sie dem Boden im niedergebrannten Wald soviel Feldfrüchte abgewannen, wie sie zum Lebensunterhalt nötig hatten. Als bemittelte Leute hatten sie die alte Heimat verlassen. Der Erfolg ihrer Mühe war so gering, daß sie das Mitgebrachte verausgabten und genötigt waren, ihren Landbesitz zu verpfänden. Groß waren die Enttäuschungen, die ihnen ihr Aufenthalt in Polen brachte; mutlos sind sie aber nicht geworden. Sie blieben ihrer Scholle treu, auch dann als sie von den von Kosciuszko geführten Scharen viel zu leiden hatten. Die Aufständischen fahndeten nach ihnen, so daß sie sich mit ihren Habseligkeiten öfters in den nahen Wäldern verbergen mußten. Aber auch in ruhigeren Zeiten ist ihnen manches Üble begegnet. Sie hatten viel von den mißgünstigen Nachbarn auszustehen; sie waren froh, daß sie hinter unwegsamen Wäldern ein abgeschiedenes Dasein führen konnten. Die polnischen Behörden erlaubten sich manche Härten den deutschen Ansiedlern gegenüber. Deshalb begrüßten sie nach der dritten Teilung Polens mit Freuden die preußische Verwaltung, von der sie vollen Rechtsschutz erhofften. Den Jahren der Freiheit und Erholung folgten neue Bedrückungen, als Napoleon seinen Zug nach Rußland unternahm und die Franzosen beim Durchzug ihnen alles wegnahmen, so daß sie in den nächsten Jahren abermals große Not leiden mußten. Nach den vielen Prüfungen sind nach dem Wiener Kongreß auch bei den Deutschen in Prazuchy glücklichere Zeiten eingekehrt. Unter der russischen Verwaltung erlangten sie Gleichberechtigung mit der polnischen Bevölkerung.

Fast gleichzeitig mit den Ansiedlern in Prazuchy siedelten sich Landwirte aus Westpreußen in der Nähe von **Chodecz** an. Den ersten Ansiedlern folgten bald weitere, so daß in der Umgegend von Chodecz eine deutsche Ansiedlung nach der anderen entstand und die ganze Gegend einen deutschen Anstrich bekam. Zum Unglück für die Kolonisten konnten sie die Grundstücke nicht käuflich erwerben, sondern nur 40jährige Pachtverträge schließen. Die meisten Grundherren hatten keine Neigung, die Verträge mit den Deutschen zu erneuern und ließen polnische Bauern an ihre Stelle treten. So kam es, daß aus vielen deutschen Kolonien polnische Dörfer wurden, allerdings mit Häusern in westpreußischer Bauart.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts ließen sich in dem unweit gelegenen Städtchen **Dombrowice** schwäbische und elsässische Tabaksbauern nieder und legten einige Kolonien an, die sich gut entwickelten. In der Mitte des 19. Jahrhunderts waren die meisten der elsässischen Tabakspflanzer noch französische Staatsangehörige.

Der Grundherr wollte auch Chodecz zur Industriestadt machen. In den 20er Jahren folgte er dem Beispiel anderer Magnaten und ließ schließlich Tuchmacher kommen. Da aber die zugesagten Beihilfen vom Grundherrn ausblieben, so übersiedelten die Tuchmacher nach Lodz und Tomaschow. Die wenigen Zurückgebliebenen verarmten.

In den späteren Jahrzehnten kauften sich preußische Gutsbesitzer in der Nähe an, die, weil sie zuverlässige Tagelöhner haben wollten, deutsche Landarbeiter aus dem Posenschen kommen ließen. Dem bedeutenden Zuwachs an deutschen Bewohnern des dortigen Gebiets tat indessen die bald darauf einsetzende Abwanderung nach Wolhynien und dem Cholmgebiet starken Abbruch.

Nach dem Wunsche ihres Besitzers, des Fürsten Stanislaus Poniatowski, sollte auf der sandigen Halbinsel zwischen Weichsel und Narew eine Stadt entstehen. Im Jahre 1782 ließ er deutsche Handwerker und Landbauern kommen. Sie legten den Grund zu der Stadt **Neuhof** (Nowydwor), in der sich später auf Einladung des Grundherrn auch deutsche Tuchmacher und Färber niederließen. Bald entfaltete sich ringsum ein reges deutsches Leben. Die Kolonien Wiesendorf, Skierdy, Reiszewo und Modlin entstanden. Den Ansiedlern war Religionsduldung und Beihilfe zur Einrichtung ihres Kirchen- und Schulwesens versprochen worden. Zunächst wurden die Gottesdienste im oberen Stockwerk eines Wollspeichers, dessen unterer Stock als Rathaus diente, abgehalten. Schwere Schicksalsschläge brachte den Ansiedlern das Jahr 1813. Eine

Weichselüberschwemmung verursachte große Schäden. Die Schrecken der Belagerung der nahen Festung Modlin trieben die deutschen Kolonisten auseinander. Während der nächsten Jahrzehnte erholte sich Staat und Kolonie und ihre Einwohner gelangten zu großem Wohlstand. Seit den letzten dreißig Jahren mußten die Deutschen in und um Neuhof zahlreiche Verdächtigungen der **polnischen Presse** über sich ergehen lassen, die sie als im deutschen Solde stehende Beobachter des militärischen Lebens in der benachbarten Festung Nowogeorgiewsk (Modlin) hinstellten. Leider haben die Hetzereien eine furchtbare Wirkung gehabt; sämtliche Kolonisten aus der näheren und weiteren Umgebung sind in den ersten Kriegsmonaten von den Russen verschleppt worden.

Die Zustände im damaligen Polen

Nach der dritten Teilung Polens fiel Westpolen an **Preußen**. In stiller, unermüdlicher Arbeit suchte die preußische Verwaltung der neuen Provinz **Südpreußen** zu helfen. Über die Zustände im damaligen Polen lesen wir in einem Bericht aus dem Jahre 1793: "Die Nahrungsmittel der Landesbewohner bestehen größtenteils aus Suppe von Brot und Kleie und aus Kapusta (Sauerkohl). In der gemeinsamen Stube steht beständig ein Faß Kapusta, das einen abscheulichen Gestank verbreitet. Dieser wird dadurch noch vermehrt, daß alles Federvieh des Nachts auf Brettern über dem Steinofen sitzt und diesen stets bemistet. Die meisten Einwohner entkleiden sich nie. Die Kinder gehen meist nackend. Gewaschen und gekämmt wird nie. Der gemeine Pole kennt keinen Kamm, daher er unbeschreiblich viel Ungeziefer nährt. Der Bauer geht, wenn er in die Stadt kommt, mit seiner Familie zur Messe, betet mit einer wahren Heiligkeit seinen Rosenkranz und kniet nicht nur dabei, sondern wirft sich oft auf den Erdboden und küßt ihn, lauset sich aber auch mitunter und wirft dann das reichlich erhaschte Ungeziefer um sich, daher man neben ihm in Gefahr ist, bevölkert zu werden. Nachdem er so seinem Gott und Geistlichen eine halbe Stunde gedient hat, geht er mit seiner Familie ins Wirtshaus. Hier versäuft er alles gelöste Geld in Branntwein, tanzt dann mit seiner Gattin durch die Straßen und so nach Hause, wenn er nicht zuviel gesoffen hat."

Kolonisationspläne lagen im Zuge jener Zeit. Auswanderungsagenten der russischen Regierung bereisten ganz Deutschland und entwarfen glänzende Schilderungen von den fruchtbaren südrussischen Gebieten, die von deutschen Kolonisten der Kultur erschlossen werden sollten. Nach dem Plane der russischen Regierung sollten die Ankömmlinge "in ländlichen Beschäftigungen und Handwerken als Beispiel dienen". Auch die preußische Regierung, die schon auf erfolgreiche Ansiedlungsunternehmungen in den östlichen Teilen Preußens zurückblicken konnte, war besorgt, einen Teil des deutschen Auswanderungsstromes nach ihrer neuen Provinz zu lenken. Sie sicherte den Eingewanderten Ansiedlungsbeihilfen zu und hatte den redlichen Willen, sich um das Fortkommen der Ansiedler zu bemühen.

So entstanden an der Weichsel und im Inneren des Landes Hunderte deutscher Dörfer. Aus Württemberg, Baden, **Elsaß**, **Brandenburg**, **Pommern**, **Schlesien**, **Thüringen** ergossen sich ungezählte Ansiedlerscharen über das polnische Land. Es gab keinen deutschen Staat und keine deutsche Provinz, die nicht Vertreter ihrer Bevölkerung in das neue Ansiedlungsgebiet entsandt hätten.

Das Siedlungsgebiet bei Lodz

Auch die Umgebung von **Lodz**, wo sich damals noch meilenweite Wälder ausdehnten, war als Siedlungsgebiet gedacht. Nicht Lodz, sondern die benachbarte Kolonie **Neu-Sulzfeld** (polnisch Nowosolna) sollte der Mittelpunkt deutschen Lebens werden. Strahlenförmig, entsprechend den Richtungen der Windrose, gehen vom Neu-Sulzfelder Marktplatz sieben Straßen aus, an denen deutsche Kolonien angelegt wurden. Als nach dem Wegzug der preußischen Behörden auch der Kolonisationsplan verschwand, gründete der sich selbst überlassene Neu-Sulzfelder Kolonistenbezirk auf erworbenen Gütern polnischer Besitzer eine Tochterkolonie nach der andern.[1] Aber auch die andern in der Nähe von Lodz gelegenen Stammkolonien dehnten sich aus und gaben den Überschuß ihrer Bevölkerung an neugebildete Tochterkolonien oder auch an polnische Dörfer ab, die oftmals deutschen Anstrich

bekamen. So kam es, daß die vor einigen Jahrzehnten noch rein deutsche Industriestadt Lodz von einem Kranz deutscher Bauernansiedlungen umgeben ist.

Gründung der "Königlichen Dörfer" im Urwalde

In der unweit von Lodz gelegenen Kolonie **Groembach** (polnisch Laznowska Wola) wird noch heute eine Erbzinsverschreibung der Königl. Südpreußischen Kriegs- und Domänenkammer zu Warschau, ausgefertigt am 4. Februar 1802 für den Kolonisten Jakob Haas, aufbewahrt. Den einzelnen Abschnitten des weitläufigen Schriftstücks ist zu entnehmen, daß "der Erbzinsmann, der Kolonist Jakob Haas, die Urbarmachung des Grundstücks, welches ihm bereits vorläufig angewiesen worden ist und vor Aushändigung der gegenwärtigen Erbzinsverschreibung förmlich gerichtlich übergeben wird, mit allem Fleiß und dergestalt betreiben wird, daß solches längstens bis zum letzten November 1806 in völlige Kultur gelegt ist. Die dazu nötigen Rodungswerkzeuge, bestehend in 1 Axt, 1 Stückhaue, 1 breiten Haue und 1 Spitzeisen, werden ihm in Natura oder in Geld, nach den in dortiger Gegend üblichen Preisen verabreicht werden, auch werden ihm für jeden rein gerodeten Morgen zehn Taler an Rodungsgeldern, welche ihm der Intendant auszahlen wird, bewilligt. Auf diesem Etablissement wird ihm ein Wohnhaus mit Stallung und eine kleine Scheune auf königliche Kosten erbaut und in völlig wohnbarem Zustand unentgeltlich übergeben werden. Dagegen soll er verbunden sein, solche auf seine Kosten und ohne auf eine Unterstützung Anspruch machen zu können, zu unterhalten. Auch müssen die Gebäude zu ewigen Zeiten in der jetzigen Größe - wenigstens nicht kleiner - und auf derselben Stelle erhalten werden, wo der erste Aufbau geschieht. Um ihm übrigens bis zum Aufbau des Hauses ein einstweiliges Unterkommen auf seinem Etablissement zu verschaffen, werden ihm sechs Thaler zum Aufbau einer Hütte bewilligt." Während der nächsten sechs Jahre waren die Ansiedler von allen Steuerzahlungen befreit. Die vierundzwanzig Abschnitte der Urkunde sprechen für die Sorgfalt, mit der sich die preußische Verwaltung sowohl um die Entwicklung des neuen Gebiets wie auch um die Zukunft der ins Land geholten deutschen Ansiedler sorgte. So war der Kolonist verpflichtet, innerhalb der nächsten zehn Jahre "dreißig Stück gepfropfte Obstbäume guter Art" anzupflanzen. Zur Einrichtung der Wirtschaft erhielt er von der Kriegs- und Domänenkammer: 2 Kühe, 1 Stück Jungvieh, 1 Pflug, 1 Wagen, 1 Mistgabel, 1 Spaten und 2 Korzec Roggen, 1 Korzec Gerste, 1 Korzec Hafer, ½ Korzec Kartoffeln zur Saat. Weil die Kammer nachträglich die Zeit der Steuerfreiheit um ein Jahr beschränkte, legten die Groembacher Ansiedler Berufung gegen die Änderung der ursprünglichen Bestimmungen ein. Aus dem Anhang der Erbzinsverschreibung erfahren wir von Vernehmungen in Sachen der Berufung. Es werden uns auch die Namen der aus Brandenburg, Pommern, Mecklenburg, Württemberg und der Rheinprovinz gekommenen ersten Ansiedler bekannt: Schmidt, Haer, Scherer, Frey, Beyerle, Blume, Schnierle, Franz, Steinmetz, Kalfuß, Rath, Nestlin, Böhm, Fleig, Müller u. a.

Ähnlich wie in Groembach vollzog sich die Ansiedlung in den nahen Kolonien **Königsbach** (Bukowiec), **Grünberg** (Zielona Gora) und **Wilhelmswald** (Borowo). In Königsbach und Grünberg waren es Schwaben und Elsässer, die sich inmitten der von Lodz und Tomaschow hinziehenden Wälder ansässig machten. Die zuerst Gekommenen waren genötigt, Erdhütten zu errichten, die eine Bedachung aus Baumstämmen und Rasenstücken erhielten. Mit Gruseln erzählen die heutigen Königsbacher von den Besuchen, die die Wölfe den neuen Waldbewohnern machten. In Winterabenden sahen sie in die kleinen Fenster der Erdhütten hinein und schleppten die Hunde davon. Die Ansiedler waren verpflichtet, den Wald gegen ein Rodungsgeld urbar zu machen. Als es ihnen gelungen war, in jahrelanger mühsamer Arbeit das ihnen von der preußischen Verwaltung gestellte Ziel zu erreichen, hatten die Ereignisse von 1806 Preußen genötigt, sich aus Polen zurückzuziehen. Da war es für die Kolonisten ein Glück, daß die gewissenhaften Beamten der Kriegs- und Domänenkammer nicht unterlassen hatte, auf Grund der aufgenommenen Vermessungspläne Erbzinsverschreibungen auszustellen und so den Besitzstand zu sichern. In der Art der Ausfertigung waren sich die Verschreibungen überall gleich.[2] Der Besitzer durfte wohl sein Grundstück veräußern, aber in den ersten zehn Jahren nur an andere deutsche Ansiedler. Auch

Königsbach weitete sich unter polnischer Herrschaft dank dem Fleiß seiner Bewohner aus. Hier hat sich echtes Schwabentum in Art und Sprache am längsten erhalten. Von den über hundert Höfen des Dorfes haben die Russen auf ihrem Rückzug am 8. Dezember 1914 über achtzig angezündet. Unter den niedergebrannten Gebäuden befand sich auch das 1808 erbaute Kirchlein. Auf über eine Million Mark berechnen die Königsbacher ihren Schaden. Nicht besser erging es der von Schwaben bewohnten Nachbarkolonie **Grünberg**, in der die Russen ebenfalls die meisten Wirtschaften niedergebrannt haben.

Zwischen Lodz und Rzgow, am Fuße des Gräberhügels, der die Leichen der in den russischen Nachtangriffen am 22. November 1914 gefallenen **zweitausend** deutschen und russischen Krieger birgt, liegt **Effingshausen** (Starowa Gora), eine der von der preußischen Verwaltung angelegten Stammkolonien. Ihre ersten Bewohner waren Einwanderer aus Baden und Sachsen. Auch diese Ansiedlung hat sich trotz ungünstiger Bodenverhältnisse gut entwickelt. Als die entscheidenden Kämpfe sich abspielten, saßen die Dorfbewohner in ihren Kellern und durchlebten eine grauenvolle Nacht.

Die Schwabenkolonien bei Lodz und Warschau

Verschiedene der nach Königsbach gekommenen Schwaben und Elsässerfamilien wurden nach dem in der Nähe von Pabianice angelegten Walddorf **Hochwald** (Markowka) verpflanzt. Hier hat sich schwäbische Art und Sprache nicht so lange erhalten können wie in Königsbach. Die Ansiedlung ging unter denselben Voraussetzungen wie in den anderen "königlichen" Dörfern vor sich. Es wurden durch den Wald Straßen gehauen, Plätze vermessen und den einzelnen Familien Erbzinsverschreibungen ausgefolgt. Nicht nur die Aufführung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden und die Ausrüstung der Ansiedler mit Vieh, Saat und Geräten - auch der Bau von Brunnen geschah auf Kosten der Kriegs- und Domänenkammer. Auch Hochwald hatte viel von den Wölfen zu leiden. Am Tage überfielen sie die Viehherden und in der Nacht drangen sie in die Höfe ein und zerrissen die Hunde. Einst lief ein toller Wolf durch die Dorfstraße und biß elf Einwohner, die eines elenden Todes starben. Als an einem der nächsten Tage der Wolf sich wieder zeigte und sich auf eine Gruppe spielender Kinder stürzen wollte, warf sich ihm ein herzhafter Mann entgegen, umschlang ihn und hielt ihn so lange fest, bis einige herbeigeeilte Männer ihn erschlugen. Nicht leicht war es den Hochwäldern, sich emporzuarbeiten. Der Anbau von Tabak, Zichorien- und Farbpflanzen sicherte ihnen einen mäßigen Wohlstand. Bekannt wurden die Hochwälder Kirmesfeiern. Nach dem stillen und wenig Abwechslung bietenden Arbeitsleben, das die Hochwälder das Jahr hindurch führten, fühlten sie den Drang, an einigen Tagen des Jahres recht ausgelassen zu sein. Es wurde in allen Höfen gebacken und geschlachtet, man lud Gäste ein und ließ es sich bei Musik und Tanz eine Woche lang wohl sein. - Während der Kämpfe um Pabianice, Anfang Dezember 1914, sind auch einige Wirtschaften im Hochwald zusammengeschossen worden. Groß ist der Sachschaden, den die Dorfbewohner durch Wegnahme von Vieh, Getreide usw. erlitten. Aber noch schlimmer erging es der nahen Tochterkolonie **Wymyslow**, die fast vollständig heruntergebrannt war.

Während der Zeit der preußischen Herrschaft setzten viele polnische Grundherren das von ihren Vorfahren oder Nachbarn begonnene Kolonisationswerk fort. So gründete der damalige polnische Justizminister Graf Felix Lubienski 1806 in der Nähe des heutigen Zyrardow elf deutsche Kolonien, die er zu dem evangelischen Kirchspiel **Wiskitki** zusammenschließen ließ. Vor der Räumung Warschaus haben die Russen die dortigen Deutschen verschleppt.

Süddeutsche Einwanderer kamen bis in die Nähe der Weichsel und gründeten u. a. die große Schwabenkolonie **Leonberg** bei Gombin. Ja in der Nähe von Warschau sind heute noch in der Kolonie **Stara Iwitschna** bei Piaseczno schwäbische Laute zu hören, wie Stadtpfarrer Ott (während der Okkupationszeit Gouvernementspfarrer in Warschau) im *Schwäbischen Merkur* erzählt:

> "Südwestlich von Warschau liegt das stattliche, von Einzelhöfen umgebene deutsche

Bauerndorf Stara Iwitschna. Schon von weither grüßt die rote Backsteinkirche, wie die ganze Umgegend gezeichnet mit den Spuren der Kriegsverwüstung: der von den Russen als Beobachtungsstand benutzte Turm, von dem aus man die Schornsteine der Warschauer Vororte sehen kann, hat einen gewaltigen Volltreffer erhalten. Im geräumigen, hellen Kirchenschiff konnte ich den Landsleuten an einem strahlenden Maiensonntag Gottesdienst halten. Nur alle 4 Wochen kann der 30 Kilometer entfernt wohnende Zivilpfarrer von Pilica ins Dorf kommen; im übrigen ist die Gemeinde auf Lesegottesdienste angewiesen, die der »Kantor« hält, der als Kirchschullehrer auch Religions- und Konfirmandenunterricht erteilt. Um so freudiger wurde der Soldatenpfarrer aus Warschau begrüßt. Mit dem Ortskommandanten der etwa 6000, zur Hälfte jüdische, Einwohner zählenden Nachbarstadt Piaseczno, in Begleitung des dortigen, von den Deutschen eingesetzten Ortsvorstehers, der zugleich Kirchenvorstand ist, gings in toller Wagenfahrt vorbei an unendlich sich dehnenden Kornfeldern zur Kirche, vor der sich die Kirchenältesten aufgestellt hatten, biedere deutsche Männer mit heimatlich klingenden Namen wie Martin, Haug, Bühler, Eisele u. a. Von den zerstreuten Höfen pilgerten die Gemeindemitglieder zum Gotteshaus, zu dessen Fenstern die Bäume des benachbarten Friedhofs hereinschauen. Ein Gang durch diesen versetzt uns wieder in die Heimat, wenn wir an den Kreuzen und Grabsteinen die Namen der Toten lesen: Knödler, Lutz, Leibbrand usw. Nur die Schreibweise erinnert daran, daß wir in Polen sind, wenn es da heißt: »Sanft Ruhe seiner Asche« oder »Gewezener Landwürd«. Eine Umfrage nach der schwäbischen Herkunft der Leute förderte nicht viel zutage; die Familienbibeln, die vielleicht am ehesten hätten Aufschluß geben können, waren abhanden gekommen, als die kurze Zeit von den Russen verschleppten Einwohner zurückkehrten. Ein Kirchenältester wußte immerhin von seinem Vater, daß er als 10jähriger Knabe im Neckar gebadet habe. Eigentümlichkeiten der Mundart und die Familiennamen lassen ebenfalls Schlüsse zu."

Auch der in der Nähe von Lodz begüterte Raphael Bratuszewski bemühte sich um die Ansiedlung deutscher Kolonisten. In seinen ausgedehnten Wäldern wurde um das Jahr 1800 die Kolonie **Groß-Bruschitz** angelegt; ihr reihten sich bald andere "Hauländer"-Ansiedlungen: **Klein-Bruschitz**, **Ruda-Bugaj**, **Adamow**, **Rombien u. a.** an. Auch das frühere fast rein deutsche Weberstädtchen Alexandrow verdankt seine Entstehung diesem weitsichtigen und um die Entwicklung jener Gegend verdienten Mann. Seinem Beispiel folgten andere Nachbarn, so der Gutsherr von Bardzimin, Stokowski, der 1811 die Kolonie **Huta Bardzinska** gründete. Und unweit davon legte der Gutsbesitzer Kossobudzki die Kolonie **Dombrowo** an. In späteren Jahren entstanden in der Nähe die Kolonien **Wladislawow** (Gründer Gutsbesitzer Wardenski), **Maryslawow** (Gründer Gutsbesitzer Danecki) u. a. **Die Gegend um Alexandrow bei Lodz ist zu einem fast geschlossenen deutschen Siedlungsgebiet geworden.**

In der Nähe des heutigen Tomaschow entstand schon 1797 auf dem "Jankower Hauland", dessen Eigentümer der Gutsbesitzer Tyminski war, die Kolonie **Lonczkowice**. Landwirte aus der Bromberger Gegend siedelten sich hier an und rodeten die Wälder aus. Auch hier folgten bald andere Gutsbesitzer dem Beispiel ihres Standesgenossen und gründeten die deutschen Walddörfer **Maxymow, Lipianki, Wykno, Ciosny, Maxymilianow u. a.**

So wurde vor hundert Jahren das polnische Land mit einem Netz deutscher Ansiedlungen überzogen. In emsiger Arbeit rodeten die deutschen "Hauländer" die meilenweiten Wälder um Lodz aus, gründeten Dörfer und städtische Ansiedlungen und legten den Grund zum Wohlstand der Gegend. Die Ansiedler in der Nähe der Industriestädte richteten sich auf Hilfsleistungen für den Fabrikbetrieb ein. Entweder betrieben sie Lohnfuhrwerk und führten Kohlen, Ziegeln und anderes Baumaterial heran oder sie stellten Handwebstühle auf und erzeugten manche Waren, deren Herstellung auf mechanischem Wege sich nicht lohnte.

Schwäbische und fränkische Einwohner versuchten sich auch im Weinbau, doch mußten sie die Erfahrung machen, daß das polnische Klima der Rebe nicht zuträglich ist. In früheren Jahrzehnten war auch der Tabakbau verbreitet, bis die Einführung der Akzise die Entwicklung hemmte. In der Umgegend von Wloclawek ist in den letzten Jahren der Zichorienanbau gepflegt worden. Die Aufwärtsentwicklung des deutschen Bauern zum Gutsbesitzer kommt auch vor, aber nicht so oft wie bei den deutschen Kolonisten in Südrußland, die weiteren Blick besitzen.

Der Wandertrieb der deutschen Kolonisten

Bis in die [zweite] Hälfte des 19. Jahrhunderts setzte sich der Zuzug deutscher Ansiedler nach neuen Ansiedlungsgebieten fort. Nicht alle kamen aus der alten Heimat; auch die älteren deutschen Kolonien gaben den Überschuß ihrer Bevölkerung an die neuentstandenen Dörfer ab. Und nicht nur den Überschuß; der den deutschen Kolonisten eigene Wandertrieb und die ihnen gemachten Vorspiegelungen eines leichteren Fortkommens verleiteten viele, ihre alten Hofstellen zu verlassen und ihr Glück an anderen Stellen zu versuchen. In einer Schilderung aus den sechziger Jahren heißt es: "Allen deutschen Kolonisten ist ein merkwürdiger Hang zum Wandern eigen. Sie kaufen sich gern da an, wo Wälder ausgeteilt werden, wo sie dann das Holz herunterschlagen, verkaufen und, nach dem sie einen Teil ihres Landes urbar gemacht haben, wieder weiterziehen. Oft benützt erst der vierte oder fünfte Ansiedler das ganze Feld zum Ackerbau und findet dann auch sein spärliches Auskommen. Ist nun das Land schon gänzlich bebaut und die Kolonie ganz eingerichtet, dann pflegen auch viele für längere Zeit sitzen zu bleiben und sich so gut als möglich einzurichten. Es bedarf aber nur einer geringeren Veranlassung, etwa einer schwachen, unbestimmen Aussicht auf leichteren Erwerb, und sie verkaufen Hab und Gut und ziehen davon, wie dies besonders in den letzten Jahren häufig vorgekommen, da Jünglinge und Greise sich auf den Weg machten, sich im westlichen und südlichen Rußland und an der Wolga eine neue Heimat zu gründen." (E. H. Busch.)

Ein typisches Beispiel für die Art der Ansiedlung bietet der Bezirk um **Chorzeszow** in der Nähe von Lask. In den vierziger Jahren wurde das Gut parzelliert. Abkömmlinge der aus Hessen, Pommern, Württemberg, Sachsen und anderen Teile Deutschlands eingewanderten Kolonisten siedelten sich an und gründeten die Dörfer Elodia, Pelagia, Julianow und Chorzeszow. In späteren Jahrzehnten kauften sich die Söhne der ursprünglichen Ansiedler in den benachbarten polnischen Dörfern Adolfow, Ludwinka und Babiniec an.

Erhaltengebliebene deutsche Benennungen der Kolonien

Vielfach sind die deutschen Benennungen der Kolonien in Vergessenheit geraten. Erst dem Deutschen Verein gelang es, ihren heutigen Bewohnern die ursprünglichen deutschen Namen wieder wert zu machen. An anderen Stellen haben sich die deutschen Ortsnamen bis in unsere Tage hinüberretten können. So in Michelsdorf, Egersdorf, Karlshof, Woltersdorf, Neuford (vielfach vertreten), Birkenfeld, Frankenfeld, Friedrichsfeld, Sophiental, Adelhof, Emilienheim, Ingelfingen, Briesner-Hauland, Wenglewer-Hauland, Annafeld, Rehfeld, Grafenort, Hilsbach, Donnersruh, Heineleben, Georgental und Luisental.

Kämpfe um das Besitzrecht

Auch an den zuletzt eingewanderten deutschen Einsiedlern in Polen hat sich die alte Erfahrung wiederholt, **daß ihr Wirken lästig wurde, als ihre anfängliche Aufgabe, unter vollem Kräfteeinsatz aus Wildnissen fruchtbare Gegenden zu schaffen und in Urwäldern freundliche Dörfer erstehen zu lassen, erfüllt war.** Die Grundherren hatten keine Neigung mehr, die Pachtverträge zu erneuern und damit den an harte Arbeit gewöhnten Landwirten den Ertrag ihres Schaffens zu sichern. Und bald rückten gefügigere polnische Bauern an die Stelle der deutschen "Hauländer". Wo aber die Einwanderer so klug gewesen waren, von vornherein sofortige oder spätere Kaufbriefe zu vereinbaren oder noch während der Pachtdauer Besitztitel zu erwerben, da kam es oftmals zu Streitigkeiten, wenn das Stammgut einen neuen Herrn bekam oder andere Änderungen eintraten. Selten ging es ohne Rechtsbeugungen ab; galten doch die Deutschen als landfremde Elemente, während die

Grundherren in allen Behörden und Gerichten ihre Verwandten und Freunde hatten.

Als Beispiel für die Rechtspflege jener Tage sei vom Schicksal der Kolonisten in **Okup** berichtet. Eingewanderte Sachsen und Thüringer erwarben vom Besitzer des unweit Lask gelegenen Gutes Bilew größere Ländereien. Der benachbarte Wald und ein Stück Weideland wurde mit einem Servitut zugunsten der Ansiedler belastet. Ohne sich mit den Kolonisten verständigt zu haben, verkaufte der Grundherr nachher Teile seines Besitztums mit den den Kolonisten zur Nutznießung überlassenen Wald- und Landstücken. Alle Bemühungen der deutschen Dorfgemeinde, zu ihrem Rechte zu kommen, schlugen fehl. Rücksichtslos ging man in den Amtskanzleien über die Gerechtsame der Deutschen hinweg. Da schritten sie zur Selbsthilfe und behinderten die Leute des neuen Besitzers bei der Inbesitznahme der strittigen Gelände; immer noch hofften sie auf ein Eingreifen der um Herstellung der Rechtsgrundlage angerufenen Behörde. Berichte über die "revoltierenden" Ansiedler waren an das Kreisamt gelangt und hatten dem Kreischef Veranlassung gegeben, ein Häuflein Kosaken nach Okup zu schicken. Betrunken waren die Steppensöhne angekommen, so daß es den Männern des Dorfes leicht war, sie zu entwaffnen und - in der Meinung, man habe sich einen Übergriff gegen sie, die staatstreuen Deutschen, erlaubt - gebunden nach dem Kreisort zu bringen. Nun ließ die Gegenpartei ihren ganzen Einfluß arbeiten. Nach einigen Tagen wurden sämtliche Männer des Dorfes, unter der Anklage des Widerstandes gegen die amtliche Gewalt und Freiheitsberaubung von Militärpersonen, in das Gefängnis nach Petrikau abgeführt. Grau, der Führer der Okuper Deutschen, konnte sich noch rechtzeitig flüchten. Er interessierte einen geschickten Rechtsanwalt in Warschau für die Sache der Okuper und wandte sich auch an seinen Landesherrn nach Weimar um Hilfe. Dank den regen Beziehungen des Weimarer Hofes nach Petersburg gelang es den Okupern zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Sitten und Gebräuche der deutschen Bauern

Über **Leben, Sitte** und **Gebräuche** der deutschen Urwaldkolonisten liegt uns eine Schilderung vor, die E. H. Busch 1867 in seinen *Beiträgen zur Geschichte und Statistik des Kirchen- und Schulwesens der ev.-augsb. Gemeinden im Königreich Polen* auf Grund verschiedener Berichte entworfen hat. Er sagt darin:

> "Der deutsche Bauer in Polen lebt teils in zusammenhängenden Kolonien und Dörfern, teils in einsam gelegenen Höfen mitten im Walde, auf sogenannten Räumungen, die meistens ein bis zwei Werft voneinander entfernt sind. In der Mitte eines Komplexes solcher Räumungen liegen gewöhnlich Bethaus, Schule und Schenke. Letztere dient dann gewöhnlich als Zusammenkunftsort für die zerstreut wohnenden Gemeindeglieder bei Beratungen. Auf dem **Gehöfte** eines wohlhabenden Kolonisten sind Wohn- und Wirtschaftsgebäude voneinander getrennt; bei weniger bemittelten Bauern, die kleinere Grundstücke bewirtschaften, findet sich nur ein einziges langes Gebäude, das unter einem Dach Wohnhaus, Scheune und Stallung enthält; letztere ist dann gewöhnlich mit der Wohnung des Kolonisten so verbunden, daß er gleich aus seiner Stube in den Vieh- oder Pferdestall gehen kann. In dem gewöhnlich sehr großen Wohnzimmer findet man ein oder zwei Bettstellen, einige buntbemalte Kasten, einen Tisch, einen Schrank, der unten mit geschlossenen Türen zur Aufbewahrung des Brotes und der Butter versehen, oben aber offen ist, in welcher oberen Hälfte mit einer gewissen Eleganz die Löffel in Reih und Glied aufgehängt sind, hinter welchen meist blau bemalte Teller und einige Tassen und Gläser stehen. An der einen Stubenwand sind gewöhnlich noch einige tönerne Schüsseln von verschiedener Größe aufgestellt. Nach der Menge und Sauberkeit aller dieser Geräte wird die Tüchtigkeit der Hausfrau beurteilt. An der anderen Wand hängt das Arbeitsgerät des Hausherrn: Säge, Hammer, Beil und Bohrer. Axt und Sense liegen immer unter dem Schrank. Am Feuerherd neben dem Ofen fehlt nirgends die geliebte Ofenbank; dort sitzen und spielen die Kinder oder ruhen die Alten nach getaner Arbeit. Auf einem Brett am Balken unter der Decke befindet sich des Kolonisten Bibliothek, die gewöhnlich aus etlichen Gesangbüchern, Brastbergers Predigten, einigen Abc-Büchern, Luthers Katechismus und

einer Bibel besteht. - Neben dem großen Wohnzimmer ist immer ein kleineres, in welchem »die Alten auf dem Ausgedinge« wohnen, nachdem sie Hab und Gut dem Sohne übergeben haben und manchmal ein kümmerliches Leben führen, da die Erfüllung des vierten Gebotes zuweilen den Kindern sehr schwer ist; das sind aber Ausnahmen. - Was das **eheliche Leben** der Kolonisten anbelangt, so ist dasselbe im ganzen recht befriedigend; kleine eheliche Zwistigkeiten werden in der Familie geschlichtet, in weiter um sich greifenden Fällen sucht man Hilfe beim Pastor. Immer ist der Mann unumschränkter Gebieter im Hause, die Stimme der Hausfrau wird selten vernommen. Für die Kindererziehung geschieht leider nicht viel. Ist eine **Schule** am Ort, so wird das Kind während der Winterzeit in die Schule geschickt, und dabei lernt es selten mehr, als daß es im vierzehnten Jahr deutsch lesen kann, den Katechismus auswendig gelernt hat und etwas aus der biblischen Geschichte weiß; die Konfirmanden sind daher im allgemeinen sehr dürftig vorbereitet... Man muß oft die Arbeit und Geschicklichkeit der armen Dorfschullehrer bewundern, die es verstehen, in einigen Wochen dem Kinde das Lesen beizubringen und ihm noch dazu den Katechismus einzutrichtern. - Neugeborene Kinder werden meistens in der ersten Woche getauft, und der Tag der **Taufe** ist ein Familienfest, das sogenannte Kindelbier, zu dem alle Bekannten eingeladen werden. Die Bewirtung der Gäste beschränkt sich auf Branntwein, Bier und Brot. Da es oft vorkommt, daß der Pastor dreißig bis vierzig Werst entfernt wohnt, so wird in solchem Falle vom Schulmeister die Nottaufe erteilt, die bei der nächsten Anwesenheit des Pastors bestätigt wird. - **Hochzeiten** werden in der Regel mit großem bäuerlichen Pomp gefeiert. Nachdem die Gäste sich zur bestimmten Stunde im Hause der Brauteltern versammelt haben, bricht man auf, um in die Kirche zu fahren. Die beiderseitigen Eltern geben den Brautleuten ihren Segen und der Brautführer hält gewöhnlich eine zu diesem Zweck erlernte Rede; dann setzt man sich auf die bereitstehenden Wagen und fährt unter Musik und Gesang der Kirche zu, voran der mit bunten Bändern und Tüchern geschmückte Brautführer, dann der Wagen mit der Braut und im letzten Wagen der Bräutigam. Je näher man zur Kirche kommt, desto leiser spielt die Musik, bis sie zuletzt ganz schweigt. Während der Trauung steht der Brautführer dicht hinter dem Brautpaare und sieht darauf, daß Braut und Bräutigam hart nebeneinander treten und keine Lücke zwischen ihnen bleibt. Nach der Trauung fährt der junge Ehemann voran, die junge Frau folgt und der Brautführer beschließt den Zug. In dieser Anordnung ist schon die künftige Stellung der Eheleute zueinander angedeutet. Nach Hause gekommen, setzt man sich zum Hochzeitsmahl, bei dem Schweinefleisch mit Pflaumen und Hirsegrütze in Milch gekocht nicht fehlen dürfen. Das Mahl beginnt mit einem Gebet, das vom Schulmeister, der selten fehlt und immer den Ehrenplatz neben der Braut einnimmt, oder von einem in der Heil. Schrift bewanderten Gaste gesprochen wird; zum Schluß der Mahlzeit wird wieder ein Lied aus dem Gesangbuch gesungen und ein Gebet gehalten. Die Hochzeitfeier dauert wenigstens zwei, oft aber auch acht Tage, während welcher Zeit Unglaubliches im Essen und Trinken geleistet wird. - **Begräbnisse** werden zumeist nur vom Schullehrer abgehalten, der dabei 10 bis 12 Lieder hintereinander absingen muß. Das Begräbnismahl darf nie fehlen. - Die **Kleidung** der Kolonisten hat schon ihr Charakteristisches verloren, denn die meisten, sowohl Männer als Frauen, huldigen schon der wandelbaren Mode und wollen nach dem Anzuge sich nicht mehr von den Städtern unterscheiden lassen; nur der lange blaue Tuchrock der Männer hat noch seine Herrschaft behalten."

Die stehengebliebene Kultur

Wesentliche Änderungen in der Lebens- und Anschauungsweise sind seitdem bei den Kolonisten nicht eingetreten. Wohl ragen sie mit ihrer Rechtschaffenheit und ihrem Fleiß noch immer aus ihrer Umgebung hervor. Aber sie sind stehengeblieben, dort wo schon Busch und seine Gewährsleute sie sahen. Dieser Tiefstand ist in erster Linie auf die Rückständigkeit des Schulwesens zurückzuführen. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß sich einzelne Volksfreunde, zumeist Pastoren, um seine Höherentwicklung bemühten. Aber es fehlte doch der große Zug in dieser Arbeit; das Einsetzen der vollen Person, das nötig ist,

wenn ein in Angriff genommenes Werk nicht vor den ersten Schwierigkeiten im Stich gelassen werden soll. So lassen sich, rückschauend, in Berichten und Schilderungen wohl zahlreiche Klagen über den unerfreulichen Stand der Dinge, aber sehr wenige Mitteilungen über unternommene Arbeiten zur Besserung feststellen. Busch konnte noch mit Fug und Recht sagen, daß die Kolonisten in Polen sich (vor fünfzig Jahren) kaum von den Bauern in Deutschland unterschieden. Die neue Zeit im reichsdeutschen Bauerntum, das gewaltige, vielverzweigte Genossenschaftswesen, die Aufklärungsarbeit zugunsten neuer Arten der Bodenbehandlung, ist dem deutschen Kolonistentum in Polen ferngeblieben. Polnische Volksfremde - Gutsbesitzer und Geistliche -, denen der Segen der neuzeitlichen Unternehmungen in Deutschland bekanntgeworden ist, versuchten mit Erfolg den polnischen Bauern aufzuklären. Der deutschen Kolonisten nahm sich kaum jemand an. Und wenn dennoch ein schwacher Versuch erfolgte, so trat ein Erliegen noch vor oder doch bald nach der ersten Anstrengung ein. Erst der 1916 gegründete "Deutsche Verein, Hauptsitz in Lodz" hat sich des deutschen Bauerntums angenommen:

Beginnende Aufklärungsarbeiten

Vorträge über Bodenbearbeitung, Düngung, Pflanzenwechsel und andere Fragen, die Tätigkeit der vom Verein ins Leben gerufenen Landwirtschaftlichen Bezugs- und Absatzgesellschaft, Winterkurse für junge Landwirte und die Tätigkeit eines Wanderlehrers und andere Aufklärungsarbeiten sollten den Landleuten die Arbeits- und Anschauungsweise des reichsdeutschen Bauern näherbringen. Im Jahre 1918 ist diesen Unternehmungen das deutsche Genossenschaftswesen mit Gründung zahlreicher Raiffeisenkassen und ihrer Zusammenfassung in den "Deutschen Genossenschaftsverband" gefolgt. Man darf sich nicht wundern, wenn diese auf Geduld eingestellte Arbeit auf dem vernachlässigten Boden nicht sofortige Erfolge zeitigt.

An der **Weichsel**, zwischen der preußischen Grenze und Warschau, gibt es Gebiete, bei deren Besuch man glaubt, in eine deutsche Provinz verschlagen zu sein. Als besonderes Merkzeichen der deutschen Weichseldörfer gelten die "Hocke", Zäune aus Weidengeflecht, die nicht nur jeden Hof umgeben, sondern jede Wirtschaft in mehrere Teile zerlegen. Weidenreihen ziehen sich an den geflochtenen Strauchzäunen entlang. Weiden und hunderte von Obst-, hauptsächlich Pflaumenbäume, umgeben die Häuser, die in der Weichselniederung auf Erdhügeln aufgebaut sind, damit bei Dammbrüchen Menschen und Vieh gegen die Wasserfluten der Weichsel geschützt werden. Die versteckte Lage der Häuser hat ihre Besitzer bei den wiederholten großen Truppendurchmärschen zu Beginn des Krieges vor Besuchen der Russen geschützt, so daß der Krieg fast spurlos an den Weichselansiedlungen vorüberging.

Das abgeschiedene Dasein begünstigt bei den Deutschen der Niederung die Neigung zum Grüblertum. "Sie dünken sich hinter ihren Hocken wie Halbgötter!" äußerte sich ein Kenner der dortigen Verhältnisse.

> "Das Sicheinspinnen in eigene Gedanken und das Abgeschlossensein gegen fremde Ideen bringt Gutes und weniger Gutes mit sich. Von großer Bedeutung für die Ansiedler ist auch heute noch die Religion, sowohl die alte lutherische wie auch manche der Abarten, die in der evangelischen Kirche so zahlreich vertreten sind. In Wiontschemin steht auf hohem Weichselufer eine Kapelle der Baptisten. Wir besuchen den früheren Prediger der Baptisten, der ebenso Besitzer eines Hofes ist wie alle Landwirte. Vor einigen Jahren ist er mit den Führern einer neuen religiösen Gemeinde bekanntgeworden, die von Amerika aus nach Deutschland verpflanzt wurde und sich »Gemeinde Gottes« nennt. Eine Anzahl der von ihnen beeinflußten Familien schlossen sich ihm an und gründeten eine eigene Gemeinde. In dem nahen Deutsch-Wymischle sind Mennoniten beheimatet, während Mitglieder der Brüdergemeinde zerstreut in den verschiedenen Ansiedlungen wohnen. Auch die christliche Gemeinschaft innerhalb der evangelischen Landeskirche hat ihre Ableger. Bei der Fahrt durch Swiniary wird mir der neben der Schule stehende Betsaal gezeigt, in dem gutbesuchte Gemeinschaftsversammlungen abgehalten werden. Während wir auf einer erhöhten Stelle

der Straße fahren, die sich dicht an der Weichsel hinzieht, sehen wir vollbesetzte Boote, die vom jenseitigen Ufer kommen. Ihre Insassen haben drüben den Gottesdienst besucht, der den aus Wyschogrod gekommene Pastor gehalten hat. Entzückt weilt der Blick auf dem freundlich-sonnigen Strombild. Diesseits und jenseits deutsche Ansiedlungen und der Fluß und seine Ufer belebt von deutschen Leuten! Fast wie im alten Mutterlande!"[3]

Wirtschaftliche Überlegenheit der Weichseldeutschen

Die wirtschaftliche Tüchtigkeit der Weichseldeutschen ist auch von fremden Beurteilern anerkannt worden. So schrieb der russische Präsident des Kielcer Kameralhofes:

"Das Äußere einer deutschen Wirtschaft stellt sich als etwas Abgerundetes und streng Durchdachtes dar, es ist offensichtlich, daß die Ertragsfähigkeit dieser Wirtschaften eben durch ihre ganze Organisation bedingt wird. Vieh- und Pferdestall und Düngergrube sind auf einem deutschen Hofe derartig angelegt, daß auch nicht ein Stück Dünger oder ein Tropfen Jauche verloren geht. Der Deutsche hat einen vollständigen Komplex von landwirtschaftlichen Geräten, einschließlich einer Dreschmaschine mit Pferdeantrieb. Alles ist stets in bester Ordnung. Pferde und Vieh sind von guter Rasse, gut gefüttert und rein gehalten, da der Deutsche seinem Vieh Streu mit freigiebiger Hand gewährt. Der Brunnen ist innen und außen mit Feldsteinen vermauert, stets sorgfältig zugedeckt und mit einer Vorrichtung für ein möglichst leichtes Wasserschöpfen versehen... Die Deutschen siedeln sich im allgemeinen gern in Niederungen an. - Zu einer deutschen Wirtschaft gehört ein Stück moorigen Bodens, in dessen Nähe Sand vorhanden ist. Die sumpfigen Stellen werden mit einer Schicht von ungefähr 25 - 30 Zentimeter aufgeschüttet und darauf junge Pflanzenbäume gepflanzt. Gewöhnlich schon nach vier Jahren hat der Kolonist einen außerordentlich ertragreichen Garten... Wenn man längs der Weichsel mit dem Dampfer von Bobrowniki nach Dobrzyn fährt, scheinen die deutschen Kolonien an der Weichsel einen einzigen ununterbrochenen Garten darzustellen. Die auf der Höhe verstreuten polnischen Höfe sehen daneben einsam aus, da sie fast von keinerlei Vegetation umgeben sind. Die Überlegenheit der deutschen Wirtschaften fällt in der hiesigen Gegend recht grell in die Augen. Die deutschen Bauernwirtschaften sind sogar besser eingerichtet als die Gutswirtschaften."[4]

Anmerkungen:

1 Bis vor kurzem galt Neu-Sulzfeld als **älteste Schwabenkolonie Polens**. Der während der Zeit der deutschen Okkupation nach Neu-Sulzfeld berufene reichsdeutsche Pfarrverweser Pastor Ludwig **Eyth** hat sich während seiner Amtstätigkeit mit der Erforschung der Ursprungsorte der einzelnen Familien befaßt und das Ergebnis in einem Aufsatz: "Ist Neu-Sulzfeld Schwabenkolonie?" in der *Deutschen Post* (1918, Nr. 17) niedergelegt. Da er die erste Arbeit auf dem Gebiet der Familienforschung darstellt, so sei er hier wiedergegeben:

"Weithin steht in Polen die Gemeinde Neu-Sulzfeld in dem Ruf, eine echte, rechte **Schwabenkolonie** zu sein. Und der Krieg, der große Erreger und Beweger der Menschheit, hat dafür gesorgt, daß diese Meinung weit über die Grenzpfähle Polens hinaus ins »Ausland«, ins deutsche Land gedrungen ist. Als ich vor zwei Jahren hierher gerufen wurde, der durch den Krieg hirtenlos gewordenen Gemeinde mich anzunehmen für die Kriegsdauer, da sollte mir, als einem Schwaben, der Entschluß, nach Polen zu gehen, seitens des evangelisch-augsburgischen Konsistoriums in Warschau, und des deutsch-evangelischen Kirchenausschusses in Berlin eben durch die Aussicht, in einer schwäbischen Gemeinde meines Amtes walten zu dürfen, leichter und verlockender gemacht werden. Wie freute ich mich, hier für einigen Jahren mit meinen der Heimat längst so ferngerückten Landsleuten in nähere Berührung zu treten und in den trauten Klängen unserer Heimatsprache mit ihnen verkehren zu können. Allein mein Erstaunen war nicht gering, als ich bei meiner Ankunft alle möglichen, aber nur keine schwäbischen Laute an mein Ohr schlagen hörte! Wohl heimelten mich eine ganze Reihe von Familiennamen, auch Vornamen, wie sie mir von meiner schwäbischen Heimat her bekannt und vertraut waren, mächtig an, aber so viel anderes, wie

besonders die Umgangssprache und auch die ganz anders geartete Besiedlungsweise der Kolonie, mutete mich gar fremd und gänzlich neu und unbekannt an.

Es bedurfte erst längerer Zeit und näherer Berührung mit Häusern und Familien derselben, bis meine ersten Eindrücke sich verwischten und ihr eigentlicher Stammescharakter sich mehr und mehr mir erschloß. Da, an der trauten, heimatlichen Herdstätte oder in der Staatsstube meiner Gemeindemitglieder mit ihnen sitzend und gemütliche Zwiesprache mit ihnen pflegend, auch seelsorgerlich mich mit ihnen unterredend, kam ihr wahres Wesen und ihre eigentliche Stammesart zum Vorschein, da löste sich die Zunge ungezwungen und kamen die anfangs so schmerzlich vermißten Heimatlaute und verwandte Gesinnungsart an den Tag, und nicht wenige nehmen es mit ihren Pastoren im »Schwäbeln« gründlich auf. Allerdings sind es in der Hauptsache nur die älteren Generationen, die Großväter und Großmütter, die ihr Schwäbisch in der Sprache und in der Art sich zu geben und zu denken, sich bewahrt haben. Die jüngeren Generationen verraten nur noch in einzelnen Redewendungen und Begriffsbestimmungen ihre schwäbische Abstammung und die jüngste Generation, unsere liebe Jugend, hat in jeder Beziehung alles Schwäbische gründlich abgelegt. Hier ist auch keine Spur mehr übriggeblieben von der Stammesart der Väter und Großväter.

Nicht wenige Familien sind aber auch, in denen man umsonst sucht nach Berührungspunkten mit der schwäbischen Scholle und Art. Es wäre auch unberechtigt, sie da suchen zu wollen, wo sie gar nicht sich finden können. Sind doch ihrer viele ursprünglich ganz wo anders beheimatet gewesen, und das schwäbische Element war von Anfang an nicht so überwiegend in der Gemeinde vertreten, daß es alle übrigen Teile derselben hätte so nachdrücklich beeinflussen können. Doch davon später.

Meine Vorliebe zur Erforschung der Heimatgeschichte ließ mir keine Ruhe, bis ich die völkische Zusammensetzung meiner Gemeinde und die Ausgangspunkte der einstigen Einwanderung der Kolonie erkundet hatte. Das Interesse, zu erfahren, inwieweit Neu-Sulzfeld wirklich verdient, eine Schwabenkolonie zu heißen, ließ mich nicht mehr los, und vielleicht teilen noch weitere Kreise mit mir dieses Interesse.

Die Quellen für meine Forschungsarbeiten bildeten natürlich mangels anderer Nachrichten, woran Polen außerordentlich arm ist, ausschließlich die Kirchenbücher, vor allem die Trauregister, die über die Herkunft und Abstammung der ersten Einwanderer am ergiebigsten Auskunft geben. Leider beginnen die Kirchenbücher der Gemeinde Neu-Suzfeld erst mit dem Jahre 1838. Weitere zehn Jahre zurückzusehen, erlaubten mir die Kirchenbücher der St. Trinitatisgemeinde in Lodz. Gar zu gern hätte ich noch die Register der benachbarten katholischen Kirchengemeinde Mileschki durchforscht, wo vielfach die ersten kirchlichen Handlungen, mangels einer eigenen Kirchspielgründung am Orte, vollzogen wurden. Doch war es mir nicht möglich, Einblick in diese Kirchenbücher zu bekommen.

Das Ergebnis meiner Nachforschungen war nun das Folgende. Es wanderten im Laufe der ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts in Neu-Sulzfeld und nächster Umgebung ein:

Aus **Württemberg**: 21 Familien; nämlich aus Biberach: Neuwirt; Hemmingen: Maual und Rapp; Hofen: Keller; Hohenstraßen: Ebert und Schwarz; Kuppingen: Roller; Langeßlingen (?): Leer; Münchingen: Hönes, Schüle, Schwarz, Walter und Wolfangel; Neu-Nifra: Kübler; Nufringen: Glaser und Scherer; Ochsenbach: Späth; Schömberg: Fauer; Tieringen: Groß und März; Weil im Schönbuch: Renz.

Aus **Baden**: 14 Familien; aus Deckenheim: Kreter und Schwamm; Dossenheim: Freier; Erpotsheim: Schäfer und Schneider; Göndelsheim: Rätz; Größingen: Hoffmann; Leimen: Weidenmeier; Nußloch: Meier; Schandhausen: Schütz; Schabenhausen: Ketterer; Walldorf: Schmelcher und Wahl; Wiesloch: Krittmann.

Aus **Bayern** (Pfalz): 28 Familien; aus Alsheim: Hermann; Beiersdorf: Brickert; Blesweiher: Reiser; Bergen: Franzmann; Bolzchau: Erler; Eschelbach (vielleicht Württb.): Schuster; Falkenheim: Friekel; Freinsheim: Schaffner; Frausheim: Andres; Hornheim (viell. Württb.): Knodel; Kalstadt: Lumelius; Kinderheim: Krieg; Lachen: Bauer, Brickert, Grabler, Meermann, Roth, Schmidt, Theobald, Zoller; Landsberg: Grund; Mingen: Schüle; Oberhochstädt: Schäfer; St. Ludwig bei Offenbach: Figeisen; Sulzfeld: Klebsattel (nach mündlk. Überlieferung auch Franzmann); Steinalp: Korb; Zweibrücken: Schwarz; ohne nähere Ortsbezeichnung: Kelber.

Aus **Hessen**: 4 Familien; aus Frammershausen: Bayer; Jachtrow (?): Hermann; Obermosstadt: Walter;

Odernheim: Seile.

Aus **Posen**: 23 Familien; aus Brätz: Seiffert; Tischbü: Schmidtke; Galezichi: Reiter; Globuski: Sauer; Goll: Steinke; Jablonow: Jesse; Karnikel: Kettlig; Karnina: Rosemann; Koszen: Grill; Kowal: Gudrian; Ludwikow: Henke; Neglow: Leske; Neuberg: Nofer; Neudomancz: Neumann; Tignin: Schulz; Posen: Grüning; Srubin: Musott; Streli(z): Reisdorf; Szermochlow: Schön; Stromiau: Stelter; Thorn: Schulz; Trumaschynie bei Riglau: Friedenberger; Wöstruwko: Selle.

Aus **Preußen**: 15 Familien; aus Emstal: Wahl; Falkenburg: Plock; Goldberg: Schuhmann; Katkow: Kolberg; Kleinschabisch: Schrot; Landsberg: Baumsart und Grund; Mulia: Gust; Pito: Eichendorf; Ratzeburg: Arndt, Blach und Reuspieß; Perleberg: Bode; Schwiebus: Engler; Simmekowo: Gindert.

Aus **Sachsen**: 1 Familie; Kartheus: Gruber.

Aus **Schlesien**: 2 Familien; Romberg: Bergmann; Sagan: Vamke.

Aus **Frankreich** 3 Familien; aus Neukastel: Klein; Hangsweiler: Becker und Ledermann.

Für die richtige Schreibart der Heimatorte kann nicht immer Sicherheit gegeben werden, da eine Nachprüfung der oft sehr kleinen Dörfer nach dem zur Verfügung stehenden Kartenmaterial nicht möglich war.

Ein Rückblick auf die Heimatorte, aus denen die Sulzfelder Kolonisten s. Z. ausgewandert sind, ergibt also wohl ein ganz entschiedenes Überwiegen der süddeutschen Stämme gegenüber der mittel- und norddeutschen (67 : 42), das für den Kern der Kolonie noch stärker wird, da die aus Posen und Preußen stammenden Familien weit häufiger in den Außenteilen der Kolonie sich befinden. Aber innerhalb der süddeutschen Bestandteile nehmen die Schwaben, d. h. Württemberger, nicht den ersten Raum ein, stehen vielmehr hinter den Bayern um ein Bedeutendes zurück (21 : 28), welches Verhältnis sich allerdings durch die Erforschung der allerfrühesten Einwanderungszeit noch etwas zugunsten der Schwaben (Württemberger) verändern dürfte, wenn der mündlichen Überlieferung Glauben geschenkt werden darf. Übrigens dürfen wir den Begriff Schwaben gar nicht so eng fassen, als er vielfach genommen wird, wobei man ihn mit Württemberg sich decken läßt. Die Grenzen des schwäbischen Stammes sind vielmehr ganz andere, viel weiterreichende als die das heutige Schwabenland bestimmenden. Sie reichen noch tief ins bayrische und badische Land hinein. Und so können wir die Ergebnisse unserer Forschung feststellen: die Kolonie Neu-Sulzfeld (Nowosolna) ist zwar keine reine, ausschließlich schwäbische Siedlung, wohl aber stark überwiegend und **im weiteren** Sinne des Wortes genommen, **doch eine Schwabenkolonie**."

...zurück...

2 In einem der vom Feuer verschont gebliebenen Häuser des Dorfes fand sich unter anderen vergilbten Papieren eine Erbverschreibung, die hier vollinhaltlich wiedergegeben sei.

I. Erbverschreibung für den Kolonisten Martin Kiehler.

Seine Königs Majestät von Preußen Unser allergnädigster Herr genehmigt und bestätigt hierdurch die angeheftete Erbverschreibung vom 15. Juny a. c. für den Kolonisten **Martin Kiehler** aus Domfessel, Departements Niederrhein, französischen Gebiets, über die ihm zugeteilte dreißig Magdeburger Morgen, oder Ein Hufer Stelle, sub. Ml. IX. auf der Kolonie Koenigsbach, Domainen Amts Pabianice, in allen ihren Punkten und Klauseln.
Signatum Kalisch den 15. July 1803.

Königl. Südp. Krieges und Domänen-Kammer.
(Unterschriften).

Confirmation
der Erbverschreibung, für den Kolonisten zweiter Klasse Martin Kiehler aus Domfessel, Departements Niederrhein, französischen Gebiets gebürtig, über die ihm zugeteilte 30 Morgen oder Ein Hufer Stelle sub Ml. IX auf der Kolonie Koenigsbach Domainen Amts Pabianice.

(Unterschrift.)

Zweiter Classe.

Nachdem von höchster Behörde dem Colonisten Martin **Kiehler** aus Domfessel Departements Niederrhein französischen Gebiets gebürtig zu seinem Etablissement

Dreißig Magdeburg. Morgen oder Einer Hufe Magdeburgisch Landes in der zum hiesigen Königl.-Domainen Amte gehörigen und Wyskitnoer Forst-Revier belegenen Colonie Koenigsbach zur Cultur und Benutzung bewilliget worden; so wird demselben darüber nachstehende Erbverschreibung ertheilt:

§ 1. Es erhält der Colonist Martin Kiehler obige Grundstücke, und zwar sub. Nro. IX des hierüber aufgenommenen Vermessungs-Plans, für sich, seine Erben und Nachkommen auf ewige Zeiten, zu Erbzins-Rechten, dergestalt und also, daß er über dieses sein Etablissement nach seinem Gefallen, jedoch mit Vorwissen und Bewilligung der Königl. Krieges- und Domainen Cammer disponiren, und solches also verschenken, verkaufen, vertauschen, oder anderweit veräußern kann, jedoch mit den Einschränkungen: daß der Besitzer innerhalb der ersten 10 Jahre das Grundstück nur an einen Ausländer verkaufen kann und die Anlegung des Kauf-Pretii im Lande nachweisen muß, daß nach Ablauf der ersten 10 Jahre demselben der Verkauf seines Etablissements an einen Einländer nur in dem Fall gestattet werden soll, wenn entweder nur dadurch der Verfall der Stelle zu verhüten steht, oder der Verkäufer die Wiederanlegung des Kaufgeldes im Einlande nachweiset, ferner: daß das Grundstück nicht eher mit Schulden belastet werden darf, bis die demselben etwa gemachten Vorschüsse sämtlich getilgt sind, wozu jedoch selbst dann, wenn die Vorschüsse zurück gezahlt sind, in jenem speziellen Falle zuförderst die Genehmigung der Königl. Cammer nachgesucht werden muß; wobei übrigens auf dem Fall der Veräußerung der Königl. Cammer das Verkaufs-Recht binnen 2 Monaten, nachdem derselben die Veräußerung angezeigt worden, reserviert bleibt, und von dem neuen Annehmer beym Verkauf, Tausch, Schenkung, Vermächtniß und Erbgangsrecht an andere Erben, als Descendenten, die Hälfte des Canons als Laudemium entrichtet werden muß.

§ 2. Werden ihm gedachte Grundstücke ohne alles Ankaufs-Geld überlassen, auch demselben das zum Betriebe seiner Wirtschaft erforderliche Gebäude, als

Ein Wohnhaus,
Ein Stallungs-Gebäude
und Eine Scheune
für Königl. Rechnung gratis erbaut, so wie auch

§ 3. demselben durch Sechs Jahre die Befreiung von Canon, Rauchfangs-Gelde und Vorspannleistung als von Trinit. 1803 bis 1809 zugesichert werden.

§ 4. Derselbe hat zum Vieh-Besatz Saatgetreide und Wirtschaftsgeräten eine Summe von 161 rt. 16 ggr. schreibe Ein Hundert Ein und Sechzig Reichsthaler Sechzehn gute Groschen erhalten.

Auch erhält derselbe, da seine Grundstücke auch mit Holz bestanden und er solche selbst roden und urbar machen muß nach Maßgabe des Vermessungs-Registers pro Morgen im mittleren Boden 10 Rt: und in starken Boden pro Morgen 15 Rt.: überhaupt die Summe von 350 Rt.: Rodegelder, die ihm so wie bereits geschehen successive nach den Fortschritten der Rodung ausgezahlt wird.

§ 5. Wird demselben Raff- und Lese-Holz gegen die gewöhnlichen Heidenmiethe, so lange als es die Forsten verstatten, und selbiges ohne Nachtheil der alten Holz-Berechtigten geschehen kann, bewilliget: dagegen hat er auf Weide-Freiheit außerhalb seines Etablissements keine Ansprüche zu machen; nicht minder wird demselben

§ 6. die Enrollements-Freiheit für sich und seine von ihm ins Land gebrachten Söhne Namens
Nicolaus ....11 Jahr alt
Peter .... 6 Jahr alt und
Jacob .... 2 Jahr alt zugesichert.

§ 7. Bleibt derselbe mit seiner Familie von der Landesüblichen Erbunterthänigkeit befreit.

§ 8. Wird zwar demselben, wie ab 2 bemerkt worden, die zu seinem Etablissement erforderlichen Wohn- und Wirtschafts-Gebäude für Königl. Rechnung erbaut, jedoch muß er für die Zukunft sowohl alle und jede bei künftig vorkommenden Neu- und Reparatur-Bauten erforderlichen Bau-Materialien ohne alle Concurrenz des Dominii aus eigenen Mitteln anschaffen, als auch überhaupt sämtliche Bau- und

Unterhaltungs-Kosten übernehmen.

§ 9. Derselbe ist verpflichtet, nach Ablauf der Freijahre, nemlich von Trinit. 1809 an, den vollen Erbzins, welcher von 20 Morgen mittlern Boden à 10 ggr. und von 10 Morgen starken Boden à 12 ggr. überhaupt alljährlich auf 13 Rt. 8 ggr. schreibe Dreyzehn Reichsthaler Acht gute Groschen festgesetzt worden, zur Domainen-Amts-Casse in königl. Preuß. Courant abzuführen; wobei jedoch dessen verhältnismäßige Erhöhung bei Erhöhung der Cammer-Taxe vom Roggen ausdrücklich vorbehalten bleibt, welcher Erb-Acquirent sich unterwirft.

§ 10. Ist derselbe gehalten, nach Ablauf der Freijahre alle öffentlichen Abgaben und Lasten, als Rauchfangs-Gelder, Fourage-Lieferung, Vorspannleistung, oder wie sie sonst Namen haben, und jetzt oder zukünftig festgesetzt werden mögen, zu leisten und zu entrichten, auch

§ 11. seine Gebäude dereinst auf seine Kosten in die Feuer-Societät versichern zu lassen, auch wenn sie durch Zufall beschädigt oder zu Grunde gerichtet werden, auf seine Kosten wieder herzustellen, und überhaupt alle und jede Unglücks-Fälle, auch die in der Substanz zu übernehmen, und kann in keinem Falle Heruntersetzung oder Ersatz des Zinses verlangen, auch im Falle die Gebäude durch Brandt eingeäschert werden, solchen gegen Empfang der Feuer-Societät-Hälfte zu retablieren und insofern diese nicht zureicht das übrige ex propriis zuzulassen ohne irgend eine Unterstützung vom Dominii an Bauholtz, anderen Materialien oder an baarem Gelde zu fördern.

§ 12. Sobald derselbe einer schlechten und liederlichen Wirtschaft überführt wird; so soll er exmittiert, und die Stelle auf seine Gefahr und Kosten feil gestellt werden.

§ 13. Derselbe ist verpflichtet, seine Getränke aus einer der Amts-Provinations-Statten zu nehmen, und zwar vom Vorwerke Kottlin oder wohin er sonst durch das hiesige Domainen-Amt gewiesen wird.

§ 14. Bleibt derselbe samt seiner Familie und seinen Hausgenossen der Jurisdiktion des hiesigen Domainen- und Justiz-Amts unterworfen.

§ 15. Derselbe ist nicht nur verpflichtet, denjenigen, der von der höhern Behörde zum Schulzen ernannt, und in dieser Qualität der Colonie-Gemeinde vom hiesigen Amte vorgestelt wird, als solchen anzunehmen und anzuerkennen, auch ihm den schuldigen Gehorsam zu leisten, sondern er muß es sich auch gefallen lassen, wenn er selbst zum Schulzen erwählt werden sollte, solches zu übernehmen, und die damit verbundenen Obliegenheiten zu erfüllen.

§ 16. In den Kirchen- und Schul-Abgaben ist derselbe verpflichtet nach Maßgabe des Allgemeinen Landrechts beizutragen. Derselbe macht sich auch verbindlich, den zu treffenden Anordnungen in Absicht der zu entrichtenden Beiträge an barem Gelde oder Naturalien zur Unterhaltung eines Schullehrers sich unterwerfen, auch

§ 17. der Societät zur gegenseitigen Hilfsleistung der Untertanen im Amte nicht nur bei Unglücksfällen, sondern auch bei Neubauten, und bei großen, den Neubauten gleich zu achtenden Reparaturen, beizutreten, wo sich die Untertanen mit Hand- und Spann-Diensten, und mit Dachdeck-Stroh wechselseitig unterstützen müssen.

§ 18. Ist derselbe gehalten, die Eintragung dieses Grundstücks nebst den vorzüglichen Bedingungen dieser Erbverschreibung, und des Canons, als eines *oneris perpetui*, in das Hypothekenbuch beim hiesigen Justiz-Amte binnen 3 Monaten auf seine Kosten zu bewürken, und den Hypothekenschein bei der Königl. Cammer einzureichen.

§ 19. Sobald der jedesmalige Besitzer mit der Abführung des Kanons zwei Jahre im Rückstande bleibt, so fällt das Nutzungsrecht dieses Grundstücks ohne weiteres dem Fisco anheim, ohne daß die darauf verwandten Meliorationes vergütigt werden dürfen.

Gegeben **Pabianice** den 15. Juny 1804.

Königl. Südpreuß. Domainen-Amt
(Unterschrift).

Erbschreibung
für den Colonisten Martin Kiehler
zu Koenigsbach, Amts Pabianice
über Eine Hufe Magdeb. Landes

unterzeichnet
Martin Kiehler.

Daß die Contrahenten vorstehende Erbverschreibung nach vorgängiger Erklärung, daß ihnen der Inhalt bekannt sein, eigenhändig unterschrieben haben, dieselben auch dispositionsfähig sind, solches wird hiermit acceptirt.

Vollmacht
Der Amtmann.

Die Ansiedler waren verpflichtet, Leumundszeugnisse von bürgerlichen und kirchlichen Ämtern ihrer Heimat mitzubringen. Bei den Nachkommen des in der Erbverschreibung erwähnten Martin Kiehler fanden sich Atteste des Bürgermeisters und des Pfarrers seines Heimatortes.
Das Zeugnis des Bürgermeisters lautet:

Departement
vom
Niederrhein.

Domfessel, 29, Mertz 1803.

Gegenwärtigem Bürger, Nahmens Martin Kiehler, bis dahin Einwohner hiesiger Gemeinde und im Begriff ist von hier aus zu ziehen, und sich anderwärts Niederzulassen, als nehmlich mit seinem Weib und 5 Kindern, wird ihm also in Wahrheit Attestiert, daß er sich jederzeit gegen seine Obern Gehorsam, nach den Gesetzen und Willig in den Abgaben und gegen Jedermann dienstfertig und friedsam erzeigt hat, und von Kindheit an zu dem Ackerbau angewiesen worden, dessen er durchaus Kundig ist, wie auch zum Klee und Garten Bau und überhaupt zu aller Landarbeit fleißig und aufgelegt ist. Weil er aber eine sehr starke Familie hat und das Land in hiesiger Gegend sehr Theuer ist, er aber wenig Eigenthum besitzt, also genötigt ist, Kraft seines, als rechtschaffenen Vater fühlenden Wunsches, seine Kinder Glücklich zu sehen, sich auf eine Gegend zu begeben, wo seine Arbeit besser als hier belohnt wird.

Obiges wird hiermit der Wahrheit Gemäß attestirt und Unterschrieben.

Thiebold Meir.

In einem umfangreichen Schriftstück des Pfarramtes wird die Unbescholtenheit desselben Martin Kiehler (dessen Familienname hier Köhler genannt wird) bestätigt und Auszüge aus den Kirchenakten gegeben. In der Einleitung heißt es:

Zeugnisse,

die ehrliche Herkunft, die unbescholtene Aufführung, den christlichen Ehestand, Geburt und Taufe der fünf Kinder des Martin Köhler betreffend.

Martin Köhler, bürgerlicher Einwohner zu Domfessel, Pfarrei Lorenzen, ehemals zur fürstlich-Nassauischen Grafschaft Saarwerden, nunmehr zum Canton Saarunion - (ehemals Saarboxenheim) bezirk von Zabern, Niederrheinischen Departements der französischen Republik gehörig, ist gebürtig von Maxweiler, Pfarrei Berg, in der ehemaligen Grafschaft Saarwerden, bekennet sich mit seiner Familie zu unserer Evangelisch-Lutherischen Kirche, und wird aus der Lutherischen Pfarrei Berg Zeugnisse, seine Person betreffend, in Händen haben. (Es folgen Auszüge aus dem Kirchenregister) ....

Daß obige Auszüge aus dem Kirchenbuch der Pfarrei Lorenzen und Domfessel, demselbigen gleichlautend seyn wird nicht allein bezeuget, sondern es wird auch dem Bürger Martin Köhler und seiner Ehefrau, der Eva Elisabetha, einer geborenen Lenge, der Wahrheit gemäß das Zeugnis gegeben daß dieselben einen von allen großen Lastern befreiten, unanstößigen, ehrbaren und christlichen Lebenswandel geführet, sich ordentlich zu unserm öffentlichen Gottesdienst gehalten und das heilige Abendmahl von Zeit zu Zeit empfangen, friedlich in der Ehe und mit ihren Mitchristen stets nachbarlich und freundlich gelebt haben. Indem nun diese christliche, ehrbare, redliche, treue und fleißige Familie

unsere Gemeinde verläßt, so entlasse ich sie mit den herzlichsten Segenswünschen. Der Allmächtige sey ihr Schutz auf ihrer vorhabenden Reisse, und die gute Vorsehung bringe sie glücklich an einen Ort hin, wo ihre Wohlfahrt an Leib und Seele gedeihen kann. Ich empfehle diese... (Lücke)... mit denen sie in Verbindung kommen mag, zur brüderlichen Aufnahme und liebreichen Unterstützung, im Falle sie es benötigt seyn möchte; besonders aber empfehle ich sie der treuen Aufsicht ihres künftigen Seelsorgers.

Gegeben zu Lorenzen, Canton Saar-Union, Arrondissement Zabern.
Departement von Niederrhein. Den 19. März 1803. - 28. Ventose XI.

Ludwig Philipp Hildebrand,
Evangelisch-Lutherischer Pfarrer zu Lorenzen und Domfessel.

...zurück...

3 Adolf Eichler in einer Reiseschilderung, *Deutsche Post*, Nr. 41, 1916. ...zurück...

4 Zitiert nach Georg **Cleinow**: *Die Zukunft Polens*. I. Band, Seite 135. Leipzig 1908. ...zurück...

Die deutschen Industrieschöpfungen

Die leitenden Männer im "neuen Polen" nach dem Wiener Kongreß für Industriegründungen

Auf Betreiben der am Wiener Kongreß teilnehmenden polnischen Diplomaten wurde für das geteilte Polen wenigstens ein zollpolitischer Zusammenhang hergestellt und zwischen Polen und Rußland eine Zollgrenze errichtet. Polens leitende Männer, denen Alexander I. viel Freiheit in Entschlüssen und Ausführungen gewährte, bemühten sich, dort wieder zu beginnen, wo ihre Vorgänger in den 90er Jahren des 18. Jahrhunderts aufgehört hatten. Im Gegensatz zu der preußischen Verwaltung legten sie das Schwergewicht **auf die Errichtung von Industriestädten**. Es ist nicht ohne Reiz, dem emsigen und vielverzweigten Schaffen des damaligen Kanzlers Drucki-Lubecki und seiner Gehilfen nachzugehen. Er hatte sich in den Gedanken, Polen zum Industriestaat zu machen, so verstrickt, daß er bereit war, einen Teil von Polens Selbständigkeit preiszugeben und in Petersburg die Aufhebung der Zollgrenze zwischen Polen und Rußland zu beantragen, um der von ihm gepflegten Industrie den Wettbewerb gegen die Moskauer Erzeugnisse leichter zu machen. Verständige Förderung fand die Aufgabe der Warschauer Männer durch Alexander I., der ihre Leitsätze billigte und sich damit einverstanden erklärte, daß den Einwanderern weitgehende Vergünstigungen gewährt wurden. Technische Kräfte, und wenn möglich auch fremdes Kapital, sollten herangezogen, für die Anlagen von Fabriken weitgehendste Kredite gewährt, das Straßenwesen verbessert und die Zollverhältnisse erleichtert werden. Neben den Bemühungen der Regierungskreise um Heranziehung deutscher Tuchmacher ging die Gründungstätigkeit verschiedener Großgrundbesitzer und Städteverwaltungen, die Tuchmacherstädte anlegten oder die Industrieeinwanderer in schon bestehende Städte ansiedelten.

Ozorkow, die erste deutsche Tuchmacherstadt

Als erste deutsche Stadtansiedlung des 19. Jahrhunderts kann **Ozorkow** gelten. Die Bürger der kleinen deutschen Städte im Großherzogtum Polen erlitten bei den vielen französischen Truppendurchmärschen manche Unbill und verarmten ganz. Den ohne Erwerbsmöglichkeiten gebliebenen Handwerkern kam deshalb der Ruf aus Polen sehr erwünscht. Starzenski, der polnische Grundherr, tat alles, um den zuerst gewonnenen deutschen Handwerkern das Fortkommen zu erleichtern. Auf sein Betreiben wurde die Ansiedlung schon 1816 zur Stadt erhoben. In den nächsten Jahren war sie Durchgangsort für die aus Posen und Schlesien gekommenen Tuchmacher und Baumwollweber. Zgierz, Konstantinow und zuletzt auch Lodz sind die Ziele der Nachgekommenen. Ozorkow aber kann in gewissem Sinne als Mutterkolonie der Tuchmacheransiedlungen des Lodzer Industriebezirks gelten.

Den glänzendsten Aufschwung erlebte Ozorkow in den nächsten Jahrzehnten. Der aus Aachen eingewanderte Heinrich Schlösser legt eine Baumwollspinnerei und Weberei an, die sich rasch erweitert. Karl Scheibler wird nach Schlössers Tode der technische Leiter des großgewordenen Unternehmens. Scheiblers erfolgreiches Wirken lenkt die Aufmerksamkeit des Lodzer Stadtpräsidenten Träger auf den fähigen Mann. Er veranlaßt ihn, sich in Lodz selbständig zu machen. Ozorkow darf als Ursprungsstätte der weltbedeutenden deutschen Baumwollindustrie in Polen angesprochen werden. - Ein anderer deutscher Fabrikant, Christian Wilhelm Werner, legt noch vor der Schlösserschen Gründung eine Schönfärberei in Ozorkow an. Auch sein Unternehmen dehnt sich in kurzer Zeit aus; seine Erzeugnisse werden zu gesuchten Artikeln. Alte Ozorkower erzählen noch von dem Leben und Treiben in den bahnlosen Zeiten, als lange Wagenzüge der russischen "Tjelegen" nach Ozorkow kamen und wochenlang auf Ausfertigung der Waren warten mußten. Das Geschäft bewegte sich damals in sicheren Bahnen; geliefert wurden die Waren nur gegen vorherige oder sofortige Barzahlung.

Später haben die Lodzer geschäftseifrigeren Fabrikanten Ozorkow überholt. Schlössers Erben haben die Leitung des Geschäfts anderen Händen anvertraut und Werners Nachkommen gaben die Warenerzeugung ganz auf. Die Abkömmlinge der tonangebenden deutschen Familien sind ins Polentum hinübergeglitten. Stark war auch der Zuzug jüdischer Gewerbetreibender, die mit den von ihnen anhängigen Glaubensgenossen die Hälfte der Einwohnerschaft ausmachen. Der deutsche Einfluß ist sehr zurückgedrängt worden.

Weitere Privatgründungen: Zgierz, Pabianice, Alexandrow, Konstantinow, Tomaschow, Zdunska-Wola, Gostynin, Zyrardow

In dem alten polnischen Städtchen **Zgierz** ist die Tuchindustrie fast gleichzeitig mit der Niederlassung der ersten Tuchmacher im benachbarten Ozorkow heimisch geworden. Um 1821 war die deutsche Einwohnerschaft schon so stark, daß eine evangelische Gemeinde gegründet werden konnte. Die Zgierzer Tuchindustrie gewann bald an Bedeutung; ihre Erzeugnisse waren sehr gesucht im russischen Reiche. Einzelne Betriebe ruhen noch heute in den Händen von Nachkommen der ersten deutschen Industriepioniere. Andere sind in ihrem Umfang zurückgegangen. Daneben ist eine starke jüdische Industrie entstanden, die der deutschen den ersten Platz mit Erfolg streitig macht.

Auch **Pabianice** ist eine ältere polnische Stadt, die erst zur Zeit der preußischen Verwaltung zu Ansehen kam. In den großen Wäldern um Pabianice wurden eine Anzahl deutscher Kolonien angelegt. Um 1803 wurde die Zahl der Evangelischen in Pabianice und Umgegend auf über 1000 geschätzt und die Gründung einer selbständigen Gemeinde in Aussicht genommen. In den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts ließen sich deutsche Fabrikunternehmer nieder. Unter ihnen war der aus Reichenau stammende Gottlieb Krusche. Über Turek, wo es ihm nicht gefiel, war er nach Pabianice gekommen. Sein Sinn stand nach Lodz, dem gelobten Lande. Aber der Oberkommissar für Industrieangelegenheiten in Warschau hatte ihm den Vorschlag gemacht, sich in Pabianice niederzulassen. In einem Briefe aus dem Jahre 1826 spricht er sich über die Anfänge seines Unternehmens und die ihm zugestandenen Begünstigungen wie folgt aus:

> "Da nun die Gantze Lage der Natur nebst guten Wasser noch weit besser ist, wie in Lodz, so schloß ich mit dem Herrn Comisarius nach einem 14dägigen Aufenthalt in Warschau einen Contrakt ab, von welchen ich das Wichtigste anführen will, als nämlich 1) Habe ich erhalten einen platz, 100 Schritte breit, und 450 Schritte Lang mit gutem Grund, auf welchen ich zwei Häuser bauen will, nebst 300 Stämme Holtz aus dem Walde ohne Entgelt, die Ziegeln werde ich mir auf dem Bauplatz vermutlich selbst brennen, weil ich einen schönen Leimen Grund habe. 2) Habe ich erhalten 3 Große Gärten, welche 15 Scheffel Land betragen. 3) Bekomme ich zu einen Hausse 500 Gulden Vorschuß auf 2 Jahre ohne Interesse, und wenn ich es nötig habe so kann ich es in 10 Terminen wieder zurück zahlen, also jedes Jahr 50 Gulden. 4) Ist mir auf jeden Stuhl, welche ich binnen 2 Jahre aufstellen kan, 3 Centner Wolle

gegen 2/5 Zoll versprochen, frey herein zu bringen, in welchen ich vorjetzt 9 Stühle in und auswärts stehen habe. 5) Übrigens ist mir zugesichert worden, 15 Centner von meiner verfertigten Ware gegen 2/5 Zoll herein zu holen. - Und wenn dieses alles zu stande kommen kan, so werde ich diesen Sommer mir mit Gottes Hülfe ein Hauß erbauen, welches in die Länge 34 Ellen, und breit 18 Ell. nebst einen Erker von 12 El. ins Gevierte werden solln, u. wenn mir mit Gottes Hülfe dieser letzte Satz glücklich von statten geht, so kan mich mein Bau keinen polnischen Groschen kosten, welches aber nicht einen jeden theil werden kan, es hat mich auch großen Kampf, schwere Reisen und schöne Rubeln gekostet. Nun, lieber Schade, beurtheile unpartheiisch, welche Lage vor mich die beste ist, die in Reichenau oder die in Pabianice, in Reichenau mußte ich mit meiner Familie den gänzlichen Untergange entgegen sehen, hier ist vor mich, u. die ich bey mir habe, wenn sie es nicht Mißbrauchen wollen, - auch der, der noch zu Hause ist, wenn er es annehmen will - so weit gesorgt, daß sie alle gut leben können, wenn sie auch das ihrege tun, aber der Herr, der Alles zu lenken weis, hat mir ihn helfen besiegen, dort war ich im gäntzlichen Drucke und Verachtung, hier bey der gantzen Stadt, wie auch bei der Kalischen Regierung in Guter Aufnahme, eines Schmertzt mich zwar, daß ich mich in Reichenau noch von so vielen Lieblosen Splitter-Richtern muß beurteilen lassen, so viel Neid und Mißgunst, als ich dort hatte, desto mehr eröffnet sich hier mit jeder Woche neuer Anwachs in meinen Fabricate, ich habe um weiter nichts mehr zu bitten: als das mit Gott Leben und Gesundheit schenken wolle, den was mir jetzt zu teil geworden ist, davor kann ich Gott nicht genug danken, in Reichenau mußte ich mich lassen von vielen untergraben, hier werde ich von vielen geschätzt. - Was nun Uebriges die Sache Pohlen betrifft, so darf keiner, wenn er Rechtlich zu Werke geht, verderben, wie woh das Vieler ihr theil seyn wird, sie sind aber selbst Schuldner, wer sich hier ins Fabrikat schicken lernt, und es gut betreibt, der hat keinen schlechten Verdienst. Es fehlt nur jetzt noch an guten und fleissigen Arbeitern, um welche ich in diesem Schreiben bitten wollte, das solche, welche Wünschen, ein Besseres Vorwärtskommen zu erlangen, sich nach Pohlen begeben möchten, aber solche, welche denken, Sie dürfen nur den Sack aufhalten, das es ihnen Brod und Geld vom Himmel hinein Regnen sollte, der bleibe lieber wo er ist."

Das von Gottlieb Krusche so bescheiden begonnene Werk hat sich im Laufe der Zeit zu einem der bekanntesten Riesenunternehmen erweitert, das vor dem Kriege 5000 Arbeiter beschäftigte. Auch andere größere Fabriken in Pabianice, so die von Rudolf Kindler, Robert Saenger und die große chemische Fabrik verdanken ihre Entwicklung zu weltbekannten Firmen dem deutschen Fleiß ihrer Gründer.

Rafael v. Bratuszewski, der Besitzer größerer bei Lodz gelegener Güter, hatte um die Jahrhundertwende durch deutsche Ansiedler in seinen weiten Wäldern "Räumungen" schaffen lassen, so daß blühende Dörfer entstanden. Dem Zuge der Zeit folgend, lud er deutsche Weber ein, sich in dem von ihm gegründeten Ort **Alexandrow** niederzulassen. Er förderte sie im Sinne der Industriepolitik der Regierung und verhalf ihnen zu Barvorschüssen. Auf seinen Antrag erhielt Alexandrow 1823 Stadtrechte. Die Industrieniederlassung ist bis zuletzt Weberstädtchen geblieben. In den Jahren vor dem Kriege führten einige deutsche Unternehmer die Strumpffabrikation ein. Alexandrow ging gleich zu Beginn der Novemberoffensive 1914 in den Besitz der deutschen Truppen über. Von der im Nachbarstädtchen Konstantinow befindlichen russischen Artillerie wurde es während der dreiwöchigen Kämpfe unter Feuer genommen.

Der Grundherr von Konstantinow, Nikolaus v. Okolowicz, bewog 1816 eine Anzahl der in Ozorkow ansässig gewordenen deutschen Tuchmacher nach der neuen Ansiedlung **Konstantinow** zu kommen. In den nächsten Jahren folgten ihnen Tuchmacher aus Schlesien. Mit ihnen kam Gottfried Wende, der während seines langen Lebens zu größerer Bedeutung für das Konstantinower Deutschtum gelangte. Später wanderten zahlreiche Baumwollweber aus Deutschböhmen ein. Durch

die neue Einwanderung verlor die Tuchmacherei an Boden, so daß die 1818 gegründete Tuchmacherinnung eingehen mußte. Die einheimischen Weber arbeiteten für Lodzer Fabrikbesitzer; die große Zeit der Lodzer Industrie ging fast spurlos an Konstantinow vorüber. Erst in den letzten Jahrzehnten sind einige größere Betriebe von auswärtigen Unternehmern eingerichtet worden. Während der Kampftage im November 1914 ist das von den Russen verteidigte Konstantinow stark beschossen worden, so daß seine Straßen zu Trümmerhaufen wurden.

Auch Graf Anton Ostrowski, der Besitzer des Städtchens Ujasd und der in der Nachbarschaft gelegenen Güter, gedachte eine Tuchmacherstadt zu gründen. Er reiste nach dem schlesischen Tuchmacherort Grünberg, aus dem bereits viele Familien nach Polen ausgewandert waren, und betraute einen Einheimischen, den Unternehmer Mannigel, mit der Ausführung der Übersiedlung. So entstand 1821 das deutsche **Tomaschow**, das zur Zeit seiner Gründung aus dem gräflichen Wohnhaus, einem Hochofen, und mehreren Häusern bestand. Im Gegensatz zu Lodz ist Tomaschow bis zuletzt Tuchmacherstadt geblieben. Freilich haben die fleißigen und allzu vertrauensseligen deutschen Tuchmacher wiederholt große Verluste infolge der Unredlichkeit ihrer Großabnehmer in Rußland erlitten. Aber nicht nur die geschäftlichen Verluste, auch die "deutsche Gemütlichkeit" hat bei der Entwicklung der deutschen Betriebe zur Großindustrie hemmend gewirkt. Jüdische Fabrikbesitzer brachten es in kurzer Zeit von kleinen Anfängen zu großen Tuchfabriken. Günstige Wasserverhältnisse ermöglichten in und bei Tomaschow die Anlage von großen Appretur- und Färbereibetrieben für die in Lodz und Umgegend hergestellten Waren. Dieser Industriezweig war vor dem Kriege noch in deutscher Hand. Zur Zeit des langen Stellungskrieges lief die deutsch-österreichische Front an der unweit gelegenen Pilica entlang. Tomaschow und seine deutschen Einwohner haben Schweres durchmachen müssen.

Auch **Zdunska Wola** verdankt sein Entstehen der Absicht eines polnischen Grundherrn, auf seinem Besitztum eine deutsche Industriestadt zu gründen. Graf Zlotnicki und der von ihm berufene deutsche Ingenieur Bergemann legten die Stadt an. Eigenhändig umzog der Besitzer mit dem Pfluge die Linien der künftigen Stadt. In den Jahren 1817 und 1818 strömten deutsche Weber aus Posen, Schlesien und Böhmen in die deutsche Siedlung. Nicht als selbständige Erzeuger, sondern nur als Lohnweber für Lodzer deutsche und jüdische Unternehmer betätigten sich Jahrzehnte hindurch die Zdunska Wolaer Deutschen. Erst in späteren Jahren rafften sich einige von ihnen - vor allem Karl Strauß - zu selbständigem Handeln auf und gründeten eigene Fabriken. Einen Glanzpunkt in der Geschichte der Stadt bietet der Besuch des Kaisers Alexander I. im Jahre 1825. Graf Zlotnicki empfing ihn in einem Prunkzelte. Der Kaiser ließ sich die Erzeugnisse der einheimischen Weber zeigen und unterhielt sich leutselig mit ihnen. Vom Gesehenen und Gehörten war er so befriedigt, daß er der jungen Ansiedlung 10 000 Rubel für gemeinnützige Zwecke schenkte und von sich aus alle den deutschen Einwanderern gewährten Vergünstigungen, darunter auch die Gründung einer Schützengilde, bestätigte. Während des wiederholten Frontwechsels der kämpfenden Parteien zu Beginn des Krieges ist Zdunska Wola weniger in Mitleidenschaft gezogen worden. Erst am 21. November 1914, als die Russen zurückwichen, haben die Einwohner unter den Nachwirkungen der Straßenkämpfe stark zu leiden gehabt. - Die allzugroße wirtschaftliche Abhängigkeit der deutschen Weber von ihren meist jüdischen Arbeitgebern hat sich auch bei anderen Gelegenheiten hemmend erwiesen. - Ohne besonderen Zwang, nur aus Gleichgültigkeit für das von ihren Eltern Überkommene, haben sich zahlreiche alte Familien ganz oder halb polonisiert.

In allen Industriestädten des Lodzer Bezirks gab es einen Augenblick - den "psychologischen Moment" - wo ihre deutschen Schöpfer versagten, wo die deutschen Einwohner dem starken Anprall des nationalen Willens der anderssprachigen Miteinwohner nicht standhielten. Die Deutschen - im einzelnen so tüchtig und die anderen Stadtbewohner moralisch und intellektuell überragend - unterlagen in ihrer ungeschlossenen Gesamtheit dem fremden Wollen.

Außer im Lodzer Bezirk entstanden deutsche Tuchmacheransiedlungen noch in **Gostynin** an der

Weichsel und in anderen Städten und Ansiedlungen Polens. Sie sind dort aber nie so gut vorwärtsgekommen, wie die Industriestätten bei Lodz. Als die Handarbeit dem Maschinenbetrieb weichen mußte, ging die Tuchmacherei jener Ortschaften ganz ein. Die deutschen Tuchmacher suchten in Tomaschow und Bialystok Stellung in den Tuchfabriken.

Ähnlich erging es den deutschen Tuchmachern, die in **Kalisch** (bei Repphan) und im benachbarten **Opatowek** (bei Fiedler) beschäftigt waren. Als die alten Fabriken den mechanischen Betrieb einführten, wurden polnische Arbeiter angelernt, während die ausgebildeten und erfahrenen deutschen Tuchmacher nach innerrussischen Tuchmacheransiedlungen auswanderten.

Wollte man alle Industriestätten Polens verzeichnen, die von Deutschen angelegt wurden, so müßte man ein Adreßbuch der polnischen Industrie herausgeben. An der Warschau-Wiener Bahn entlang reiht sich eine Industrieansiedlung an die andere. Vor den Toren Warschaus befinden sich die, eine Stadt für sich bildenden Fabriken der Firma Hielle und Dittrich in **Zyrardow**, die nicht nur mit ihren Erzeugnissen, sondern auch mit ihren Wohlfahrtseinrichtungen vorbildlich wirkten. Am Endpunkt der Bahn auf polnischem Boden, in und um **Sosnowice**, sind die großen Zweigunternehmungen sächsischer Kammgarnspinnereien (Dietel, Schön) und Baumwollspinnereien (Birkner in Zawiercie und Schmelzer in Myschkow). Ihnen schließen sich die gigantischen Werke der Eisen- und Bergindustrie an. Es ist schwer, nur die wichtigsten der zwischen Warschau und Sosnowice und auch in anderen Teilen Polens gelegenen Fabriken zu nennen, deren Gründung, Leitung oder Erweiterung deutscher Tatfreudigkeit zu verdanken ist.

Während rings um **Lodz** eine deutsche Tuchmacheransiedlung nach der anderen entstand, blieb Lodz selbst, das alte, wahrscheinlich schon im 14. Jahrhundert gegründete Städtchen, ohne deutsche Einwanderer. Im Vergleich zu seinen Nachbarstädten Zgierz und Pabianice war es zurück und vom Geist der neuen Zeit verschont geblieben. Es war derart vernachlässigt, daß die preußische Verwaltung zu Petrikau im Jahre 1794 ernstlich den Gedanken erwog, es zum Wohle seiner Einwohner in ein Dorf zurückzuverwandeln. - Am 18. September 1820 kam ein Erlaß des Stadthalters Zajonczek heraus, der die Ansiedlung der ins Land gerufenen Handwerker regelte, die ihnen einzuräumenden Gerechtsame aufzählte und die Städte nannte, in die in Zukunft der Auswanderungsstrom zu leiten sei; unter ihnen befand sich auch Lodz. Auf höheren Befehl wurde schon im nächsten Jahr eine Stadtregulierung vorgenommen und die Neustadt - zunächst auf dem Papier - mit über 200 Bauplätzen und dem Neuen Ring eingerichtet.

Der "Zgierzer Vertrag"

Der eigentliche Aufschwung der neuen Fabrikstadt beginnt aber erst mit dem 30. März 1821. An diesem Tage wurde der **"Zgierzer Vertrag"** geschlossen. Regierungsbeamte vereinbarten mit den Vertretern der deutschen Tuchmacher die Niederlassungsbedingungen für Zgierz, Lodz, Dombie, Przedecz und Gostynin. Seitdem galt auch Lodz als günstiger Ansiedlungsort für deutsche Einwanderer. Rasch entwickelte es sich zum Mittelpunkt der deutschen Ansiedlung; nicht nur aus der alten Heimat, den Städten Posens, Schlesiens, Sachsens und Böhmens, sondern auch aus den schon früher besiedelten Nachbarstädten ließen sich Tuchmacher und andere deutsche Handwerker in Lodz nieder.

Lodz:
Die Anfänge
der Lodzer Industrie

Am Ende des Jahres 1823 bestanden schon eine Anzahl Webereien und auch eine Färberei. Im nächsten Jahr kamen zahlreiche sächsische und böhmische Baumwollweber, die die Weberkolonie und Spinnerkolonie anlegten. Die Warschauer Behörden nahmen regen Anteil am Wachstum der Stadt. Fürst Drucki Lubecki, der polnische Kanzler, wollte Polen zum Industriestaat machen. Er sandte den Vorsitzenden der neuen Industrieabteilung Tykel nach Preußen und Böhmen, um sich mit den dortigen Industrieverhältnissen bekanntzumachen und noch mehr Fabrikanten und Handwerker als Ansiedler zu gewinnen. Seinen Anregungen folgend, kamen einige kapitalkräftigere sächsische Fabrikanten nach Lodz. So u. a. aus Zittau Louis Geyer, der sich anfänglich in Konstantinow

Lodz: Umleitung in den Großbetrieb

ankaufen wollte, dann aber vorzog, nach Lodz zu kommen. Er legte eine größere Baumwollspinnerei an und wurde in der Folgezeit der erste Lodzer Fabrikant, der vom Hand- zum mechanischen Betrieb überging und durch den Bezug des ersten Dampfkessels aus England die Umwälzung der Lodzer Industrie zum Großbetrieb in die Wege leitete.

Um 1825 machten sich viele schlesische Tuchmacher auf den Weg nach Lodz. Die junge deutsche Industriestadt entwickelte sich dank dem starken Zuzug rasch und kräftig. Schon 1826 konnte die evangelische Trinitatiskirche an bevorzugter Stelle des neuangelegten Marktplatzes erbaut werden. Ihr gegenüber, an der anderen Seite der Mündung der Hauptstraße in den Marktplatz, erstand 1827 das Rathaus. Die Einwohnerzahl war in acht Jahren von 799 (1821) auf 4273 (1829) gewachsen.

Die Revolution von 1830 hatte der deutschen Stadt und ihrer Industrie keine nennenswerte Schädigung zugefügt. Bald hatte sich der Ruf der Lodzer Waren überallhin verbreitet; die fertigen Erzeugnisse fanden gutzahlende Abnehmer. Fabrikwesen und Handel blühten, so daß Lodz 1840 bereits eine Einwohnerzahl von 20 150 hatte. Damit rückte es in den Rang der zweitgrößten Stadt des Landes ein und wurde zur Gouvernementsstadt erhoben. Der schnelle Aufschwung der Lodzer Industrie war dem Schutzzollsystem der Regierung zu danken. Als nach 1840 das Schmuggelunwesen um sich griff und der Schleichhandel blühte, traten harte Rückschläge ein, so daß 1849 die Zahl der Einwohner auf 15 560 zurückgegangen war.

Heimische Sitten und Gebräuche wurden von den Lodzer Deutschen gepflegt. Auch das deutsche Innungswesen hatte einen starken Ableger nach Lodz verpflanzt. Die erste und auch heute noch bedeutende Innung war die der Webermeister, die 1825 von achtzig Meistern gegründet worden war. Am 15. Oktober 1825 zogen sie "mit musikalischem Schall und wehender Fahne" in die erste Herberge. Bereits 1839 hatte sie einen Bestand von 760 Meistern, 451 Gesellen und 250 Lehrlingen. Sie konnte damals ihr neues Meisterhaus beziehen. Der erste Pastor der Trinitatisgemeinde, Friedrich Metzner, widmete ihr aus diesem Anlaß einen "Weihegesang", in dem sich folgende Verse finden: "Denkt, Brüder, der Vergangenheit, gedenkt des Ew'gen Walten, Er hat in sturmbewegter Zeit die Treuen fest erhalten. Die Gegenwart macht offenbar: Er will die Seinen nimmerdar verlassen noch versäumen! - Gedenkt der Zeit, **wo Waldesnacht, wo Öde nur gegrauet, hier, wo der deutsche Fleiß jetzt wacht und seine Stätten bauet. Wohl Höh'res schafft das Heimatland, doch regt nur fort die fleiß'ge Hand, kühn könnt ihr bald ihm gleichen.** - Gemeingeist wohne in dem Haus, das feierlich wir weihen, nie zieh' des Friedens Engel aus, laßt sammeln uns, nie streuen! Kein Glaubenshaß, kein stolzer Wahn mög' auf der neubetret'nen Bahn die Bruderherzen trennen. - Die Kränze, die das Haus umwehn, o, laßt sie ernst Euch sagen: wir müssen bald wie sie vergehn, nach kurzen Prüfungstagen! Doch, darum mutig aufgeschaut: wer nicht fromm für die Nachwelt baut, fühlt keine Menschenwürde."

Andere Handwerke folgten erst später mit ähnlichen Gründungen. Die Innungen unterhielten freundschaftlichen Verkehr mit den Zünften in der alten Heimat. In den Archiven mancher von ihnen, deren Führung inzwischen in polnische Hände übergegangen ist, werden noch Bruderschaftsbriefe der Innungen preußischer Städte aufbewahrt.

Noch vor Gründung der Webmeisterinnung hatten sich zu Ostern 1824 eine Anzahl Handwerksmeister zu einem Bürgerschutzverein zusammengeschlossen, der am dritten Pfingsttage desselben Jahres "reihweise unter dem Klange zweier blasender Instrumente, den Gebrüdern Obst aus Grünberg gehörend", auszog. Theaterfreudige junge Leute fanden sich zu Liebhaberaufführungen zusammen. Das Lodzer Leben unterschied sich kaum von dem Treiben in deutschen Provinzstädten aus der Zeit vor 1848.

Dem deutschen Antlitz der Stadt trug auch die Regierung in Warschau Rechnung. Zur Führung der

städtischen Verwaltung sandte sie Beamte deutscher Abstammung, die in gutem Einvernehmen mit der Bevölkerung lebten. Einem von ihnen, dem Stadtpräsidenten Träger, gelang es 1853 den Rheinländer Karl **Scheibler** zur Ansiedlung in Lodz zu bewegen. Das Scheibler gemachte Angebot war so günstig, daß er nicht absagen konnte. Mit der Übersiedlung des nachmaligen "Baumwollkönigs" bricht abermals eine neue Zeit für Lodz an. Ihn zeichneten bedeutende Fähigkeiten und geschäftlicher Weitblick vor vielen anderen aus. Seine technischen Erfahrungen hatte er sich in England und Belgien erworben. Er war von Hause aus vermögend; als er sich in Lodz niederließ, verfügte er über 180 000 Rubel. Aus eigener Kraft konnte er die erste mechanische Weberei in Polen mit hundert Webstühlen und achtzehntausend Spindeln einrichten. Seine rastlose Arbeit brachte das Unternehmen rasch vorwärts; bei seinem Tode (1881) hatte es schon eine riesenhafte Ausdehnung. Vor dem gegenwärtigen Kriege wurden in den Scheiblerschen Fabriken über 7500 Arbeiter beschäftigt. Seinem Unternehmungsgeist hat die Stadt und die Lodzer Industrie manche Einrichtungen zu verdanken, die ihren Aufschwung zur heutigen Industriestadt erst ermöglichten. Seit seiner Ankunft in Lodz bis zu seinem Tode ist im Lodzer Industriebezirk nichts unternommen worden, das nicht auf Scheibler als Urheber oder Mitwirker zurückging.

Das Aufbäumen der deutschen Webmeister gegen die Mechanisierung der Arbeit, das zu Unruhen und Zerstörung der Scheiblerschen Weberei führte, konnte die Entwicklung der Industrie zum Dampfbetrieb nicht aufhalten. Das alte gemütliche Lodz starb allmählich dahin, das neue mit seinem "Zeit-ist-Geld"-Grundsatz trat in die Erscheinung. Der Erfolg der Scheiblerschen Unternehmungen ließ auch andere Unternehmer nicht ruhen. Tüchtigkeit und glückliche Zufälle brachten manchen Weber hoch und machten ihn zum Besitzer von Millionenvermögen. Die Industrie dehnte sich aus, so daß die einheimischen deutschen Arbeiter den Bedarf der Fabriken nicht mehr decken konnten. Mit dem Zuzug polnischer Bauern, die als Arbeiter Beschäftigung in den Fabriken fanden, sehen wir die Anfänge einer Polonisierung der Stadt.

Auch das Lodzer Schulwesen war deutsch. Bis 1861 waren in Lodz nur zwei Schulen; eine in der Altstadt, die 1819 noch vor der deutschen Einwanderung entstand, und eine zweite, die 1831 in dem Industrievorort Wolka gegründet wurde. Von der letzteren ist uns bekannt, daß sie deutsche Lehrkräfte hatte und von deutschen Kindern besucht wurde. Erst in den Jahren 1861 - 1866 entstanden drei neue evangelische und zwei katholische Schulen. Seitdem ging die Gründung neuer Volksschulen in kurzen Zwischenräumen vor sich. Dem Wachstum der Bevölkerung entsprach aber die Zahl der Schulen nie. - Die erste Lodzer Mittelschule wurde 1843 als vierklassige deutsch-russische Realschule gegründet; sie wurde 1851 in eine russisch-deutsche Kreisschule umgewandelt. Im Jahre 1866 machte sie einem siebenklassigen deutschen Realgymnasium Platz. Letzteres hatte die Aufgabe, Schüler für das Lodzer Polytechnikum vorzubereiten, dessen Gründung beabsichtigt war. Aufgabe des Polytechnikums sollte sein, die für den Betrieb der Fabriken nötigen höheren technischen Beamten heranzuziehen. Im Jahre 1868 besuchte der russische Unterrichtsminister Graf Tolstoi Lodz. Das deutsche Realgymnasium und der von dem Statthalter Graf v. Berg geförderte Plan, ein deutsches Polytechnikum in Lodz erstehen zu lassen, waren ihm allzu deutsche Unternehmungen. Er gab den Auftrag, die Umwandlung des deutschen Realgymnasiums in eine "höhere Gewerbeschule" mit russischer Unterrichtssprache vorzubereiten. Die reichen Kollektionen für den Unterricht in Physik, Mechanik und Naturwissenschaft, die bereits für das Polytechnikum eingetroffen waren, wurden dem neuen Forstinstitut in Nowo-Alexandria überwiesen. Damit wurden große Hoffnungen auf Schaffung eines einheimischen deutschen Technikerstandes zu Grabe getragen.

Einer Anregung des Militärchefs Baron v. Broemsen verdankt die erste deutsche Zeitung, die *Lodzer Zeitung*, ihr Dasein. Während der Dauer des Kriegszustandes (z. Z. der Revolution von 1863, unter der Lodz nicht sehr litt, obwohl in der Nähe Kämpfe stattgefunden haben), wollte er ein Blatt zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen in polnischer und deutscher Sprache haben. Deshalb machte er dem Lithographen Petersilge den Vorschlag, ein Wochenblatt

herauszugeben. Die *Lodzer Zeitung*, die zunächst als Amtsblatt gedacht war, erschien seit 1863; zuerst zweimal wöchentlich als Anzeigenblatt, später mit einer textlichen Erweiterung, seit 1865 dreimal wöchentlich und seit 1881 täglich und nur in deutscher Sprache. Wie schwach bis vor wenigen Jahrzehnten die polnische Intelligenz in Lodz vertreten war, erhellt der Umstand, daß eine polnische Zeitung erst 1881 durch den Verleger der deutschen *Lodzer Zeitung* ins Leben gerufen werden konnte.

Lodz: Wohlwollendes Verhältnis der russischen Regierung zu den Lodzer Deutschen

Im November 1865 konnte die Eröffnung der Lodzer Fabrikbahn, die die Stadt mit dem russischen Eisenbahnnetz verband, gefeiert werden. Scheibler hatte im Verein mit jüdischen Bankhäusern in Warschau eine Gesellschaft gegründet, die die Bahn baute. Von Lodz aus ging eine Bürgerdeputation nach Warschau, die den Statthalter zur Teilnahme an der Einweihung einlud. In der Kreisschule war eine Gewerbeausstellung eingerichtet, die erste in Lodz, die eine Übersicht über die Lodzer Erzeugnisse bot. Scheibler hielt eine deutsche Ansprache, in der er ausführte:

> "Gestatten Eure Exzellenz im Namen der Bewohner der Stadt Lodz für das uns so vielfach erwiesene Wohlwollen den innigsten Dank ergebenst auszusprechen. Lodz in seiner Eigenschaft als Fabrikstadt hat sich trotz vielfacher Krisen durch die von unserer hohen Regierung dem Handel und Industrie gewährte Protektion im Verlauf von vierzig Jahren aus einzelnen wenigen Häusern zu einer Stadt von 40 000 Einwohnern emporgeschwungen. Wie sich aber alles mit der Zeit anders gestaltet, so ging es auch mit uns. Der Holzreichtum der Gegend, auf welchem die Stadt und unsere Fabriken zum großen Teil gegründet wurden, ist erschöpft. Das uns so nötige Brennmaterial mußte in den letzten Jahren aus weiter Ferne zur Achse zu stets erhöhten Preisen herangeschafft werden und somit trat, um auch ferner der Konkurrenz des Auslandes begegnen zu können, das Bedürfnis einer Eisenbahn desto fühlbarer heran. Dieser Kalamität ist durch Eure Exzellenz hohe Verwendung in kürzester Zeit abgeholfen worden. Der Schienenstrang, dessen Vollendung wir heute feiern, wird uns nebst den übrigen Rohmaterialien und Lebensmitteln auch die so nötigen Kohlen billiger zuführen. Eine andere Eisenbahn, nicht weniger wichtig für das Gedeihen unseres Handels und der Industrie, nach dem Innern des Reichs und den uns fern gelegenen Absatzmärkten ist in der Ausführung begriffen. Telegraphenverbindungen sind in letzter Zeit nach allen Richtungen hergestellt worden. Der Eröffnung einer Polytechnischen Schule, einer Diskontobank und Einführung der Gasbeleuchtung sehen wir in nächster Zeit entgegen. Alle diese für das fernere Emporblühen der Stadt und der Umgegend so höchst wichtigen Faktoren verdanken wir zunächst Euer Exzellenz väterlichen Fürsprache bei Seiner Majestät unserem allergnädigsten Kaiser und König und sie sind, eingedenk der schwierigen Verhältnisse, unter welchen dieselben ins Leben gerufen wurden, mit um so größerem Dank von uns aufgenommen worden."

Graf v. Berg antwortete:

> "Die Stadt Lodz bildet eine interessante Erscheinung im polnischen Lande. Sie verdankt ihren Wohlstand der deutschen Industrie, dem **Unternehmungsgeist der Deutschen** und dem **deutschen Fleiße**. Nächst Warschau ist Lodz die volkreichste Stadt des Königreichs Polen. Sie zählt über 40 000 Einwohner, darunter **zwei Drittel Deutsche**. **Lodz ist die Metropole von über 100 000 deutscher industrieller Bewohner,** welche sich in zahlreichen Städten angesiedelt haben. Ich glaube diesen Bewohnern einen **guten Rat** zu geben, wenn ich sie **zur treuen Nachahmung der Tugenden ihrer Väter** und zum **beständigen Festhalten am deutschen Charakter aufmuntere**, der sie unterscheiden soll und der stets wohltätig auf ihre Lage rückwirken wird. Einer jeden Nationalität im Königreich Polen das zu geben, was ihr gehört, ist der Wille unseres allergnädigsten

> Monarchen. **In seiner väterlichen Sorgfalt um die deutschen Bewohner hat Seine Majestät uns anempfohlen, hier in Lodz deutsche Schulen mit deutschem Unterrichte zu eröffnen.** Erkennet meine Herren, die tiefe Bedeutung dieser weisen Bestimmung! Stärket eure industrielle Tätigkeit zum Besten des Staats, in welchem ihr eine zweite Heimat gefunden habt!"

Deutscher Tatkraft war es zu danken, daß sich im damaligen Lodz eine geschäftliche Gründung an die andere reihte. Im Jahre 1869 wurde die neue Gasanstalt in Betrieb gesetzt. Von außerordentlicher Bedeutung war die Gründung der "Lodzer Handelsbank", die 1872 ihre Tätigkeit aufnahm. Bis dahin waren die Lodzer Unternehmungen auf Warschauer und ausländische Bankverbindungen angewiesen gewesen. Die 1828 vom Fürsten Drucki Lubecki gegründete "Polnische Bank" bekam die Aufgabe, den neuen Industriezweigen in Polen durch Gewährung langfristiger Kredite Handreichung zu tun. Bis 1879, als sie diesen Zweig ihrer Tätigkeit einstellte, hatte sie langfristige Darlehen im Gesamtbetrage von 7 500 000 Rubel gegeben; auf die Textilindustrie entfielen aber nur 850 000 Rubel. Nutzen von der Kreditpolitik der russisch-polnischen Regierung und der Tätigkeit der "Polnischen Bank" hatten fast ausschließlich kapitalschwache Unternehmungen in der Provinz. Gegenüber den Bemühungen polnischer Schriftsteller, die Verdienste der Lodzer Deutschen um die Industrie in Polen zu schmälern und sie lediglich als Verwalter des Kapitals der früheren polnischen Regierung hinzustellen, wie es der deutschschreibende polnische Zivilingenieur L. K. Fiedler (u. a. in den Heften 34 und 36 der *Polnischen Blätter*, 1916) tut, muß darauf hingewiesen werden, daß die Lodzer Industrie nicht nur ihre Anfänge, sondern auch ihr Hinübergleiten in den Großbetrieb eigener Umsicht und Tüchtigkeit verdankt. Die Lodzer Abteilung der "Polnischen Bank" arbeitete in sehr bescheidenem Rahmen. Deshalb fand der Plan zweier Warschauer Bankiers, in Lodz ein großes Bankunternehmen zu gründen, die Billigung der einheimischen Großindustriellen. Die Gründer der "Lodzer Handelsbank", die mit einem Gründungskapital von 2 Mill. Rubel ins geschäftliche Leben trat, waren die Firmen Scheibler, Grohmann, Schlösser, Zachert, Hille und Dittrich u. a. Die späteren Umsätze der Bank überstiegen die kühnsten Erwartungen; im Jahre 1910 erzielte sie einen Umsatz von 2019 Mill. Rubel.

Dem Wohnhäuserbau in Lodz wurde 1873 durch Gründung einer Hypothekenbank, des "Lodzer Kredit-Vereins", ein frischer Impuls gegeben. Ihre Gründer waren dieselben unermüdlichen Pioniere: Scheibler, Grohmann, Peters u. a. Wesentliche Verdienste an der Gründung hatte der frühere Stadtpräsident Rosicki. Ihm wurde die Leitung des neuen Unternehmens überlassen. Durch ihn bekam die Einrichtung gleich am Anfang polnischen Charakter.

Auch die Freiwillige Feuerwehr wurde 1875 von Deutschen ins Leben gerufen. Allen Anfeindungen Warschauer Zeitungsschreiber zum Trotz, hat sie sich ihre deutsche Überlieferung bewahren können. Ebenso entsprang der "Christliche Wohltätigkeits-Verein" dem Willen der deutschen Bürgerschaft. Da es keine städtische Armenpflege gab, so hat sich die Fürsorgearbeit des Christlichen Wohltätigkeits-Vereins zu einem großen Netz von Anstalten und Unternehmungen erweitert.

Lodz: Kampf zwischen Moskau und Lodz

In den siebziger und achtziger Jahren entsprach das rasche Wachstum des "polnischen Manchester" und seiner Industrie amerikanischen Verhältnissen. Lodzer Warensorten wurden in ganz Rußland begehrt; sie traten in erfolgreichen Wettbewerb zu den Erzeugnissen des Moskauer Industriebezirks. Die Moskauer Fabrikanten waren beunruhigt; sie riefen den russischen Nationalismus zu Hilfe, der gegen die "fremdländische" Industrie im Grenzgebiet losziehen mußte. Da konnte auch die Regierung sich nicht mehr dem Drängen der Moskauer nach Maßnahmen gegen das "fremde Kapital" entziehen; sie veranlaßte Gelehrte und Kommissionen, Erhebungen über den Einfluß des "ausländischen Kapitals" auf die russische Industrie anzustellen. Ein Parteigänger der

Moskauer Fabrikanten, Scharapow, hielt 1885 in Moskau und im Industriebezirk von Iwanowo Wosnjessensk Vorträge über die Frage: "Warum Lodz und Sosnowice Moskau besiegen!" Er sprach von der "parasitischen" Natur der Lodzer Industrie und der Notwendigkeit, eine Zollgrenze zwischen Polen und Rußland zu schaffen, damit der russische Markt nicht mit den Lodzer Artikeln überschwemmt werde. Der Regierung wurden germanisatorische Absichten unterstellt, weil sie angeblich die deutsche Industrie in Polen zuungunsten der echtrussischen im Moskauer Bezirk begünstige. Rosa Luxemburg bezeichnete treffend Scharapows Tun mit den Worten: "Scharapow hat die ganze Kampagne des Moskauer Kattuns gegen den Lodzer Barchent zu einem historischen Zweikampf der slawischen Rasse mit der germanischen aufgebauscht."

Scharapows Agitation hatte die Wirkung, daß sich eine Abordnung der Moskauer Fabrikanten nach Petersburg begab und bei der Regierung wegen Wiedereinrichtung der Zollgrenze zwischen Polen und Rußland vorstellig wurde. In ganz Rußland interessierte man sich für den Fall und nahm für die Moskauer Partei. Unter dem Zwang der öffentlichen Meinung sah sich die Regierung genötigt, eine Kommission zur Ermittlung der Produktionsbedingungen der Lodzer Industrie nach Polen zu senden. In der Kommission wurden Vor- und Nachteile der örtlichen Bedingungen beider Industriemittelpunkte erörtert, mit dem Ergebnis, daß sie sich am Ende gegen die Schaffung einer Zollgrenze aussprach. Doch die Moskauer wollten den Kampf gegen Lodz noch nicht verlorengeben. Bei der Eröffnung der Messe in Nishni Nowgorod 1887 traten sie an den Finanzminister, legten noch einmal ihre Gründe dar und ersuchten um Erhöhung des Zolles für die nach Polen eingeführte Rohbaumwolle. In der Folge blieben die Bemühungen der Moskauer Industrieherren nicht ohne Ergebnis. Das neue Fremdengesetz von 1887 beschnitt die Rechte der deutschen Einwanderer und leitete die deutschfeindliche Politik der russischen Regierung ein. Das deutsche Vereinsleben in Lodz erlitt allerlei Hemmungen und den reichsdeutschen, der Landessprachen nicht mächtigen Fabrikmeistern wurde die Tätigkeit erschwert, so daß ein Teil von ihnen, in der Befürchtung, ausgewiesen zu werden, zur griechisch-katholischen Kirche übertrat. Reichsdeutsche durften nicht mehr außerhalb der Städte Besitzer unbeweglichen Eigentums werden. Die Maßnahmen der Regierung gegen die "inneren Deutschen" entsprachen ihrer damaligen deutschfeindlichen Richtung in der großen Politik.

Aber auch die Lodzer Deutschen waren nicht untätig geblieben. Sie reichten eine Denkschrift ein, in welcher bewiesen wurde, daß sie sich in ungünstigeren Verhältnissen als die Moskauer Fabrikbesitzer befanden. Nun berief die Regierung eine neue Kommission, die sich zuungunsten der Lodzer Industrie aussprach. So ging es noch einige Male im Wechsel der politischen Stimmungen hin und her. Geheimrat Brandt, der sich im Auftrage des Finanzministeriums mit der Ermittlung des Einflusses des ausländischen Kapitals auf die wirtschaftliche Entwicklung des russischen Reiches befaßte und das Ergebnis seiner Arbeiten in einem dreibändigen Werke niederlegte, wurde zum Fürsprecher der Lodzer Industrie. Er faßte sein Urteil in die Worte zusammen: "Wenn die russische Textilindustrie eine so hohe Entwicklung gewonnen hat, wenn sie in der Herstellung billiger Manufakturwaren für den Massenkonsum hinter keinem europäischen Staat zurücksteht, so dankt sie das in hervorragendem Maße der Konkurrenz der polnischen Industriegebiete, wobei die letzteren sich nicht in Klagen über Klagen ergehen, sondern ihre Produktion zu verbilligen suchen durch technische Verbesserungen und durch Verzicht auf große Reingewinne."

Lodz: Regierungsbeamte über die Vorzüge des Lodzer Arbeitgebers

Bis dahin hatten die Lodzer Deutschen mit ihren Erzeugnissen einen stillen Siegeslauf durch ganz Rußland unternommen. Nun standen sie auf einmal im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Zeitungsartikel und Broschüren beschäftigten sich mit ihnen; je nach dem Standpunkt des Verfassers war das Urteil über sie ein günstiges oder ungünstiges. Alle, die die wirklichen Verhältnisse kennen lernten, fanden anerkennende Worte für die Lodzer Deutschen. So äußerten sich zwei Mitglieder der ersten Regierungskommission Iljin und Longowoj (*Berichte der Mitglieder der Kommission zur Untersuchung der Fabrikindustrie im Königreich Polen*, Petersburg

1888): "Der Lodzer Fabrikant ist nicht nur Inhaber der Fabrik, sondern eine Person, die praktisch bis zu den geringsten Kleinigkeiten mit ihrem Geschäft vertraut ist. Er wohnt in Fabriknähe, beaufsichtigt den gesamten Herstellungsgang und ist überall eingeweiht, sogar dann, wenn bei großer Ausdehnung der Unternehmung ein Fabrikdirektor vorhanden ist. Er verfolgt genau die Ergebnisse seines Produktionszweiges im Auslande, bestellt, sobald er von neueren, besser und ausgiebiger arbeitenden Maschinen erfährt, ohne Bedenken solche, wenn auch seine bisherigen Maschinen noch in gutem Zustande sind. Die Mehrzahl der Lodzer Fabrikanten verdankt ihre gegenwärtige Lage der persönlichen Betätigung. Nicht wenige von ihnen haben ihre Laufbahn vom einfachen Arbeiter begonnen, als solche in fremden Fabriken gearbeitet, mit Eifer bei der Arbeit und unter Einschränkung der persönlichen Bedürfnisse bis aufs äußerste, haben sie sich bei andauernder Verfolgung des einmal gesetzten Zieles zur Stellung eines Fabrikanten emporgeschwungen. Das Interessanteste dabei ist, daß sie heute (1886) noch, trotz der großen, von ihnen erworbenen Kapitalien, bei ihren alten Gewohnheiten verbleiben und sich der Fabrikarbeit während derselben zwölf Stunden im Tage widmen, indem sie als erste die Fabrik betreten und sie als letzte wieder verlassen. Dem Äußeren nach ist es manchmal schwer, sie von gewöhnlichen Arbeitern zu unterscheiden."

Lodz:
Lodz im Urteil der russischen und polnischen Presse

Ein anderer Gelehrter, Bjelow, der ebenfalls die Lodzer Fabrikanten aus eigener Anschauung kennen lernte, schrieb in seiner Broschüre *Lodz und Sosnowice. Lodz und Moskau* (St. Petersburg, 1892):

> "Vor allem ist der Lodzer Fabrikant Spezialist seines Faches, das er vorzüglich kennt. Alle größeren Fabrikanten, mit Ausnahme von Scheibler und wenig anderen, haben sich aus dem Arbeiterstande emporgearbeitet... Jetzt sind sie alle Millionäre, die ihre Millionen im Verlaufe von 25 - 30 Jahren zusammenbrachten... Alle gingen durch eine schwere Schule. Sie begannen von der Pike auf und ereiferten sich in dreizehnstündiger Tagesarbeit. Sie alle stehen jetzt an der Spitze ihrer Geschäfte, in der gleichen Schule ununterbrochener Arbeit und bilden sich in ihren Kindern würdige Nachfolger heran. Um sechs Uhr früh sind sie schon in ihrer Fabrik und um acht Uhr in ihrem Kontor. Die Fabrik, das Kontor, die Familie, - das ist ihre Welt, hinter deren Grenzen für sie nichts mehr existiert. Einmal im Jahre reisen sie ins Ausland. Das ist ihre Erholung. Aber auch hier immer dieselbe Sorge um die Fabrik. Sie sehen hier genau alles neue an, erfassen richtig daraus das, was ihnen nützen kann und kehren mit neuen technischen Verbesserungen ausgerüstet zurück. Der Lodzer Fabrikant kennt sein Geschäft von A bis Z, folgt fortwährend dem Geschäftsgang, ohne Unterbrechung; deshalb führt er es mit sicherer Hand, ohne Schwankungen. Deshalb wuchsen auch die Lodzer Fabriken so schnell und mit solchem Erfolg heran. Lodz: das lebendige Beispiel der in Rußland nicht immer verstandenen Tatsache, daß gesundes Wachstum der Produktion mehr von der Arbeit und vom Können, als vom Kapital abhängt."

Bitter ruft Bjelow bei dem Vergleich des Moskauer mit dem Lodzer Fabrikanten aus:

> "Die breite russische Natur bedarf vieles, an das der Lodzer Spezialist gar nicht denkt, das aber trotzdem eine Konzentration unmöglich macht."

Und an einer anderen Stelle schildert er noch weiter die Tugenden der Lodzer Deutschen und hält sie seinen Landsleuten, die fürchteten, von den Lodzer Fabrikanten überrannt zu werden, als Spiegel vor:

> "Die deutschen Unternehmer in Polen lernen ihre Angestellten selbst an und schätzen sie nachher: in Rußland lernt man sie nicht an und schätzt sie auch nicht. Bei den Deutschen ist das Dienstjubiläum eines Angestellten ein Feiertag der ganzen Fabrik, in Rußland wird oft

ein verdienstvoller Angestellter aus Laune entlassen. Bei den Deutschen bekommt das einmal festgelegte Geschäft seine bestimmte Leitschnur; in Rußland hat jeder neue Leiter neue Einfälle, die oft der früheren Entwicklung des Werkes widersprechen. Bei den Deutschen hat jedes Werk sein ausgeprägtes Äußeres; in Rußland hat es dies meist gar nicht. Die Deutschen sind in unmittelbaren Fabrikausgaben sehr freigiebig und in kostspieligen zurückhaltend; bei den Russen ist es umgekehrt. Mit Ausgaben für Verwaltungseinrichtungen, für Direktorwohnungen wird in Rußland nicht gekargt, während die Dampfkessel unbezahlt geblieben sind und aus allen Fugen dampfen. Die Deutschen fahren einmal im Jahre nach Deutschland, eigentlich nur, um sich Neues anzueignen. Die Russen können nicht einmal das verwerten, was ihnen auf die Fabrik gebracht wird."

Die Äußerungen der russischen Gelehrten stehen in wohltuendem Gegensatz zu den Veröffentlichungen polnischer Schriftsteller, die zu gleicher Zeit oder in den nächsten anderthalb Jahrzehnten Sitten- und Zustandsschilderungen aus Lodz bieten wollen. Außer zahlreichen Zeitungs- und Zeitschriften-Aufsätzen, in denen die Verfasser sich bemühten, keinen guten Faden an den Lodzer Deutschen zu lassen, sind die Bücher *Lodz, das gelobte Land* von Reymont, *Baumwolle* von Kosiakiewicz und *Lodz* von dem berüchtigten Stefan Gorski zu nennen.

Erst allmählich legten sich die Staubwolken, die die leidenschaftlichen Erörterungen über die Lodzer Industrie aufgewirbelt hatten. Recht ruhig ist es aber seitdem nie geworden. An lügnerischen Behauptungen hat es die nationalistische russische Presse nicht fehlen lassen. Einige Jahre vor dem Kriege begann sie den Warschauer Zeitungen Sekundantendienste zu leisten und den Lodzer Deutschen hochverräterische Neigungen zu unterstellen. Aus vielen Beispielen einer den Lodzer Deutschen zur Gefahr gewordenen hetzerischen Tätigkeit sei ein im Sommer 1913 in der *Nowoje Wremja* erschienener Aufsatz auszugsweise mitgeteilt. Die Zeitung beginnt ihre Verleumdungen mit den Sätzen:

"Wenn wir die Eroberung unseres Weichsel- und Südwestgebietes durch die deutsche Industrie genauer ins Auge fassen, so ist der Gedanke an die Möglichkeit einer Sabotage im Kriegsfalle um so weniger abzuweisen, als die Verbindung dieser deutschen Fabriken auf russischem Boden mit ihren deutschen Mutterhäusern ununterbrochen fortbesteht und sie daher nur als Vorposten für den Drang nach Osten anzusehen sind. Diese Verbindung der russischen Deutschen mit ihrer alten Heimat war besonders deutlich zur Zeit der Revolution (1905 - 07), wo eine Reihe von deutschen Fabriken in Lodz und Sosnowice ihre Verwaltungen nach Berlin verlegten. Was eigentlich in diesen deutschen Fabriken geschieht, wo vom ersten Direktor bis zum letzten Arbeiter nur Deutsche angestellt sind und nur deutsche Maschinen und deutsche Materialien gebraucht werden, entzieht sich natürlich unserer Kenntnis. Einige Tatsachen deuten jedoch darauf hin, daß außer den kommerziellen Interessen ihnen auch militärische Dinge sehr am Herzen liegen. Schon im Jahre 1892 hat der General Kossitsch darauf hingewiesen, daß die deutsche Invasion ganz systematisch vor sich gehe und von der deutschen Regierung unterstützt werde. Diese Worte werden jetzt durch eine Reihe von neuen Tatsachen nur zu sehr bestätigt. Vor allen Dingen erscheint uns das Bestreben der deutschen Übersiedler, sich zusammenzuschließen, höchst gefährlich. Gibt es doch in der »Hauptstadt von Neudeutschland«, Lodz, nicht weniger als vierzig Vereine (18 Gesang-, 4 Sport-, 8 Feuerwehr- und viele Schützenvereine). Viele von ihnen sind zudem ganz militärisch organisiert. Diese deutschen Kolonistenvereine erfreuen sich zwar fürs erste noch der größten Sympathien der Regierung, im Falle eines Krieges dürfte aber Rußland gerade von ihnen große Überraschungen erleben... Wir könnten noch viele derartige Beweise mitteilen, die auf die deutsche Industrie einen Schatten werfen. Doch die angeführten dürften genügend den Beweis geliefert haben, daß die in Frankreich beliebten Methoden der deutschen Spionage auch bei uns in Rußland angewandt werden. Die Aufgabe der deutschen Spionage dürfte aber zweifelsohne über den engen Rahmen der Erkundigung

> hinausgehen und den Boden vorbereiten für eine verräterische Sabotage, deren Resultate sich schwer voraussagen lassen. Noch ist es nicht zu spät, um die wahre Aufgabe der deutschen Industrie in Rußland zu erkennen. Es wäre daher endlich einmal an der Zeit, diese Frage vom Standpunkt der Landesverteidigung anzusehen und auf kurze Zeit wenigstens das industrielle Interesse beiseite zu lassen."

Noch während des Krieges hat die *Nowoje Wremja*, Rußlands größte Zeitung, ihren Sonderkrieg gegen die Lodzer Deutschen fortgesetzt.

Lodz: Verschärfung des deutsch-polnischen Gegensatzes

Nach den einengenden Bestimmungen der russischen Regierung, die dem mächtigen Aufschwung des deutschen Gedankens in Lodz Einhalt geboten, griffen Kleinmut und Vorsicht um sich. Mußte man doch immer wieder mit der Wiederholung der Bemühungen der Moskauer Fabrikanten, ihren Kattuninteressen ein nationalistisches Mäntelchen umzuhängen, rechnen. Und der Versuch, die russische Regierung zur Errichtung einer Zollgrenze zwischen Polen und Rußland zu gewinnen, ist nach wenigen Jahren wiederholt worden. Da wurden in Lodz die Industriefragen allen anderen Interessen vorgezogen. Die Behandlung öffentlicher Fragen überließ man den in den letzten Jahrzehnten massenhaft eingewanderten Vertretern der polnischen und jüdisch-polnischen Intelligenz, die als Rechtsanwälte, Ärzte, Ingenieure, Techniker und Angestellte in dem so oft verlästerten "deutschen Lodz" ihr auskömmliches Fortkommen fanden. Die Lodzer Deutschen vermieden alles, was nach Bekundung deutschen Gemeinsinns aussah, nachdem sie die Erfahrung gemacht hatten, daß jedes harmlose Tun von der Warschauer Presse beargwöhnt und als Ausfluß "pangermanistischer Neigungen" hingestellt wurde. Man hatte in Lodz gesehen, welchen Widerhall die Denunziationen in den russischen Blättern gefunden hatten. So unterließ man, den Fortschrittssinn zu pflegen und sah davon ab, jede Art von Verbesserungstätigkeit, die in den eigenen Betrieben so schöne Erfolge zeitigte, auf städtische Verhältnisse zu übertragen. Man wußte, daß die städtische Wirtschaft im argen lag und regte bescheiden hier und da Reformen an, doch gab man sich auch zufrieden, als es beim Alten blieb. Von der künftigen städtischen Selbstverwaltung wurde der Beginn neuzeitlicher Einrichtungen erwartet. So kam es, daß die deutsche Kultur in Lodz erstarrte und nur noch in ruhender Form vorhanden war.

Am Anfang der 80er Jahre begannen in Lodz sich die Früchte nationaler Verhetzung zu zeigen; zunächst hatten sie noch einen konfessionellen Untergrund. Aber auch die sozialen Gegensätze trugen dazu bei, daß die Spannung zwischen den evangelischen Arbeitgebern und den frischeingewanderten polnischen Massen sich verschärfte. So entstand auf dem Lodzer Boden eine gefährliche Mischung von Klassen-, Rassen- und Religionshaß. Zu Ostern 1886 erwartete man nach einer alten Prophezeiung den Weltuntergang, zum mindesten aber weltbewegende Ereignisse. In Lodz entzündete sich die Phantasie der polnischen Arbeiter an den Vorstellungen einer Bartholomäusnacht. Je näher das Osterfest heranrückte, um so heftiger wurden die Drohungen gegen die Deutschen. Die erst vor kurzem fertiggebaute evangelische St. Johanniskirche sollte zusammen mit den zur Andacht gekommenen Gläubigen in die Luft gesprengt werden und zu gleicher Zeit in den Straßen der Stadt ein Blutbad beginnen. Auch auf dem Lande erhitzten sich die Gemüter der polnischen Bauern an der Ausmalung der Ausrottung aller Deutschen und der Inbesitznahme des Eigentums der deutschen Nachbarn.

Nach den Berichten der Mitarbeiter der Warschauer Zeitungen hatte Lodz in den 80er und 90er Jahren noch ein deutsches Gesicht. Die Versuche, in Lodz polnische Zeitungen zu gründen, waren bis dahin noch immer fehlgeschlagen. Von den 76 134 ständigen Einwohnern, die die Stadt am 1. Januar 1895 hatte (die übrigen über 200 000 Einwohner waren "unbeständige", d. h. auf auswärtigen Pässen sich aufhaltende), waren 32 958 Deutsche und nur 25 969 Polen. Auf den Hauptstraßen und in den Geschäften hörte man nur selten ein polnisches Wort. Wenn die polnischen Zeitungen darüber klagten, daß mit den in Lodz eingewanderten polnischen Arbeitern und

Angestellten ein Germanisierungsprozeß vor sich gegangen sei und sogar eine Pariser Zeitschrift sich mit der Eindeutschung polnischer Familien in Lodz, infolge des "preußischen Dranges nach Osten", befaßte, so hatten die Schreiber der betreffenden Aufsätze insofern recht, als die Arbeiter in den Fabriken in ihrem Verkehr mit den Meistern genötigt waren, deutsche Sprachbrocken zu übernehmen, weil der polnischen Sprache Bezeichnungen für die meisten technischen Gegenstände und Vorgänge fehlten. Es hatten im Laufe der Jahrzehnte auch manche nach Lodz gekommenen Polen in deutsche Familien eingeheiratet und sich ihrer Umgebung angepaßt.

In Lodz zeigte es sich, daß die polnische Gesellschaft sich von dem Gedanken, zu polonisieren, voll beherrschen läßt. Die Mitte der 90er Jahre entstandenen neuen polnischen Zeitungen ließen keine Gelegenheit vorübergehen, ihren deutschgegnerischen Gefühlen Ausdruck zu geben. Die von Deutschen gegründete und von Deutschen geleitete Gasanstalt schrieb ihre monatlichen Gasrechnungen in deutscher Sprache aus. Man griff die Leitung der Anstalt so lange an, bis sie umschwenkte. Spielten russische Militärkapellen in Konzertgärten deutsche Weisen, so ereiferten sich die Zeitungen, weil man "auf slawischen Instrumenten hakatistische Hymnen" spiele. Wollte man in der Aufzählung solcher kleiner Züge fortfahren, so ließen sich hunderte von Beispielen von Unduldsamkeit der erst vor kurzem eingewanderten Gäste gegen die einheimischen Deutschen anführen. Durch die ausdauernde Arbeit wurde erreicht, daß die Lodzer Deutschen sich noch eingeschüchterter und unfreier gaben. Quoll es dennoch in dem einen oder anderen bitter auf, wenn er sich unsanft auf die Zehen getreten fühlte und versuchte er, sich gegen den ihm auferlegten Zwang zu wehren, so erhob sich ein mächtiges Brausen im polnischen Blätterwalde, so daß dem also Gekennzeichneten die Lust verging, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken.

Erst die Revolution von 1905 führte zum Wiedererwachen der Deutschen in Lodz. Sie zeigten, daß es auch in dem verleumdeten Lodz noch ideale Regungen gab. Eine politische Partei wurde gegründet und durch die Fährnisse, die ihr und ihren Führern von den linksstehenden radikalen Gruppen bereitet wurde, hindurchgeleitet. Die "Konstitutionell-liberale Partei Deutschsprechender" ließ sich in ein Wahlkompromiß mit den polnischen Nationaldemokraten ein und verhalf dem Kandidaten der letzteren zum Siege. Zum Dank dafür lehnte es der Lodzer Abgeordnete ab, sich der in der Reichsduma zu Hochverrätern gestempelten Lodzer Deutschen anzunehmen. - Deutsche Arbeiter und Meister schlossen sich zu einem "Verein deutschsprechender Arbeiter und Meister" zusammen. Er sowohl wie auch die Partei zeigten durch ihre Namengebung, wie sehr sie auf die Unduldsamkeit der anderssprachigen Nachbarn Rücksicht nahmen, indem sie sich nur als "Deutsch**sprechende**" bekannten. Mehr in die Tiefe und Breite als der genannte Arbeiterverein wirkte die deutsche "Christliche Gewerkschaft". Die Kreise des deutschen Mittelstandes schlossen sich im "Deutschen Gewerbeverein" zusammen. - Nach einer unvollkommenen Zwischenbildung schritten die Lodzer Deutschen zur Gründung des Deutschen Gymnasiums, das immer ein Ruhmeskapitel in der Geschichte des Lodzer Deutschtums sein wird. Schöpfer dieser Bildungen waren die Fabrikbesitzer Ernst Leonhardt, Ludwig Schweikert, Franz Schimmel u. a.

Lodz:
Der Lodzer Schulkampf

In früheren Jahrzehnten hatten Deutschen, Polen und Juden getrennte **Schulkassen**verwaltung. Da in Lodz zumeist die Deutschen die Steuerleistenden waren, so trachteten die polnischen Kreise nach einem Zusammenschluß der Kassen zum Unterhalt der Volksschulen. Während der von Moskau aus unternommenen Angriffe gegen die Lodzer Industriedeutschen gelang es ihnen nicht nur ihre Absicht durchzusetzen, sondern auch bei der russischen Schulbehörde zu erreichen, daß an den Lodzer Volksschulen immer mehr polnische Lehrer angestellt wurden. Mit der Vermehrung der polnischen Lehrer verschob sich auch das Verhältnis der neuaufgenommenen Schüler zuungunsten der deutschen. So kam es, daß 1907, als sich deutsche Männer, an ihrer Spitze der Schulmann Heinrich Zirkler, mit der Neuordnung des deutschen Volksschulwesens befaßten, festgestellt wurde, daß in den letzten 25 Jahren sich die Zahl der deutschen Schulkinder um die Hälfte verringert hatte, während die Bevölkerungszahl um das Doppelte zugenommen hatte. Noch rechnete man mit

Verständnis und Einsicht auf der anderen Seite. Deutscherseits war man bereit, den Polen 72 v. H. der Eingänge der gemeinsamen Kasse zuzubilligen und sich selber mit 28 v. H. zu begnügen, obgleich die Steuern zu 70 v. H. von den Deutschen getragen wurden. Als aber an die Deutschen das Ansinnen gestellt wurde, die Vereinbarung nur als Provisorium gelten zu lassen, da die Ersetzung der deutschen Sprache in den Schulen nur eine Frage der Zeit sei und der durch Mithilfe der Deutschen zum Dumaabgeordneten gewählte polnische Politiker fragte: "Wie lange noch wollt ihr deutsch bleiben?" - brachen die Deutschen die Verhandlungen ab und sicherten sich den Beistand der russischen Schulbehörde, was ihnen bei dem damaligen Kurs der russischen Regierung nicht schwer wurde. Die Schulkassentrennung und mit ihr der Bestand der deutschen Volksschule in Lodz war erreicht; - die Polen haben die erlittene Schlappe nie verwinden können. Noch lange nachher befaßten sich die Lodzer, Warschauer und Petersburger Zeitungen mit dem Fall und gossen ihr volles Füllhorn von Haß und Hohn über die Lodzer Deutschen. Der *Kurjer Warszawski*, die angesehenste und größte Warschauer Zeitung schrieb: "Die deutsche Aktion nimmt bei uns tatsächlich oft phantastische Formen an. In Lodz wird sie geradezu bedrohlich für den Fortgang der polnischen Sache und nimmt die denkbar okkupationsmäßigste Gestalt an." Eine geheime "Gesellschaft zur Nationalisierung der Schulen" sandte an die deutschen Lehrer und Lehrerinnen Drohbriefe, in denen folgende Sätze vorkamen: "Ihr Lehrer deutscher Nationalität, ihr seid hundertmal schlimmer als die Russen. In Eurer russifikatorischen Tätigkeit wurdet ihr nicht einmal von der vaterländischen Idee geleitet. Als gemietete Henker habt Ihr mit unseren durch Blutschweiß erworbenen Groschen die Seele unserer Kinder getötet und in Eurer Zerstörungsarbeit die Russen übertroffen." Am Schlusse des anmutigen Schriftstücks hieß es: "Früher oder später müßt ihr weichen! Zwinget uns nicht zur Anwendung von Maßregeln, vor denen wir nicht zurückschrecken werden!" - Die Lodzer Zeitung *Rozwoj* veröffentlichte in nicht mißverständlicher Absicht zu einer Zeit, als in Lodz politische Morde an der Tagesordnung waren, Namen und Wohnungsangaben der Mitglieder der deutschen Schulkommission. General Kasnakow, der aus Petersburg gesandte Bezwinger der Lodzer Revolution, bestrafte das Blatt.

Lodz: Kultur- und politische Arbeiten der Lodzer Deutschen

Von Zirkler und seiner Gefolgschaft, denselben wackeren Männern, die die Selbstverwaltung der deutschen Volksschule in Lodz durchsetzten, ging die Gründung des "Deutschen Schul- und Bildungs-Vereins" aus, der sich in den ersten Jahren seines Bestehens um Förderung des deutschen Schul- und Bildungswesens bemühte. Dieser Gründung folgte die "Vereinigung deutschsingender Gesangvereine im Königreich Polen", der "Deutsche Theaterverein" und eine große Anzahl deutscher Gesang- und Turnvereine. Gegner der Lodzer Deutschen berichteten über Warschau nach Petersburg, daß sie sich militärisch organisierten. Ein Warschauer Zeitungsmann, Stefan Gorski, machte es sich zur Aufgabe, den Deutschen in Stadt und Land hochverräterische Pläne nachzuweisen. Er rühmte sich, dem Grafen Bobrinski Material zu seinem maßlosen Angriff gegen die Lodzer Deutschen geliefert zu haben. Nach der Darstellung Petersburger Blätter führte der panslawistische Graf auf der Tribüne der Reichsduma am 1. April 1909 aus, daß die Deutschen, obwohl sie nur den vierten Teil der Bevölkerung bildeten, der ganzen Stadt ihren Geist aufgeprägt hätten. Die deutschen Schützen- und Jagdvereine seien Vorposten der deutschen Armee. Auch die deutschen Turnvereine in Lodz seien militärisch organisiert.

Die Männer, die in den Revolutionsjahren die Führung des Lodzer Deutschtums übernommen hatten und das deutsche Erbgut verwalteten, bemühten sich auch weiterhin um den Fortbestand des Deutschtums. Als die russische Regierung die Einführung der städtischen Selbstverwaltung in Polen in Aussicht nahm, bewiesen sie in einer Denkschrift die geschichtlichen Rechte der Lodzer Deutschen, die bei den künftigen städtischen Wahlen nicht von der Masse erdrückt werden durften. Lodz hatte 1911 510 000 Einwohner, davon waren 121 000 Deutsche. Nach offiziellen Angaben gab es 111 polnische Betriebe (darunter manche in den Händen polonisierter Deutscher) mit einer Jahresproduktion von 19 Millionen Rubeln, 585 jüdische Betriebe mit einer Produktion von 95 Millionen Rubeln, 332 deutsche Betriebe mit einer Produktion von 150 Millionen Rubeln und 15

verschiedenartige Betriebe (Aktiengesellschaften, deren Aktionäre verschiedenen Nationalitäten angehörten) mit einer Produktion von 31 Millionen Rubeln. Die Großbetriebe waren also immer noch in deutscher Hand. Die größere Hälfte der Gesamtproduktion von 600 Millionen Mark entfiel auf deutsche Betriebe. Eine nach Petersburg entsandte Abordnung trug die Wünsche der Lodzer Deutschen den Ministerien vor. Sie fand williges Gehör.

Seit langer Zeit lastete auf den Lodzer Deutschen der Vorwurf, nichts unternommen zu haben, um zu einer besseren Presse zu kommen. Die beiden bestehenden Zeitungen huldigten offen opportunistischen Grundsätzen. Erst die 1911 gegründete *Lodzer Rundschau* unternahm es, bewußt deutsche Zeitungsgrundsätze zu pflegen. Sie sprach es in ihren Einführungszeilen aus, daß sie nicht nur ein in deutscher Sprache erscheinendes Nachrichtenblatt, "sondern auch ihrem Geiste nach deutsch und der bewußte Anwalt der mannigfachen Interessen der Mitbürger deutscher Zunge sein wolle". Wie sehr die neue Zeitung nötig war, erhellt die Tatsache, daß sie nach dem ersten Jahr ihres Bestehens, trotz allgemeiner geschäftlicher Stockung, über einen Bestand von 4000 Abonnenten verfügte. Der von der *Lodzer Rundschau* gepflegte Geist war den russischen Machthaber zu deutsch; das Weitererscheinen der Zeitung wurde im Frühjahr 1913 untersagt.

Als im Herbst 1912 die Reichsdumawahlen vor der Tür standen, hat die *Lodzer Rundschau* es unternommen, für ein Brechen mit der bisherigen Gepflogenheit der Lodzer Deutschen, dem polnischen nationaldemokratischen Kandidaten schlechtbelohnte Schrittmacherdienste zu leisten, einzutreten. Ihrem Freundeskreise gelang es, die Aufstellung eines eigenen Kandidaten der Lodzer Deutschen zu ermöglichen. In zwei von den vier Wahlbezirken errangen die Deutschen den Sieg. In den beiden anderen fiel der Erfolg den Juden zu; die Polen waren leer ausgegangen. Da die Wahlmänner der Arbeiterkurie für den jüdischen Kandidaten stimmten, sandte Lodz einen jüdischen Abgeordneten nach Petersburg. Für die Lodzer Deutschen waren die Wahlen eine Kraftprobe. Sie sahen, wie stark sie waren und daß sie, ohne überheblich zu werden, auf einen vollen Erfolg bei den nächsten Wahlen hoffen durften.

Der Niedergang des [evangelischen] Deutschtums in Warschau

In **Warschau** waren dem mächtigen Aufschwung des Deutschtums Zeiten des Niederganges gefolgt. In ihren Bemühungen um ihr äußeres Fortkommen vergaßen die Warschauer Deutschen nur zu bald die Pflege der geistigen Werte. Auch diejenigen, die noch gut deutsch empfanden und für ihre Person die Anpassung an das fremde Volkstum ablehnten, sahen ruhig zu, wie ihre Kinder im Verkehr mit polnischen Mitschülern die nationale Prägung des Elternhauses zu verwischen trachteten. Allmählich wurde Polnischsein gleichbedeutend mit Feinwerden. Alle die den Aufstieg in die höheren gesellschaftlichen Schichten mitmachen wollten, waren beflissen, ihre Abstammung zu verleugnen. Und als in späterer Zeit der polnische Nationalismus sich in Warschau zu seiner schärfsten Form entwickelte und unduldsam gegen alles Deutsche wurde, da suchten viele ihrem Namen eine polnische Form oder durch Akzente einen französischen oder englischen Anstrich zugeben. Noch heute ist man überrascht, wie viele Warschauer Bürgerfamilien mit deutschem Namen bestrebt sind, ihre Abstammung auf fremde, nichtdeutsche Einwanderung zurückzuführen.

Auch in kirchlichen Kreisen galt Deutsch als Sprache der Handwerker und Kolonisten. Ihretwegen mußten die deutschen Gottesdienste beibehalten, ja sogar zu Hauptgottesdiensten erklärt werden. Daß es lange Zeit so blieb, kann dem deutschen Empfinden der Generalsuperintendenten Ludwig und Everth zugeschrieben werden.

Noch zu Beginn der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte die Gemeinde eine große deutsche Mehrheit. Superintendent Schöneich, der an der Polonisierung der evangelischen Kirche arbeitete, erwähnt in seinem Synodalvortrag über "Die Sprache der Kirche" (1905), daß es 1860 in Warschau

noch 177 deutsche und nur 60 polnische Konfirmanden gab, während 1905 nur noch 100 deutsche aber schon 235 polnische Konfirmanden gezählt wurden. - Im Februar 1898 berichtete ein Warschauer Korrespondent der *St. Petersburger Zeitung*, daß er "Hunderte von Evangelischen kenne, die wohl polnisch verstehen und im Umgange polnisch sprechen, deren Haus-, Mutter- und Herzenssprache dennoch die deutsche ist." Gegen die Behauptung, daß alle Gebildeten zu Anhängern des Polentums wurden, richtet sich seine Feststellung: "Ich kenne tausende von Familien in Polen, die deutsch geblieben sind, ohne daß man ihnen Bildung abzusprechen braucht."

Ein anderer Bericht gibt Gründe für die rasche Entnationalisierung der nach Polen gekommenen Deutschen an: "Die starke, das ursprüngliche nationale Wesen der fremden Einwanderer absorbierende Anziehungs- und Assimilationskraft der Polen ist weit entfernt, mit der fortschreitenden Zeit etwa abzunehmen; im Gegenteil, bis auf den heutigen Tag verfallen die Fremden je länger je mehr diesem scheinbar rätselhaften Zauberbanne, den Land und Leute auf sie ausüben; denn schon die Nachkommen der Ausländer, die erst um die Mitte des Jahrhunderts sich als Bürger in diesem Lande niederließen, verstehen oft die Sprache ihrer Väter nicht mehr und fühlen sich als Inländer vom Scheitel bis zur Sohle." Der Assimilierung Rechnung tragend und sie mittelbar fördernd, unternahmen es Anfang 1899 drei Pastoren, eine kirchliche Zeitschrift in polnischer Sprache herauszugeben. In der Bezugseinladung wird ganz offen darüber gesprochen, wie auffallend schnell die deutsch-evangelischen Familien in Polen und besonders in Warschau ihre angestammte Sprache und Eigenart abstreifen. Die Herausgeber des *Zwiastun ewangieliczny* ("Evangelischer Bote") äußern sich wie folgt: "Wir sind evangelische Christen polnischer Zunge und unsere Herzen sind durchglüht von heißer Liebe zu unserem Glauben sowohl als auch zu unserer Nationalität." Der Berichterstatter der *St. Petersburger Zeitung* meinte dazu etwas boshaft: "Die erste Nummer wurde Ende Januar (1899) ausgegeben, und dann wird der *Evangelische Bote* regelmäßig monatlich erscheinen in der polnischen Muttersprache (*mowa ojczysna*) seines Herausgebers, des Herrn Pastor Bursche in Warschau und seiner Mitarbeiter, der Pastoren Schultz in der Kolonie Neuhof und Schöneich in Lublin."

Der Überschwang des nationalen Gefühls bei den Teilnehmern der Synode und den deutschnamigen Polen der Warschauer lutherischen Gemeinde gibt dem Herausgeber des *Evang.-luth. Kirchenblattes*, Pastor Angerstein in Lodz, Gelegenheit, mit mildem Spott die Auswüchse zu geißeln. So schreibt er im Jahrgang 1905 (Nr. 4): "In Warschau haben die »polnischen Evangelischen« eine Feier anläßlich des vor 400 Jahren geborenen Nikolaus Rej veranstaltet. Rej war der Gründer der nationalen polnischen Literatur, vor ihm schrieben alle Gelehrten nur lateinisch. Auch hat er sich durch den Einfluß Reformierter aus Genf für die Schweizer Reformation begeistern lassen und schrieb gegen Rom. Daß seiner die Reformierten gedenken, ist richtig, aber daß man auch in der lutherischen Kirche sein Gedächtnis kirchlich feiert, ist ein neuer Beweis, wie die polnisch-evangelische Idee das konfessionelle Bewußtsein trübt." Und dieselbe nüchterne Kritik findet sich in der nächsten Nummer, in der es heißt: "Zu der Bemerkung über Nikolaus Rej ist hinzuzufügen, daß man projektiert hat, zu seinem Andenken in der lutherischen Kirche in Warschau eine Gedenktafel anzubringen. Einem Reformierten in der lutherischen Kirche eine Gedenktafel! Alles aus Patriotismus!" - Daß das Kirchenkollegium dann, wenn der "Patriotismus" es verlangt, hinsichtlich seines konfessionellen Standpunktes sehr wandlungsfähig ist, bewies es später, als es mit unechten Tönen sein Luthertum pries.

Im Oktober 1907 wurde [in] der *St. Petersburger Zeitung* (zu beachten ist, daß sich dieses angesehenste deutsche Blatt Rußlands immer leidenschaftslos gab) aus Warschau über Mißstände in den Schulen der evangelisch-lutherischen Gemeinde geschrieben. Zunächst wird die systematische Ausschaltung alles Deutschen besprochen und einige Beispiele dafür angeführt, wie wenig die Pastoren, die die Schulgottesdienste abzuhalten haben, die Zweisprachigkeit der Gemeinde respektieren. Dann fährt der Verfasser fort: "Die Elementarschulen der Gemeinde sind schon teilweise polonisiert, deutsche Waisenkinder verlernen in einigen Monaten ihre deutsche

Muttersprache. In der Kinderbewahranstalt vermissen die Kinder die deutsche Sprache, und zwar deshalb, weil die Vorsteherin der deutschen Sprache sich nicht zu bedienen wünscht. Den Kirchendienern ist der Gebrauch der deutschen Sprache untersagt. Selbst bei den Tafelaufschriften in den Kirchenhallen ist die deutsche Sprache vermieden. Von dem großen Kanzleischilde, welches seinerzeit mit der Aufschrift in drei Sprachen versehen war, hat man die deutsche Sprache entfernt. Sogar in den Mädchenschulen an der Kirche mußte die deutsche Inschrift der polnischen Platz machen."

In der Entgegnung auf den Artikel eines Warschauer Deutschen ("Die verzweifelte Lage der Deutschen in Warschau", Oktober 1907 in der *St. Petersburger Zeitung*) - worin der Schreiber die allmähliche Polonisierung der Gemeindeanstalten schildert und u. a. erwähnt, wie der Vormund der Gemeindeschulen, Pastor Loth, die Rechte der Deutschen mindere - schrieb Generalsuperintendent Bursche, daß bei dem kurz vorher erfolgten Schulbeginn von 70 neuaufgenommenen Kindern nur 15, und dabei zum Teil noch mangelhaft deutsch sprachen, und rechtfertigte mit dieser Tatsache die Ausschaltung der deutschen Schulgottesdienste. Die Zahlen bedürfen einer Nachprüfung. Nach der Denkschrift des Kollegiums über die Schulsprachenfrage vom Oktober 1909 herrschte jedenfalls bei der Feststellung der Muttersprache der Schüler volle Willkür.

In der Denkschrift heißt es wörtlich: "Im Jahre 1906 wurde dem Inspektor auf seine Anfrage, wie hoch der Prozentsatz der deutschsprechenden Kinder sei, geantwortet, daß kaum 10 Prozent der Schüler sich zur deutschen Muttersprache bekennen. In diesem Jahre wurde dem Inspektor auf sein Ersuchen mitgeteilt, daß 20 - 25 Prozent der Kinder den Religionsunterricht in deutscher Sprache erhalten." Also das Kirchenkollegium muß, als es in die Enge getrieben wird, zugeben, daß die Zahl der deutschsprechenden Kinder um mehr als das Doppelte höher sei, als von ihm seinerzeit angegeben wurde, und das trotz dreier Jahre zielbewußter Verdrängung des deutschen Einflusses! Keines Zusatzes bedarf die im Anschluß an diese Feststellung gegebene Erklärung, warum in der zweiklassigen Mädchenschule noch immer 79 Mädchen den Religionsunterricht in deutscher Sprache erhalten: "Die Kenntnisse in der deutschen Sprache sind bei den 79 Kindern äußerst gering. Der deutsche Religionsunterricht erfolgt nur auf besonderen Wunsch der Eltern, die glauben, daß ihre Kinder auf diese Weise die deutsche Sprache leichter erlernen!"

Oft hört man, im Kirchenkollegium hätten Toleranzgrundsätze eine Heimstätte gefunden. Dazu lese man den höchst lehrreichen Revisionsvermerk des russischen Schulinspektors aus dem Jahre 1909. Der russische Beamte stellt mit dürren Worten fest: "Das Kollegium, das sich in das Recht der Schüleraufnahme einmengt, weist den katholischen Kindern die freien Plätze an, während für evangelische Kinder die Pforten der Schule geschlossen bleiben!" Die russische Regierung, die sich damals deutschfreundlich zeigte, hatte in wohlberechneter Absicht sich der deutschen Minderheit der Warschauer evangelischen Gemeinde angenommen und ihre Rechte vertreten.

Die Hintansetzung der deutschen Gemeindemitglieder durch das Kirchenkollegium war eine der Hauptursachen für die Gründung des "Deutschen Vereins für das Zartum Polen". In dem Bericht der *St. Petersburger Zeitung* über die erfolgte Aufnahme der Vereinstätigkeit heißt es:

> "Der Verein hat sich hohe und herrliche Aufgaben gestellt; soll doch die infolge der rastlosen Tätigkeit vieler evangelischer Prediger in Warschau polonisierte deutsch-evangelische Kirchenschule wieder ihrer ursprünglichen Aufgabe zugeführt werden. Herrschen doch in derselben wahrhaft skandalöse Zustände. Die Kinder dürfen dort nicht einmal deutsch beten. Trotz wiederholter mündlicher und schriftlicher energischer Proteste der Eltern werden die Kinder in der offiziellen deutschen Schule zum polnischen Gebet genötigt. Aufgabe des Vereins ist ferner, das schlummernde und verschüchterte Nationalgefühl der Deutschen zu wecken und zu entflammen, damit sie den an sie herantretenden Aufgaben gewachsen sind. Es ist zum Beispiel die als deutsch-evangelische

> Gemeindeschule gegründete Anstalt so konzessioniert und eingerichtet gewesen, daß die durch Ungunst der Verhältnisse in polnischer Umgebung der Gefahr der Polonisierung unterliegenden Kinder ihrer Muttersprache durch die Schule wieder zugeführt werden. Die geistliche Schulleitung hat den Spieß einfach umgedreht. Wer noch nicht polnisch konnte, mußte es in der Schule lernen und der deutschen Sprache wurde nur der allerdürftigste Raum gewährt. Und alle die Herren führen deutsche Namen, haben deutsches Blut in ihren Adern, haben noch im alten Dorpat studiert!"

Den Bemühungen des Vereins gelang es, die Gründung einer städtischen Schule mit deutscher Unterrichtssprache durchzusetzen. Das Kirchenkollegium erschwerte in jeder Weise die Tätigkeit der opferfreudigen deutschen Männer (einer von ihnen wurde als deutscher Spion denunziert und einige Monate lang gefangen gehalten, bis seine Unschuld an den Tag kam). Die russische Schulbehörte urteilte darüber: "Das Kollegium unternimmt alle von ihm abhängigen Schritte, um den Deutschen die Eröffnung einer besonderen, nicht polnischen Schule unmöglich zu machen."

Generalsuperintendent Bursche, der damals einen vermittlenden Standpunkt einzunehmen versuchte, trat für eine bedingte Berücksichtigung der Rechte der deutschen Minderheit der evangelischen Gemeinde ein. Er schrieb in seinem *Zwiastun ewangieliczny*: "Die Zahl der Deutschen in der Warschauer evangelischen Gemeinde kann nicht genau festgestellt werden, jedoch kann man sie auf 20 Prozent schätzen. (In Wirklichkeit war sie viel höher.) Im Kollegium ist aber kein einziger Deutscher. Das ist eine Ungerechtigkeit, welche **wir Polen** empfinden sollten. Auf einige dreißig Kollegiumsmitglieder kann man doch wohl auch zwei bis drei Sitze den Warschauer Deutschen geben. Unsere Interessen verlieren dadurch nichts." Und der Erfolg dieser zarten Mahnung war, daß man dem Generalsuperintendenten aus dem Kreise des Kollegiums vorwarf, er vertrete einen einseitigen Standpunkt und neige zum Hakatismus!

Schwere Zeiten haben die Warschauer Deutschen während des ersten Kriegsjahres durchmachen müssen. Monatelang waren sie Zeugen eines leidenschaftlichen Hasses gegen alles Deutsche. Deutsche Rede war verpönt. Ließ sich dennoch ein deutsches Wort hören, so wurde es schwer geahndet. Der Gast eines Mittagslokals, der seine Abstammung durch Germanismen verriet, mußte recht lange auf Bedienung warten. Aus den Zeitungsspalten grinste der Völkerhaß in seiner widerlichsten Form den Warschauer Deutschen entgegen. Ihr Herz krampfte sich zusammen, wenn sie lasen, daß jeder Deutsche, der eine Schwelle überschreite, das Haus entweihe und daß auch der hilfsbedürftigste Deutsche mit Hunden davongehetzt zu werden verdiene.

Als nach der Besetzung Warschaus durch die deutschen Truppen der zurückgebliebene deutsche Teil der Gemeinde schwache Versuche machte, in der Schulfrage zu seinem Recht zu kommen und die deutsche Verwaltung durch ihre Verordnungen den deutschen Bemühungen entgegenkam, nahm das Kollegium der evangelisch-lutherischen Gemeinde Anlaß, seinen einseitigen und ablehnenden Standpunkt in einer Denkschrift an die deutsche Behörde zu vertreten und eine scharfe Absage an das Deutschtum zu richten. Die Denkschrift klingt mit falschem Pathos in die Worte aus: "Wir sind als Polen geboren, als Polen wollen wir leben und wirken!" - Der "Verein für das Deutschtum im Ausland" verhalf den Warschauer Deutschen zu einer eigenen Schule, die im Beisein des Generalgouverneurs v. Beseler im Herbst 1916 eröffnet werden konnte.



Der Niedergang des [katholischen] Deutschtums in Warschau

Durch ein Dekret der Regierung wurde 1810 die **deutschkatholische** Bennonibrüderschaft aufgelöst. Ihre Anstalten und die Kirche gingen in den Besitz der "deutsch-katholischen Brüderschaft der unbefleckten Empfängnis der Jungfrau Maria" über. Letztere war auch gehalten, die deutsch-katholischen Knaben- und Mädchenschule zu übernehmen. Nach einiger Zeit tauschte die Brüderschaft die alte Jesuitenkirche gegen die Paulinerkirche zum Heiligen

Geist um, welche sich seitdem die "deutsch-katholische Nationalkirche zum Heiligen Geist" nannte. Eine zweite deutsch-katholische Gesellschaft, die "Brüderschaft der tätigen Nächstenliebe" schloß sich der Kirchengemeinde an. In späteren Jahrzehnten mußte die Brüderschaft mit wirtschaftlichen Nöten kämpfen. Da half ihr eine größere Spende des Kaisers Nikolaus I. Als der Paulinerorden von Czenstochau 1850 den Vorschlag machte, die Kirche wieder zurückzunehmen, konnte sie dankend ablehnen, weil sie die Kirche weiter als "deutsche Nationalkirche" zu behalten beabsichtige und auf die kaiserliche Huld vertraue. Der Beschluß, das Angebot der Czenstochauer Klosterbrüder abzulehnen, war auf Betreiben des Rektors Jakob de Gueldre gefaßt worden. Dieser deutschbewußte Mann hat sich damals um die Erhaltung des Warschauer katholischen Deutschtums große Verdienste erworben. So machte er 1852 den Mitgliedern der Brüderschaft Vorhaltungen, weil sie die Pflege des deutschen Gesanges vernachlässigt hätten, so daß ein fremdsprachiger Sängerchor in den deutschen Gottesdiensten mitwirken müsse. Darauf beschloß man, "wieder deutsch zu singen und zu lernen, soviel die Kräfte erlauben, den deutschen Gesang regelmäßig herzustellen." Als der Unterhalt der Schule größere Mittel verschlang und der Vorschlag gemacht wurde, sie an die russische Regierung abzutreten, kam unter seiner Leitung der Entschluß zustande, "daß sie die seit dreihundert Jahren bestehende deutsch-katholische Schule mit allen Privilegien, Rechten und Pflichten weiter behalten und sich in den Augen der Nachwelt nicht den Vorwurf zuziehen wollen, als hätten sie aus Trägheit oder sträflicher Nachlässigkeit die deutsche katholische Gemeinschule preisgegeben."

Mit dem Tode de Gueldres (1853) begann der Verfall der Brüderschaft und mit ihr der des Warschauer Deutschtums katholischer Prägung. Die Sitzungsprotokolle wurden seitdem nur noch in polnischer Sprache geführt. In den neunziger Jahren scheint eine Vereinigung der "deutsch-katholischen Brüderschaft der unbefleckten Empfängnis der Jungfrau Maria" mit der "Brüderschaft der tätigen Nächstenliebe" stattgefunden zu haben.

Die deutsch-katholische Gemeinde schmolz immer mehr zusammen. In den letzten Jahren fand nur noch einmal monatlich deutscher Gottesdienst statt. Nach Kriegsbeginn wurde die alte deutsch-katholische Schule geschlossen und die deutschen Gottesdienste in der "deutsch-katholischen Nationalkirche zum Heiligen Geist" ganz eingestellt. So erlosch das alte, einst zu stolzen Hoffnungen Anlaß gebende katholische Deutschtum in Warschau.

Im Kriege

Sturmeszeichen

Schon während des Balkankrieges [Scriptorium merkt an: 1912-1913] schien ein **Waffengang Rußlands mit Deutschland** nahegerückt zu sein. Auf einem Unterhaltungsabend einer der deutschen Vereinigungen in Lodz hatten ältere russische Offiziere, die nach altem Herkommen dazu eingeladen waren, sich im vertraulichen Kreise darüber geäußert, daß es doch noch, wenn nicht jetzt, dann später zu einem Kampfe der beiden befreundeten Mächte kommen werde; im russischen Heere sei das Verlangen groß, sich mit seinem Lehrmeister, dem deutschen Militär, zu messen.

Der bevorstehende Waffengang

Auch sonst waren den Denkenden manche Tatsachen bekanntgeworden, die nur als Sturmzeichen aufzufassen waren. So hatte die alte Feindin der Deutschen in Rußland, die Petersburger *Nowoje Wremja*, ohne äußeren Anlaß die alten Verleumdungen des Grafen Bobrinski wieder aufgewärmt und in einem ihrer üblichen Hetzartikel behauptet, daß die Lodzer Deutschen sich bereits auf den kommenden Krieg rüsteten, sich in ihren Vereinen militärisch organisierten, mit dem deutschen Generalstab in Verbindung ständen und von ihm den Auftrag hätten, der kämpfenden russischen Armee in den Rücken zu fallen und seine Sabotagepläne auszuführen. Viel erörtert wurden auch die geheimen Abmachungen anläßlich der letzten russischen Vorkriegsanleihe, nach welchen Frankreich es seinem Bundesgenossen zur Pflicht machte, das strategische Bahnnetz im Westen weiter auszubauen und ein gutes Verhältnis zu den eigenen Polen herzustellen, damit im künftigen

Kriege die russischen Polen ihre galizischen und posenschen Volksgenossen zugunsten der französisch-russischen Pläne beeinflußten.

Industriesorgen und Hochkonjunktur

Aber der bewölkte politische Himmel wurde dem Gesichtskreis der in der Industrie verwurzelten deutschen Städter entrückt, als in den Monaten vor dem Kriege die **Textilindustrie** in Polen große Aufträge für das Reich erhielt und alle rasch erfolgten Betriebsvergrößerungen nicht genügten, um die Bestellungen ausführen zu können. Noch im Vorjahr hatten die Fabrikbesitzer in Lodz und seinen Nachbarstädten kritische Zeiten durchlebt. Die Arbeiter waren mit hohen Lohnforderungen gekommen, deren Bewilligung im Hinblick auf den Wettbewerb der Moskauer Fabriken unmöglich war. Moskau hatte nicht nur billigere Arbeitskräfte, sondern lag auch dem Ursprungsgebiet der russischen Baumwolle nahe und entnahm die von der Industrie beanspruchten großen Wassermengen den Flüssen, während Lodz sein Wasser sich durch riesige und kostspielige Pumpwerke beschaffen mußte und bedeutend höhere Frachtauslagen bei der Heranführung von Rohmaterialien hatte. Während des längeren Ausstandes hatten die Moskauer Fabriken vielfach ihren Lodzer geschäftlichen Gegnern die Abnehmer im Innern des Reiches abgejagt. Nachdem eine Einigung mit den Lodzer Arbeitern erzielt worden war, stellte sich im Reiche eine der vielen "Pleiteepidemien" ein, die als Krebsschäden an der Lodzer Industrie zehrten und bei dem beanspruchten langen Warenkredit in der Provinz alle Jahresbilanzen der Lodzer Unternehmungen schwankend machten. Es gab Fabrikbesitzer, die sonst nicht zu den Schwarzsehern gehörten, diesmal aber, angesichts der dauernden Fehlschläge, zu denen noch das Abspenstigmachen bewährter technischer Mitarbeiter durch die Moskauer Unternehmer kam, die Flügel hängen ließen und den Ruin der alten Lodzer Industrie schon greifbar nahe sahen.

Nun schien für das Lodzer Unternehmertum abermals goldene Zeiten angebrochen zu sein. Die russische Intendantur vervollständigte ihre Vorräte, zahlreiche Lieferanten holten sich große Aufträge, die sie, mit Rücksicht auf die vorgeschriebenen kurzen Lieferfristen, an die betriebsfähigen Fabriken weitergaben, wobei auch erhöhte Preise gern gezahlt wurden, wenn nur die Ausführung in möglichst kurzer Zeit erfolgen konnte.

Ruckweise griff jetzt das große Geschehen in die Entwicklung der Lodzer Industrie und in das **Leben der deutschen Volksgemeinschaft in Polen** ein. Anfangs schien es noch allen unglaublich, daß den äußeren kriegerischen Gebärden, die die diplomatischen Noten und die Zeitungsaufsätze begleiteten, blutige Kämpfe folgen könnten. Als dennoch der Krieg erklärt wurde, da hoffte man immer noch auf ein nicht zu bestimmendes Etwas, das den auf Todesringen gerüsteten Schwertträgern in den Arm fallen würde. Wenige Tage nach dem Kriegsausbruch wurde die Nachricht vom Tode Kaiser Franz Josefs verbreitet und daran die Erwartung geknüpft, daß in der Struktur der Donaumonarchie sich große Änderungen vollziehen würden, die eine Verständigung unter den in den Krieg gezogenen Völkern ermöglichen könnten. Das allmähliche Zurückziehen der russischen Streitkräfte und das zögernde Vorfühlen deutscher dünner Linien im westlichen Polen schienen denjenigen rechtzugeben, die immer noch mit einer Verständigung rechneten, weil das Verhalten beider Armeen die Schlußfolgerung erlaubte, daß sie einer ernsten Waffenentscheidung auswichen. Von dem grausigen Ringen in Ostpreußen kamen erst nach Monaten Nachrichten, die die ganze Wahrheit enthüllten. Deutsche Bürger in Lodz äußerten sich zu einem russischen Polizeibeamten, daß es den Eindruck erwecke, als ob Verhandlungen zwischen den Hohenzollern und den Romanows schwebten, die einen unblutigen Ausgang der Verwicklungen herbeiführen sollten. "Dann erschlagen wir Nikolaus II. und führen den Krieg ohne ihn weiter!" erwiderte der altrussische Haudegen, dem schon vor Kriegsbeginn Weisungen über den Abbau der langjährigen guten Beziehungen zwischen der russischen Beamtenschaft und dem deutschen Bürgertum zugegangen waren, die nun, in der ersten Kriegszeit, in verschärfter Form wiederholt wurden.

Zurückziehen des russischen Militärs und Vorfühlen der deutschen Streitkräfte

Deutsche Einschläge im russischen Kriegswesen

Nach langer Zeit zum erstenmal wieder sah man in den ersten Kriegstagen an den Straßenecken der Industriestädte dreisprachige offizielle Bekanntmachungen. Militär- und Zivilbehörden bedienten sich neben der russischen auch der polnischen und deutschen Sprache. Der oberflächliche Beobachter konnte glauben, daß sich in dem Verhalten des offiziellen Rußlands zu den Deutschen in Polen nichts geändert habe. Außer polnischen und jüdischen belebten auch deutsche Reservisten die Straßen der Städte und die Bahnhöfe. Man fand nichts Anstößiges daran, daß die Mannschaften einer russischen Batterie, die sich aus deutschen Lodzer Arbeitern zusammensetzte, bei ihrem Durchzug durch Lodz nach dem ostpreußischen Kriegsschauplatz sich mit Vorübergehenden laut in deutscher Sprache unterhielten.

Es war öffentliches Geheimnis, daß die russische Oberste Heeresleitung bei einem Kriege mit Deutschland die westlichen Teile Polens dem Feinde preisgeben würde. Zwei Tage vor der Kriegserklärung begann bereits die russische Beamtenschaft die zum "Operationsgebiet" erklärten Landesteile zu verlassen. Allgemein glaubte man, daß Lodz bereits Anfang August deutsche Besatzung haben würde. Nicht nur in deutschen, auch in polnischen Kreisen äußerte man sich vorbehaltlos über eine bevorstehende Angliederung Polens an Deutschland; der beschleunigte Abzug der Zivilbehörden und des russischen Militärs schien diese Annahmen zu bestätigen. Erst als Ende August die inzwischen bis über Lodz hinaus vorgedrungenen dünnen deutschen Linien vor den in Bewegung gesetzten großen russischen Reitermassen zurückwichen und der Erlaß des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch bekannt wurde, wonach Polens Träume nach Wiederherstellung eines eigenen Reiches und Vereinigung der drei Teilgebiete in Erfüllung gehen sollte, begann eine andere Auffassung der Verhältnisse, die befestigte "russische Orientierung", Platz zu greifen. Nährstoff erhielt sie aus den Greuelnachrichten, die über die Kalischer Ereignisse in das Land getragen wurden, und den bei den Polen stets vorhanden gewesenen Deutschenhaß entflammten.

Zurückgebliebene russische Späher hatten über das Verhalten der bodenständigen deutschen Bevölkerung während des deutschen Vormarsches fleißig Buch geführt. Zu ihnen kamen Scharen von freiwilligen Angebern, die jedes den deutschen Truppen bei ihrem Durchmarsch gegönnte freundliche Wort, jede Auskunft und jede gastliche Aufnahme zu todeswürdigen Verbrechen hinzustellen bemüht waren. Da bereits in den ersten Augusttagen Tausende von Reichsdeutschen aus Lodz und Umgebung nach Sibirien ausgewiesen wurden, so mußten die einheimischen Deutschen die ganze Last der verletzenden Anschuldigungen tragen. Man griff auf alte Märchen von vorbereiteten deutschen Fahnen und Backen von Festkuchen zum Empfang der deutschen Soldaten zurück. In Lodz wurden zahlreiche angesehene deutsche Bürger verhaftet. In Pabianice bei Lodz belegte der deutschnamige russische Reitergeneral Hillenschmidt die deutsche und jüdische Bürgerschaft der Stadt mit einer hohen Strafzahlung wegen der "überaus gastfreundlichen Aufnahme des Feindes" und ließ bevorzugte Mitglieder der deutschen und jüdischen Gesellschaft festnehmen. Den Führern der freiwilligen Feuerwehr, die an Stelle der geflüchteten Polizei den Ordnungsdienst versah, machte er Vorwürfe, daß sie dem deutschen Armeekorps den Eintritt in die Stadt nicht verwehrt habe. "Mit euren Äxten hättet ihr sie angreifen müssen!" erwiderte er auf die entschuldigenden Ausführungen des Feuerwehrkommandanten. Die deutschen Bewohner der anderen Nachbarstadt Zgierz wurden auf Grund der Angaben polnischer Nachbarn des Einverständnisses mit dem Feinde beschuldigt und acht führende Persönlichkeiten monatelang von Gefängnis zu Gefängnis geschleppt und endlich nach Sibirien verbannt.

Der Augenblick der Vernichtung des Deutschtums in Polen

Aber nicht nur in den Städten war die deutsche Bevölkerung jeder Willkür preisgegeben, auch die deutschen Ansiedler, die schon seit jeher als Vortrupp des deutschen Heeres galten, waren den denkbar größten Unannehmlichkeiten ausgesetzt. Zu den ersten Kriegsopfern gehörten die in der Nähe der Festung Nowogeorgiewsk (Modlin) wohnenden Kolonisten. Am 13. August kam der

Befehl, daß sie ihre Heimstätten verlassen müßten. Polnische Festungsarbeiter setzten sich in den kostenlosen Besitz des Ererbten und Erworbenen. Die alten Spionagemärchen tauchten wieder auf. Mit zynischer Offenheit äußerten sich die Verleumder, daß nun der **Augenblick der Abrechnung und der Vernichtung des Deutschtums in Polen** gekommen sei.

Polonisierte evangelische Pfarrer und russophile Deutsche halfen der polnischen Presse und den Leitern der polnischen öffentlichen Meinung in ihrem Verleumdungsfeldzuge. Von den Kanzeln evangelischer Gottesdiensthäuser zog man in deutscher Sprache gegen "deutsche Unkultur" und "deutsche Gottlosigkeit" los und pries die Gerechtigkeit der von den russischen Waffen vertretenen Sache. Damals erweiterte sich der ohnehin schon vorhandene Gegensatz zwischen dem Empfinden der deutsch-evangelischen Gemeinden und dem ihrer Führer. Mancher Pfarrer, der von hartbedrängten Gemeindemitgliedern um Zeugenschaft für die politische Unbescholtenheit ihrer infolge polnischer Angebereien verhafteten Angehörigen gebeten wurde und aus Furcht sein Zeugnis versagte, hat den Rest der noch vorhanden gewesenen Achtung eingebüßt.

Nach dem Frontwechsel stellten sich auch die Reisenden ein, die in deutschen Kurorten oder auf der Reise vom Kriege überrascht wurden und als "Russen" in der ersten Zeit der Spionenjägerei in Deutschland manche Unbill zu erdulden hatten. Verbittert sannen sie ihrem eigenen kleinen Schicksal nach. Deutschlands große Tage waren an ihnen spurlos vorübergegangen. Und fast gleichzeitig mit ihnen kamen die **Ententenachrichten über deutsche Greueltaten in Belgien** und ausführliche Berichte über die Ereignisse in Kalisch. Von Leuten, die mit dabei gewesen zu sein oder sichere Kunde zu haben behaupteten, wurde immer wieder versichert, daß nicht einheimische Freischärler, sondern die Nervosität der deutschen Truppen und ihrer Führer schuld an der Vernichtung der Stadt sei. Deutsche Patrouillen hätten sich gegenseitig beschossen, und es sei daraus böswilligerweise ein Angriff der einheimischen Bevölkerung auf das Militär gemacht worden. Die Plötzlichkeit der sich in gehäufter Menge einstellenden Mitteilungen, die das deutsche Leben und Streben in der Heimat und an den Fronten in ungünstiger Beleuchtung und mit düsterster Umrahmung zeigten, brachte es mit sich, daß auch solche Deutsche in Polen, die noch zu Beginn des Völkerringens stolz auf ihre Kulturgemeinschaft mit dem Stammlande waren, nur schwer die Grenzen zwischen Wirklichkeit, Umdichtung und Erfindung ermitteln konnten. Die polnische Bevölkerung, durch die Verheißungen der russischen Heeresleitung und die ihnen in der Presse der Entente zuteil gewordenen Besprechungen aus dem ohnehin nur lockeren seelischen Gleichgewicht gerissen, befand sich im Fiebertaumel. Die Kalischer Geschehnisse gaben Anlaß, die Bedeutung des schon in früheren Zeiten mit einem hämischen Unterton in das polnische Sprachgut aufgenommenen deutschen Wortes "Kulturträger" in ihr Gegenteil umzukehren. Der Hinweis auf deutsche Manneszucht war ein Wagnis, das seine Urheber der gesellschaftlichen Verfemung preisgab. Die beiden deutschgeschriebenen Zeitungen in Lodz aber beschränkten sich darauf, in üppiger Fülle die Lügennachrichten der von London und Paris gespeisten Petersburger Telegraphenagentur zu bringen. Ab und zu wurde ein von niedrigen Ausfällen gegen Deutschlands leitende Männer strotzender Aufsatz des in englischem Solde stehenden "deutschen" *St. Petersburger Herold* oder die Übertragung giftgeschwollener Ausführungen polnischer Blätter abgedruckt.

Nach dem ersten deutschen Rückzug im August hatten die russischen Behörden sich wieder eingestellt und begonnen, ihren Obliegenheiten nachzukommen. Als schon nach wenigen Wochen die wechselnde Frontlage ihren abermaligen beschleunigten Abzug forderte, erschienen in den Städten die Bürgermilizen in neuem Bestande. Die früheren unangenehmen Erfahrungen veranlaßten viele Deutsche, es sich zum Grundsatz zu machen, in Zukunft in keiner Weise mehr in der Öffentlichkeit hervorzutreten. Um nicht aufs neue Unannehmlichkeiten ausgesetzt zu sein, zogen es zahlreiche deutsche Fabrikbesitzer und Bürger vor, hinter der russischen Front zu bleiben und noch vor dem Abzug der Russen nach Warschau und weiter nach Innerrußland zu reisen. Nach dreiwöchigem Weilen verließen Ende Oktober 1914 die deutschen Truppen Lodz, als Hindenburg

seine vor den Toren Warschaus fechtenden Truppen den bekannten "strategischen Rückzug" antreten ließ. Wieder wurden die als Vorhut anrückenden Kosaken in Lodz und in den Nachbarstädten feierlich empfangen, auch von solchen schwachen Deutschen, denen die Betonung ihrer russischen Staatstreue doppelt notwendig erschien. Wiederum setzte sich eine Angeberarmee als freiwillige Mithelfer der russischen Feldpolizei in Bewegung, und abermals wurden zahlreiche Deutsche des Hochverrats bezichtigt.

Die Deutschen in Polen als vermeintliche Urheber der Fehlschläge der russischen Armee

Seitdem sind die gegen die Deutschen in Polen erhobenen Anschuldigungen nicht mehr verstummt. **Die Mißerfolge der russischen Waffen während des Feldzuges in Polen wurden dem angeblichen Spionagedienste der deutschen Bewohner des Landes zugeschrieben.** Viele Deutsche aus Stadt und Land sind infolge solcher unsinnigen Behauptungen gehängt oder standrechtlich erschossen worden. Deutsch oder Evangelisch war gleichbedeutend mit rechtlos sein. In ihrer blinden Wut hätte die aufgehetzte russische Soldateska am liebsten alle Deutschen ausgerottet.

Die Kriegsleiden der deutschen Ansiedler

Als die Russen am 6. Dezember 1914 Lodz zum dritten Male verließen, schleppten sie eine Anzahl Deutscher aus allen Ständen mit. Deutsche Kolonien in der Nähe von Lodz wurden von den Russen angezündet. Die alte schwäbische Ansiedlung **Königsbach** bei Lodz wurde am 8. Dezember niedergebrannt. In einer anschaulichen Schilderung ihrer Zerstörung wird von dem Schreckenstag folgendes Bild entworfen:

> "So flammte eine Wirtschaft nach der anderen auf. Auch an dem alten Schul- und Bethaus gingen die Mordbrenner nicht vorüber; es wurde mit den übrigen Häusern der Ansiedlung eingeäschert. Nur Geringfügigkeiten durften die Familien aus ihren Wohnungen retten. Ihnen wurde bedeutet, daß sie sich unverzüglich nach der nahen Eisenbahnstation Koluschki begeben sollten. Von dem grauenvollen Nachtbilde erstarrt, konnten die Königsbacher es immer noch nicht fassen, daß der größte Teil ihres Dorfes unrettbar verloren sei. Während einzelne Familien sich, den Weisungen des Militärs entsprechend, auf den Weg nach Koluschki machten, verblieb der größte Teil der Abgebrannten bei den letzten Häusern des Unterdorfes, um den Abzug der Russen abzuwarten und von ihrer gewesenen Habe das etwa noch Erhaltene zu retten. Bei den letzten Durchzügen der russischen Kolonne waren fast sämtliche Pferde zu Vorspanndiensten genommen worden. So kam es, daß die Frauen und Kinder, die ihre brennenden Häuser verlassen mußten, nicht einmal Fahrgelegenheit für die zusammengerafften Kleidungsstücke und Betten fanden. Noch vor Tagesanbruch hatten deutsche Vortruppen vom Oberdorf Besitz ergriffen. Vorsichtig fühlten sie vor. Vom Grünberger Walde aus, wo die Russen neue Stellungen bezogen hatten, wurden sie von einem Kugelregen überschüttet. Das russische Feuer blieb von deutscher Seite nicht unbeantwortet. So gerieten die flüchtenden Königsbacher ins Kreuzfeuer. Alles suchte sich zu retten; in der Sorge um das nackte Leben verzichtete man gerne auf die bis dahin geretteten Habseligkeiten."[1]

Zwischen den Fronten

Je weiter die Russen zurückgedrängt wurden, je schlimmer es mit ihnen wurde, um so barbarischer verfuhren sie mit der deutschen Einwohnerschaft des Landes. Ein im russischen Heer stehender Kolonistensohn aus einem deutschen Weichseldorf wurde Anfang 1915 beurlaubt. Er kommt ins heimatliche Dorf und findet die Einwohner beim eiligen Aufbruch, sie sollen "evakuiert" werden. Über die erhaltenen Eindrücke berichtet er in einem Briefe aus dem Kriegsgefangenenlager:

> "Ich bekam Urlaub auf sechs Monate nach Hause, da war meine Freude groß und mein Wunsch erfüllt, daß ich doch wieder los kam. Als ich nun nach Hause kam, da war nichts zu lachen, die lieben Eltern und alle Kolonisten sollten ins Innere des Reiches fort, und wir

mußten zusehen, wie alles geplündert wurde, was Jahre hindurch mit Mühe und Fleiß erspart wurde, und es wurde aus einem blühenden Dorfe bald eine Wildnis, und das Gotteshaus und unsere deutsche Schule wurden geschändet, im Betsaal wurde gespielt und getanzt und die Glocken wurden geläutet. Wir kamen bis auf den Bahnhof Warschau, da war es überfüllt mit Kolonisten, wochenlang mußten sie liegen, hunderte Kinder kamen um, bis es auf die Bahn ging, Winter war es und da bekamen sie ungeheizte Wagen. Meine lieben Eltern waren schwer krank und konnten unmöglich fahren, da war nichts übrig, als zu riskieren in Warschau zu bleiben. So haben wir uns verhalten bis doch endlich die Stunde kam und mit Gottes Hilfe unsere deutschen Brüder kamen und uns befreiten, da konnten die Eltern wieder zurück aufs Land, wo alles von den Russen zerstört und vernichtet war."[2]

Daß es den Russen nicht mehr um eine Aussiedlung, sondern um vollständige Ausrottung der Deutschen ging, erhellt ein Bericht der russischen Reichsduma aus dem Jahre 1915. Es kam dort zur Sprache, daß von den ausgetriebenen Deutschen, die im Winter 1914/15 in ungeheizten Waggons verschickt wurden, die Hälfte der Kinder und etwa 15% der Erwachsenen unterwegs starben.

Einzelschilderungen ließen sich wiederholen. Furchtbares haben ganze Dörfer und Gemeinden erdulden müssen, die sich vollständig auflösten. Ungemessene Werte sind verloren gegangen. Einzelne Gemeinden beziffern ihre materiellen Verluste auf Millionen von Mark. Über die Schicksale der deutsch-evangelischen Gemeinde Zyrardow in der Nähe von Warschau berichtete der früher dort tätig gewesene Pfarrer Wosch:

"Die Gemeinde bestand aus etwa 6000 Seelen. Der größere Teil wohnte in Zyrardow und setzte sich zusammen aus Angestellten einer von Deutschen gegründeten Fabrik, welche etwa 8000 Arbeiter beschäftigte, der Zyrardower Leinenmanufaktur von Hielle und Dittrich, dem damals größten Unternehmen dieser Art in Rußland, das im ganzen Reiche seine Zweigstellen besaß und dessen Erzeugnisse weltberühmt waren; es war auch bekannt durch die seinen deutschen Inhabern zu verdankenden mustergültigen Wohlfahrtseinrichtungen. Vor ihrem Abzuge im Sommer 1915 »evakuierten« die Russen die Fabrik und sprengten ihre Gebäude. Es waren dies Arbeiter, Meister und Fabrikbeamte. Der kleinere Teil bestand aus Kleinbürgern, Handwerkern und Kolonisten. Heute sind im ganzen 250 Seelen geblieben, fast ausschließlich Reservistenfrauen mit ihren Kindern, denen das Bleiben in letzter Stunde gestattet wurde. Die Leiden der Gemeinde begannen gleich mit Beginn des Krieges. Es war dies die Ausweisung der deutschen Untertanen, welche hier mit besonderer Strenge durchgeführt wurde. Sie wurden als Gefangene behandelt und nach Orenburg und Ufa verschickt. Dem Pastor gelang es, einige von ihnen zu befreien und ihnen die Rückkehr nach Deutschland zu ermöglichen, was ihn wohl in den Ruf einer besonderen Deutschfreundlichkeit brachte und zum Grund seiner späteren Ausweisung wurde. Die Aussiedlung der Gemeinde begann nach dem Rückzug der Deutschen von Warschau im Oktober 1914. Die Evangelischen waren rechtlos und der Willkür des Militärs preisgegeben. Nach den Niederlagen bei Lodz und Lowitsch kam in Rußland die Überzeugung auf, daß an denselben die starke [deutsche] Kolonisation in Polen schuld sei. Nun wurden alle Deutschen verdächtigt und ausgesiedelt. Erst die Haus- und Landbesitzer, dann die Arbeiter, endlich Frauen, Greise und Kinder. In wenigen Stunden mußten sie ihre Habe verkaufen, nur das Notwendigste konnte mitgenommen werden. Fast 3 Wochen hielten sich die Ausgewiesenen in Warschau auf, auf Fußböden, Treppen, Fluren schlafend, während der Pastor Anstrengungen machte, den Aussiedlungsbefehl zu mildern. Als alles vergeblich war, wurden die Ausgewiesenen weiter nach Rußland jenseits der Wolga geschickt, die Wahl des Ortes wurde ihnen freigestellt. Schon in Warschau traten infolge von Hunger, Aufregung und Zusammenpferchung Krankheiten und Todesfälle auf, die sich später mehrten. Der Transport geschah in Leiterwagen, denen das Anhalten innerhalb der Stationen nicht gestattet war. Nach Ankunft lagen die meisten tagelang vor den Bahnhöfen, sie wurden vielfach von den

> Ortsbehörden nicht in die Städte hineingelassen und weiter geschickt. Aus allen Briefen drangen die traurigen Klagen von Leiden und Sterbefällen. Selbst bemittelte Familien gerieten in die bitterste Not."[3]

Viele von den Ausgewiesenen, die von polnischen Nachbarn der Spionage beschuldigt waren, sind ohne Untersuchung und Urteil gehängt oder erschossen worden. Andere, die in die Hände weniger gewissenloser Unterbefehlshaber gerieten, hat man monatelang durch die Gefängnisse geschleift, um sie endlich, da ihnen keine Schuld nachgewiesen werden konnte, nach Sibirien zu verbannen. Wieder andere sind spurlos verschwunden. Kein Alter und kein Stand schützte vor dem blinden Zugreifen der Soldaten. In Lady bei Ilow wurde ein alter Greis an Stelle seines sich versteckt haltenden Hauswirts von Kosaken festgenommen und so fest gebunden, daß sich das Fleisch von seinem Handgelenk löste.

Anfangs beabsichtigte man nur die **Aussiedlung der Verdächtigten**. Später sollten **alle** Ansiedler, die innerhalb einer Strecke von 14 Kilometern beiderseits der Eisenbahnlinien wohnten, weggeführt werden. Dann kam der Befehl, daß alle Kolonisten deutscher Abstammung sich in die entfernteren Teile Rußlands zu begeben hätten, wobei die Wahl des Aufenthaltsortes ihnen freigegeben war. Zuletzt taten die mit der Ausführung der Ausweisungsbefehle Beauftragten noch ein übriges, indem sie nicht nur alle Deutschstämmigen, sondern auch **alle evangelischen**, so z. B. die evangelischen Litauer aus dem Gouvernement Suwalki, zwangsweise aussiedelten, weil sie im Verdacht standen, **"deutschen Geist zu atmen".**

Bei den letzten Ausweisungsbefehlen im Sommer 1915 in den Gouvernements Lublin und Cholm mußten alle Evangelischen innerhalb 24 Stunden ihre Heimat verlassen.

> "Der erste Befehl hatte gelautet: alle Männer von 18 - 70 Jahren haben sich nach Rußland zu begeben. In einigen Kreisen wurden jedoch Männer bis zu 80 Jahren und darüber fortgeschickt. Nach mehreren Wochen wurden auch die allein zurückgebliebenen Frauen ausgewiesen. Sie durften zu ihren Männern fahren! Allein wer vermochte ihnen zu sagen, wo diese sich befanden! In den übrigen Gouvernements war es ganz ähnlich zugegangen. Man denke sich nun das Suchen der Frauen mit ihren Kindern nach den Männern und die Angst der Männer um Frau und Kinder. Zweifellos suchen heute noch Tausende von Gliedern solcher zerrissenen Familien nacheinander und finden einander nicht. Die Szenen bei der Ausweisung der Frauen, wie sie uns geschildert wurden, spotten in ihrer Kriegsbrutalität jeder Beschreibung. Es wurde vor nichts haltgemacht, und keine Rücksichten galten. Frauen in gesegneten Umständen, die ihrer schwersten Stunde entgegensahen, gebaren auf elenden, vollbesetzten Fuhren und gaben ihren Geist auf. Auf den Bahnhöfen konnte man des öfteren mehrere Kinderleichen sehen, die einfach aus den Waggons hinausgeworfen worden waren! Man denke sich diesen Zug von Tausenden und aber Tausenden unserer Glaubensgenossen: gesunde und kranke Männer und Frauen, Greise und Kinder, meist ohne oder mit etwas schnell zusammengeraffter Habe - manchmal wurde ihnen auch diese noch bis auf die letzte Wegzehrung im letzten Augenblick geraubt - zu Fuß von Truppen vor sich hingejagt! Die unterwegs Zusammenbrechenden und Sterbenden mußten allein gelassen werden, weil niemand zurückbleiben durfte und die Gestorbenen konnten nur schnell am Wege oberflächlich in die Erde verscharrt werden. Man vergegenwärtige sich selbst das bessere Los derer, die den zuletzt in Gewaltmärschen voraneilenden Heeren in Sümpfen und Wäldern entkommen konnten! - Daheim sind hier und da vereinzelte Familienglieder zurückgeblieben; hier eine Tochter allein, Eltern und Geschwister sind verschleppt; dort hat sich ein Mann versteckt, inzwischen sind Frau und Kinder fortgejagt worden. An manchen Orten sind die Leute so plötzlich und gewaltsam verjagt worden, daß sie nicht einmal alle Kinder sammeln konnten, und Kinder allein zurückblieben. Es ist vorgekommen, daß feindliche Nachbarn das Gehöft der vertriebenen

Deutschen verbrannten und Kinder in den Flammen umkamen. Oder ein anderes Bild. Ein Gutsbesitzer am Njemen erhielt den Wink, daß er fortgeschleppt werden würde. Er packte seine Familie und die notwendige Habe auf einen Wagen und ist auf demselben mehrere Monate umhergeirrt, bis in der Nähe eines Städtchens im Gouvernement Kowno seinen Leiden durch das deutsche Militär ein Ende gemacht wurde, und er krank und lebensmüde nach Hause zurückkehren durfte, wo ihm gleich darauf ein 10jähriges Töchterchen und wenige Wochen später seine Frau starb."[4]

Eine neue Ostlandwanderung

Die genaue Zahl der deutschen Ansiedler im Cholmer Land betrug über 40 000. Nach der Karte von Wiercienski hatten einzelne Wojtsgemeinden 40 Prozent deutsche Einwohner. Ihre Ansiedlung war dem deutschen Wanderdrang zu danken, der in früheren Jahrzehnten die deutschen Waldbauern in Polen von einer Rodung zur anderen, immer weiter östlich trieb. Auch in den Gouvernements Lublin und Cholm erschlossen sie die meilenweiten Urwaldgebiete der Kultur. Einige Jahrzehnte vor dem Kriege parzellierten deutsche, polnische und jüdische Gutsbesitzer ihre im Cholmer Gebiet gelegenen Güter und boten Landstellen aus. Wie immer bei solchen Gelegenheiten stellten deutsche Ansiedler sich zahlreich an und kauften sich an. So entstand auch dort ein deutsches Dorf nach dem anderen, und es bildeten sich zusammenhängende deutsche Siedlungsgebiete. Die Wojtschaft Turka bei Cholm hat über 30 Prozent und die Wojtschaft Cycow sogar 40 Prozent deutsche Einwohner. Im Sommer 1915, als die deutschen Truppen sich dem Bug näherten, kam vom russischen Oberkommando der Befehl, sämtliche deutschstämmige Bewohner des Cholmer Gebietes auszusiedeln. Nur wenige Tage, manchmal auch nur Stunden, blieben ihnen zur Ordnung ihrer Angelegenheiten. In langen Zügen mußten sie ihre Ostwanderung antreten. Am Bug gab es längeren Aufenthalt, da inzwischen auch die russische Armee ihren überhasteten Rückzug angetreten und sämtliche Pferde aus meilenweiter Umgebung zu Vorspanndiensten für ihre Kolonnen in Anspruch genommen hatte. Am Fluß entstanden Flüchtlingslager; aus Tüchern und Planen wurden Zelte gemacht. In das Lagerleben kam neue Bewegung, als die ruthenische und polnische Bevölkerung des Kriegsgebietes, beunruhigt durch die umlaufenden Gerüchte über die Grausamkeit der deutschen Heeresangehörigen, sich dem großen Flüchtlingszuge anschloß. Indem die neuen Ankömmlinge sich vordrängten und sich zuerst auf den von Kosaken herangeholten Wagen nach Innerrußland retten wollten, gerieten die Deutschen an das Ende des langen Zuges. Vielen von ihnen gelang es, Seitenwege einzuschlagen, andere, die auf der Heerstraße weiterzogen, konnten mit gutem Grund als Ermattete zurückbleiben. Zornerfüllt sahen die Führer der russischen Nachhut, wie Hunderte von deutschen Kolonisten der Verbannung entrannen. Mehr als einmal hörten die am Wege Gebliebenen russische Offiziere davon sprechen, daß es schade sei, daß der beschleunigte Rückzug die Unschädlichmachung der Kolonisten nicht mehr gestatte.

In der Nähe der Stadt Kobryn wurden einige Hundert deutschstämmiger Familien, im ganzen etwa 3000 Seelen, nach neunwöchigem Umherirren von den deutschen Truppen ereilt und in Sicherheit gebracht. Divisionspfarrer Ungnad berichtet über sein Zusammentreffen mit einem Haufen solcher Flüchtlinge in den Rokitnosümpfen:

"Auf einer Wiese neben der Dorfstraße war ein großes Flüchtlingslager. Als ich hindurchging klangen deutsche Laute an mein Ohr, und siehe da, die Flüchtlinge waren Deutsche und sogar Glaubensgenossen, evangelisch-lutherische Diaspora-Flüchtlinge aus der Gegend von Cholm. Aus wir die Russen aus Cholm vertrieben, hatten sie die deutschen Einwohner mit fortgeschleppt. Zwei Monate schon hatten sie fern der Heimat, in Wäldern zubringen müssen. Dieses Elend! Nur das Notwendigste, manchmal auch nicht einmal dies, hatten sie auf der Flucht mitnehmen können. Die letzte Kuh, das letzte Schaf waren ihnen genommen, dazu zwei Monate unterwegs, nachts in Wäldern oder auf Sumpfwiesen. Der Tod hatte eine reiche Ernte, vor allem unter Alten und Kindern, gehalten und ging als emsiger Schnitter noch täglich durch die Reihen. Fast in jedem Zelt lagen Kranke oder

Sterbende; Cholera und Ruhr waren die unheimlichen Gäste im Lager geworden! Ein entsetzliches Elend, und doch kaum laute Klagen! Prachtvolle Menschen, diese deutschen Glaubensgenossen! Sie selbst, auch ihre Eltern, oft schon die Großeltern waren in Russisch-Polen geboren; hundert, hundertfünfzig Jahre waren seit der Einwanderung vergangen; man hatte nicht vermocht, ihnen Volkstum und Glauben zu nehmen! Deutsch war die Sprache, oft sogar mit der besonderen Färbung des Heimatdialekts geblieben, deutsche Art und Sitte. Ihr höchstes Gut - ihr evangelisch-lutherischer Glaube! Vater und Mutter unterrichteten in ihm ihre Kinder. Hausandachten wurden auf der Flucht fleißig gehalten. Einige Lehrer, die mitgeflohen waren, hielten die Gottesdienste."[5]

Erst nach monatelangen Märschen und Reisen zu Wagen und auf der Bahn sind die aus ihrer Heimat Vertriebenen in den Wolga- und anderen Steppen des östlichen und asiatischen Rußlands eingetroffen. Unausdenkbare Leidenswege standen den im allgemeinen Flüchtlingszuge eingeschlossenen deutschen Ansiedlern aus dem Cholmer Gebiet bevor, ehe sie in die ihnen angewiesenen Aufenthaltsstätten kamen. Am schlimmsten erging es vielen Familien aus Ruda bei Cholm, die nach Kustanai im Orenburger Gouvernement verbannt waren. Am Bestimmungsorte wurden ihnen die Gefängnisse als Aufenthaltsorte angewiesen. Entbehrungen und Anstrengungen machten sie widerstandsunfähig gegen Krankheiten. Als im Gefängnis Typhus ausbrach und zahlreiche Todesfälle zu verzeichnen waren, wurden die Gesunden in die benachbarten Dörfer entlassen. Aber auch dorthin wurden die Krankheitskeime verschleppt, so daß ganze **Familien ausstarben**.

Man schätzt die Zahl der von den Russen verschleppten Deutschen auf über 140 000. Fast der vierte Teil aller deutschen Einwohner Polens war weggeführt. **Das Ziel jahrelanger Hetze, die Vernichtung des deutschen Ansiedlertums war, wenigstens in den Gebieten östlich der Weichsel, erreicht!**

Anmerkungen:

1 Adolf **Eichler**: *Die deutsche Ansiedlung Königsbach*. Lodz 1917, S. 36. ...zurück...

2 *Jahrbuch des Deutschen Vereins*. Lodz 1917, S. 82. ...zurück...

3 *Jahrbuch des Deutschen Vereins*. Lodz 1917, S. 83. ...zurück...

4 Konsistorialrat **Edmund Holtz**: *Der Krieg und die evang.-luth. Kirche in Polen*. Lodz 1916, S. 4. ...zurück...

5 *Jahrbuch des Deutschen Vereins*. Lodz 1917, S. 85. ...zurück...

Der Wiederaufbau

Die Lodzer Deutschen in der Verwundetenfürsorge

Während der dreiwöchigen Kämpfe vor Lodz im November und Dezember 1914 waren weite Kreise des Lodzer Deutschtums zur **Verwundetenpflege** herangezogen. Der Führer der Mittelpartei in der russischen Reichsduma, Gutschkow, kam als Beauftragter des Russischen Roten Kreuzes nach Lodz und suchte Fühlung zu einflußreichen Lodzer Deutschen, denen er in deutscher Sprache seine Mißbilligung der von der *Nowoje Wremja* in Petersburg neuerdings aufgenommenen Hetze gegen die Deutschen in Polen aussprach, wobei er sich anheischig machte, auf Grund der selbstgewonnenen Kenntnis der örtlichen Verhältnisse für eine Berichtigung einzutreten. Sein Appell an den Opfersinn der Lodzer Deutschen blieb nicht

Russische Umwerbung

vergeblich. Der früher organisierte Verwundetendienst hätte angesichts der Zehntausende von Verwundeten, die von den Schlachtfeldern bei Lodz in die Stadt gebracht wurden, versagt, wenn ihm nicht aus der einheimischen Bevölkerung, und nicht zuletzt aus den Reihen der Lodzer Deutschen, ungezählte Scharen freiwilliger Helferinnen und Helfer zugeströmt wären. Bei der Ausstattung von Lazaretten und der Nahrungsmittelbeschaffung waren es wieder die Deutschen, die fast ausschließlich größte Opfer brachten. Das deutsche Gymnasium beherbergte die größte Zahl von Verwundeten. Warmherzige Lodzer deutsche Frauen und Mädchen nahmen sich auch der vergessenen, in Gefangenschaft geratenen deutschen verwundeten Soldaten an, obgleich uniformierte und nichtuniformierte Mithelfer und Mithelferinnen in der Verwundetenfürsorge scheel sahen und es an hämischen Bemerkungen und Drohungen nicht fehlen ließen. So wie in Lodz war es auch in den Nachbarstädten mit starkem deutschen Einschlag, die im Kriegsoperationsgebiet lagen.

Voreilige Schlußfolgerungen der reichsdeutschen Kriegsberichterstatter über das Deutschtum

Reichsdeutsche Zeitungsberichterstatter, die bald nach dem Einzug der deutschen Truppen nach Lodz kamen, haben, unter Verkennung der im Laufe des kriegerischen Geschehens gewordenen Verhältnisse und ohne Rücksicht darauf, daß es der **dritte** deutsche Einmarsch während des Krieges war, den Lodzer Deutschen den Vorwurf gemacht, daß sie es unterlassen hätten, die deutschen Stammesbrüder **als Befreier zu empfangen**.[1] Man wird es nach dem im vorigen Abschnitt Geschilderten verständlich finden, daß auch diejenigen, die sich aufrichtig über die deutschen Erfolge freuten, es vermieden, ihrer Gesinnung in Worten oder in ihrer Haltung Ausdruck zu geben. Noch lag das Schwere und Zermürbende der dreiwöchigen Schlachten in nächster Nähe der Stadt auf ihren Bewohnern. Wußte man doch auch, und gelegentliche Äußerungen der Beteiligten stellten es außer Zweifel, daß jedes Wort und jeder Schritt der deutschen Einwohner der Stadt von scharfhörigen und helläugigen Aufpassern beobachtet wurden. Und wer gab die Sicherheit, daß die Kampflage nicht einen neuen Rückzug der deutschen Armee nötig machen würde? Waren dann die Lodzer Deutschen, die ihre deutschfreundliche Gesinnung bekundet hatten, nicht ebenso der russischen Vernichtungswut ausgesetzt, wie ihre Volksgenossen auf dem platten Lande?

Nur langsam kehrte das Vertrauen zu der Dauer des bestehenden Zustandes ein. Während der Kampftage, als deutsche Geschosse und Fliegerbomben in die Stadt kamen und der großfürstliche Oberbefehlshaber der russischen Verteidigungsarmee die Weisung gab, die Stadt unter allen Umständen und ohne Rücksicht auf die ihr und ihren Bewohnern durch deutsche Beschießung drohenden Schäden zu halten, hatte die Sorge um Erhaltung des eigenen Lebens und Besitztums, die Verwundeten-Unterbringung und Pflege und der durch das Aussetzen der Zufuhr entstandene Mangel an Lebensmitteln alle anderen Interessen in den Hintergrund gedrückt. Nun suchte das aus seiner Bahn geschleuderte bürgerliche Leben wieder in den Gleichschritt des Alltags zu kommen. Da durften und mußten die Lodzer Deutschen wieder die Frage stellen und zu beantworten suchen: **Wohin gehören und was sind wir?**

Aus den reichsdeutschen Zeitungen, die nun nach halbjährigem Ausbleiben wieder nach Lodz kamen, gewann man erst ein richtiges Bild von der Weltlage, von Deutschlands Opfern und Aussichten. Und als aus den Erzählungen der feldgrauen Gäste und der nachgelieferten Zeitschriften Deutschlands Erwachen zu heldenhafter Größe in den ersten Augusttagen bekannt wurde, da quoll auch in den Herzen der Lodzer Deutschen das deutsche Gefühl auf.

Die Ausschaltung der Deutschen aus dem öffentlichen Leben durch die polnischen Bürgerkomitees

Nach dem Ausgleich der inneren Spannung lenkte sich die Aufmerksamkeit aller, die dem Deutschtum in Polen den ihm nach seiner geschichtlichen Entwicklung und seiner geistigen und wirtschaftlichen Bedeutung zukommenden Platz sichern wollten, auf die Verhältnisse in der Nähe. Schmerzlich war es für viele, immer aufs neue feststellen zu

müssen, daß die Deutschen aus dem öffentlichen Leben aus Lodz und den benachbarten Industriestädten ausgeschaltet waren. Die Bürgerkomitees, die die Verwaltung der Städte in Händen hatten, bestanden fast nur noch aus Polen oder polonisierten Deutschen und Juden. Die deutsche Sprache war in den Amtszimmern nicht mehr zu hören. Jeder zur Ergänzungswahl für den Hauptausschuß oder die Unterabteilungen des Bürgerkomitees Vorgeschlagene mit deutschklingendem Namen wurde, ohne daß er es wußte, daraufhin geprüft, wie weit der Polonisierungsprozeß bei ihm schon vorgeschritten sei. Zur Entscheidung von Rechtsfragen waren Milizgerichte eingerichtet, denen die Entgegennahme deutscher Schriftsätze und auch deutsche Verhandlung untersagt waren, während die früheren russischen Richter, je nach Neigung und Entgegenkommen, den Gebrauch des Deutschen in den Verhandlungen zugelassen hatten. Das Bestreben der leitenden Herren ging offensichtlich dahin, den Städten des Lodzer Industriegebiets ein polnisches Gesicht zu geben.

Ansätze der deutschen Aktivisten zum Handeln

Eine Anzahl Männer, solche, die schon in den früheren Abschnitten der Entwicklung des Deutschtums eine Rolle gespielt hatten, und andere, die ebenfalls von heißer Liebe zu ihrem Volke gedrängt wurden, fanden sich zu **Besprechungen** zusammen, um zunächst unter sich darüber einig zu werden, ob es angesichts der noch überall laut werdenden Furcht vor der Wiederkehr der Russen angezeigt sei, als Vertreter der deutschen Volksgesamtheit hervorzutreten und den ihr von Rechtswegen zukommenden Einfluß in der Leitung der Verwaltung zu heischen, oder ob es ratsamer sei, zunächst noch zu warten, bis die noch in der Entwicklung begriffenen Dinge festere Form angenommen haben. Die Meinungen gingen auseinander und es blieb vorläufig bei unproduktivem Ansichtenaustausch, bis sich diejenigen, die für deutsches Handeln waren, zu dem Entschluß aufschwangen, zur Tat überzugehen. Mußten sie doch fürchten, daß es bei einem Hinziehen der Entscheidung, angesichts des zielbewußten Vorgehens der Polen, leicht zu einem "Zu spät" kommen könnte.

Im Stabe des neuen Militärgouverneurs von Lodz befand sich auch der Herausgeber der *Grenzboten*, Georg Cleinow, dem die Schaffung einer Presseverwaltung für das okkupierte Gebiet übertragen wurde. An Stelle der unterdrückten *Lodzer Zeitung* rief er die ***Deutsche Lodzer Zeitung*** ins Leben. Mit ihr trat, nach der Unterdrückung der *Lodzer Rundschau*, wieder eine bewußtdeutsche Zeitung auf den Plan. Sie öffnete ihre Spalten den Beschwerden der einheimischen Deutschen und brachte Aufrufe von Heinrich Zirkler und Adolf Eichler, die die schlummernden Deutschen zur Tat ermunterten.

Gelegenheit zum Handeln bot sich, als sich eine Vereinigung deutscher Männer bildete, zwecks Einrichtung von deutschen Analphabeten- und Fortbildungskursen für Erwachsene. Solche Lehrgänge bestanden bereits für polnische Arbeiter und Arbeiterinnen. Als das Bürgerkomitee um Zuweisung von Mitteln für die deutschen Kurse ersucht wurde, suchte es die Entscheidung hinzuziehen und redete sich damit aus, daß keine Mittel mehr vorhanden wären. Ähnliche unliebsame Erfahrungen machte man bei den Bemühungen um die Erhaltung der deutschen Volksschulen. Noch war zwar, dank dem Eifer einiger deutschen Lehrer, eine Anzahl deutscher Schulen im Betrieb, aber es lag doch das Bestreben vor, eine neue Polonisierung der Schulen zu versuchen und den Schulen, die ihren deutschen Charakter bewahren wollten, die Unterstützung zu entziehen. Zirkler, der alte Kämpe um die Erhaltung des deutschen Schulwesens, trat mit einer Statistik hervor, die die Absichten der Schulabteilung des Bürgerkomitees enthüllte.

Dieser Anlaß und einige andre Vorkommnisse führten die Teilnehmer der Besprechungen zu der inzwischen eingerichteten **deutschen Zivilverwaltung** in Lodz, an deren Spitze als Polizeipräsident Geh. Oberregierungsrat **v. Oppen** stand. Bis dahin hatten die Ergebnisse der deutschen Beratungen den Stempel des Unverantwortlichen getragen. So lange man es nicht mit einer einigen deutschen Gesellschaft zu tun hatte, wollte man nicht vor deutsche Behörden treten. So oft auch der Vorschlag

gemacht worden war, sich um Abhilfe an die Zivilverwaltung zu wenden, - immer war der Einwand zu hören, daß man noch nicht das Recht habe, sich ohne Auftrag einer größeren Gemeinschaft deutscher Wünsche wegen an die Verwaltung zu wenden. Die Versuche, den Kreis der Beratenden zu erweitern, endeten damit, daß die vielen Fragen, die bei früheren Zusammenkünften besprochen und halb entschieden worden waren, noch einmal erörtert werden mußten. Ein das Bewußtsein vieler ausfüllender Fehlschluß hinderte jedes Handeln: Man nahm an, daß die deutschen Behörden sich ungebeten um die einheimischen Deutschen bemühen und ohne ihr Zutun ihnen die Geltung verschaffen würden, auf die sie im Hinblick auf ihr geschichtliches Recht Anspruch hatten. Die Schulfragen und späterhin die Vertretung der Deutschen in der in Aussicht genommenen neuen Stadtverwaltung wurden im Juni 1915 in einem erweiterten Kreise von Vertretern aller deutschen Gesellschaftsschichten besprochen und Obmänner gewählt, die als Beauftragte der deutschen Gesellschaft verschiedene Wünsche dem Polizeipräsidenten vortragen sollten. Es waren dies Dr. Bräutigam, Zirkler und Eichler, die in ihrer Besprechung bei Geheimrat v. Oppen das größte Verständnis fanden und das Versprechen erhielten, daß die deutschen Interessen wahrgenommen werden sollten. Freilich flocht der Präsident in seine Ausführungen die Bemerkungen ein, daß die Lodzer Deutschen reichlich spät mit ihren Ansprüchen kämen, Vertreter der polnischen und jüdischen Bevölkerung fände er in offiziellen Missionen täglich bei sich.

Deutscher Einfluß in den neuen Städteverwaltungen

Ende Juni 1915 kam die Verordnung des Oberbefehlshabers Ost heraus, die den Bürgerkomitees der polnischen Städte links der Weichsel, die sich in ihrem Machtgefühl zu Verwaltungen kleiner Republiken auswuchsen, das verdiente schmerzlose Ende bereitete. Von deutscher Seite hatte man, unter Berufung auf die früheren Zusicherungen der russischen Zentralbehörden in Petersburg, wonach bei der Einführung der **städtischen Selbstverwaltung** die steuertragenden deutschen Gesellschaftsschichten nicht zu kurz kommen sollten, eine Drittelung der städtischen Verwaltung, entsprechend ihrer nationalen Zusammensetzung, gefordert und auch zugebilligt erhalten. Ähnlich vollzog sich die Umbildung der städtischen Behörden auch in den anderen Städten des Lodzer Bezirks. Nach der Verordnung waren die Magistratsmitglieder und Stadtverordneten in ihre Ämter durch Ernennung zu berufen. Die deutschen Aktivisten traten selber dafür ein, daß auch Vertreter der passivistischen Richtung berufen werden sollten. Ähnlich geschah es auch bei den anderen nationalen Gliederungen. Da ein größerer Teil der jüdischen Kommunalpolitiker, entsprechend der damals noch bei den polnischen Juden vorhandenen und durch die deutschen Siege gefestigten deutschfreundlichen Gesinnung in die deutsche Fraktion eintrat, so bekamen die Stadtparlamente in Lodz und seinen Nachbarstädten deutsche Mehrheiten. In Lodz gehörten der Stadtverwaltung außer den bereits genannten drei deutschen Aktivisten noch an: Ludwig, Triebe, Schwarzschulz, Daube, Ramisch, Schmidt, Vogel, Scheibler, Steinert, Sanne, Mühle und Zemann, die sowohl in den Sitzungen wie auch in den Deputationen wertvolle produktive Arbeit leisteten. Zum ersten Bürgermeister wurde der in der deutschen Zivilverwaltung beschäftigte Oberbürgermeister von Gnesen, Schoppen, zum zweiten Bürgermeister Manufakturrat Leonhardt ernannt.

Nach der Verordnung waren für alle Zweige der städtischen Selbstverwaltung beide Sprachen, Deutsch und Polnisch, gleichberechtigt. Infolge stärkerer Inanspruchnahme sachkundiger Beamten der deutschen Zivilverwaltung für alle Spezialgebiete der städtischen Wirtschaft kam das Deutsche zu einer gewissen, unbeabsichtigten Vorherrschaft. Mit Staunen sah man, wie in kurzer Zeit in das verfahrene Stadtwesen Zug kam und die während der Herrschaft des Bürgerkomitees sich schon allenthalben breitmachende Korruption der Ehrlichkeit und redlicher Pflichterfüllung wich. Nie vorher und nie nachher sind in und um Lodz in den städtischen Gemeinwesen mit geringen Mitteln so viel schöpferische Leistungen vollbracht worden. Orts- und Wohnungshygiene mußten frisch in Angriff genommen, die mangelnde oder verwahrloste Wasserversorgung eingerichtet, die Beseitigung der Abwässer durchgeführt, die Nahrungsmittelhygiene in allen ihren Teilen erzwungen werden. Dazu kam die Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten, für die bakteriologische Institute, Seuchenhospitäler, Absonderungshäuser für Ansteckungsverdächtige und

Desinfektionseinrichtungen zu beschaffen waren. Außerdem kamen hinzu das allgemeine Schulwesen, für das die bekannten Hindenburgschen Schulverordnungen erlassen wurden, die Kleinkinderfürsorge, Kranken- und Siechenpflege und die Fürsorge für das Leichenwesen. Das gänzlich im argen liegende Finanzwesen mußte von Grund auf neu geregelt, Steuerquellen gefunden und reichsdeutsche Bankgruppen zu Anleihen willfährig gemacht werden. Arbeitslosenunterstützungen verschlangen Unsummen, da die Industrie infolge des fehlenden Rohmaterials und der späteren Beschlagnahmen während des ganzen Krieges stillag. Auch die Beträge, die von den Städten für Rechnung des russischen Staates an die Reservistenfrauen gezahlt wurden, liefen in die Millionen. Zu sichtbaren nationalen Reibungen ist es während der 1½jährigen Tätigkeiten der ernannten Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung nicht gekommen. Die vorbildliche Arbeit, die von deutschen Beamten im Verein mit einheimischen Deutschen, Polen und Juden getan wurde, schien von allen Beteiligten anerkannt zu werden. Nur assimilatorische Juden brachten ab und zu in ihrem polnisch-nationalen Übereifer Konfliktstoff in die Verhandlungen.

Die deutschen Aktivisten konnten sich, als sie mit ihrer praktischen Arbeit begannen, bereits auf **breitere deutsche Massen** stützen. In Kongreßpolen sind auch die deutschen Städter noch kirchlich interessiert. Der Besuch der evangelischen Gottesdienste hatte aber während der Periode des Polterns der einheimischen Kanzelredner gegen deutsche Gottlosigkeit nachgelassen. Um so stärker wurden nach dem Einzug der deutschen Truppen die **Militärgottesdienste** besucht. Divisionspfarrer Willigmann aus Königsberg brachte in seine Predigten eine starke nationale Note, ohne daß ihre religiöse Seite dadurch litt. Zuerst war es nur ein Häuflein Lodzer Deutscher, das sich zu den Militärgottesdiensten einfand. Allmählich wurden es aber Hunderte und Tausende, die sich in der etwa 5000 Menschen fassenden evangelischen St. Johanniskirche in Lodz zusammenfanden und ergriffen den aufrüttelnden Worten des begabten Redners lauschten und durch ihren ständigen Besuch dieser Gottesdienste ein Bekenntnis zum Deutschtum ablegten. Anfangs drohten noch minderwertige Volksgenossen,die sich auf die Seite der Passivisten geschlagen hatten, mit schwarzen Listen der Besucher der Willigmannschen Predigten in Lodz und den Nachbarstädten zwecks Namhaftmachung der noch in weiten Kreisen erwarteten Wiederkehr der Russen. Allmählich mußte die Tatsache ruhiger hingenommen werden. Die von den Militärgottesdiensten ausgehende religiös-nationale Bewegung wurde, als Willigmann im August 1915 mit den vorrückenden Truppen nach Warschau ging, weiter gepflegt und vertieft durch den Gouvernementspfarrer Lic. Althaus, der bis zum Ende der deutschen Verwaltung in Lodz weilte und der deutschen Arbeit in Polen durch seine Predigt-, Vortrags- und literarische Tätigkeit wertvolle Dienste leistete. Die deutsche Bewegung in Pabianice und Umgegend wurde durch das verdienstvolle Wirken des Gouvernementspfarrers Paarmann in Sieradz gefördert.

Das eigene Organ der deutschen Aktivisten, die "Deutsche Post"

Während der Vorbereitungen zu der Überführung des Lodzer Deutschtums in eine Periode schöpferischer Tätigkeit hatten die führenden Männer das Fehlen eines eigenen Organs bitter empfunden. Wenn sie zu den sie bewegenden Fragen der Zeit Stellung nehmen wollten, waren sie auf die *Deutsche Lodzer Zeitung* angewiesen, die als amtliches Blatt galt. Die *Neue Lodzer Zeitung*, die sich damals um die Gunst der deutschen Aktivisten bemühte, konnte ihrer sie schwer belastenden Vergangenheit und ihrer Unzuverlässigkeit wegen nicht herangezogen werden. Um ihre Aufsätze als unbeeinflußte Meinungsäußerung kenntlich zu machen, zeichneten die Verfasser sie mit vollem Namen. Dennoch blieben unbeabsichtigte und beabsichtigte Mißverständnisse nicht aus. Deshalb wurde von den Aktivisten eine eigene Wochenschrift, die *Deutsche Post*, gegründet, zu deren Herausgeber Eichler berufen wurde. In der Einleitung zur ersten Nummer wurde über die Notwendigkeit des Blattes folgendes ausgeführt:

> "Deutsche Arbeitskraft, deutsche Intelligenz und deutsches Kapital haben den hiesigen Industriebezirk geschaffen. Wir müßten denken, daß Deutsche überall, in allen

> Körperschaften, die sich mit öffentlichen Fragen befassen, die ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung haben. Ach! die Wirklichkeit ist anders. Wir wissen es und hören es jeden Tag aufs neue, daß der Respekt vor den einheimischen Deutschen in unserem Lande gesunken ist. Man sagt uns hiesigen Deutschen nach, wir seien »unters Rad« gekommen; wir kämen, um mit Schopenhauer zu sprechen, »mit hundert Absichten und tausend Rücksichten belastet unseres Weges daherlaviert«. Es soll hier nicht erklärt werden, wie alles gekommen ist. Wir denken an Gegenwart und Zukunft. Wir wollen dafür eintreten, daß die Deutschen zu der Geltung kommen, die sie gerechterweise verdienen... unser Ziel ist: eine sich eins und kräftig fühlende deutsche Gesellschaft, ein Wiederaufleben der deutschen Vereine mit aller ihrer kulturfördernden Arbeit, eine jedem deutschen Kinde zugängliche deutsche Schule, auf der unsere Zukunft beruht, und eine deutsche Volkskirche. Wir wollen nicht nur an Schaffung materieller Güter denken, sondern daran arbeiten, daß ein arbeitsfreudiger deutscher Idealismus bei uns Wurzeln schlägt."

Die *Deutsche Post*, in deren Schiftleitung man bald nach ihrer Gründung Friedrich Frierl berief, wurde der Mittelpunkt aller deutschen Arbeit in Lodz. Jede ihrer Ausgaben bekundete nicht nur die Berechtigung, sondern auch den Zweck ihres Daseins. In ihr spiegelte sich das gesamte Lodzer deutsche Leben wider. Sie diente während ihres fast 3½jährigen Bestehens bis Mitte November 1918 allen deutschen Unternehmungen als Schrittmacherin. Was alle Deutschen in Stadt und Land ersehnten und forderten, was alle drückte und plagte, wurde in ihren Spalten besprochen und der Grund für eine bessere Zukunft gelegt.

Wichtig für das Ansehen und die richtige Bewertung des Deutschtums in Polen war die Zurückweisung der Vorwürfe, die Lodzer Deutschen wären samt und sonders **"Rubelpatrioten"** und schielten alle nach Rußland hinüber, wie reichsdeutsche Zeitungsberichterstatter oder Broschürenschreiber auf Grund eiliger Besuche oder des durch Hörensagen Erfahrenen immer wieder behaupteten. Eine nicht minder unrichtige Schilderung der Wirklichkeit ließen sich die **deutschschreibenden polnischen** Schriftsteller zuschulden kommen, die sich bemühten, der deutschen Öffentlichkeit die Meinung beizubringen, Lodz sei eine **rein polnische** Stadt mit polnischer Industrie. - Die *Deutsche Post* hat dazu beigetragen, daß das alte Mutterland sich wieder seiner vergessenen Kinder erinnerte und etwas von ihrem Dasein erfuhr. Zu den wichtigsten Fragen, die die *Deutsche Post*, anregend oder kritisch, behandelte, gehörten Kirche und Schule. Das Problem der Durchdringung der evangelischen Kirche mit völkischem Geiste ist von ihren Mitarbeitern wiederholt besprochen worden. Aufsätze über Schulfragen, sowohl solche, die den Bestand und die Entwicklung der deutschen Volksschule, wie auch andere, die die drohende Entdeutschung der von den Deutschen gegründeten Mittelschulen behandelten, dienten der Förderung des Schulwesens. Die Notwendigkeit der Wiedereröffnung des deutschen Gymnasiums, das noch bis in den Hochsommer 1915 von den zurückgebliebenen russischen Verwundeten belegt war und gegen dessen Freigabe für Schulzwecke sich die russophilen Passivisten wandten, und die Gründung einer im deutschen Geiste geleiteten höheren Töchterschule wurden zuerst in ihren Spalten erörtert. - Aufrufe, Erwägungen und Ausführungen aller Vorschläge gingen in folgerichtiger Entwicklung vor sich. Urheber und Ausführer der jeweils besprochen Absichten waren fast immer dieselben Personen, die sich mit den Namen der Mitarbeiter des Blattes deckten.

Noch im Herbst 1915 gelang es den Bemühungen des Direktors des deutschen Gymnasiums, v. Eltz, alle äußeren und inneren Schwierigkeiten zu beseitigen und, nach mehr als einjähriger Pause, mit dem Schulbetrieb zu beginnen. Seiner Arbeit war es auch zu danken, daß das Interesse für die höhere Mädchenschule sich zur Gründungsfreudigkeit auswuchs, so daß das neue Luisenlyzeum im nächsten Schuljahr mit reichsdeutschen Lehrkräften eröffnet werden konnte. Die deutsche Zivil- und Militärverwaltung hat das Schulwerk tatkräftig gefördert. Ohne die durch den Polizeipräsidenten v. Oppen vermittelten Beihilfen und die Abgabe kriegsbeschädigter und im Etappendienst stehender Oberlehrer wäre die Verwirklichung der Schulpläne, die über 1000

deutschen Schülern und Schülerinnen die erwünschte Unterrichtsgelegenheit bot, nicht zu ermöglichen gewesen.

Werktätiges Christentum hatte sich schon bald nach Kriegsausbruch der notleidenden Kranken der deutsch-evangelischen Gemeinden in Lodz angenommen. Von Sonntagsschulhelfern und Helferinnen des deutschgesinnten Pastors Dietrich wurde ohne Satzung und Wahlen eine freie Vereinigung geschaffen, die sich mit dem Sammeln, Kochen und Austragen von Krankenspeisen und später mit der gesamten Kranken-, Krüppel- und Siechenfürsorge befaßte. Mit geringen Mitteln wurde von der im stillen wirkenden Organisation Großes geleistet, die ihren Sammelpunkt in dem bereits fertigen und zu Predigtgelegenheiten benutzten Konfirmandensaal der Matthäuskirche, dem dritten, noch im Bau begriffenen großen evangelischen Gotteshaus in Lodz, hatte. Zeitweise mußten über tausend Kranke betreut werden, von denen ohne ihre Hilfe sicher ein Teil verhungert wäre. Ihr Tätigkeitsbereich erweiterte sich vor der ersten Kriegsweihnacht durch Beschaffung von Kleidungsstücken und Schuhen für die Ärmsten. Als der Sommer nahte, konnte man, dank einer durch Präsident v. Oppen erreichten Beihilfe die Aussendung von über 1000 entkräfteten deutschen Volksschulkindern in Ferienkolonien durchführen. Später wurde in Verbindung mit Landpfarrern und Lehrern die Aufnahme von unterernährten deutschen Stadtkindern in **den deutschen Kolonien** ermöglicht. Ergänzt wurde dieses Werk durch die aus Oberschlesien nach Lodz gekommenen Miechowitzer Schwestern, die hier ein Kriegswaisenhaus und später ein Magdalenenheim einrichteten. Reichsdeutsche Damen fanden sich zur Säuglingsfürsorge zusammen.

Deutsches kulturelles und wirtschaftliches Schaffen: "Deutsche Selbsthilfe", "Deutsche Abende", "Deutscher Verein"

Im Herbst 1915 nahmen die bereits genannten deutschen Aktivisten Stellung zu der Frage des **Lebensmittelwuchers**. Noch im November konnte der Einkaufs- und Verbraucherverein "Deutsche Selbsthilfe" gegründet werden, der sich innerhalb kurzer Zeit zu dem größten Konsumverein der Stadt ausweitete und nach dreijährigem Bestehen bereits über 3500 Mitglieder mit einem Jahresumsatz von über 2 Millionen Mark aufwies. Das Lodzer Beispiel hatte anspornend gewirkt. In Pabianice, Zgierz, Konstantinow, Alexandrow und Ozorkow entstanden Konsumvereine unter derselben Bezeichnung, die sich alle gut entwickelten und ihren Mitgliedern, d. h. also dem deutschen Mittel- und Arbeiterstand, mittelbare und unmittelbare Vorteile verschafften. Aus ihrem Reingewinn wurde satzungsgemäß immer ein Teil deutschen kulturellen Zwecken zugängig gemacht. Nach dem Muster der "Deutschen Selbsthilfe" in Lodz entstand auch eine "Jüdische Selbsthilfe".

Fast gleichzeitig entstanden die **"Deutschen Abende"**. Sie vereinigten einmal in der Woche die feldgrauen Gäste mit den einheimischen Deutschen und boten durch die in ihrem Rahmen veranstalteten Ansprachen und musikalischen und gesanglichen Vorträge Anregungen und wertvollen Genuß. Oftmals waren die einige tausend Menschen fassenden Gesellschaftsräume des Hauses des Lodzer Männergesangvereins überfüllt.

Der Höhepunkt deutschen kulturellen Schaffens in Polen während der Kriegszeit wurde durch die Gründung des **"Deutschen Vereins"** erzielt. Beabsichtigt war die Gründung eines "Bundes der Deutschen in Polen". In dem Aufruf der *Deutschen Post*, der zur Schaffung der deutschen Vereinigung aufforderte, heißt es:

> "Während der letzten Zeit der Russenherrschaft haben die deutschen Bewohner Polens oftmals spüren müssen, daß sie trotz ihres Entgegenkommens den Russen und Polen gegenüber beargwöhnt und wie Feinde betrachtet wurden. Diese Stimmung ist auch jetzt, da das Land unter deutscher Verwaltung steht, nicht verflogen. Das ist für Tausende unserer deutschen Landsleute ein trüber Ausblick in die Zukunft. Und in manchem, der seine Isoliertheit fühlt, wächst der Wunsch, sich mit Schicksalsgenossen zu verbinden, aus denen Gleichgesinnte und allmählich Mitkämpfer werden für das von den Vätern und durch eigene

> Arbeit verdiente Recht auf das Dasein in diesem Lande. Schon vor Monaten, als noch vieles ungewiß war, traten beherzte Männer auf, um die durch Kriegsschrecken und Russenwut auseinandergerissene deutsche Gesellschaft in Lodz neu zu vereinen. Die meisten der früheren deutschen Vereine schliefen damals noch den Winterschlaf des Krieges, die Furcht vor einer Wiederkehr der Russen veranlaßte noch viele, eine abwartende Stellung einzunehmen. Dennoch wurde gearbeitet. Wir erhielten nun von verschiedenen Seiten Anregung, die Gründung eines deutschen Bundes zu befürworten, der, ein großer Verein für sich und zugleich ein Kartell der deutschen Vereine und Gesellschaften, eine Sammelstelle und ein Ausgangspunkt für die in nächster Zeit zu leistende völkische und kulturelle Arbeit sein soll. Wir fordern gern zu dieser Gründung auf. Denn nötig wird uns dieser Bund werden, dem als Zielpunkte vorschweben müßten: die Stärkung und Förderung aller schwachen und bedrohten deutschen Gemeinschaften in Polen, die Erweckung der Arbeiter und Landwirte für deutschvölkische Interessen, die Verbreitung von Bildung und die Vertretung deutscher, wirtschaftlicher und, wo es nottut, politischer Interessen."

Der Gründung des Bundes wurden erhebliche Hemmnisse bereitet. Und zwar war es die **deutsche Verwaltung** in Warschau, die, im Zeichen der ihr von Berlin aus vorgeschriebenen Polenpolitik, Befürchtungen hegte, ob die Gründungserlaubnis nicht als polenfeindlicher Akt und Versuch einer Germanisationspolitik gedeutet werden könnte. Schon glaubte man in Lodz, den Gründungsplan einsargen zu müssen, als Polizeipräsident v. Oppen sich entschloß, von der ihm zustehenden Gründungserlaubnis für unpolitische Verbände innerhalb seines Verwaltungsbezirks, der sich auf die drei Kreise Lodz, Brzeziny und Lask erstreckte, Gebrauch zu machen und den Bund unter dem nüchternen Namen **"Deutscher Verein für Lodz und Umgegend"** zu gestatten, wobei es dem Verein und seinen Mitgliedern zur Pflicht gemacht wurde, die künftige politische Gestaltung Polens nicht zu behandeln. Die Gründung fand am 5. März 1916 in einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung statt. Nach einer wirkungsvollen, die Verhältnisse scharf beleuchtenden Ansprache Flierls wurde die Gründung beschlossen und die umfangreichen und auf eine vielverzweigte Organisation berechneten Satzungen angenommen. Die Vereinsaufgaben bestanden satzungsgemäß in "Weckung und Belebung deutschnationaler Gesinnung, die Pflege des Bewußtseins der Zusammengehörigkeit mit den Stammesbrüdern in Deutschland und die Wahrung deutschen Volkstums und landsmannschaftlichen Gemeinsinns". Die **Deutsche Post** sollte als Vereinsorgan übernommen, Flugschriften veröffentlicht, Wanderredner hinausgesandt und ein Pressebureau zur Versorgung der reichsdeutschen Zeitungen mit Aufsätzen über das Deutschtum in Polen eingerichtet werden. Zum Vorsitzenden wurde Eichler, zu seinem Stellvertreter Zirkler und zu Mitgliedern des engeren Vorstandes Flierl, v. Ludwig, Gustav Hessen und der Arbeitersekretär Hugo Neumann gewählt.

Der "Deutsche Verein" hat sich in der ersten Zeit seines Bestehens nicht des Wohlwollens der deutschen Zentralbehörden in Warschau zu erfreuen gehabt. Seine wiederholten Gesuche um räumliche Erweiterung seines Tätigkeitsbereiches blieben ergebnislos. Dem Präsidenten v. Oppen ist sein Eintreten für den Verein verübelt worden. Als durch polnische Berichterstatter Nachrichten über vermeintliche Germanisationsbestrebungen der deutschen Verwaltung in Polen in französische Zeitungen kamen und unter den Beispielen auch der "Deutsche Verein" genannt wurde, rückte man in Warschau noch weiter von ihm ab. Erst nach einem Jahre erhielt man die Erlaubnis, sich über das ganze Generalgouvernement Warschau auszudehnen und in Zukunft "Deutscher Verein, Hauptsitz in Lodz" nennen zu dürfen.

Der Hauptleitung des Vereins konnte es nur angenehm sein, ihre Arbeit ohne amtliche Bevormundung leisten und damit die Gründe der deutschen Passivisten, die jede selbständige deutsche Arbeit gern als bestellte Sache der deutschen Verwaltung hinstellten, entkräften zu können. In kurzer Zeit wurde das innerhalb der Grenzen des Polizeipräsidiums Lodz und später das im Generalgouvernement liegende deutsche Ansiedlungsgebiet mit einem Netz von Ortsgruppen

überzogen. Überall wurde dieselbe Erfahrung gemacht: nach anfänglichem Zaudern und Zögern haben auch die Tat- und Wunschlosen sich überzeugt, daß die deutsche Organisationstätigkeit nicht "zu früh" erfolgte. Der Verein galt in Polen als Freund und Führer der deutschen Volksgesamtheit. Anfang 1919 hatte er in 230 Ortsgruppen über 30 000 Mitglieder.

In Lodz, wo bis dahin nur polnische und jüdische Volksbüchereien und Lesehallen bestanden, richtete der Verein **die erste deutsche Volksbücherei und Lesehalle** ein. Der Bestand seiner zumeist aus geschenkten Büchern zusammengewachsenen Bücherei war Ende 1918 auf 5000 Bände gestiegen. Zahlreiche Ortsgruppen in kleineren Städten und auch auf dem Lande richteten sich eigene Büchereien, ja manchmal auch Lesehallen, ein. Überall wurde auf guten Lesestoff geachtet. Die Entleiher der Bücher hatten bis dahin zumeist nur die von den Kolporteuren vertriebene Schundliteratur in die Hände bekommen. In der eigenen **Verlagsabteilung** sind die Jahrbücher des Vereins für 1917 und 1918 in größeren Auflagen und für die Jahre 1918 und 1919 auch ein Volkskalender in Auflagen von 30 000 sowie andere Schriften und Bücher erschienen. Die Büchervertriebsstelle vermittelte den Kauf von Volks- und Schulbüchereien.

Erfreuliches Wachstum zeigte auch die **Jugendabteilung** des Vereins, zu deren ehrenamtlichen Leiter ein in der Jugendpflege erfahrener Fachmann, Fritz Weigt, berufen wurde, der in Lodz das deutsche Eisenbahnerheim leitete. Sie begann ihre Tätigkeit mit Fortbildungskursen für die Jugend, die über 800 Teilnehmer und Teilnehmerinnen hatten. In den behaglich eingerichteten zwei Jugendheimen in Lodz, öfters auch in größeren Sälen, fanden Vortrags- und sonstige Veranstaltungen und Familienabende statt. Wanderungen, Gesang- und Musikchöre und die Turnabteilung boten über 900 Mitgliedern Gelegenheit zur Betätigung. Für die tiefer Veranlagten wurden religiöse Ausspracheabende eingerichtet. Um in Lodz Mitarbeiter heranzubilden, wurde ein Lehrgang für Jugendpflege eingerichtet und ein Lehrgang für Leiter schon bestehender oder noch ins Leben zu rufender auswärtiger Jugendabteilungen beabsichtigt. Zu ihrem ersten Jahresfest, am 26. August 1917, weilte der auf einer Reise durch das Ostgebiet in Lodz Aufenthalt nehmende Oberhofprediger D. Dryander in der Mitte der Feiernden und überbrachte ihnen die Grüße des Heimatlandes. Beim Auseinandergehen fanden sich die Tausende von Teilnehmern in Gruppen zusammen, die durch die Straßen der Stadt unter Gesang von deutschen Volksliedern zogen. Lodz sah zum ersten Male ein solches Schauspiel. Für die älteren Schüler der deutschen Mittelschulen konnte ein Pfadfinderkorps eingerichtet werden, das sich frisch und froh entwickelte.

Stadt- und Landdeutschen wurde durch die **Rechtsauskunftsstelle** des Vereins gedient. In dem Wirrwarr von behördlichen Verfügungen, mit denen während der deutschen Okkupationszeit das bürgerliche und wirtschaftliche Leben in Polen eingeengt wurde, kannte sich kaum noch jemand aus. Da war es für alle Deutschen etwas Tröstliches, zu wissen, daß ihr Verein in Lodz sich ihrer annehme und in allen Notlagen für sie eintrete. Dauernd wurde die Geschäftsstelle von Vertretern aller deutschen Ansiedlungsgruppen aufgesucht, die in Tausenden von Fällen die Beurlaubung von kriegsgefangenen Familienangehörigen, Herabsetzung von zu hoch bemessenen Lieferungsmengen, Erlaß oder Milderung von Strafen usw. anstrebten. Bedürftigen wurde mit der **Stellenvermittlung** gedient. Zahlreichen **Notleidenden** in Stadt und Land konnte durch eine vom "Hilfsausschuß für die evangelischen Notleidenden im Gouvernement Warschau" (Sitz Schildberg in Posen) dem Verein zur Verteilung überwiesene Gabe geholfen werden. Die Absicht der **Königsbacher Ansiedler**, nach Fertigstellung von Notbauten an Stelle der von den Russen niedergebrannten Wohn- und Wirtschaftsgebäude mit dem Wiederaufbau ihres Bet- und Schulhauses zu beginnen, wurde vom Verein unterstützt. Die rasche Verwirklichung des Planes war im wesentlichen dem "Deutschen Verein" und seinen Freuden zu verdanken, so daß bereits am 8. Dez. 1917, drei Jahre nach dem Schreckenstage, ein schmuckes Kirchlein und ein geräumiges Schulhaus den Königsbachern zur Verfügung standen.

Dem Verlangen der deutschen Landwirte, ihnen zu einem ähnlichen Unternehmen zu verhelfen, wie

es die Städter in der "Deutschen Selbsthilfe" hatten, konnte im Herbst 1916 durch Gründung der "**Landwirtschaftlichen Bezugs- und Absatzgesellschaft** des Deutschen Vereins" entsprochen werden. Sie vermittelte den Kauf von Düngemitteln und landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten. - Die **Höherentwicklung des vernachlässigten deutschen Landmannes** wurde durch Abhaltung von Vorträgen über Ackerbau, Wiesenkultur, Viehzucht und genossenschaftliche Unternehmungen, Berufung eines Wanderlehrers, Einrichtung von Winterkursen für junge Landwirte in den Jahren 1917 und 1918 und Herausgabe einer landwirtschaftlichen Beilage zur *Deutschen Post* erreicht.

Als dringende Hilferufe aus der **Provinz** kamen, auch dort **deutsche Mittelschulen** ins Leben zu rufen, da die deutschen Schüler und Schülerinnen der polnischen Gymnasien und Progymnasien in der Regel ihrem Volkstum verlorengingen, bereiteten örtliche Ausschüsse des "Deutschen Vereins" die Gründung von deutschen Progymnasien in Pabianice, Zgierz, Sompolno, Wloclawek, Wiontschemin an der Weichsel und Rypin vor. Bis zum Umsturz konnten die Gründungen in Pabianice, Zgierz und Sompolno durchgeführt werden. Bei der Aufstellung des Lehrplanes dieser Schulen wurde der Anschluß an die höheren Klassen des deutschen Gymnasiums und des Luisen-Lyceums in Lodz für Schüler und Schülerinnen, die nach höherer Bildung strebten, berücksichtigt. Vorher schon, im Jahre 1916, war die Wiedereröffnung des deutschen **Lehrerseminars** in Lodz ermöglicht worden, nachdem der "Verein für das Deutschtum im Auslande" sich bereit erklärt hatte, eine größere Beihilfe zu gewähren. - Im Jahre 1918 konnte der "Deutsche Verein" erstmalig acht deutschen Studierenden **Studienbeihilfen** geben. Sie verpflichteten sich, nach beendetem Studium in die Heimat zurückzukehren und neben ihren beruflichen Interessen auch nationale Aufgaben zu pflegen.

Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Stadt- und Landdeutschen wurde durch Abhaltung von Familienabenden und **Volksfesten** gefördert. In Lodz konnte noch im Sommer 1918 ein großes deutsches Volksfest veranstaltet werden, zu dem über 10 000 Menschen aus der Stadt und ihrer Umgegend gekommen waren. - Aus kleinen Anfängen und allen ihm von behördlichen Stellen und passivistischen, russisch- und polnisch-orientierten Deutschen in den Weg gelegten Schwierigkeiten zum Trotz, war der "Deutsche Verein" zu einer starken Einflußquelle für das völkische und wirtschaftliche Leben der Deutschen in Polen geworden. Durch Verbindung mit dem "Verein für das Deutschtum im Auslande", dem "Gustav Adolf-Verein", dem "Caritas-Verbande für das katholische Deutschtum", der "Vereinigung für deutsche Siedlung und Wanderung", dem "Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer" und dem "Verband der deutschen Genossenschaften in der Provinz Posen", deren Vertreter zu gelegentlichen Besprechungen mit den Vorstandsmitgliedern des "Deutschen Vereins" nach Lodz gekommen waren, wurden die Fäden der Kulturgemeinschaft mit den das gleiche Ziel verfolgenden Vereinigungen des Stammlandes fester geknüpft.

Noch größer als unter den evangelischen Deutschen war die Furcht vor dem Strafgericht der Russen bei den deutschen Katholiken. Erst im September 1917 rafften sie sich, beraten durch den katholischen Gouvernementspfarrer Brettle, zur Tat auf und gründeten den **Verein deutschsprechender Katholiken**, der sich auf kirchlich-nationaler Grundlage betätigte.

Neben den Arbeiten zur Sammlung und kulturellen Durchdringung der deutschen Volksgemeinden gewannen die Fragen: **Was wird aus Polen? Welches ist das Schicksal der Deutschen im künftigen Polen?** immer größere Bedeutung. Aus den früheren Erwägungen heraus, daß dem siegreichen Deutschland Kongreß-Polen als eine reife Frucht in den Schoß fallen würde, wuchs das reichverästelte polnische Problem seiner Reife entgegen, als Warschau und ganz Ostpolen von den Mittelmächten erobert wurden und es zur Errichtung des deutschen Generalgouvernements und des K. und K. Militärgeneralgouvernements Lublin kam. Mit Aufmerksamkeit wurden die gelegentlichen Mitteilungen über den zwischen den Regierenden der Mittelmächte vor sich gehenden Meinungsaustausch hinsichtlich der künftigen Form Polens verfolgt. Im Herbst 1915

bereiste Professor Dr. Sering im Auftrage der deutschen Regierung Polen und nahm auch Fühlung zu führenden Lodzer Deutschen. Er hörte ihre Ansichten über die Berücksichtigung der Interessen des bodenständigen Deutschtums auf politischem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete bei der endgültigen Regelung der polnischen Frage. Für die meisten Deutschen und einen Teil der Polen schien eine Angliederung eines autonomen Polen an das Deutsche Reich das Gegebene zu sein. Über das Wie zu bestimmen, glaubte man den Staatsmännern überlassen zu müssen, dagegen wollte man sich bei der Feststellung der Minderheitsrechte beratenden Einfluß sichern und der Industrie des Lodzer Bezirks, die auf den russischen Bedarf eingestellt war und mit der der wirtschaftliche Halt des städtischen Deutschtums stand und fiel, den russischen Absatzmarkt zurückgewinnen. Mit Sorge wurde auf die weitere Entwicklung der Dinge gesehen. Als es schien, als ob bei der Neuordnung der Verhältnisse die Daseinsberechtigung der Deutschen außer Betracht bleiben und die mehrhundertjährigen Erfahrungen in den Beziehungen der Polen zu den Deutschen mit Absicht außer acht gelassen werden sollten, fühlten sie die moralische Verpflichtung, sich im Dezember 1915 in einer Denkschrift an Bethmann Hollweg über diese Fragen auszusprechen. Die Denkschrift hat, als sie später bekannt wurde, die Wut der polnischen Aktivisten entfesselt, weil sie durch sie ihre Arbeit durchkreuzt fühlten. Dieselben Besorgnisse führten eine Abordnung der Lodzer Deutschen im Februar 1916 zu Generalgouverneur v. Beseler, dem die Vergangenheit und die Zukunftserwartungen des Deutschtums in Polen nahe gebracht wurden. Er sah sich außerstande, Versprechungen zu machen, weil die Verhältnisse noch im Fluß waren und die Frage, was aus Polen und seinen Bewohnern werden würde, noch kein Mensch beantworten konnte. Das eine glaubte er versichern zu können, daß Polen nie mehr an Rußland zurückfallen würde.

Professor Dr. Dietrich Schäfer führte in seiner Schrift *Die Schuld an der Wiederherstellung Polens* aus, daß der deutsche Reichskanzler von verhängnisvoller Verblendung befallen war, als er es für richtig hielt, die Anfänge des polnischen Imperialismus, der sich in erster Linie gegen das deutsche Volk kehren mußte, zu pflegen.

> "Bethmann Hollweg täuschte sich vollständig, wenn er im Anschluß an solche Anerkennung der polnischen Ansprüche glaubte, daß die beginnende neue Entwicklung die alten Gegensätze zwischen Deutschen und Polen aus der Welt schaffen und eine neue Zukunft herbeiführen werde, in der Polen die Eigenart seines nationalen Lebens pflegen und entwickeln könne. Er hätte wissen müssen, daß die vornehmste, die unverbrüchlichste Eigenart polnischen nationalen Lebens der Gedanke der Wiederherstellung des polnischen Reiches war und ist, und zwar in einem Umfange, der nicht Halt machen würde an den Grenzen des Gebietes, das zufällig unter russische Herrschaft geraten war, daß also Eigenart polnischen Lebens völlig unvereinbar war mit den Daseinsbedingungen des preußischen Staates und des Deutschen Reiches."[2]

Am 5. April 1916 sprach Bethmann Hollweg sich im Reichstag öffentlich über Polen aus. Er sagte:

> "Unsere und Österreich-Ungarns Absicht ist es nicht gewesen, die polnische Frage aufzurollen; das Schicksal der Schlachten hat sie aufgerollt. Nun steht sie da und harrt der Lösung. Deutschland und Österreich-Ungarn müssen und werden sie lösen. Den *status quo ante* kennt nach so ungeheuren Geschehnissen die Geschichte nicht. Das Polen, das der russische Tschinownik noch hastig Bestechungsgelder erpressend, das der russische Kosak brennend und raubend verlassen hat, ist nicht mehr. Selbst Mitglieder der Duma haben offen anerkannt, daß sie sich die Rückkehr des Tschinownik an den Platz, wo inzwischen ein Deutscher, ein Österreicher, ein Pole ehrlich für das Land gearbeitet haben, nicht vorstellen können. Herr Asquith spricht in seinen Friedensbedingungen vom Prinzip der Nationalität. Wenn er das tut und wenn er sich in die Lage des unbesiegten und unbesiegbaren Gegners versetzt, kann er dann annehmen, daß Deutschland freiwillig die von ihm und seinem Bundesgenossen befreiten Völker zwischen der Baltischen See und den wolhynischen

Sümpfen wieder dem Regiment des reaktionären Rußlands ausliefern wird, mögen sie Polen, Litauer, Balten oder Letten sein?"[3]

Bemühungen polnischer Aktivisten um die Wiederherstellung Polens und die Stellung der Deutschen dazu

Inzwischen hatten sich polnische aktivistische Politiker bemüht, Berliner politische Kreise für ihre Pläne zu gewinnen. Wilhelm Feldmann gab in ihrem Auftrage in Berlin die *Polnischen Blätter* und politische Broschüren heraus. Lempicki, der frühere Dumaabgeordnete, besuchte Sering und verstand, ihn für seine Absichten zu erwärmen. In seinem Bericht über eine Besprechung mit Feldmann und Lempicki führt Sering aus:

> "Lempicki wünschte die Aufrichtung des Königsreichs Polen noch während des Krieges und legte das Hauptgewicht auf den moralischen Effekt, den dieser Vorgang in der ganzen Kulturwelt ausüben werde, weil dadurch der Weltdemokratie eines der großen gegen die Mittelmächte gerichteten Schlagworte genommen werde. Ich dagegen stimmte unter dem Gesichtspunkte zu, daß nicht anders die Aufrichtung einer polnischen Armee noch während des Krieges möglich sei. Ohne dies Lempicki zu sagen, bewog mich dazu besonders die Rücksicht auf das Verhältnis des Mannschaftsverbrauchs unseres Heeres zu den noch verfügbaren Kräften und die Erwägung, daß England alles daran setzen werde, den Krieg in die Länge zu ziehen. Nicht anders, so führte ich aus, als durch Teilnahme am Kriege lasse sich meines Erachtens der lebhaft geäußerte Wunsch begründen, Polen ein großes Kolonialgebiet östlich vom Bug (in den Gouvernements Grodno, Minsk, etwa auch Wilna!) zuzuweisen. Auf die Frage nach der Zuverlässigkeit einer polnischen Armee versicherte Lempicki: **1.** daß heute eine russophile Partei in Polen nicht mehr bestehe; man habe zuverlässige Nachrichten aus Rußland, die bewirkt hätten, daß niemand mehr etwas für Polen von der russischen Regierung erwarte; in ihr herrsche jetzt die schlimmste Reaktion; **2.** die polnische Bauernschaft, die der Intelligenz und dem Adel allerdings mißtrauisch gegenüberstehe, sei wesentlich von der Priesterschaft geleitet. Die Bischöfe wären zwar von der russischen Regierung ernannt und ihr gefügig; aber die ganz niedere Geistlichkeit fühle durchaus nationalpolnisch. Auch der Papst werde seinen Einfluß in der erwünschten Richtung geltend machen. In Stockholm lebe die Schwester des Jesuitengenerals Grafen Ledochowski; sie sei eine glühende Patriotin, mit der Lempicki während seines Aufenthalts in Schweden nahe politische Beziehungen unterhalten habe. Er selbst wurde in der Schweiz, von der Schwester eingeführt, durch den Jesuitengeneral freundlichst empfangen."[4]

Auf derselben Linie bewegten sich auch die Bemühungen der aktivistisch gerichteten polnischen Politiker in Warschau. Durch Serings und anderer Vertrauensmänner Vermittlung wurden sie in Verbindung mit Beseler gebracht, dem sie ihre Programme entwickelten. Während sie der deutschen Verwaltung gegenüber so auftraten, als wenn sie schon große Teile der polnischen Bevölkerung hinter sich hätten, und dementsprechend ihre Forderungen aufstellten, verstanden sie es nicht, die Massen für ihre Ziele einzuspannen. Die polnischen aktivistischen Politiker blieben nach dem Urteil nüchterner Beobachter ein Regimentsstab ohne Soldaten. Trotzdem sind die Berliner und Warschauer leitenden deutschen Kreise in Verbindung mit ihnen geblieben; erst durch ihre Beziehungen verschafften sie den polnischen Männern ein gewisses Relief. Die Erfolge, die die publizistisch sich betätigenden polnischen Aktivisten in der Beeinflussung ihrer eigenen Landsleute nicht erreichen konnten, suchten sie in der **Herabsetzung der deutschen Bevölkerung Polens** zu erzielen. Hätte man ihre Behauptungen unwidersprochen gelassen, so hätte sich in Deutschland die Meinung von der rein polnischen Industrie in Kongreßpolen befestigt. Einer der Mitarbeiter der *Polnischen Blätter*, Fiedler, konnte sich in der Verunglimpfung der Lodzer Deutschen und ihrer Vorfahren nicht genug tun. Er schreckte sogar vor Fälschungen nicht zurück. So behauptete er, daß

Herabsetzung der deutschen Bevölkerung durch polnische aktivistische Publizisten

die Lodzer Deutschen Nachkommen deutscher Deserteure wären und berief sich auf einen Erlaß der preußischen Regierung, den er in der *Vossischen Zeitung* vom 21. Juni 1816 gefunden haben wollte.[5] Dabei vergaß er, daß die deutsche Einwanderung in Lodz erst im Jahre 1821 begann. Reymonts Tendenzroman *Lodz, das gelobte Land* wurde ins Deutsche übertragen und von einem angesehenen Münchner Verlage mit der Reklamenotiz hinausgesandt, daß das Buch wahrheitsgetreue Schilderungen der Zustände in Lodz, "der diebischsten Stadt Europas", enthalte. Es lag im Zuge der offiziellen deutschen Politik, alles die deutschen Stammesbrüder Belastende gutgläubig zu übernehmen, und es bedurfte zäher Arbeit, um das Interesse für den deutschen Volkssplitter in Polen zu heben und die von polnischen Schriftstellern und Zeitungen gegebenen verzerrten Bilder wieder in gerade Linien zu bringen.

Alle denkenden Deutschen waren sich darüber klar, daß die Rangstufe ihrer Stellung im künftigen staatlichen Gefüge vom Grad des Unterrichtetseins reichsdeutscher politischer Kreise über Art, Umfang und Bedeutung des Deutschtums in Polen abhing. Mit bitterem Lächeln hatten sie wahrgenommen, wie dem Volk der Dichter und Denker, das sich rasch für die unbedeutendsten fremdländischen Dinge erwärmte, dessen Gelehrte noch während des Krieges der Allgemeinheit die Kenntnis der Geschichte der chinesischen Musik vermittelten, das Wissen und das Verständnis für das Auslanddeutschtum fehlte. Das vor den Toren Deutschlands befindliche große bodenständige Deutschtum in Polen war so gut wie unbekannt. Im Zusammenhang mit dem Erstarken der völkischen Kraft entstand bei den Deutschen in Polen der Wunsch, im alten Mutterlande bekannt und gehört zu werden. So begann die *Deutsche Post* geschichtliche Rückblicke zu veröffentlichen. Sie fand damit den Weg zu den völkisch empfindenden Kreisen Deutschlands und gewann in der alten Heimat eine Anzahl treuer Freunde der deutschen Sache in Polen.

Polen Unabhängigkeitserklärung am 5. November 1916 war ein schwerer Schlag für das Hoffen der Deutschen, die sich das polnische Gebiet im engsten Anschluß an Deutschland dachten. Sie waren sich darüber klar, daß sie in dem sich selbst überlassenen Polen schweren nationalen Kämpfen entgegen gingen. Sie wären unfähig gewesen, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, wenn sie nicht den Versicherungen der in Berlin tätigen deutschschreibenden polnischen Schriftstellern, daß der künftige polnische Staat gegen nationale Minderheiten duldsam sein werde, Zweifel entgegengesetzt hätten. Sie erinnerten sich des Lodzer Bürgerkomitees und seiner Bemühungen, die geschichtlichen Rechte des Lodzer Deutschtums wie etwas mit Kreide Geschriebenes auszulöschen. Kurz vor dem Staatsakt des 5. November hatten polnische und polnisch-jüdische Stadtverordnete in einer Stadtverordnetenversammlung die Ausschaltung der deutschen Sprache aus der Stadtverwaltung verlangt.

Der Verfasser eines noch vor der Schlacht bei Lodz geschriebenen Aufsatzes über die Lage und die Zukunft des Deutschtums in Polen sprach sich schon Ende 1914 dahin aus: "Was die Deutschen (in Polen) anbelangt, so ist es klar, daß sie die Einverleibung der halbgermanisierten Gouvernements Petrikau und Kalisch mit dem Lodzer und Czenstochau-Sosnowicer Industriegebiet in Deutschland nicht ungern sehen würden. Aber sie gönnen den Polen ihre Freiheit und würden sich auch in einem selbständigen Polen den Verhältnissen anzupassen verstehen, wenn ihnen nur die Erhaltung ihrer deutschen Sprache, Kultur und wirtschaftlichen Interessen verbürgt werden würde."[6]

Der bekannte polnische Publizist Wilhelm Feldmann zitierte in seiner Anfang 1915 erschienenen deutschen Broschüre *Deutschland, Polen und die russische Gefahr* die vorstehenden Ausführungen, polemisierte von seinem Standpunkt gegen die Bezeichnung der Gouvernements Petrikau und Kalisch als "halbgermanisierte" und meinte hinsichtlich der deutschen Wünsche: "Letztere Bedingung (Erhaltung der deutschen Sprache und Kultur) ist ja selbstverständlich und ganz berechtigt." Und hinsichtlich der Deutschen in Lodz bemerkte er: "Ihre (der Stadt) Einwohner sollen alle ihre nationalen Rechte verbürgt haben."[7] Die Wirklichkeit erwies sich aber ganz anders.

Der Staatsakt vom 5. November überraschte, trotz langer Vorbereitungen, durch seine Unfertigkeit. Es waren nicht nur beträchtliche Unklarheiten hinsichtlich des deutsch-österreichischen Verhältnisses und der Weise seiner Auswirkungen nachgeblieben, die das polnische Problem in der Folge noch komplizierter gestalteten als es vorher war, auch der Minderheitenschutz war ganz unberücksichtigt geblieben. In einer vorsichtigen Stellungnahme von deutscher Seite hieß es:

> "Die Deutschen im Polenland haben sich die Zukunft anders gedacht. Sie haben nicht das nationale Empfinden ihrer Nachbarn, denen keine Schranke zu hoch und kein Ziel zu entfernt ist. Nun wissen sie nicht, ob auch ihr geringes Sehnen unerfüllt bleiben soll. Es gilt, Mut und Gesinnung zu stärken. Erinnern wir uns, daß trotz verschiedenster Hemmungen Lodz dank deutscher Tatkraft stolz emporwuchs, und suchen wir die deutsche Tradition zu bewahren. Die Niedergeschlagenheit der an der Zukunft Verzweifelnden darf nicht weiter um sich greifen. Lassen wir das Grollen wie das Zagen und erinnern wir uns daran, daß die Pflicht gegen uns selbst es verlangt, nichts verlorenzugeben. Das hieße auf unser Können und unsere Kraft Verzicht leisten. Sammeln wir uns zur Bekundung echten Bürgersinnes. Wir haben nur die Schale gewechselt, der Kern blieb der alte!"[8]

Ebenso wie nach dem Ausbruch des Krieges fühlten sich die Deutschen gefährdet und verlassen. Und das Gefühl des Preisgegebenseins war diesmal um so bitterer, als es die amtliche Vertretung des starken Heimatlandes war, die, ungewollt, durch ihr Schweigen über den Minderheitenschutz im neuen polnischen Staat den Fortbestand des Deutschtums gefährdet erscheinen ließ. Man wußte nicht, daß die deutsche Verwaltung durch die vom Reichskanzler als verantwortlichen Leiter der deutschen Politik gezogenen Richtlinien gebunden war und daß sich die inneren Gründe und Zusammenhänge dieser Politik vorläufig noch der öffentlichen Beurteilung und der gerechten Würdigung entzogen. Würde man damals, wie es von manchem geschehen ist, die Zukunft nach der in völkisch empfindenden Kreisen vorhandenen Stimmung beurteilt haben, so hätte man sagen müssen, es sei um die junge deutsche Bewegung geschehen. Man mußte rasch handeln, um nicht Groll und Mißmut um sich greifen und die Früchte fast zweijähriger völkischer Arbeit vernichten zu lassen. Vor allem mußte den Deutschen ein fester Standpunkt in der raschen und verwirrenden Folge der den neuen Staat behandelnden Kundgebungen gegeben und ihnen das Bewußtsein ihres Vorpostentums gestärkt werden. Dann mußte auch nach starken Beschützern Ausschau gehalten werden.

Die große deutsche Versammlung in Lodz am 10. Dezember 1916 und ihre Forderungen

Am 10. Dezember 1916 rief die *Deutsche Post* die Deutschen in Stadt und Land zu einer **großen öffentlichen Versammlung** nach Lodz zusammen. Nach verschiedenen Ansprachen über die Zukunft der Deutschen in Polen bekannte sich die Versammlung zu folgender Entschließung:

> "Weit über 2000 deutsche Männer und Frauen aus Lodz und Umgegend haben sich heute im großen Saale des Männergesangvereins zu Lodz versammelt. Einstimmig verleihen sie ihrer Sorge um die Zukunft der 700 000 Deutschen und ihres Volkstums in dem wiedererstehenden Königreich hierdurch Ausdruck. Obwohl die Deutschen im Lande sich die Lösung der polnischen Frage anders gedacht haben, sind sie bereit, sich auf den Boden der geschichtlichen Tatsache der Wiedererrichtung des Königsreichs Polen zu stellen. Zugleich bekunden sie die bestimmte Erwartung, daß die deutsche Reichsregierung die wirtschaftlichen und kulturellen Lebensinteressen der deutschen bodenständigen Bevölkerung Polens schützen und sichern wird. Durch die schwersten Zeiten des verflossenen Jahrhunderts haben die Deutschen seit den Tagen ihrer Ansiedlung ihr deutsches Volkstum treu bewahrt. Die Deutschen sind allenthalben immer treue Staatsbürger gewesen. Ohne ihr Deutschtum aufgeben zu wollen, werden sie ihre staatlichen Tugenden auch in dem neuen Königreich Polen bewahren. Sie dürfen dann aber auch erwarten, daß der

> polnische Staat ihrer Volksart Rechnung trägt und sie wegen ihres Volkstums und ihrer Treue zu ihm nicht hintansetzt. Sie bitten daher die deutsche Reichsregierung, bei der endgültigen Neuordnung des polnischen Staates ihre Volkskinder in Polen nicht zu vergessen. Das Deutsche Reich wird im Hinblick auf seine Beihilfe bei dem Bestreben der Polen nach Selbständigkeit und Anschluß an die westeuropäische Kultur auf den für die Erhaltung des Deutschtums in Polen erforderlichen Sicherheiten bestehen dürfen, ohne damit an irgendeine Beeinträchtigung des polnischen Wesens und der polnischen Art zu denken. Diese Sicherheiten müssen sich erstrecken auf **1.** Gewährleistung des gleichen Bürgerrechtes, **2.** Schutz der konfessionellen Freiheit, **3.** Vertretung der Interessen der deutschen Minderheit im Staate, in der Stadt und auf dem Lande, **4.** Schutz der deutschen Arbeit, des uneingeschränkten Vereins-, Koalitions- und Versammlungsrechtes und vor allem **5.** auf das Recht an der Erhaltung, Entwicklung und Verwaltung der niederen, mittleren und höheren deutschen Schulen im Lande. Ferner ist **6.** die Selbstverwaltung der wohltätigen Anstalten zu gewährleisten. Endlich müßte **7.** die Umwandlung der Konsistorial- in die Synodal-Verfassung der evangelischen Kirche, die Verlegung der obersten Kirchenbehörde von Warschau nach Lodz und die Ausbildung der evangelischen Geistlichen auf reichsdeutschen Universitäten angeordnet werden. Nur wenn die Deutschen alle einig und opferwillig für ihr Volkstum einstehen, nur wenn die deutsche Reichsregierung die genannten Sicherheiten schafft und überwacht, nur wenn das Mutterland seine mächtigen Arme schützend über seine Kinder in der Fremde hält, wird das Deutschtum in Polen Bestand haben."

Mit großer Begeisterung wurde die Absendung von Telegrammen an den Deutschen Kaiser um Schutz und Teilnahme für die Deutschen in Polen, an den Reichskanzler um Schaffung von Sicherheiten zugunsten des Deutschtums in Polen bei der Neuregelung der staatlichen Verhältnisse, an Generalfeldmarschall v. Hindenburg und an Generalfeldmarschall Mackensen, den Eroberer von Lodz, um Geltendmachen ihres Einflusses zur Erhaltung des Deutschtums in Polen beschlossen. Der Kaiser hat in seiner Antwort versichert, daß er warmen Anteil an dem Wohlergehen der Deutschen in Polen nehme. Hindenburg drahtete, daß er das Deutschtum in Polen nicht vergessen werde, und Mackensen versicherte es seiner Sympathie.

Bethmann Hollweg ließ das Telegramm unbeantwortet. Er hätte, wenn er aufrichtig sein wollte, den Deutschen in Polen auch wenig Tröstliches eröffnen können. Denn gerade zu jener Zeit mußte die Hindenburgsche Städteordnung **neuen Bestimmungen über die Wahl von Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern** und die Durchführung der städtischen Selbstverwaltung weichen, die nahezu einer Entrechtung der Deutschen gleichkamen. Den Schlüssel zu den vorgeschriebenen neuen Wegen der deutschen Verwaltung in Warschau bot die zum geflügelten Worte gewordene Äußerung eines höheren Beamten der Zivilverwaltung in Warschau, daß man sich die deutsche Verwaltung eben nicht als deutsche sondern als polnische Behörde vorzustellen habe.

Die deutsche Verwaltung in Warschau als polnische Behörde

Die Städte waren während des Bestehens der Hindenburgschen Städteordnung nicht schlecht gefahren. Das ihren Verwaltungen entgegengebrachte Vertrauen hatte sich gerechtfertigt. Jeder, dem der Städte Wohl am Herzen lag, wünschte die Dauer des bisherigen Zustandes. Doch Tatsachen sind stärker als Wünsche. Neue Ereignisse traten ein und mit ihnen die Verordnungen, die die Rechte der Deutschen schmälerten. Die neuen Stadtverwaltungen sollten aus Wahlen nach Kurien hervorgehen. Das durch Heeresdienst, Verschleppungen und Abwanderung seiner Männer geschwächte und durch die politischen Ereignisse der letzten Zeit uneins und unsicher gewordene Deutschtum in den Städten des Lodzer Bezirks konnte nicht mehr die Massen aufbieten, die für einen erfolgreichen Ausgang der Wahlen erforderlich gewesen wären. Einsichtige Männer beider deutschen Richtungen - der der wirtschaftlich einflußreicheren passiven und der der Richtung des Deutschen Vereins angehörenden aktiven Partei - haben, angesichts der Gefahr, bei der Wahl von den fremden Masse

überrannt zu werden, das was sie trennte auf die Seite gestellt und eine Einigung erzielt. Ihr Ruf an die deutschen Wähler war nicht wirkungslos verhallt. Nur solche deutsche Grüpplein, die es aufgegeben hatten, an ihr eigenes Können zu glauben, waren der Wahlanmeldung ferngeblieben. Trotzdem haben die Deutschen in Lodz mit ihrer regen Wahlarbeit nur 8 Sitze von 60 errungen. Daß dem kleinen Häuflien kein leichtes Dasein beschieden war, läßt sich denken und erwiesen bereits die anfänglichen Verhandlungen mit den Polen über die Zusammensetzung des Präsidiums. Polen und polnisch gesinnte Juden forderten eine in schroffster Form vor sich gehende Polonisierung der Lodzer Stadtverwaltung. In den kleineren Städten war es ähnlich.

Die Deutschen und der polnische Staatsrat

In dem ersten polnischen, von der deutschen Verwaltung ernannten **Staatsrat** blieben die einheimischen Deutschen ohne Vertretung. Als es sich bei den Wahlen zum zweiten Staatsrat, der je zur Hälfte aus gewählten und ernannten Mitgliedern bestand, zeigte, daß die zerstreut wohnenden Deutschen abermals ohne Vertretung bleiben sollten, wandte sich die Hauptleitung des Deutschen Vereins im Namen ihrer damaligen 15 000 Mitglieder aus dem deutschen Ansiedlertum an den polnischen Regentschaftsrat und ersuchte ihn, wenigstens **einen** Vertreter der deutschen Kolonisten zu ernennen. Dieser Wunsch ist erfüllt worden.

Die deutschen Schulverbände

In der Entschließung der großen deutschen Versammlung in Lodz am 10. Dezember 1916 wurde u. a. **"das Recht an der Erhaltung, Entwicklung und Verwaltung der niederen, mittleren und höheren deutschen Schulen im Lande"** gefordert. Eine Denkschrift des Deutschen Vereins an die deutsche Verwaltung vom Februar 1917 befaßte sich mit der Lösung der Schulfrage und nahm zu einigen unzweckmäßigen Plänen Stellung. Die Wünsche der Deutschen wurden auch in einer Audienz vorgetragen, die Generalgouverneur v. Beseler den Führern des Deutschen Vereins gewährte. Nebenher gingen Besprechungen mit den zuständigen Herren der deutschen Verwaltung in Lodz, Warschau und Berlin. Nach verschiedenen Beratungen der interessierten Kreise klärten sich im Sommer 1917 die Verhältnisse. Die Gründung von deutsch-evangelischen und deutsch-katholischen **Schulgemeinden** auf der Grundlage der Selbstverwaltung konnte überall im Lande erfolgen. Die bis dahin gegründeten 400 deutsch-evangelischen Schulgemeinden schlossen sich am 23. Juli 1917 in Lodz zu einem **deutsch-evangelischen Landesschulverband** zusammen. Die Forderung der Deutschen, daß bindende Abmachungen der deutschen Verwaltung mit der polnischen Regierung das Recht der Selbstverwaltung der deutschen Schulen gewährleisten und Doppelbesteuerungen der für die deutschen Schulen Zahlenden vermieden werden sollen, wurden erfüllt und ihnen entsprechende Staatszuschüsse aus den Steuern des Landes zugebilligt. Das von der deutschen Verwaltung entworfene und vom damaligen provisorischen polnischen Staatsrat anerkannte Gesetz über die Berücksichtigung der Schulbedürfnisse der Minderheiten in Polen sollte die Weiterentwicklung des deutschen Volksschulwesens in Polen sichern. Daraufhin erfolgte am 1. Oktober 1917 die Übergabe des gesamten Schulwesens in Polen an die polnische Verwaltung. An die Spitze des deutsch-evangelischen Landesschulverbandes wurde Flierl berufen. Dem engeren Vorstand, der die Geschäfte zu leiten hatte, gehörten an: Dr. Krusche (Pabianice), Brettschneider (Zgierz), Koch (Aleksandrow), Pastor Dietrich, Eichler, Arbeitersekretär Neumann, Hauptlehrer Jahnke und Gymnasiallehrer Günther. Der weitere Vorstand setzte sich aus Vertretern aller deutschen Siedlungsgebiete und aller Berufe zusammen. Ihm war ein pädagogischer Beirat beigegeben, zu dessen Leitung im Jahre 1918 der siebenbürgische Schulmann Korodi gewonnen wurde. - Entsprechend der geringen Zahl der deutschen Katholiken betrug die Zahl der **deutsch-katholischen Schulgemeinden**, die dem später gegründeten deutsch-katholischen Landesschulverbande angeschlossen wurde, nur 12. - Das Lodzer deutsch-evangelische Lehrerseminar ging in den Besitz des deutsch-evangelischen Landesschulverbandes über. Den deutschen Katholiken wurden gewisse Rechte zugestanden, so das der Ausbildung von deutsch-katholischen Lehrern. Das Verhältnis beider Schulverbände war ein durchaus freundschaftliches.

Die Metall- und Warenbeschlagnahmen, das trübste Kapitel der deutschen Okkupation

Zu den trübsten Kapiteln der deutschen Okkupation gehört ohne Zweifel die **Beschlagnahme von Rohmaterialien, Waren und Metallen**. Für die Kriegsnotwendigkeiten zeigten alle Fabrikbesitzer Verständnis. Viele deutsche Politiker, Volkswirtschaftler, Tagesschriftsteller und sonstige Männer der Öffentlichkeit haben sich bei ihrem Weilen in Lodz und den anderen Industriestädten von dem über die Zweckmäßigkeit hinaus brutalen Eingriffen der die Kriegswirtschaftsstellen bevölkernden reichsdeutschen Herren überzeugen können und gleichzeitig feststellen müssen, in wieviel Tausenden von Gemütern der Gedanke von deutscher Gewaltpolitik sich hineingefressen hatte.

> "Die deutsche Okkupationsverwaltung war genötigt, auch die Kräfte der Lodzer Industrie in den Dienst des Krieges zu stellen. Vielleicht wäre es klüger gewesen, ihr an Ort und Stelle Arbeit zu geben. Daß man sich hierzu nicht entschließen konnte, hat Anlaß zu dem Vorwurf gegeben, man sei in kleinlichem Konkurrenzneid darauf aus gewesen, den Wettbewerb von Lodz mit der Lausitz, dem Vogtland usw. zu unterbinden... Nun wurden in weitem Umfang die vorhandenen Arbeitskräfte, nicht selten mit sanftem oder auch unsanftem Druck, zur Abwanderung nach Deutschland angeworben; die Maschinen, Treibriemen, Sparmetalle und ungeheure Vorräte an Rohstoffen und Halbfabrikaten wurden beschlagnahmt und den Kriegsverwertungsgesellschaften zugeführt. Das hat viel böses Blut gemacht. Man hätte wenigsten bei der Bezahlung der beschlagnahmten Werte nicht so geizig sein sollen. Die Geschädigten, ganz gleich, ob Pole, ob Jude oder Deutscher, beeinflußten die öffentliche Stimmung nicht gerade zu unseren Gunsten. Selbst Leute, die bis dahin mit an der Spitze des Deutschtums gestanden hatten, revidierten jetzt ihre Gesinnung."[9]

Auch Friedrich Naumann konnte sich im Jahre 1917 an Ort und Stelle überzeugen, welche geistigen und wirtschaftlichen Verheerungen die mit unnötiger Härte durchgeführte Metallbeschlagnahme anrichtete:

> "Die Maschinen von Lodz leiden unter den Kupferrequisitionen der deutschen Militärrohstoffverwaltung. In Lodz wird fast allgemein geglaubt, daß es der Zweck dieser Kupferwegnahme ist, die industrielle Lebenskraft von Lodz zu zerbrechen. Dieser Glaube ist sachlich falsch, aber er ist erklärlich. Ich habe verschiedene Industrieanlagen besichtigt, aus denen kupferne Wannen, Kessel, Röhren, Schlangen, Einsatzstücke, Teilapparate demontiert wurden. Dabei fehlte mir freilich die Vergleichsmöglichkeit, da ich nicht feststellen konnte, bis zu welchem Grade die Fabriken in Deutschland ähnlichen Prozeduren unterworfen sind. Es versteht sich von selbst, daß der Kriegsbedarf gedeckt werden muß, und daß im Zweifelsfalle ein okkupiertes Gebiet zeitiger Kupfer aus den Betrieben abzugeben hat als die für den Krieg arbeitende Heimat. Aber trotz aller dieser Vorbehalte bin ich mit einem Gefühl tiefer Ergriffenheit aus diesen Fabriksälen herausgegangen, denn selbst wenn das, was hier geschieht, notwendig ist, selbst dann ist es grausam. Jeder Mensch, der auch nur etwas Sinn für Maschinen hat, blickt auf ihre Reihen hier wie auf verwundete Tiere... Man hat hier den Eindruck eines volkswirtschaftlich nicht geregelten und darum nicht zweckmäßigen Verfahrens. Wir verderben auf diese Weise viel mehr als wir gewinnen, und zwar nicht nur psychologisch, sondern auch materiell, denn das lebendige, produktive Lodz kann bei Erhaltung seiner Aktivität für die deutsche oder mitteleuropäische Wirtschaft von allerhöchster Bedeutung werden. Die deutsche Wirtschaftspolitik soll ihre Augen aufmachen für das, was jetzt in Lodz getan wird."[10]

Alle Bemühungen der wirtschaftlichen Kreise des Lodzer Deutschtums und ihrer Freunde, der Willkürwirtschaft der Kriegsgesellschaften Einhalt zu gebieten, blieben vergeblich. Der gute Ruf, den sich die anderen Zweige der deutschen Verwaltung durch ihre reiche schöpferische Tätigkeit erwarben, ging unter in dem Haß, den die Tätigkeit der Kriegswirtschaftseinrichtungen auslöste.[11]

Als im Sommer 1917 die deutsche Verwaltung in Polen aus den Verkettungen der Bethmann Hollwegschen Politik befreit wurde, konnte sie sich unbeengter den Minderheitsfragen zuwenden. Sie brauchte nicht mehr zu befürchten, daß sie sich durch regere Beziehungen zu der deutschstämmigen Bevölkerung kompromittieren würde. Was früher unmöglich schien, ein **offizieller Besuch des Generalgouverneurs v. Beseler bei den Lodzer Deutschen**, konnte am 28. September 1917 erfolgen. Nachdem er die Lodzer höheren Schulen besichtigt hatte, nahm Beseler an einer Vortragsveranstaltung des Deutschen Vereins teil. Nach einer Ansprache des Vorsitzenden, in der dieser die Freude der Lodzer Deutschen erwähnte, den sieggekrönten deutschen Feldherrn in ihrer Mitte begrüßen zu können, von den wechselvollen Schicksalen des Lodzer Deutschtums sprach und für die Sicherung der deutschen Volksschulwesens und die einleitenden Schritte zur Neuregelung der kirchlichen Verfassung dankte, nahm der Generalgouverneur das Wort und führte aus:

> "Ich danke Herrn Eichler für die freundlichen Worte der Begrüßung, die er an mich gerichtet hat, ganz besonders aber dafür, daß er mein Bestreben betonte, solange ich durch die Gnade meines Kaisers an der Spitze der Verwaltung dieses Landes stehe, für die Zukunft dasjenige, was im polnischen Lande das Deutschtum stärken und entwickeln kann, auf festen Boden gestellt zu wissen, auf einen Rechtsboden, den spätere Willkür nicht erschüttern soll. Unsere Verwaltung hat hier einmal die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß unsere Brüder an der Front nicht angstvoll rückwärts zu sehen brauchen, daß nicht etwas geschieht, was ihre Sicherheit gefährden könnte. Sodann haben sie den Anspruch, daß ihnen alles das zugeführt wird, was zur Erhaltung und Stärkung ihrer Kampfkraft nötig ist. Dazu muß auch das Land, das wir von unerträglichem Druck befreit haben, zu seinem Teile beitragen, da unsere Kämpfer es auch beschützen. Wir haben des weiteren auch dafür zu arbeiten, daß dieses Land in Zukunft eine Sicherung für unser Vaterland bleibt. Deshalb waren wir bestrebt, dem Lande eine staatliche Form zu geben, die es später zum Freunde und, wie wir wünschen, zum Bundesgenossen unseres Landes machen soll. Wir wissen aber auch, daß hierzulande eine große Zahl von Landsleuten wohnt, die teils noch dem Deutschen Reiche angehören, teils wenigstens deutsche Art und Sprache hochhalten und, indem sie sich durchaus dem staatlichen Leben dieses Landes einzufügen gewillt sind, doch nicht aufhören, sich als Deutsche zu fühlen. Ihr Verein hat es sich zur Aufgabe gesetzt, alle die Kräfte zu sammeln und zu festigen, die in Zukunft die Aussicht gewähren, daß das Deutschtum hier, das mit tausend Fäden an das alte Vaterland verknüpft ist, sich selbst treu bleibt. Meine Verwaltung wird mit wärmster Anteilnahme und mit allen Kräften diese Bestrebungen unterstützen. Aber auch hier wie überall, wo Menschen zusammenwohnen, gilt es, die Wünsche den gegebenen Verhältnissen anzupassen. Wir müssen kleine Opfer bringen, um Großes nicht zu gefährden. In diesem Sinne haben wir die Gesetzgebung einzurichten versucht und Sie haben diesem Bestreben Ihre Anerkennung gezollt. Ich möchte an alle Personen, die hier deutsch fühlen und denken, die Mahnung richten, sich nicht nur auf behördliche Fürsorge, auf Bevormundung und Schutz von oben zu verlassen, sondern vor allen Dingen die eigenen Kräfte einzusetzen und zu sammeln, denn das Beste schafft der Mensch nur aus sich selbst. Das ist ja auch das hohe Ziel Ihrer Vereinigung. Mein Bestreben wird es sein, dem Deutschtum hier die Stelle zu geben und zu wahren, die ihm zukommt. In diesem Sinne rufe ich Ihrem Verein ein herzliches Glück auf zu und wünsche ihm fröhliches Gedeihen. Möge er sich entwickeln und kräftigen, damit das Deutschtum der Welt zeigen kann, was ein begabtes, großes und gutes Volk zu leisten imstande ist. Mögen Sie in Zukunft die hohe Anerkennung und auch die Zuneigung und Liebe des Volkes gewinnen, in dessen Mitte Sie arbeiten und wirken."

Die bedeutsame Ansprache löste stürmischen Beifall aus. Die große Versammlung wurde von dem Gefühl beherrscht, daß das Deutschtum in Lodz für seine Bestrebungen zur Pflege der höchsten völkischen Güter einen neuen Impuls erhalten habe.

Zu den Amtsstellen, die nach dem Abzug der Russen in Warschau von der deutschen Verwaltung zu besetzen waren, gehörten auch das **Evangelisch-Augsburgische Konsistorium**, dessen Mitglieder einschließlich des Generalsuperintendenten Bursche die Stadt vor den anrückenden deutschen Truppen verlassen hatten. Schon vorher hatten einzelne Pfarrer die ihnen anvertrauten Gemeinden im Stich gelassen und sich hinter der russischen Kampflinie in Sicherheit gebracht. Zu den vielen Obliegenheiten, die sich die neue deutsche Verwaltung im Interesse der Bevölkerung aufbürdete, gehörte auch die Fortführung der Verwaltung der evangelischen Kirche und die seelsorgerische Pflege der vielen verwaisten Gemeinden. Es sind die besten Traditionen des deutschen Staatskirchentums, die bei der "Okkupation des Konsistoriums" in Warschau zur Geltung kamen. Eine gerechte und wohlwollende Aufsicht über die Selbstverwaltung der einzelnen Gemeinden, eine gewissenhafte und besonnene Ausführung des Kirchenregiments, fördernde Anregungen aus dem reichen bewegten Westen nach dem bisher so abgeschlossenen Osten, persönliche Hilfeleistungen zur Linderung der Kriegsschäden der Pastoren, Lehrer und ihrer Familien, Wiederaufbau von Zerstörtem, Sicherungen für die Zukunft, das etwa war das Programm, mit dem im Oktober 1915 die kirchliche Verwaltungsarbeit begann. "Wir wollen", so pflegte der damalige Konsistorialpräsident Landrat v. Thaer zu sagen, "wenn wir einmal aus dem Lande herausgehen, den Ruf hinterlassen, wie in allen Stücken so auch in diesem mustergültige Verwaltungsarbeit geleistet zu haben."[12]

Die Notwendigkeit einer neuen Kirchenordnung für die evangelisch-augsburgische Kirche

Der unverkennbare Aufschwung, den das evangelische Kirchenwesen unter der neuen Leitung nahm, und die erwarteten politischen Entwicklungen in Polen hatten schon im Jahre 1916 bei einheimischen Mitgliedern des Konsistoriums den Wunsch nach Durchführung einer **neuen Kirchenordnung**, vor der Übergabe aller Verwaltungszweige an die polnischen Behörden, laut werden lassen. Anfang 1917 richteten neunzehn einheimische Pfarrer eine Eingabe an das Konsistorium, worin sie die Ausarbeitung eines der heutigen Zeit entsprechenden Kirchengesetzes forderten. Aber auch die Gemeinden traten für eine baldige Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse ein. Schon die große deutsche Versammlung in Lodz am 10. Dezember 1916 hatte die Umwandlung der Kirchenverfassung, die Verlegung des Konsistoriums nach Lodz und das Studium der künftigen Pastoren auf reichsdeutschen Universitäten gefordert. In den Erörterungen über das Für und Wider und die Grenzen der neuen Verfassung blieben die Konfliktstoffe nicht unberücksichtigt. Trotzdem wurden damals noch auf beiden Seiten die Richtlinien der Versöhnlichkeit innegehalten, wie es nachstehende Ausführungen beweisen:

> "Die evangelische Kirche unseres Landes soll eine neue Verfassung bekommen, d. h sie soll ein neues Haus unter Mitverwendung alten Materials erhalten. Da gilt es scharf aufzupassen, damit nicht unbrauchbares und morschgewordenes Baugut und Zersetzungsstoffe mitverwendet werden, die die Dauerhaftigkeit und den Wert des neuen Gebäudes gefährden. Es heißt, gut auf alles das zu achten, was in den letzten Jahrzehnten fromme und unfromme Kritik hervorrief. Denn wir wollen im neuen Bau uns nicht durch gegenseitige Beargwöhnung aufreiben, sondern versuchen, in friedlichem Zusammenwirken im Sinne des Stifters der christlichen Kirche tätig zu sein. Sollen die Fehler der Vergangenheit vermieden werden, so muß in offener Aussprache ihr Ursprung festgestellt und jede Möglichkeit zur Einschlagung falscher Richtungen beseitigt werden."

Über die Zukunft der evangelisch-lutherischen Kirche unseres Landes kann nicht gesprochen werden, ohne daß ihrer Stellung zu den völkischen Fragen gedacht wird. Auch der mildeste Beurteiler der Vergangenheit und Gegenwart der evangelischen Kirche in Polen wird, sofern er ein ehrliches Urteil bieten will, zu dem Schluß kommen, daß die falsche Losung, die evangelisch-lutherische Kirche in Polen wirkte als **Missionskirche**, wenn sie bei der polonisierenden Richtung beharre, fallen gelassen werden muß, sollen die benamten Vertreter der Kirche nicht noch mehr

Schaden an ihrer Seele nehmen. Schon E. H. Busch vertritt, irregeleitet von seinen Gewährsleuten, in seinen *Beiträgen* die Meinung, daß in Polen nicht nur ziemlich viel polonisierte Deutsche, sondern auch geborene Polen, die der evangelischen Kirche angehören, wohnen, und er glaubt, daß, wenn "in den Gegenden, wo durch evangelischen Unterricht und Gottesdienst in polnischer Sprache... für die Glaubensgenossen gesorgt wird, sie zu einem Sauerteige werden, der die Masse durchdringt." Und 1911, nachdem nahezu 50 Jahre hindurch im Sinne der von Busch erwähnten Wünsche der evangelischen Kirche gehandelt worden ist, schreibt Generalsuperintendent Bursche in seinem Synodalbericht: "Unsere Kirche hätte einen weit größeren Einfluß hierzulande und wäre ein Salz und ein Licht für dasselbe, wenn sie das Evangelium auch in polnischer Sprache brächte." Da ist es gut zu wissen, was die Statistik auf die Frage nach der Zahl der evangelischen Polen antwortet. Bei der Volkszählung von 1897 gaben von 414 773 Lutheranern in Polen 31 487 sich als polnischsprechende an. Diese Zahl entspricht nicht einmal der Menge der polonisierten Deutschen. Sie ist auch ein überzeugender Beweis, daß von der lutherischen Reformationskirche Polens so gut wie nichts übrig geblieben ist und widerlegt alle gegenteiligen und ungeschichtlichen Behauptungen. Sie ist ein Beitrag zur Tatsachenkenntnis, daß der polonisierte Deutsche nicht nur sein Volkstum, sondern auch sehr leicht seinen Glauben aufzugeben bereit ist. Dr. v. Kurnatowski kommt in einem Aufsatz der *Baltischen Monatsblätter* (März 1905), der sich mit der Geschichte der Reformation in Polen befaßt, zu dem nüchternen Schluß:

> "Höchstens zehn bis fünfzehn durch katholische Mischehen in ihrer Existenz gefährdete polnische Adelsfamilien und zwölf- bis fünfzehntausend litauische Bauern sind alles, was von der einst so mächtige Wellen schlagenden Reformation in Polen übrig geblieben ist. Das Übrige, was sich heute »polnisch-evangelisch« nennt, sind polonisierte ausländische Elemente, vor allem deutscher Herkunft, die sich nach der bekannten deutschen Art der neuen Heimat schnell assimilierten und in der zweiten Generation schon nationalpolnisch fühlten."

> "Daß auch die polonisierten Evangelischen zu ihrem Recht auf kirchliche Bedienung und Pflege kommen sollen, bedarf keiner Begründung. Nur darf die Sorge um das Seelenheit dieser kleinen, nicht einmal zehnprozentigen Minderheit nicht soweit gehen, daß man die **deutsch**-evangelische **Diasporakirche** in Polen zur **polnischen Missionskirche** macht. Aber es liegt im beiderseitigen Interesse, daß man in Zukunft noch weiter geht, und überall dort, wo größere anderssprachige Minderheiten sind, die Gemeinden trennt. Nur so werden sich unwürdige Szenen, wie sie sich vor einigen Jahren in der Kirche zu Warschau bei Wahlhandlungen abspielten, verhüten lassen. Vor zwei Jahren haben wir noch die Hoffnung gehabt, daß ein größerer Teil der hiesigen Pastoren sich zum Deutschtum zurückfinden wird. Aber nur einige Pastoren haben den Weg zum Deutschtum gesucht und gefunden. Die politischen Geschehnisse in unserem Lande entwickelten sich anders, als wir damals hofften. So kam es, daß 80% der genannten Pastorenschaft sich heute bewußter denn je zum Polentum bekennt. Es ist nicht unsere Art, anderen ihr völkisches Empfinden vorzuschreiben, aber die Frage ist erlaubt, ob das starkbetonte Fußen im fremden Volkstum die Pastoren geeigneter macht, Leiter und Berater **deutsch**-evangelischer Gemeindekörper zu sein. Wir hörten, daß in diesem Reformationsjubeljahr die Rettung der evangelischen Kirche in Polen in die Wege geleitet werden soll. Wir können uns die Rettung der Kirche nur im Zusammenhang mit der Festigung des deutschen Volkstums denken; alle anderen Wege führen zu ihrer Zertrümmerung. Luther sagte: »Für meine Deutschen bin ich geboren, ihnen will ich dienen.« Wie anders stünde es um die evangelische Kirche in Polen, wenn unsere Pastoren, die sich lutherisch nennen, dasselbe Empfinden besäßen und nicht nach Einfluß bei der polnischen Gesellschaft strebten. Es bedarf keiner langen Erläuterungen, daß es nicht länger so bleiben darf. Die jungen Theologiestudenten aus deutschen Häusern dürfen nicht wieder ihre Ehre darin suchen, sich auf - wie wir hoffen: in Zukunft reichsdeutschen - Universitäten zu extrempolnischen Studentenvereinen zusammenzufinden, um sich von

> Universitätslehrern und -hörern als Deutsch verstehende Polen anstaunen zu lassen. Aber auch die Berufung reichsdeutscher Pastoren muß den hiesigen Gemeinden freigegeben werden."[13]

Im Februar 1917 weilte in Polen Geh. Kirchenrat Prof. Rendtorff, der Vorsitzende des Gustav-Adolf-Vereins, der sich um die Rettung der evangelisch-lutherischen Kirche Polens während des Krieges große Verdienste erworben hat. In Besprechungen, die er in Warschau mit den leitenden Kreisen und in Lodz mit den Pastoren führte, wurde die Notwendigkeit einer neuen Kirchenverfassung erörtert. Da man wußte, daß Prof. Rendtorff wie selten ein Kirchenmann über die Bedürfnisse der Diasporakirchen unterrichtet war, erging an ihn die Bitte, eine neue Kirchenordnung auszuarbeiten. In einem Vortrag, den er damals auf Ersuchen des Deutschen Vereins in Lodz hielt, führte er bereits die Richtlinien der neuen Kirchenverfassung aus. Gemeinsam mit dem Kirchenrechtslehrer Prof. Meyer in Leipzig stellte er den Entwurf fertig. Zu seiner Durchberatung berief der Präsident des Evangelisch-Augsburgischen Konsistoriums in Warschau, Graf Posadowsky, einen zur Hälfte aus Geistlichen und Laien bestehenden Arbeitsausschuß, der am 3. August 1917 in Warschau tagte und eingehend die einzelnen Punkte der neuen Kirchenordnung besprach. Die straffe Fassung des Entwurfs, die alle Weitschweifigkeiten und Überflüssigkeiten vermied, wurde von allen anerkannt.

Der Kirchenstreit von 1917

Bis dahin und auch noch später ist von keiner Seite die Ansicht laut geworden, daß die neue Kirchenordnung zu früh käme. Im Gegenteil, bereits im Januar 1917 hatten die 19 einheimischen Pastoren in ihrer Eingabe an das Konsistorium den Wunsch nach ihrer baldigen Einführung geäußert. Auch von der Lodzer Pastorenkonferenz, die zur Besprechung der Kirchenordnung öfter einberufen wurde und zu den einzelnen Fragen de Entwurfs Stellung nahm, sind Äußerungen nach dieser Richtung nicht erfolgt. Und als nach einem Vortrag des Konsistorialpräsidenten Generalgouverneur v. Beseler die Einberufung einer allgemeinen, aus sämtlichen Pastoren und der doppelten Zahl von Laienvertretern zusammengesetzten Synode für den 18. Oktober 1917 in Lodz verfügte, waren sämtliche Mitglieder der Lodzer Pastorenkonferenz mit dem Lauf der Dinge sehr zufrieden.

Diese Vorgänge, und vor allem das Verhalten der Pastoren bis zur Einleitung der Wahlen, ließen einen ruhigen und sachlichen Verlauf der Synode erwarten, so daß man mit Recht überrascht sein durfte, als der Gedanke von Verfrühung und Übereilung der Entwurfberatung gerade seitens der Pastoren in die Verhandlungen der versammelten Synode geworfen wurde. Die polnischgesinnten Pastoren und mit ihnen ein kleiner Teil der Laien verließen nach einer theatralisch wirkenden Protestkundgebung den Verhandlungssaal, nachdem schon vorher einzelne von ihnen durch aufreizende Reden aufgefallen waren. Die Nichtteilnahme der Pastoren an den sachlichen Beratungen war mit ihrem Verhalten bei den Wahlen und den Vorbereitungen zur Synode nicht in Einklang zu bringen.

Was der Synode zum Schaden gereichen sollte, der Aufbruch der Minderheit, gedieh ihr zum Segen. Ungehindert von politischen Auseinandersetzungen und menschlichen Leidenschaften konnte am nächsten Tage die deutschgesinnte Mehrheit in sachliche Erörterungen eintreten und das dem Wohl der Kirche dienende Werk zu Ende führen.

Man erinnerte sich in dieser Zeit, daß auch die früheren Generalsynoden der evangelischen Kirche Polens meistens stürmisch verliefen. Die Synode von 1917 hat ein Seitenstück in der 1782 in Wengrow abgehaltenen Generalsynode. In 12 Sitzungen, vom 8. bis 17. September, stritt man über Kleinigkeiten und erschöpfte seinen Geist in juristischen Spitzfindigkeiten. Auf sachliche Fragen konnte oft erst eingegangen werden, nachdem 33 Mitglieder die Synode verlassen hatten.

Nachdem ein Wechsel in der Leitung des Konsistoriums eingetreten und an Stelle des Grafen

Posadowsky Geheimrat Loycke getreten war und auch der inzwischen aus Rußland zurückgekehrte Generalsuperintendent Bursche sich für einen Fortgang der Verfassungsarbeit eingesetzt hatte, konnte, nach Monaten des Streites, mit der Durcharbeitung der erweiterten Verfassungsvorschläge begonnen werden.

> "Generaloberst v. Beseler nahm lebhaften Anteil an den Verhandlungen über das Kirchengesetz. Er sprach es wiederholt aus, daß von dem Zustandekommen des Gesetzes die Übergabe der Kultusangelegenheiten an die polnische Regierung abhängig sei. An dieser Übergabe lag den Polen sehr viel, vor allem, um möglichst bald die Judensachen in die Hände zu bekommen, deren damalige Entwicklung ihnen recht unbequem war. Die Verhandlungen nahmen infolgedessen einen befriedigenden Fortgang. Seitdem man den Fehler der Lodzer Synode vom Oktober 1917 ausgebessert hatte und neben den Entwurf einer Kirchenordnung auch den eines Staatsgesetzes über die Kirche stellte, in dem deren Verhältnis zum Staat geregelt wurde, schien sich alles gut anzulassen. Auch der Generalsuperintendent legte sich für den neuen Entwurf nach dem Kompromiß mit Eichler, dem Führer des Deutschen Vereins, entschieden ins Zeug. Es war abzusehen, daß im Herbst 1918 die Verkündigung des Gesetzes erfolgen und die Einberufung der ersten Synode zur Übernahme der Kirchengewalt stattfinden könne."[14]

In den Vergleichsverhandlungen verpflichtete Generalsuperintendent Bursche sich, für die wesentlichste Forderung seiner sachlichen Gegner, die Zweidrittel-Laienmehrheit in den Synoden, auch gegenüber seinen einheimischen Amtsbrüdern einzutreten, deren Mehrzahl bisher dagegen Stellung genommen hatte. Der deutsche Teil der Kommissionsmitglieder war bereit, die Entschließung über die Übertragung des Konsistoriums nach Lodz und die Verhandlungssprache im Konsistorium der ersten, auf Grund der neuen Wahlordnung einzuberufenden Synode zu überlassen und Bursches, seinem kirchlichen Ehrgeiz entspringenden Wunsch, dem Generalsuperintendent den Bischofstitel zu geben und ihm den Vorsitz im Konsistorium wie auch in der Synode zu übertragen, zu willfahren, nachdem er sich dafür ausgesprochen hatte, in die neue Kirchenverfassung den Zusatz hineinzubringen, daß der Bischof (Generalsuperintendent) sein Amt niederlegt, wenn die Synode durch Mehrheitsbeschluß ihm ihr Mißtrauen kundgibt.

Bemühungen der Deutschen um die nationale Kurie im Landtagsgesetz

Der neue polnische Staatsrat hatte Gelegenheit, sich verfassunggebend zu betätigen. Unter den ihm im Sommer 1918 von den polnischen Ministerien zugegangenen Vorlagen befand sich auch eine **Landtagswahlordnung**, die in der Form, wie sie der Entwurf aufwies, **die über das ganze Land zerstreute deutschstämmige Bevölkerung von jeder parlamentarischen Vertretung** ausschloß. Generalgouverneur v. Beseler erhob Einspruch gegen den Entwurf und sprach in einem Schreiben die Erwartung aus, daß es im Einvernehmen mit der polnischen Regierung und dem Staatsrat möglich sein werde, in den kommenden Beratungen die Entwürfe so umzugestalten, daß auch der deutschen Minderheit eine Vertretung gewährleistet sei.

Unabhängig von dem ihr nicht bekannten Schritt des Generalgouverneurs hatte die Hauptleitung des Deutschen Vereins am 12. Juni 1918 in einer Denkschrift an den polnischen Staatsrat zu der Landtagsordnung Stellung genommen. Nach einem geschichtlichen Rückblick auf die Verdienste der deutschen Bevölkerung Polens um die kulturelle und wirtschaftliche Hebung des Landes wurde darin ausgeführt:

> "Angesichts des sich entwickelnden staatlichen Lebens in Polen und des Beginnes der schöpferischen Tätigkeit des Staatsrates erachtet es der Vorstand der kulturellen Vereinigung aller Deutschen in Polen, des Deutschen Vereins, Hauptsitz in Lodz, als seine Pflicht, namens seiner 21 000 Mitglieder und im Sinne der gesamten Deutschen in Polen an den

> Staatsrat die Bitte zu richten, den deutschen Staatsbürgern, die so viel zur kulturellen und wirtschaftlichen Hebung des Landes beigetragen haben, die Möglichkeit zu geben, eigene Vertreter in den künftigen polnischen Landtag zu schicken. Da die Deutschen zerstreut über fast alle Gemeinden wohnen und nirgends die Mehrheit bilden, so würden sie ohne Sitz und Stimme im Landtag bleiben müssen, wenn ihnen nicht geholfen wird durch Schaffung einer **nationalen Kurie** bzw. **Einführung des Katasters**, so daß jeder, der sich zur deutschen Muttersprache bekennt, mit seinen Volksgenossen das Recht hat, die den Deutschen im Verhältnis zur allgemeinen Bevölkerungszahl zustehende Zahl von Abgeordneten aus der eigenen Mitte zu wählen. Nicht separatistische Gelüste sind es, die den Deutschen den Wunsch nach einer Wahlordnung in der vorgeschlagenen Weise eingeben, sondern das Verlangen, als Bürger teilzunehmen am Aufbau des Staates, und außerdem der Wunsch, sich bei der Regelung der staatlichen Verhältnisse durch eigene Vertrauensmänner vertreten zu wissen. Die polnischen Staatsbürger deutscher Zunge hoffen, daß der neuzeitliche Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker, der jetzt bei allen staatlichen Neubildungen durchgeführt wird, durch Berücksichtigung der Wünsche der deutschstämmigen Bevölkerung auch bei dem Landtagsgesetz sinngemäßen Ausdruck erhält."

Das polnische Ministerium des Innern war bereit, den Entwurf zu erweitern. Vorbesprechungen fanden bereits statt, als sich der Staatsrat im Herbst 1918 auflöste.

Rückwanderer-fürsorge

Nachdem die Bestimmungen des Brester Friedens in Kraft getreten waren, begannen die nach Rußland verschleppten Deutschen zurückzukehren, erst einzeln und später in großen Scharen. Der deutschen Verwaltung und den deutschen Organisationen in Polen erwuchsen neue Pflichten. Über ihre Erfüllung sprach sich anläßlich der Tagung der Hauptverwaltung des Deutschen Vereins am 2. Oktober 1918 der Vorsitzende des Vereins in seinem Bericht aus:

> "Die Vereinsarbeit im letzten Halbjahr stand unter dem Zeichen der **Rückwandererfürsorge**; sie nahm zeitweise alle unsere Kräfte in Anspruch, galt es doch, beratend, aufklärend und helfend überall dort einzuspringen, wo Verzagtheit und Ratlosigkeit unter den Rückwanderern um sich griffen, die in großen Massen zurückkamen und die Verhältnisse in der Heimat so ganz anders fanden, als sie sich vorstellten. Noch vor einem Jahre dachten wir mit großer Sorge an die Zukunft der im ersten Kriegsjahre von den Russen verschleppten einheimischen Deutschen, und die Fragen: wie wird's sein, wenn sie einst wiederkommen und wie werden sich die zum Teil recht verwickelten Pacht- und Nutzungsverhältnisse entwirren lassen? bewegten das Gemüt aller derjenigen, die über die Sorge um die Erhaltung des eigenen Lebens der ins Elend geratenen Stammesgenossen nicht vergaßen. Der Deutsche Verein, als berufener Sachwalter aller Deutschen in Polen, unternahm Schritte zur Sicherung des deutschen Besitztums. Glaubten doch vielfach die polnischen Pächter der durch die Verschleppung herrenlos gewordenen Grundstücke durch ihre jahrelange Inbesitznahme sich das Recht auf die Höfe zu ersitzen. Gleichzeitig dachte man an die Fürsorgetätigkeit für die zu erwartenden Rückwanderer. Freilich mußte man sich damals sagen, daß im Hinblick auf den Umfang der Anforderungen auch die großzügigste Privatfürsorge nicht den zehnten Teil des Verlangten wird aufbringen können. Nicht Zehntausende - zehn Millionen wären erforderlich gewesen, um die Heimkehrenden die erste Zeit über Wasser halten zu können und ihnen bei der Wiedereinrichtung zu helfen. In den Frühjahrsmonaten kamen die ersten Partien unserer Rückwanderer an, die zunächst in die Rückwandererlager geleitet wurden. Der Vereinsvorsitzende besuchte sie im Rückwandererlager Modlin und die Heimgekehrten in den benachbarten Kolonien. Es zeigte sich, daß die meisten von ihnen es als selbstverständlich betrachteten, in der Heimat zu bleiben und sich durch ihrer Hände Fleiß wieder emporzuarbeiten. Aber als sie und die nach ihnen Heimgekehrten der Trostlosigkeit ihrer fast aussichtslosen Lage in den vernichteten

Ansiedlungen unterliegen wollten, da mußte frisch zugegriffen und die Entmutigten ermuntert werden. Die Reisesekretäre des Deutschen Vereins bereisten die Rückwandereransiedlungen, um Rat und Trost zu spenden, Wünsche zu hören und das Gefühl des Verlassenseins nicht aufkommen zu lassen. Im Amtsblatt des Kreises Sokolow wird das Rückwandererelend mit knappen Worten geschildert: »Jetzt sind die Deutschen in Not und Armut nach den Leiden einer dreijährigen Gefangenschaft zurückgekehrt. Ihre Bauernstellen finden sie zwar wieder, aber in welchem Zustande? Kriegsschäden, Diebeshände, Wettereinfluß haben umfangreiche Zerstörungen der Gebäude bewirkt. Die Felder sind in vielen Fällen gering oder gar nicht bestellt. Die Stuben sind leer, die Fenster zerschlagen oder gestohlen, die Türen verschwunden, oft ist weder Bett noch Tisch noch Stuhl, weder Topf noch Löffel noch Herd vorhanden. Schrank und Truhen und Geräte fehlen.« Die deutsche Verwaltung tat ihr Möglichstes, um zu helfen, aber bei der Größe der Not erwies sich alle Hilfstätigkeit wie ein Tropfen auf einem heißen Stein. Dabei gab es ein ganzes Knäuel von Fragen hinsichtlich der Nutzungs- und Eigentumsansprüche an Land, Vieh und Einrichtungsgegenständen. Es wurde den Beteiligten immer mehr klar, daß ohne eine großgedachte und einheitliche geregelte Fürsorgetätigkeit das Rückwandererelend sich ins Riesengroße ausdehnen müßte. - Da erwuchs der Hauptleitung des Deutschen Vereins die Pflicht, aus ihrer Kenntnis der Sachlage heraus höheren Ortes wegen Abhilfe vorstellig zu werden. Der Vereinsvorsitzende bat um eine Audienz bei Generalgouverneur v. Beseler, in der er die verschiedenen Klagen und Wünsche aus Rückwandererkreisen wiederholte. Auf Veranlassung des Generalgouverneurs wurde das persönlich Vorgetragene in eine Denkschrift zusammengefaßt, die in die Bitte ausklang, die Wiedereinwurzelung der deutschen Rückwanderer zu ermöglichen und ihnen gegenüber nicht nur Wohlwollen sondern auch Nachsicht zu üben, da sie seit fast vier Jahren aus der geraden Linie ihrer geistigen und wirtschaftlichen Entwicklung hinausgeschleudert worden seien. - In der bald darauf in Warschau stattgefundenen Beratung der leitenden Herren der Militär- und Zivilverwaltungen hat die Rückwandererfürsorge frische Impulse erhalten. Der Generalgouverneur legte den ihm Nachgeordneten Hilfsbereitschaft für die Heimgekehrten ans Herz. Er selbst besuchte wiederholt deutsche Rückwandereransiedlungen, um sich vom Fortgang des Wiederaufbaues der zerstörten Ansiedlungen zu überzeugen. Er hörte die Wünsche der Leute an und sagte ihnen tröstende und aufmunternde Worte. Alle Verwaltungsmaßnahmen in Sachen der Fürsorge, die Überlassung militärischer Kolonnen für den Wiederaufbau und die Ackerbestellung, die Hergabe von Vieh und Pferden und zuletzt noch die Erweiterung der Arbeit der »Fürsorgestelle für deutschen Grundbesitz« bezeugen das überaus warme Interesse des Generalgouverneurs an dem Wohlergehen der hartgeprüften Ansiedler. Ein dauerndes Denkmal in den Herzen aller Deutschen in Polen hat er sich durch seine letzte Willenkundgebung anläßlich der Feier des dreijährigen Bestehens des Generalgouvernements Warschau gestellt; er führte aus: »Tausende und Abertausende Volksverwandte von uns, deutschstämmige Vertriebene kehren zurück, die in der brutalsten Weise von Haus und Hof verjagt worden waren. Ein großer Prozentsatz findet weiter nichts als eine elende Brandstätte und einen verwüsteten und verunkrauteten Acker vor, dort, wo einst ein schön gepflegtes Bauerngut stand. Daß es unsere Pflicht [ist], unser Augenmerk auch auf diese Dinge zu lenken, versteht sich von selbst, und wir werden dabei auch die polnischen Rückwanderer nicht vergessen.«

Weniger hoffnungsvoll war die **Lage der Rückwanderer im österreichischen Okkupationsgebiet**. Die Bemühungen von Lodz aus für die deutschen Stammesgenossen im Lublinschen und Cholmschen erzielten nicht den gewünschten Erfolg. Die Rückwanderer fanden ihre Wirtschaften von Polen besetzt, die keine Anstalten machten, zu weichen. Auch die Amtsstellen zeigten sich gegenüber den Bitten und Klagen der Rückwanderer teilnahmslos. Bitten einzelne oder Gruppen um Unterstützung zur Wiedererlangung ihrer Wirtschaften, so werden sie vielfach angefahren: »Wer hat euch hergerufen? Ihr hättet in

Rußland bleiben können!« Die polnischen Bauern betrachten sich heute schon als Dauerbesitzer der deutschen Wirtschaften; sie werden durch das Verhalten der amtlichen Stellen in dieser Annahme bestärkt. Die durch die dreijährige Leidenszeit und den mehr als kühlen Empfang eingeschüchterten Deutschen stehen zag- und ratlos da. Der »Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer« richtete in Cholm eine Zweigstelle der Rückwandererfürsorge für das besetzte Ostgebiet ein, die den Heimkehrenden beratend zur Seite stand. Das k. u. k. Kreiskommando in Cholm befahl, die Zweigstelle zu schließen, da angeblich nicht nachgewiesen werden konnte, daß die Rückwandererfürsorge notwendig sei. Ein ukrainischer Regierungskommissar, der in dem umstrittenen Cholmgebiet Fühlung zu der deutschen Bevölkerung suchte, wobei er, als er die Rückwanderernot sah, Lebensmitteltransporte aus Wolhynien in Aussicht stellte, wurde verhaftet und ausgewiesen. Eine Abordnung der deutschen Rückwanderer unter Führung des Pastors Loppe in Cholm wandte sich mit Klagen und Bitten an den nach Cholm gekommenen Militär-Generalgouverneur von Lublin Liposcak. Er stellte Hilfe in Aussicht und ersuchte um schriftliche Formulierung der Forderungen. Das ist ein einer Denkschrift geschehen. Leider hat es die österreichische Verwaltung bei dem guten Willen gelassen."

Verpflanzung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens nach Polen

Es war gut, daß die **Deutschen Spar- und Darlehns-**(Raiffeisen)-**Kassen**, mit deren Gründung bereits im Sommer 1917 begonnen worden war, eine ruhige Entwicklung genommen hatten, als die Rückwandererzüge eintrafen. Der neue "Verband der Deutschen Genossenschaften in Polen" und die von ihm ins Leben gerufene "Deutsche Genossenschaftsbank" konnten überall tatkräftig eingreifen und zahlreichen Rückwandererkassen beträchtliche Darlehen gewähren. Nach dem anfänglichen Mißtrauen stellte sich überall Interesse ein. Der Segen der neuen Einrichtung machte sich fühlbar. Die in den Rechnerkursen ausgebildeten Geschäftsführer der einzelnen Kassen sorgten für Aufklärung. Bis Ende 1918 waren über 200 Genossenschaften entstanden. Die Deutsche Genossenschaftsbank, die ebenso wie der Deutsche Genossenschaftsverband sich die praktischen Erfahrungen des "Verbandes deutscher Genossenschaften in der Provinz Posen" nutzbar machen konnte, erhöhte bereits im Oktober 1918 ihr Aktienkapital von 1 Million auf 2 Millionen Mark.

Anfang Oktober 1918 konnten in Lodz eine Reihe **deutscher Tagungen** stattfinden, zu denen Vertreter aus dem ganzen Lande gekommen waren. Um die 5. Hauptversammlung des Deutschen Vereins gruppierten sich die Hauptversammlungen des Deutsch-Evangelischen Landeschulverbandes, der landwirtschaftlichen Bezugs- und Absatzgesellschaft und der Deutschen Genossenschaftsbank. Der **Deutsche Verein** sandte ein Begrüßungstelegramm an den **Polnischen Regentschaftsrat**: "Die in Lodz tagenden Vertreter der Verwaltungskörperschaften aller Ortsgruppen des 25 000 Mitglieder zählenden Deutschen Vereins bitten, ihren ehrerbietigen Gruß und den Ausdruck loyaler Gefühle für den polnischen Staat entgegenzunehmen. Indem sie ihre nationale Eigenart pflegen, sind sie sich bewußt, durch schöpferische Arbeit auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet am besten dem Lande zu dienen, als dessen treue Bürger sie sich fühlen." Vom Regentschaftsrat lief folgende Antwort ein: "Auf Veranlassung des Durchlauchigsten Regentschaftsrates übermittelt das Zivilkabinett dem Deutschen Verein den Dank für die ausgedrückten Gefühle loyaler Anhänglichkeit zum Lande und zum polnischen Staate. Polens Bürger **aller** Nationalitäten finden immer in dem seiner **Toleranzüberlieferungen getreuen Polen** die Verteidigung und Berücksichtigung ihrer Rechte. Generalsekretär Prälat Chelmicki." Generalgouverneur v. Beseler erhielt auf drahtlichem Wege den Dank für seine Bemühungen zur Sicherung der Deutschen in Polen und Rettung der Rückwanderer. Gleichzeitig wurde er zum Ehrenmitglied des Deutschen Vereins ernannt. - Aus den Berichten der Mitarbeiter ging hervor, daß die Ortsgruppengründungen in den Rückwandereransiedlungen südöstlich von Warschau, die sich vor dem Kriege der deutschen Rede entwöhnten, einprägsame Erlebnisse waren. Alle Männer und Frauen betrachteten es als Ehrensache, sich dem Verein anzuschließen; sie ermunterten sich

gegenseitig in polnischer Sprache zum Eintritt. Die Erfahrungen der russischen Verbannung hatten ihnen ihr Deutschtum wieder eingehämmert und sie wünschten nichts sehnlicher, als daß ihnen und ihren Kindern durch die deutsche Schule der Gebrauch der Sprache ihrer Voreltern wieder geläufig werde. Für sie war die Ankunft nicht nur die Rückkehr in die Heimat, sondern auch die Heimkehr zu dem angestammten Volkstum.

In der Hauptversammlung des **Deutsch-evangelischen Landesschulverbandes** konnte über das Gedeihen des weitverzweigten Unternehmens berichtet werden. Über 450 Schulgemeinden auf dem Lande hatten sich dem Verband angeschlossen. Der Voranschlag ihres Haushaltsplanes schloß mit 1 075 000 Mark in Einnahmen und Ausgaben ab. Ihre wirtschaftliche Grundlage war sicher genug, um eine Besoldungsreform der Lehrer, für die über 100 000 Mark angefordert wurden, durchführen zu können. Auch die Regelung der Ruhegehälterfrage konnte in Angriff genommen und zur Einführung einer Pensionskasse 200 000 Mark bestimmt werden. Das besondere Augenmerk der Verwaltung des Schulverbandes richtete sich auf die Einrichtung von Schulen in den Rückwandererkolonien.

Die "Deutsche Woche" in Lodz

Im Rahmen der deutschen Tagungen, bekannt als **Deutsche Woche**, fanden noch weitere Veranstaltungen statt. Chefredakteur Gollnick hielt in der Aula des deutschen Gymnasiums einen Vortrag über das "Auslandsdeutschtum nach dem Kriege". Im Mittelpunkt eines Familienabends des Deutschen Vereins stand ein Vortrag des Pfarrers Luthardt über die "geistigen Triebkräfte der deutschen Arbeit in Polen". Während der Generalversammlung der Deutschen Genossenschaftsbank sprach Dr. Leo Wegener aus Posen über Erfahrungen im Genossenschaftswesen in der Provinz Posen. Im deutschen Theater fand eine Festvorstellung statt. Den Tagungen folgten Rechnerkurse für die Geschäftsführer der Spar- und Darlehnskassen.

Erklärung der deutschen Regierung hinsichtlich der Sicherung der deutschen kulturellen Schöpfungen in Polen

Die Teilnehmer an den deutschen Tagungen, die gekommen waren, um sich über den Fortgang der deutschen Unternehmen zu unterrichten und über ihre fernere Entwicklung zu beraten, nahmen den Eindruck mit, **daß das Deutschtum in Polen einer gesicherten Zukunft** entgegengehe. Kurz vorher hatte der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen, **v. Hintze**, im Hauptausschusse des Deutschen Reichstags erklärt, daß die deutsche Regierung im Einvernehmen mit der polnischen Regierung dafür eintreten wolle, **daß alle Schöpfungen, die während der Okkupationszeit entstanden waren, dauernden Bestand haben sollten.** Damit war die Sorge vieler, daß alle blühenden deutschen Unternehmungen nach dem Weggang der deutschen Verwaltung unterdrückt werden würden, behoben.

Anmerkungen:

1 Der Verfasser lehnt sich in den nachstehenden Ausführungen vielfach an seinen Beitrag zur Schrift des Gouvernementspfarrers **Lic. P. Althaus**: *Um Glauben und Vaterland. Neues Lodzer Kriegsbüchlein*. Göttingen 1917. ...zurück...

2 Prof. Dr. **Dietrich Schäfer**: *Die Schuld an der Wiederherstellung Polens*. München 1919, Seite 6. ...zurück...

3 Prof. Dr. **Dietrich Schäfer**: *Die Schuld an der Wiederherstellung Polens*. München 1919, Seite 6. ...zurück...

4 Prof. Dr. **Dietrich Schäfer**: *Die Schuld an der Wiederherstellung Polens*. München 1919, Seite 8. ...zurück...

5 Ingenieur **L. K. Fiedler**: *Die Deutschen in Polen*. Denkschrift. Berlin 1917, S. 4. ...zurück...

6 Polonius: *Das Deutschtum im Ausland*. Berlin 1914, Heft 22, S. 177. ...zurück...

7 W. Feldmann: *Deutschland, Polen und die russische Gefahr*. Berlin 1915, S. 77. ...zurück...

8 Adolf Eichler in der *Deutschen Post* vom 12. November 1916. ...zurück...

9 Bruno Geißler: "Bilder vom Deutschtum in Polen." *Eiserne Blätter*, Heft 18, 1919, S. 323. ...zurück...

10 Friedrich Naumann: *Was wird aus Polen?* Berlin 1917, S. 20. ...zurück...

11 Nach allen Richtungen hin verästelt war der Erfolg der erzeugenden Wirksamkeit der deutschen Verwaltung, ob es sich um das Gerichtswesen, die reine Verwaltungstätigkeit oder um die wissenschaftliche Erforschung der Boden- oder sonstigen Verhältnisse des Lebens handelte. Durch Einrichtung von Kursen für mittlere und höhere Beamte wurden polnische Volksangehörige zur Fortführung der Geschäfte herangebildet. Dank haben sich die Deutschen damit nicht erworben. Wenn man rein zufällig nur ein paar Blätter von den Zeitungsbergen zu lesen bekommt, die seit dem Umsturz mit Würdigungen der deutschen Verwaltung geschrieben wurden, so ist man entsetzt über die Tiefe des ungebändigten Hasses, der einem daraus entgegengrinst. Es ist in Polen zur Gewohnheit geworden, jeden, der auch nur eine schwache gute Seite an der früheren Verwaltung entdeckt, zum Volksverräter zu stempeln. ...zurück...

12 Bruno Geißler: "Zu unserem Abschied von Polen." *Monatshefte des Gustav-Adolf-Vereins*. Leipzig 1917, 1. Heft, S. 12. ...zurück...

13 Adolf Eichler in der Lodzer *Deutschen Post*, März 1917. ...zurück...

14 Bruno Geißler: "Zu unserem Abschied von Polen." *Monatshefte des Gustav-Adolf-Vereins*. Leipzig 1919, Heft 1, S. 15. ...zurück...

Im neuen Polen

Folgerichtige Entwicklung des Verhältnisses der Deutschen in Polen zum polnischen Staat

Als die deutsche Versammlung in Lodz am 2. Oktober 1918 das Telegramm an den Polnischen Regentschaftsrat richtete, war damit eine weitere Stufe in der **folgerichtigen Entwicklung des Verhältnisses der Deutschen zum polnischen Staat** erreicht. Am 10. Dezember 1916 wurde es in der großen Versammlung klar ausgesprochen, daß die deutsche Bevölkerung bereit sei, sich mit ihren Wünschen dem polnischen Staatswohl unterzuordnen und mit der vollendeten Tatsache der Staatsbildung zu rechnen. Es lag nicht in ihrer Absicht, eine deutsche Irredenta zu schaffen. Wiederholt, so in der Eingabe des Deutschen Vereins an den Staatsrat bezüglich der Landtagswahlordnung, erklärten sie, daß nicht separatistische Wünsche sie bei ihren Bemühungen um Sicherung ihrer Zukunft leiteten. Dennoch wurden sie hart angefeindet, nicht zuletzt aus den Reihen ihrer passivistischen Volksgenossen, die sich in den mehr als drei Jahren der deutschen Herrschaft, erbittert durch mehr oder weniger unkluge Maßnahmen auf wirtschaftlichen Gebieten, aus russophilen Mitläufern zu strammen Neupolen entwickelten.

Im politischen Kräftespiel der deutschen Verwaltung mit den polnischen Politikern in Kongreßpolen waren die Polen immer mehr die Fordernden und Nehmenden gewesen, während die Deutschen, durch die beginnenden Waffenstillstandsverhandlungen im Westen ihrer wesentlichsten Stütze, der militärischen Geltung, beraubt, in eine unhaltbare Lage gerieten. Natürlich mußten nun auch die Führer des bodenständigen Deutschtums die Hoffnung aufgeben, daß die deutsche Regierung in der Lage sein würde, den beabsichtigten Schutz der Deutschen in Kongreßpolen durchzuführen.

Vor ganz neue Aufgaben wurden sie gestellt, als am 10. und 11. November 1918 **die deutschen Heeresverbände ihren Befehlshabern den Gehorsam aufsagten** und die Soldatenräte in raschen

Verhandlungen mit den Führern der bunt zusammengewürfelten, meistens noch waffenlosen polnischen Heerhaufen in die Abgabe ihrer Waffen und der gesamten in Polen vorhandenen großen Vorräte von Heeresbedarfsgegenständen willigten. Die Ereignisse nahmen indessen einen noch rascheren Verlauf als die Verhandlungen. In Warschau und Lodz und bald auch in allen anderen Provinzstädten hatten sich die deutschen Soldaten durch polnische Schulbuben entwaffnen lassen. Und wenn hier und da einmal einige deutsche Soldaten mit einem Maschinengewehr, unter Führung eines Offiziers, den beutelustigen Pöbel in Schach zu halten versuchten, so mischte sich sofort irgendein, oftmals nicht mehr ganz nüchternes, Mitglied eines deutschen Soldatenrates ein und rettete das neue "deutsch-polnische Bündnis", indem er auf Ausfolgung der Waffen bestand. Deutsche Offiziere und Soldaten waren allen möglichen Angriffen, vom Angegrinst- bis zum Angespienwerden und heimtückischer Ermordung ausgesetzt. Noch nach Jahrhunderten wird man polnischen Kindern von den "Tapferkeitstaten" der polnischen Jugend erzählen, die es fertig brachte, das starke und mit allen Ausrüstungsstücken versehene deutsche Heer in die Flucht zu treiben. - Nur einzelne kleine Gruppen erzwangen sich mit ihren Waffen den Rückmarsch zur Grenze.

Auswirkungen der deutschen Revolution in Polen

"Tapferkeitstaten" der polnischen Jugend bei der Entwaffnung der deutschen Soldaten

Während dieser Zeit hatte der Regentschaftsrat dem aus der deutschen Internierung entlassenen Pilsudski Platz gemacht, der als provisorischer Staatschef die Leitung des Landes übernahm. Polen selbst bildete in diesen Tagen ein Chaos. In Warschau, Lublin und Krakau hatten sich Regierungen gebildet. Sachliche und persönliche Meinungsverschiedenheiten trennten die Führer der Bewegung. Allen gemeinsam war nur der Deutschenhaß.

Schlimm war die Lage der Deutschen auf dem Lande. Schon vor dem Umsturz hatten die aufgehetzten polnischen Bauern **Drohungen gegen die deutschen Kolonisten** geäußert. Nun wurden sie vielfach aufgefordert, innerhalb kürzester Zeit dem deutschen Heere zu folgen. Örtliche Machthaber schlossen willkürlich deutsche Schulen und nahmen den deutschen Rückwanderern das ihnen von der deutschen Verwaltung gelieferte Vieh und die ihnen überlassenen Baumaterialien zum Wiederaufbau der zerstörten Gebäude weg. In einigen Dörfern hatten bereits Raubüberfälle und Deutschenmorde stattgefunden.

Eine öffentliche Erklärung der deutschen Verbände

Die Führer der deutschen Organisationen fanden sich täglich in Lodz zusammen, um zu beraten, was im Interesse des Deutschtums zu unternehmen sei. Im polnischen Staatswesen fehlte immer noch die ordnende Hand. Man wußte nicht, wo der verantwortliche Mann zu suchen sei. In Warschau war trotz wiederholter Versuche kein richtiges Ministerium zustande gekommen. Inzwischen brachten die polnischen Zeitungen eine Deklaration der Lubliner Regierung, die neben sonstigen Zusicherungen auch die **Gleichstellung aller Nationalitäten und Konfessionen** verkündete. An diese Deklaration anknüpfend, erklärten sich die Deutschen, vertreten durch ihre Vereinigungen, den Deutschen Verein, die Deutsch-Evangelischen und Deutsch-Katholischen Landesschulverbände, den Deutschen Genossenschaftsverband, die Christliche Gewerkschaft und den Verband deutschsprechender Katholiken, durch eine öffentliche Erklärung bereit, die Bemühungen der neuen Regierungen um Aufrechterhaltung der Ordnung in den kommenden kritischen Tagen zu unterstützen.

Eine Aussprache mit dem polnischen Gesandten in Berlin

Kurz nachher hielt sich der Vorsitzende des Deutschen Vereins, Eichler, in Berlin auf. Als ihn dort neue Nachrichten über grausame Deutschenverfolgungen erreichten, hielt er den Zeitpunkt für gekommen, eine schon früher in der *Deutschen Post* geäußerte Absicht zu verwirklichen und an die derzeitigen Träger des Völkerverbrüderungsgedankens wegen des Schutzes der deutschen Minderheit in Polen heranzutreten. Vorher noch sollte der Versuch gemacht

werden, von dem neuen Vertreter des amtlichen Polens, den zum Gesandten bei der deutschen Regierung ernannten Sachwalter der polnischen Aktivisten in Berlin, Wilhelm Feldman, zu erfahren, inwieweit mit einer gefestigten polnischen Zentralbehörde zu rechnen und ob sie gewillt sei, der schrankenlosen Willkür in der Behandlung ihrer deutschsprechenden Staatsbürger zu steuern. Es kam zu einer Aussprache zwischen Feldman und Eichler. Feldman wollte die im Laufe des Gesprächs erwähnte Möglichkeit, daß die in steter Gefahr lebenden Deutschen in Polen einen Appell an Europa richteten, als Drohung auffassen, worauf ihm erwidert wurde, daß keine Regierung sich wundern dürfte, wenn, im Zeitalter des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, bedrohte Volksteile sich mit allen Kräften für die Anerkennung der bloßen Menschenrechte einsetzten. Feldman bedauerte die Vorkommnisse und meinte, daß sowohl Pilsudski wie auch das in diesen Tagen an die Spitze der Regierung berufene sozialistische Ministerium Moraczewski für die praktische Durchführung des Gleichberechtigungsgedankens seien. Er versprach, in diesem Sinne nach Warschau zu schreiben.

Der politische Zusammenschluß und die politische Arbeit der Deutschen im neuen Polen

In Warschau hatte das neue Ministerium inzwischen, dem Drucke der öffentlichen Meinung nachgebend, Wahlen zum verfassunggebenden Landtag ausgeschrieben. Auch die politisch noch nicht organisierten Deutschen waren genötigt, sich politisch zu gliedern. Der **politische Zusammenschluß der Deutschen** war besonders in Lodz schwer, wo sich nicht nur die seit langem bestehenden Gegensätze zwischen deutschen Aktivisten und Passivisten verschärften, sondern auch die während des Krieges nach Deutschland abgewanderten deutschen Industriearbeiter in großen Massen zurückkehrten, vollgepfropft mit Schlagwörtern der deutschen Revolution, an der manche von ihnen tätigen Anteil genommen hatten. Aber auch aus Rußland waren große Scharen Deutscher zurückgekehrt, Heeresangehörige und schon früher entlassene Kriegsteilnehmer, Kaufleute und Verschleppte. Bolschewistische Ideen haben ihr Denken beeinflußt. Nur schwer konnten die einen und die anderen sich an die heimatlichen Verhältnisse gewöhnen und den richtigen Maßstab für das während ihrer Abwesenheit Neugeschaffene finden. Die Vorgänge in der letzten Zeit führten alle Einsichtigen zu der Überzeugung, daß es töricht wäre, sich politisch zu zersplittern. Die Bemühungen, in Lodz Deutsche aller Richtungen zu gemeinsamem Vorgehen zu bringen, hatten Erfolg. Nur die schon sehr weit Polonisierten, darunter der größte Teil der Pastoren und die deutschen Kommunisten versagten die Gefolgschaft und schlossen sich den Gleichgesinnten im anderen Lager an. Bedauerlicherweise zogen sich die im gemeinsamen Ausschuß sitzenden, gelassener auftretenden deutschen Passivisten zurück und die zurückgebliebenen Schreier, die sich nun die Führung anmaßten, entwickelten ihre Tatfreudigkeit nach der falschen Richtung, indem sie die gemeinsam aufgestellten Kandidaten, soweit sie dem aktiven Flügel angehörten, wie auch den Deutschen Verein und seine Führung in unerhörter Weise angriffen, und die einen wie auch die anderen nicht einwandfreier Beziehungen zu der deutschen Okkupationsverwaltung beschuldigten.

Einen ganz besonders hervorragenden Anteil an dieser Hetze nahm die *Neue Lodzer Zeitung*, die in dieser Zeit erklärt hatte, sie sei eine **polnische Zeitung in deutscher Sprache**. Einer ihrer Herausgeber, der Renegat Milker, hatte sich während des Umsturzes aus eigener Machtvollkommenheit zum Gebieter der deutschen Presseverwaltung und ihrer Akten gemacht. Er überließ den polnischen Zeitungen Berichte, Charakteristiken der deutschen Stadtverordneten und anderes Material aus ihren Akten. Er und der zweite Mitinhaber der Zeitung, der Lette Drewing, der je nach den Zeitumständen als Verteidiger oder Bekämpfer deutscher Interessen auftrat, konnten sich nicht genug tun in Angriffen gegen die deutsche Bewegung und ihre Leiter. Einen würdigen Bundesgenossen fanden sie in dem Oberlehrer Habermann, einem politischen Streber, der seinen Geist in schwulstigen Hetzartikeln erschöpfte. Als die Ausfälle der Drei immer gehässiger und persönlicher wurden, nahm der geschäftsführende Ausschuß des Deutschen Vereins in einer öffentlichen Erklärung Stellung dazu. Er führte aus, daß die Absicht der *Neuen Lodzer Zeitung* und ihrer Freunde offensichtlich darauf gerichtet sei, die polnische Öffentlichkeit und die polnischen

Behörden voreingenommen gegen den Verein zu machen und stellte fest:

> "Der Deutsche Verein ist ohne Zutun und ohne Befürsorgung von seiten der deutschen Verwaltungsbehörden entstanden, ja, er wurde lange Zeit hindurch von diesen Behörden als oppositionell betrachtet und in seiner Entwicklung gehemmt. Erst als der Deutsche Verein viele Tausende von Mitgliedern hatte und nicht mehr ignoriert werden konnte, brachten ihm die deutschen Behörden Interesse entgegen, wie es jede andere Behörde bei gegebenem Anlaß ebenso getan hätte. In einer Zeit, wo neue Verhältnisse sich gestalteten, mußten die führenden Männer des Vereins, der aktiv sein wollte - und dies gerade deshalb sein wollte, weil andere deutsche Organisationen tot schienen - ebenso wie die Leiter anderer Organisationen und Institutionen natürlich auch mit den Behörden in sachlicher Hinsicht verkehren. Ein gleiches haben in viel umfangreichere Weise ja auch die polnischen Aktivisten in Lodz, Warschau, Berlin, Wien und anderswo getan. Es sei ausdrücklich festgestellt: Zu keiner Stunde war die Unabhängigkeit des Deutschen Vereins in Frage gestellt, der Deutsche Verein war immer, was er sein wollte, eine Organisation der bodenständigen, einheimischen Deutschen zur Vertretung ihrer Interessen. Während andere Persönlichkeiten, Vereine und Institutionen sich noch russophil gaben, hat der Deutsche Verein als erste deutsche Organisation Polens in einer Massenversammlung im Dezember 1916 sich bereits auf den Boden des polnischen Staates gestellt. Daß er an die damals abgegebene Erklärung die Forderung nach Gewährung jener Rechte knüpfte, die nach zeitgemäßen Auffassungen allen Minderheiten zukommen, kann ihm niemand verübeln. Der Deutsche Verein wird den Wunsch nach einer weitgehenden kulturellen Autonomie der jetzigen staatlichen Behörde ebenso vortragen, wie er ihn der deutschen Verwaltung vorgetragen hat. Festzustellen ist ferner, daß der Deutsche Verein s. Z. gegen die von unverantwortlicher Seite begonnene Agitation für die Abwanderung der hiesigen Deutschen bzw. für ein Reichsdeutschwerden hiesiger Landeseinwohner mit Entschiedenheit aufgetreten ist. Es ist also Verdächtigung, wenn behauptet wird, die führenden Männer des Deutschen Vereins hätten im Auftrag der deutschen Verwaltung eine deutsche Bewegung gemacht. Sie haben im Dienste der einheimischen Deutschen uneigennützig, unter Leistung persönlicher Opfer gearbeitet. Jede andere Darstellung ist böswillige Verleumdung."

Obgleich der Deutsche Verein und die ihm nahestehenden Kreise die Losung ausgegeben hatten, sich durch die Schimpfereien der Passivisten nicht von der Wahl abhalten zu lassen, blieb das nicht zu entschuldigende Gebaren der anderen Seite nicht ohne Einfluß auf manche Aktivisten, die sich zum Teil der Wahl enthielten, so daß in Lodz nur 18 130 deutsche Stimmen abgegeben wurden, die nur einem deutschen Kandidaten, dem Handwerksmeister Spickermann, zum Abgeordnetensitze verhalfen. Tausend Stimmen mehr hätten den Deutschen einen zweiten Abgeordneten aus Lodz gebracht.

Die "Deutsche Volkspartei"

In ruhigeren Bahnen bewegte sich die sehr rege deutsche Wahlarbeit in der Provinz. Anfang Dezember 1918 konnte die "Deutsche Volkspartei" gegründet werden. Es war nicht Zufall, daß in der Gründungsversammlung, in Leitung und Arbeit fast ausschließlich die aus der bisherigen deutschen Bewegung bekannten Männer zu finden waren. Im Wahlbezirk Lodz-Lask-Brzeziny erhielt sie 17 733 Stimmen. Wären nicht an vielen Stellen große Mengen deutscher Wähler nicht eingetragen gewesen, so hätte sie in diesem Kreise zwei Abgeordnete durchbringen können. So mußte sie sich mit einem Abgeordneten begnügen, dem Hauptlehrer und späteren Seminardirektor Ludwig Wolff. In den Kreisen Konin, Lipno und Gostynin waren ebenfalls deutsche Listen eingereicht worden, doch konnten infolge ungenügender Stimmenzahl keine Mandate erlangt werden. In Lipno hatte der dortige polnisch gesinnte Pastor Michelis den fast sicheren Erfolg der deutschen Partei durchkreuzt, indem er für die Kandidatur des Generalsuperintendenten Bursche eintrat, die aber von der Mehrzahl der deutschen Kolonisten abgelehnt wurde. Die Absicht der polnisch gesinnten Pastoren, im Landkreise Lodz eine

Zersplitterung durch Aufstellung einer eigenen Liste ihres nie in Tätigkeit getretenen "evangelischen Volksverbandes" herbeizuführen, blieb erfolglos.

Eine Abordnung in Sachen der Deutschen-Verfolgungen in Warschau

Noch vor der Wahl, am 13. Januar 1919, hatte die Deutsche Volkspartei ihre beiden ersten Kandidaten im Landkreise Lodz mit einer Denkschrift nach Warschau entsendet, um dort bei den zuständigen Stellen an Hand von zahlreichen Berichten wegen **fortgesetzter Willkürhandlungen örtlicher Gewalthaber** gegen die deutsche Landbevölkerung vorstellig zu werden. Am schlimmsten erging es den deutschen Rückwanderern, über deren bittere Erfahrungen in der Denkschrift ausgeführt wird:

> "Es mag zugegeben werden, daß die Rechtsverhältnisse nicht ganz klar liegen, dafür sind aber freiwillige Übereinkommen vorhanden, wonach der polnische Landwirt, der das Land bearbeitet hat, die Hälfte der Ernte von 1918 erhält, während den aus der Verbannung zurückgekehrten Besitzern die andere Hälfte zusteht. Nach Abzug der deutschen Okkupationsverwaltung nahm aber der polnische Landwirt auch die andere Hälfte mit Gewalt an sich, so daß den nach vierjähriger Verbannung zurückgekehrten deutschen Kolonisten, die meistens die Ernte noch mit einbringen mußten, nichts übrig bleibt. Ebenso wird ihnen das Vieh, das sie von der Okkupationsbehörde gegen Zahlung erworben haben, weggeführt, ohne daß ihnen das hierfür gezahlte Geld zurückgezahlt wird. In verschiedenen Fällen wurden deutsche Kolonisten zur Entrichtung einer Entschädigung für Viehbenutzung verurteilt... Daß evangelischen Lehrern verboten wird, in deutscher Sprache zu unterrichten, daß man diese Lehrer aus der Schule vertreibt und daß Schultüren vernagelt werden, so daß weder Lehrer noch Kinder in die Schule hineinkönnen, wird aus allen Teilen des Landes mitgeteilt. Ja selbst vor dem Betsaal macht die Willkür nicht Halt. So wird aus Siedliska, Gemeinde Sompolno, Kreis Kolo, berichtet, daß der katholische Geistliche mit dem Kanzleischreiber und dem katholischen Lehrer und mehreren Landwirten von dem deutsch-evangelischen Lehrer verlangen, er möge Altar und Kreuz aus dem evangelischen Betsaal entfernen. Nach drei Tagen kamen die polnischen Landwirte in Begleitung von vier polnischen Soldaten wieder, und als der Lehrer sich weigerte, den Altar und das Kreuz zu entfernen, gingen die Landwirte tätlich gegen die anwesenden Deutschen vor. Unter Schimpfen und Drohen schafften die polnischen Landwirte dann selbst Altar, Kreuz und Kronleuchter aus dem Betsaale und verboten den Evangelischen, ihre Toten auf dem evangelischen Friedhofe zu beerdigen. Diese Beispiele bieten nur eine kleine Auslese aus den uns zugehenden Zuschriften und persönlichen Klagen. Daß es bei allen diesen Vorkommnissen nicht ohne körperliche Mißhandlung abgeht, ist fast selbstverständlich."

In Warschau wurde der Abordnung versprochen, jeden einzelnen Fall zu untersuchen und für Abhilfe zu sorgen.

Die Auflösung der deutschen Landesschulverbände

Noch während der Wahlkämpfe wurde Sturm gegen ein anderes deutsches Werk, den **Deutsch-evangelischen Schulverband** gelaufen. Schon am 27. November 1918 sprach eine Abordnung der beiden deutschen Schulverbände beim polnischen Minister für Volksaufklärung vor. Sie legten die Richtlinien beider Verbände für die Ausübung ihrer Rechte und Pflichten dar und baten um Abstellung von eigenmächtigen Verfügungen untergeordneter Stellen. Der Minister äußerte sich, daß nach seiner Kenntnis einzelne Schulgemeinden von der Okkupationsbehörde "mit Gewalt" gegründet worden seien, daß aber trotzdem alles beim alten bleiben solle, bis zur Einberufung des verfassunggebenden Landtages. Seitdem hatte ein unterirdisches Wühlen der Feinde der Landesschulverbände begonnen. Eine Anzahl junger Lehrer (Rennert, Schramm, Gerhard und Jeß) hatte sich von beamteten und unbeamteten Gegnern des Verbandes, zu denen auch die polnischgesinnten Pastoren gehörten, unter Zusicherung besonderer Vergünstigungen dazu

gewinnen lassen, in Warschau Anträge wegen Auflösung des Verbandes zu stellen. Sie waren sogar in das Bureau des Deutsch-Evangelischen Schulverbandes eingedrungen und hatten versucht, sich als "Lehrerrat" von eigenen Gnaden darin einzurichten. Daraufhin berief die Leitung des Verbandes zum 3. Januar 1919 eine außerordentliche Hauptversammlung der Vertreter sämtlicher Schulgemeinden, die aus dem ganzen Lande gut besucht war. Wie zu erwarten war, verlief sie sehr bewegt. Der Gang der Verhandlungen wurde wiederholt durch verlogene und undisziplinierte Ausfälle der betreffenden jungen Lehrer gestört, so daß die Vertreter der deutschen Kolonien sie gewaltsam aus dem Saale entfernen wollten. Die Versammlung, deren einzelne Teilnehmer prachtvolle Zeugnisse ihres Deutschbewußtseins ablegten, wie jener Lehrer Will, der erklärte, daß er bereit sei, für das halbe Gehalt zu arbeiten, um der deutschen Schule die Selbstverwaltung zu erhalten, erklärte sich für das Weiterbestehen des Verbandes. Bei der Abstimmung sprachen sich von den 250 Anwesenden nur 28 für die Auflösung des Verbandes aus, Gesinnungsgenossen der jungen Lehrer, die auf eine Aufbesserung ihres Gehalts bei der Verstaatlichung der Schulen hofften.

Polnische Hetzer, im Verein mit den deutschen Verrätern, ruhten nicht in ihren Anstrengungen, den beiden Landesschulverbänden noch vor der Entscheidung durch die verfassunggebende Körperschaft ein vorzeitiges Ende zu bereiten. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß auch die Vertreter der "Polnischen Sozialistischen Partei", die die Gleichberechtigung aller Nationalitäten in ihrem Programm verkündigte und die während der Wahlzeit dort, wo die Deutsche Volkspartei keine eigenen Kandidaten aufstellte, die Wahlhilfe der Deutschen erhielt, in der Praxis sich ebenfalls deutschfeindlich verhielten. So haben die beiden Säulen der Partei in Lodz, Rzewski und Remiszewski, die sich während des Umsturzes zu hohen Beamtenstellungen emporschwangen, durch ihre Stellungnahme die Lage sehr verschärft. Am 2. März 1919 faßte der Ministerrat den Beschluß, die deutschen Schulgemeinden und die beiden Schulverbände am 31. März 1919 aufzulösen. Das Vermögen der Schulgemeinden sollte an die politischen Gemeinden fallen und die Entlassung oder Belassung der Lehrer im Dienst von den staatlichen Organen entschieden werden. Nach den gleichzeitig veröffentlichten neuen Bestimmungen über die öffentlichen Schulen mit deutscher Unterrichtssprache, sollte die deutsche Unterrichtssprache in den öffentlichen Volksschulen fortbestehen bleiben, falls dies die Mehrheit der Eltern wünschte. Zur Feststellung der Willenskundgebung waren die Eltern verpflichtet, in einem umständlichen Verfahren schriftliche Erklärungen abzugeben. Wiederum bot sich dem Deutschen Verein Gelegenheit, aufklärend und richtungweisend zu wirken. Überall, in Stadt und Land, ließ man sich durch die übelwollende Stellung der zuständigen Behörden nicht einschüchtern. Es fehlte auch diesmal nicht an rührenden Beweisen dafür, wie teuer dem einfachen Manne sein vornehmstes Erbgut, die deutsche Sprache, war. Nur an einigen Stellen gingen durch Gleichgültigkeit der Eltern deutsche Schulen verloren.

Änderungen im deutschen Zeitungswesen

Während der Umsturztage gingen die Deutschen ihrer **Tageszeitung** verlustig. Zur Fortführung der *Deutschen Lodzer Zeitung* und der deutschen Staatsdruckerei in Lodz hatte sich eine aus Einheimischen zusammengesetzte Gesellschaft gebildet. Es war auch bereits zur Herausgabe der ersten Nummer der *Lodzer Volkszeitung* gekommen, als die polnischen Behörden die Druckerei beschlagnahmten. Da in der Staatsdruckerei auch die *Deutsche Post* gedruckt wurde und weder die neuen Gebieter der Staatsdruckerei noch andere Lodzer Druckereien das Blatt drucken wollten, so blieben die bewußt deutschen Kreise eine Zeitlang ohne Organ. Erst nach einiger Zeit konnte mit der Herausgabe einer neuen deutschen Tageszeitung, der *Lodzer Freien Presse*, und der Wochenschrift des Deutschen Vereins *Volksfreund* begonnen werden. Beide Blätter setzen die Arbeit ihrer Vorgänger im bedeutend verengten Rahmen fort. Da nach dem Übergang des während der Okkupationszeit vom Warschauer Evangelisch-Augsburgischen Konsistorium herausgegebenen und in gut deutschem Sinne geleiteten Wochenblattes *Unsere Kirche* in die Hände der polnischgesinnten Pastoren das Blatt dauernd gehässige Ausfälle gegen alles, was den Deutschen in Polen lieb und wert war, brachte, so mußte der *Volksfreund* auch die Ausgabe eines kirchlichen Blattes für die deutschgesinnten Landsleute übernehmen und einen religiös-erbaulichen Teil einrichten.

Noch vor dem Zusammentritt des verfassunggebenden Landtags wurde das Moraczewskische Kabinett durch das Ministerium **Paderewski** abgelöst. Den Volksminderheiten in Polen machte sich der Regierungswechsel bald durch die nicht nur geduldete, sondern auch von offiziellen Seiten einsetzende Verfolgung fühlbar. Das Ministerium des Innern setzte eine Untersuchungskommission zur Feststellung der Beziehungen der einheimischen Deutschen und ihrer Organisationen zu der deutschen Okkupationsverwaltung ein. Mit Wonne suchten nun Milker, Drewing, Habermann und andere Denunzianten ihr Wissen, ihre Mutmaßungen und Erfindungen nutzbar zu machen. Die Leiter der deutschen Organisationen sahen sich von allen Seiten bespitzelt. Der von Milker und Genossen angekündigte vernichtende Schlag gegen die deutschen Unternehmen und ihre Führer konnte an jedem Tage erwartet werden.

Der deutschfeindliche Kurs des Ministeriums Paderewski

Es durfte nicht wundernehmen, daß nach den ungünstigen Erfahrungen bei der Landtagswahl auf seiten der deutschen Aktivisten keine Neigung bestand, bei den für Februar 1919 vorgesehenen **städtischen Wahlen** ein Abkommen mit den Passivisten zu treffen. Beide Richtungen traten gesondert auf. Wieder wurden von den Passivisten die sachlichen Gegensätze auf das persönliche Gebiet hinübergelenkt. Minderwertige Personen suchten die Leitung der passivistischen Regierung zu erhaschen, nachdem alle Einsichtigen sich, voller Ekel über das Treiben in ihren eigenen Reihen, von der neugebildeten Partei der "Deutsch-polnischen Demokraten" abgewandt hatten. Selbst Polen äußerten sich mit Verachtung über die plumpen Anbiederungsversuche dieser geistig unreifen Renegaten, die davon sprachen, daß sie bereit seien, polnisch zu denken. Das Wahlergebnis war dementsprechend: die deutsch-polnischen Demokraten konnten nur einen ihrer Kandidaten durchbringen, während die mit der Deutschen Volkspartei vereinigten "Vereinigung deutschsprechender körperlicher und geistiger Arbeiter" sieben Stadtverordnetensitze errang, obwohl eine Anzahl Mitglieder des aus Vertretern bürgerlicher und gemäßigt sozialistischer Parteien zusammengesetzten Wahlausschusses der "Vereinigung" unter der Anschuldigung, bolschewistische Propaganda getrieben zu haben und indirekt an der Ermordung eines eine deutsche Wahlversammlung besichtigenden polnischen Polizeibeamten beteiligt zu sein, während der schärfsten Wahlarbeit verhaftet gewesen waren.

Die sich bekämpfenden Deutschen während der städtischen Wahlen in Lodz

Der Wahlerfolg der deutschen Aktivisten wurde von ihren Gegnern zu einer Wiederbelebung der sogenannten "reichsdeutschen Agitation" umgedeutet und ihnen neue Pläne untergeschoben. Die Drahtzieher drängten zum Handeln. Am 28. Februar 1919 kamen zwei Ministerialräte aus Warschau nach Lodz. Im Polizeipräsidium fand die Übergabe von angeblich 3000 in den deutschen Amtsstellen gefundenen, einheimische Deutsche und ihre Organisationen belastenden Schriftstücken statt. In der darauffolgenden Nacht wurden, ganz nach dem Muster der berüchtigten russischen "Ochrana", im Deutschen Verein, im Deutsch-Evangelischen Landesschulverband, im deutschen Gymnasium, im Luisen-Lyzeum und in den Wohnungen ihrer Leiter Haussuchungen gehalten und ganze Wagenladungen mit Schriftstücken, Büchern und Bildern weggeholt. Nach zwei Tagen erfolgte die Verhaftung des Vorsitzenden des Deutschen Vereins Eichler, des Leiters des Deutsch-Evangelischen Landesschulverbandes Flierl, des Direktors des Deutschen Gymnasiums v. Eltz, und eines Vorstandsmitgliedes der deutschen Organisationen, des Gymnasiallehrers Günther. Die Amtsbureaus und die Wohnungen einzelner der Verhafteten wurden versiegelt.

Verhaftung der Führer der deutschen Organisationen

Eine Vernehmung der Verhafteten erfolgte nicht. Ebensowenig wurde ihnen auf ihr Drängen der Grund ihrer Freiheitsberaubung mitgeteilt. Der mit der Sichtung des beschlagnahmten Materials beauftragte Staatsanwalt konnte die Beweise des ihnen von den Denunzianten zur Last gelegten Hochverrats nicht finden. Im besonderen mußte er feststellen, daß der Deutsche Verein nie für das Reichsdeutschwerden der deutschen Kolonisten eintrat. Gegen die vom Staatsanwalt verfügte

Freilassung erhob der Lodzer Polizeipräsident Zbrozek im Namen des Ministeriums des Innern Protest. Die Angelegenheit reifte einer Kompetenzstreitigkeit entgegen, als ein Sektionschef des Justizministeriums das Gefängnis inspizierte. Erst nach zwölftägiger Haft konnte die "einstweilige" Freilassung verwirklicht werden. Sehr eifrig hatte die polnische Kriminalpolizei während der wiederholten Haussuchungen im Geschäftsbureau des Vorsitzenden des Deutschen Vereins nach unterirdischen und drahtlosen Fernsprecheinrichtungen gespürt; es war ersichtlich, daß Habermanns und Milkers stadtbekannte Beziehungen zur polnischen politischen Polizei nicht ohne Einfluß auf die Handlungen ihrer Agenten waren.

Schließung des Deutschen Vereins

Im April 1919 verfügte das Ministerium des Innern die **Auflösung des Deutschen Vereins** und seiner sämtlichen Abteilungen. Der Verein hatte noch kurz vorher zu seiner sonstigen Tätigkeit Fortbildungskurse für deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen eingerichtet und den aus Deutschland zurückgeströmten beschäftigungslosen armen Volksgenossen Gelegenheit zu geselligen und aufklärenden Zusammenkünften geboten. Das Vermögen und die Einrichtungsgegenstände des Vereins sollten dem Staate zufallen. Einige Tage nach der Freilassung wurde v. Eltz ausgewiesen. Eichler, gegen den vom Ministerium des Innern noch weiteres geplant war, entzog sich weiteren polizeilichen Verfolgungen, indem er das Land verließ. Flierl, der bei der Liquidation des Deutsch-Evangelischen Landesschulverbandes zugegen sein sollte und unter Polizeiaufsicht stand, folgte später. Die Ausüber der örtlichen Gewalt konnten bei der Schließung der Ortsgruppen des Vereins ihr Verlangen, gegen einzelne tatkräftige Mitarbeiter der deutschen Bewegung in der Provinz durch vorübergehende Inhaftnahme oder andere Verfolgungsarten vorzugehen, nicht bändigen.

Mit Willkürtaten gegen die deutsche Minderheit hatte sich das **Ministerium Paderewski** eingeführt. Seine und seiner Nachfolger weitere Tätigkeit bedeutet **für die Deutschen im Lande eine ununterbrochene Kette von Leiden und Gewalttaten.** Die dem einheimischen Deutschtum entstammenden Angestellten sämtlicher Verwaltungszweige und Behörden, ohne deren Mitwirkung viele Abteilungen der Verwaltung schon wenige Tage nach dem Übergang in polnische Hände zusammengebrochen wären, wurden, nachdem sie ihre polnischen Nachfolger angelernt hatten, entlassen. Als im Sommer und Herbst 1919 einzelne Industriebetriebe nach mehr als vierjährigem Stillstand ihre Arbeit aufnehmen konnten (von den vor dem Kriege in Lodz beschäftigten 150 000 Arbeitern wurden bis Oktober 1919 nur 20 000 eingestellt), traten die polnischen Berufs- und Arbeiterverbände an die zum größten Teil deutschen Unternehmer mit der Forderung heran, deutsche Meister, Angestellte und Arbeiter zu entlassen. Infolge dieser und anderer Zwangsmaßnahmen sahen sich Tausende von deutschen Arbeitern und Angestellten genötigt, Lodz zu verlassen. Schon im Januar 1919 wurde eine Abordnung deutscher Stadtverordneter bei dem damaligen Volkskommissar für die Stadt Lodz mit einer Denkschrift vorstellig, in der über **die täglichen Schmähungen der deutschen Bevölkerung durch die polnischen Zeitungen** und über zahlreiche Willkürtaten geklagt wurde. Während die russischen Behörden deutsche Schilderaufschriften erlaubt hatten, führte sich der Vertreter der freien polnischen Republik mit einem Verbot der deutschen Aufschriften ein. Die elektrischen Straßenbahnen verweigerten den Schülern deutscher Lehranstalten die Ausfolgung von ermäßigten Schülerfahrkarten. Im März wurde der gesamte reichsdeutsche Lehrkörper des Luisen-Lyzeums ausgewiesen. Mit dem Beginn des neuen Schuljahres im Herbst 1919 wurde die Weiterbeschäftigung einzelner reichsdeutscher Lehrkräfte an den deutschen Mittelschulen untersagt. Das Luisen-Lyzeum wurde gezwungen, das von ihm innegehabte Schulgebäude zu räumen. Es fand vorläufige Aufnahme im Deutschen Gymnasium. Nach kurzer Zeit beanspruchte die Militärverwaltung das Haus des Deutschen Gymnasiums für Lazarettzwecke und besetzte es kurzerhand. Erst nach langwierigen Verhandlungen gelang es, in Warschau die Freigabe des Gebäudes zu verlangen.

Beschwerden des Abgeordneten Wolff im polnischen Landtag über die andauernden Deutschenverfolgungen

Noch schlimmer als der deutschen städtischen Bevölkerung erging es

den **deutschen Ansiedlern**. Während der Verhandlungen im **Warschauer Landtag** über die dem polnischen Staat von der Koalition auferlegten Verpflichtungen zugunsten der Minderheiten in den neuen polnischen Gebieten erwähnte der Abgeordnete Wolff am 31. Juli 1919, nachdem er sich ängstlich gegen den Vorwurf verwahrt hatte, daß der Minderheitenschutz von der Deutschen Volkspartei beantragt worden sei:

Die zerstörte Illusion von der Toleranz der Polen

> "Jeder untergeordnete Beamte, jeder Wojt oder Dorfschulze hält sich für seinen eigenen Gesetzgeber und handelt vollständig eigenmächtig... Unsere Kolonisten müssen in einigen Ortschaften geradezu Folterqualen aushalten, ganz besonders im Kreise Nieszawa und in der Nähe der Festung Modlin. Sie leben dort in fortwährender Furcht, von ihren Besitzungen vertrieben zu werden. Aus vielen Institutionen werden die evangelischen Beamten ohne jeglichen Grund entlassen, nur weil sie evangelisch sind. Trotzdem am 7. März das Dekret über die Erhaltung der deutschen Unterrichtssprache herausgegeben worden ist, werden von einigen Schulinspektoren unsere Kantorate geschlossen, die Lehrer entlassen. Dorfschulzen schließen die Bethäuser, verbieten die Gottesdienste und nehmen sogar die evangelischen Friedhöfe weg. In Lodz wurden die Lokale zweier deutscher Gesangvereine für Offizierskasinos requiriert, obgleich in der Stadt an geeigneten leerstehenden Räumen kein Mangel war. Das Gebäude des Deutschen Gymnasiums wurde im Juni in ein Militärhospital verwandelt, obgleich es auch dafür viele andere, mehr entsprechendere Räume gibt. Dieses Gymnasium wird aus eigenen Mitteln erhalten und von 1200 Kindern besucht, die jetzt der Möglichkeit beraubt sind, die Schule zu besuchen. Der Gymnasialverein hat der Militärbehörde ein anderes, fünfstöckiges Gebäude angeboten, das mit allen Bequemlichkeiten ausgestattet ist. Die Militärbehörde hat dieses Gebäude angenommen, das Gymnasium aber noch nicht freigegeben."

Aber nicht nur beamtete Polen erlauben sich fort und fort Eigenmächtigkeiten und große Rechtsverletzungen. In unzähligen Berichten wiederholen sich Schilderungen über die von der polnischen Bevölkerung ausgehenden fortgesetzten Verfolgungen, die sich in verschiedenen Fällen bis zur grausamen Ermordung ganzer Familien in deutschen Dörfern des Warschauer Bezirks steigerten. Es überrascht deshalb nicht zu hören, daß überall in den deutschen Ansiedlungen der Wunsch besteht, sich aus der polnischen Hölle zu retten. Vielfach verlassen die Ansiedler ihren Besitz, den sie für einen billigen Kaufpreis an den ersten Käufer abgeben, und lassen sich auf Schleichwegen über die Grenze nach der Heimat ihrer Väter in Sicherheit bringen. Beide deutsche Landtagsabgeordnete forderten im Herbst 1919 die deutschen Ansiedler in Polen auf, sich durch die jetzt herrschenden Verhältnisse nicht zu unüberlegter Preisgabe ihres ererbten Besitzes und zur Auswanderung verleiten zu lassen, da für die Deutschen in Polen auch wieder bessere Zeiten kommen werden. Es bleibt abzuwarten, ob diese Versicherungen den in Bewegung gesetzten Auswanderungsstrom aufhalten können. Vielfach ist unter den Auswanderungslustigen die Meinung verbreitet, daß sich ihnen in Südrußland und dem jetzigen rumänischen Bessarabien eine neue Heimat böte. Trotz der bösen Erfahrungen mit den Russen während des Krieges, hofft man auf ein gutes Einvernehmen mit ihnen, weil in früheren Zeiten ein gutes nachbarliches Verhältnis mit den Russen bestand, während die Zukunft in Polen in ihren Köpfen sich nur als eine ununterbrochene Kette von Verhöhnungen und Unterdrückungsmaßnahmen malt. - Zur Entgegennahme von Meldungen über ungesetzliche Handlungen der kleinen Machthaber haben die deutschen Landtagsabgeordnete eine Auskunfts- und Beratungsstelle in Lodz eingerichtet. Der Erfolg ihrer Arbeit ist indessen gleich Null, da die in Warschau von den Zentralstellen der Behörden gegebenen Zusicherungen nur der schönen Illusion von der Toleranz der Polen dienen. Die Behörden in Warschau besitzen nicht den Einfluß, um ihren Absichten in der Provinz Verwirklichung zu verschaffen.

Der Wunsch der deutschen Ansiedler, der polnischen Hölle zu entfliehen

Es fehlt den Deutschen in Polen z. Z. nicht nur ein Schutzverband, sondern auch eine Vereinigung mit kulturellen Zielen. Der in Lodz bestehende Deutsche Schul- und Bildungsverein beschränkt sich, in Verkennung der Absichten seiner Schöpfer, ebenso wie alle anderen während des Krieges erst spät zu neuer Tätigkeit erwachten deutschen Vereine, auf gesellige Veranstaltungen.

Ein Generalsuperintendent, dessen Tätigkeit seiner Kirche zum Schaden gereicht

Unklar ist die Stellung des **Generalsuperintendenten Bursche** und des neuen Präsidenten des Evangelisch-Augsburgischen Konsistoriums Glas zu der in Polen sich behauptenden Intoleranz. Bursche, der einer deutschen Familie entstammt, befaßte sich schon in jüngeren Jahren mit der großpolnischen Agitation unter den polnische Dialekte sprechenden Evangelischen in den Landschaften Teschen (Österreichisch-Schlesien) und Masuren (Ostpreußen). Zur Beweisführung der Berechtigung der polnischen Ansprüche auf beide Provinzen ließ er sich im Januar 1919 nach Paris entsenden, wo er die Bedenken der Koalition, und insbesondere der amerikanischen Mitglieder bei den Friedensverhandlungen, hinsichtlich der Toleranz der Polen gegen ihre evangelischen Staatsbürger zu zerstreuen verstand, indem er die auf dem Papier vorhandene Gleichberechigung aller Nationalitäten und Konfessionen in Polen als gradezu ideal schilderte. Von den evangelischen Deutschen in Polen wird Bursche zum Vorwurf gemacht, daß während er in seinem verlogenen Aufruf an die Masuren von preußischer barbarischer Unterdrückung ihres nationalen Empfindens spricht, er an der Not seiner Glaubensgenossen in Kongreßpolen teilnahmslos vorübergeht und sich nicht die Zeit nimmt, gegen die Ungerechtigkeiten, unter denen der größte Teil der Evangelischen in Polen seufzt, einzuschreiten, was ihm bei seinem Einfluß auf die polnischen Regierungsstellen viel leichter gelingen müßte als anderen. Auch sein kirchenpolitischer Ehrgeiz, mit dem er bestrebt ist, die im Bekenntnis und in der Verfassung andersgeartete evangelische Kirche **der posenschen und westpreußischen Abtretungsgebiete** unter die Oberhoheit des Warschauer Konsistoriums zu bringen, wird als etwas der evangelischen Kirche Polens Abträgliches empfunden. Zu seiner Unbeliebtheit hat auch manche bei gegebenen Anlässen gezeigte Parteilichkeit, so bei der Hintertreibung der Wahl eines deutschgesinnten, fast von der ganzen Gemeinde einstimmig verlangten Pfarrers nach Lodz, beigetragen. Jedenfalls ist überall die Überzeugung vertreten, daß seine weitere Wirksamkeit den Deutschen und Evangelischen in Polen nur zum Schaden gereichen wird.

Zukunfts-aussichten

Bei der unsicheren politischen Lage in Polen, die jeden Tag Überraschungen bringen kann, wäre es ein müßiges Beginnen, die Zukunftsaussichten des Deutschtums in Polen festlegen zu wollen. Solange die Verhältnisse sich in ihrer heutigen verworrenen Form zeigen, die Leidenschaften sich nicht ausgeglüht haben und die Zentralbehörden in Warschau nicht in der Lage sind, bei den nachgeordneten Stellen in der Provinz ihren nicht übermäßig weitgehenden Wünschen nach Duldsamkeit der Volksminderheiten Erfüllung zu verschaffen, wird sich das Sehnen der Deutschen in Polen naturgemäß auf eine erträgliche physische Existenz erstrecken. Vielleicht wird der Zuwachs größerer deutscher Volksteile mit der Angliederung der Provinz Posen und Westpreußen den Deutschen in Kongreßpolen ihre Lage erleichtern.

Freilich, der Fortbestand der deutschen Volksgesamtheit in Kongreßpolen wird im wesentlichen auch davon abhängen, ob die z. Z. gebundenen kulturellen Kräfte ein freies Betätigungsfeld und in sich Entschlußfreudigkeit finden. Die Frage, ob die Deutschen in Polen noch eine Zukunft haben, ist zu bejahen, wenn, wie es auch die vorliegende Schilderung ihrer geschichtlichen Entwicklung beweist, sie noch Männer aus ihrer Mitte hervorbringen können, die in entsagungsvoller Mühe zu selbstlosen Kämpfern um die Zukunft ihrer Volksgenosse werden. Wie vom großen deutschen Gesamtvolk, so heißt es auch von dem deutschen Volksteile in Polen:

Nur das Volk ist verloren, das sich selbst aufgibt.

Literaturverzeichnis

A. F. Büsching: *Neueste Geschichte der Evangelischen beider Konfessionen im Königreich Polen und Litauen*. Halle 1784.

E. H. Busch: *Beiträge zur Geschichte und Statistik des Kirchen- und Schulwesens der Evangelisch-Augsburgischen Gemeinden im Königreich Polen*. Leipzig 1867.

H. Dalton: *Beiträge zur Geschichte der evangelischen Kirche in Rußland*. 3 Bände. Gotha und Berlin 1887, 1889 und 1898.

F. Rendtorff: *Polen. Unpolitische Reisebilder eines evangelischen Deutschen*. Leipzig 1916.

K. Voelker: *Der Protestantismus in Polen auf Grund der einheimischen Geschichtsschreibung*. Leipzig 1910.

Pfarrer **Rosenberg**: *Endlich gelöst*. Leipzig 1905.

A. Rhode: *Die evangelischen Deutschen in Russisch-Polen, ihr drohender Untergang und die Möglichkeit ihrer Rettung*. Lissa 1906.

***Gedenkbuch** zur 25jährigen Jubelfeier der allgemeinen **Prediger-Synoden** des Warschauer Evangel.-Augsburg. Konsistorialbezirks*. Warschau 1905.

A. Eichler: *Die Deutschen in Kongreßpolen. Heft 2 der Schriften zum Selbstbestimmungsrecht der Deutschen außerhalb des Reiches*. Berlin 1919.

St. Gorski: *Die Deutschen im Königreich Polen*. (In polnischer Sprache.) Warschau 1908.

H. Praesent: *Das Deutschtum in Kongreßpolen und seine Geschichte*. Leipzig 1919.

E. Holtz: *Hundert Jahre göttlicher Gnaden und Treue an der evangelisch-lutherischen Parochie Alexandrow*. Lodz 1901.

---: *Der Krieg und die Evang.-Lutherische Kirche in Polen*. Lodz 1916.

*Kurzer Abriß der Geschichte der **Tomaszower** Evangelisch-Augsburgischen Gemeinde nebst Rechenschaftsbericht über den Bau der neuen Erlöserkirche in Tomaszow*. Tomaszow 1910.

A. Eichler: *Die deutsche Ansiedlung Königsbach*. Lodz 1917.

Lic. P. **Althaus**: *Lodzer Kriegsbüchlein*. Göttingen 1916.

---: *Um Glauben und Vaterland. Neues Lodzer Kriegsbüchlein*. Göttingen 1917.

Jahrbuch des Deutschen Vereins. 2 Bände. Lodz 1917 und 1918.

***Reformations-Jubiläumsgabe** des Deutschen Vereins*. Lodz 1917.

*Evangelisch-Lutherischer **Hausfreund***. Volkskalender. Erschien seit 1880 in Warschau, seit 1916 in Lodz.

Frieda Bielschowsky: *Die Textilindustrie des Lodzer Rayons*. Leipzig 1912.

Kurt Schweikert: *Die Baumwollindustrie Russisch-Polens*. Zürich 1913.

A. Scholtz: *Die Baumwollindustrie im Lodzer Industrie-Rayon 1823-1903*. München 1904.

Rosa Luxemburg: *Die industrielle Entwicklung Polens*. Leipzig 1898.

B. Ischchanian: *Die ausländischen Elemente in der russischen Volkswirtschaft*. Berlin 1913.

"Beiträge zur Geschichte der Städte **Lodz**, **Zgierz** und **Pabianice**." Jubiläumsausgabe der *Lodzer Zeitung*. Lodz 1888.

Jubiläumsschrift der *Lodzer Zeitung*, 1863-1913. Lodz 1913.

Sonderausgabe der ***Deutschen Lodzer Zeitung*** zum Abschluß des ersten Jahrgangs. Lodz 1916.

Sonderausgabe der ***Deutschen Warschauer Zeitung*** zum Abschluß ihres ersten Jahrgangs. Warschau 1916.

E. Zivier: *Polen*. Gotha 1917.

E. Wunderlich: *Handbuch von Polen*. 2. Aufl. Berlin 1918.

Beiträge zur Polnischen Landeskunde. Veröffentlichungen der Landeskundlichen Kommission beim Deutschen Generalgouvernement Warschau, Reihe A und B. Berlin 1917-19.

Georg Cleinow: *Die Zukunft Polens*. 2 Bände. Leipzig 1908.

F. Nagel: *Die Ostlandwanderung der Deutschen*. Berlin 1918.

R. F. Kaindl: *Polen*. Leipzig 1917.

Alexander Brückner: *Geschichte der polnischen Literatur*. Leipzig 1901.

W. Feldman: *Die Zukunft Polens und der deutsch-polnische Ausgleich*. Berlin 1915.

---: *Deutschland, Polen und die russische Gefahr*. Berlin 1915.

Friedrich Naumann: *Was wird aus Polen?* Berlin 1917.

Zeitschriften:

Geistiges Leben. *Monatsschrift für die Deutschen in Rußland*. Herausgegeben von L. Wolff und A. Eichler. Lodz 1912 und 1913.

Deutsche Post. *Blatt des Deutschen Vereins in Lodz*. Wochenschrift. Erschien seit 1. Juli 1915 bis 16. November 1918. Herausgeber A. Eichler, Schriftleiter Fr. Flierl. Enthält geschichtliche Aufsätze und laufende Nachrichten über das Deutschtum in Polen.

Der Volksfreund. Wochenschrift. Erscheint seit Dezember 1918. Herausgeber G. Ewald, Lodz.

Unsere Kirche. Wochenschrift. Amtsblatt des Evangelisch-Augsburgischen Konsistoriums in Warschau. Verlagsort Lodz.

Der Osten. Erschien 1915 - 1917 in Berlin.

Einzelne Zeitschriften-Aufsätze:

A. Geiser: "Die Zukunft des Deutschtums in Polen." In der Zeitschrift *Das Deutschtum im Ausland*. Berlin 1917, Heft 31, S. 157, 163.

Polonius: "Die Deutschen in Russisch-Polen und der Krieg." In der Zeitschrift *Das Deutschtum im Ausland*. Berlin 1914, Heft 22, S. 175 - 188.

H. Wiercienski (in polnischer Sprache): "Protestanten und Deutsche im Königreich Polen." In der Zeitschrift *Ekonomista*, Warschau 1908, Heft 2, S. 1 - 34.

A. Faure: "Die Deutschen in Russisch-Polen." In der Zeitschrift *Deutsche Erde*, 1907, S. 82 - 86.

Br. Geißler: "Zu unserem Abschied von Polen." In den *Monatsheften des Gustav-Adolf-Vereins*, Leipzig 1919, Heft 1, S. 11 - 17.

---: "Bilder vom Deutschtum in Polen." In den *Eisernen Blättern*, Berlin 1919, Heft 18, S. 321 - 324.

H. Gesell: "Das Schicksal der Deutschen in Polen." *Mitteilungen des Deutschen Auslands-Instituts*, Stuttgart 1919, S. 104 - 106.

Scriptorium merkt an [Februar 2011]:

Adolf Eichlers Darstellung wurde 1919 abgeschlossen, doch wie wir heute aus rückschauender Perspektive wissen, fand der Leidensweg der Deutschen in Polen mit dem Ende des ersten Weltkrieges keineswegs auch sein eigenes Ende. Folgende kurze Auswahl stellt einen Auszug des Schrifttums über die Fortsetzung dieser volksdeutschen Passion dar:

Auswärtiges Amt, Berlin: **Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges**. Berlin 1939.

Bierschenk, Theodor: **Die deutsche Volksgruppe in Polen**. Kitzingen / Holzner 1954.

Dwinger, Edwin Erich: **Der Tod in Polen. Die volksdeutsche Passion**. Jena 1940.

Lück, Kurt, Dr.: **Volksdeutsche Soldaten unter Polens Fahnen. Tatsachenberichte von der anderen Front aus dem Feldzug der 18 Tage**. Berlin 1940.

Menn, Fritz, Dr.: **Auf den Straßen des Todes. Leidensweg der Volksdeutschen in Polen**. Leipzig 1940.

Schadewaldt, Hans: **"Die kirchliche Lage in Polen."** *Auslanddeutschtum und evangelische Kirche, Jahrbuch 1937*. München 1937.

Stade, Rudolf: **Der Bromberger Blutsonntag im September 1939, oder "Die gezielte Provokation zu Beginn des Zweiten Weltkrieges." Wie es damals wirklich war**. Kritik: Die Stimme des Volkes, Folge Nr. 50; Nordland-Verlag, 1981.

Wittek, Erhard: **Der Marsch nach Lowitsch**. Berlin 1940.

Und so ging die Geschichte der deutschen Volksgruppe in Polen nach 1919 weiter:

Bücher zum Thema Polen und polnischer Verbrechen an Deutschen:

Bromberger Blutsonntag.
Todesmärsche, Tage des Hasses, Polnische Greueltaten

Die Hölle von Lamsdorf.
Dokumentation über ein polnisches Vernichtungslager

Die polnische Legende

Der Tod in Polen: die volksdeutsche Passion

Der Tod sprach polnisch.
Dokumente polnischer Grausamkeiten an Deutschen 1919-1949

Zgoda.
Eine Station auf dem schlesischen Leidensweg

Mehr aus unserem Archiv:

Auf den Straßen des Todes: Leidensweg der Volksdeutschen in Polen

Der Bromberger Blutsonntag

Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934-39

Deutschtum in Not: Polen bzw. **Kongreßpolen**

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Höllenmarsch der Volksdeutschen in Polen

Der Marsch nach Lowitsch

Die polnische Presse
im Kampf gegen die deutsche Volksgruppe in Posen und Westpreußen

Der Tod in Polen: die volksdeutsche Passion

Unser Kampf in Polen.
Die Vorgeschichte - Strategische Einführung -
Politische und kriegerische Dokumente

Volksdeutsche Soldaten unter Polens Fahnen.
Tatsachenberichte von der anderen Front
aus dem Feldzug der 18 Tage